



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Die internationale politische Position Polens
im Kontext der EU-Mitgliedschaft –
eine Korrelationsanalyse von zuständigen EU-
und Außenpolicies und -politics unter den drei grössten
parteipolitischen Lagern 2004-2011“

Verfasser

Patryk Czulno

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. Phil.)

Wien, im Jänner 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 300

Studienrichtung: Politikwissenschaft

Betreuer: O. Univ.-Prof. Dr. Peter Gerlich

Die vorliegende Diplomarbeit widme ich meinen Eltern als Zeichen der Dankbarkeit für Ihre unschätzbare Unterstützung bei meinem Studium.

Eine Danksagung richte ich an meinen Betreuer Prof. Peter Gerlich für seine Unterstützung während der Anfertigung der Arbeit.

Ich möchte mich auch bei Dr. Renata Mieñkowska-Norkiene für ihre Ratschläge und Hilfe während meinem Forschungsaufenthalt an der Universität Warschau bedanken.

Inhaltsverzeichnis

I. Einführung.....	6
1. Gegenstand der Diplomarbeit.....	6
2. Relevanz.....	7
3. Zentrale These.....	9
4. Zentrale Fragestellung.....	10
5. Methoden der wissenschaftlichen Forschung.....	12
II. Theorieforschung – Theorien der Integration.....	13
1. Intergovernmentalismus.....	14
1.1. Klassischer Intergovernmentalismus.....	14
1.2. Liberaler Intergovernmentalismus.....	15
2. Supranationalismus.....	17
2.1. Neofunktionalismus.....	17
2.2. Konstruktivismus.....	20
3. Institutionalismus und der Multi-level-Governance-Ansatz.....	21
III. Polens Ukrainepolitik im Zuge der EU-Integration.....	23
1. Einführender Überblick.....	23
2. Polens ostpolitische Theorien.....	24
2.1. Prometheismus.....	24
2.2. Realismus.....	26
2.3. Pariser “Kultura”.....	27
2.4. Gegenwärtige Erklärungskapazität.....	28
2.5. Tieferer historischer Kontext und Russladbezug.....	29
2.6. Fazit.....	31
3. Prioritätssetzung der polnischen Ukrainepolitik.....	32
4. Polens ukrainepolitischer Handlungsspielraum im Kontext der EU-Integration.....	34
5. Polen und die EU-Ukrainepolitik.....	38
5.1. Ausgangssituation 2004 – Polens “östliche Dimension” vs. ENP- Ostdimension.....	38
5.1.1. Einführender Überblick.....	39
5.1.2. Die fehlende Mitgliedschaftsperspektive.....	41
5.1.2.1. Polens Sichtweise.....	41
5.1.2.2. ENP-Sichtweise.....	45
5.1.3. Schwache Position Ostens innerhalb der ENP.....	47
5.1.3.1. Ausgangsbasis – unterschiedliches Instrumentarium.....	48

5.1.3.2.	Stärkere Rechtsgrundlage der südlichen Assoziierungspolitik.....	50
5.1.3.2.1.	EU-Perspektive.....	50
5.1.3.2.2.	Perspektive Polens.....	51
5.1.3.3.	Finanzdefizite.....	52
5.1.4.	Fazit.....	54
5.2.	Einzelne Staatsregierungspolitiken nach 2004.....	55
5.2.1.	Entwicklungen unter den Linksliberalen.....	55
5.2.2.	Stagnation unter den Nationalkonservativen.....	58
5.2.2.1.	Charakteristik der nationalkonservativen Außen- und EU-Politik.....	59
5.2.2.2.	Argumentation für Polens schwächere EU-Position.....	62
5.2.2.3.	Polens Ukrainepolitik 2005-2007.....	67
5.2.3.	Durchbruch unter den Liberal-konservativen und Ausarbeitung des Konzepts der Östlichen Partnerschaft.....	68
5.2.3.1.	Polen als “local leader”.....	69
5.2.3.1.1.	Litauen.....	70
5.2.3.1.2.	Baltikum und die Visegrad-Gruppe.....	70
5.2.3.1.3.	Weitere Staaten in Mitteleuropa.....	72
5.2.3.2.	Unterstützung im Westen.....	72
5.2.3.2.1.	Polen und die EU-Mittelmeerpolitik.....	72
5.2.3.2.2.	Polen und seine Russlandpolitik im Kontext der ÖP.....	76
5.2.3.2.3.	Schweden als Initiativpartner.....	82
5.2.3.3.	Aktivität auf der supranationalen Ebene.....	84
5.3.	ÖP-Erfolg? – Analyse der Errungenschaften.....	86
5.3.1.	Offizielle Bewertung.....	86
5.3.2.	Messbare Effekte – wurden die ENP-Defizite reduziert?.....	87
5.3.2.1.	Aufwertung gegenüber der Süddimension.....	88
5.3.2.1.1.	Bi- und Multilateralität – neues politisches Instrumentarium.....	88
5.3.2.1.2.	Auf dem Weg zu dem Assoziierungsabkommen.....	89
5.3.2.1.3.	Bessere Finanzaussichten.....	92
5.3.2.2.	Fehlende Beitrittsperspektive – ein Kompromiss?.....	94
6.	Ukrainepolitik – Fazit.....	97

IV. Deutschlandpolitik in Polen nach dem EU-Beitritt.....99

1.	Einführender Überblick.....	99
2.	Deutschlandpolitische Theorien.....	100
2.1.	Pariser “Kultura” – Wiedervereinigung, Kooperation und Polen vor 1989.....	101
2.2.	Deutschlandpolitik und die EU.....	102

3. Ausgangssituation.....	106
3.1. Interessengemeinschaft.....	106
3.1.1. Stabilisierung.....	107
3.1.2. Gemeinsame Argumentation.....	108
3.2. Konfliktpotential.....	110
3.2.1. Theoretische Grundlagen.....	110
3.2.2. Ukrainepolitik und deren russischer Kontext.....	111
3.2.3. Russlandpolitik.....	114
3.3. Interessenkostellation im Rahmen der ENP.....	116
3.4. Fazit: Relevanz der Kooperationspotentiale für Warschau.....	120
4. Einzelne Regierungspolitiken und realpolitische Entwicklungen.....	122
4.1. Zusammenarbeit unter der SLD – Kontext der “orangenen Revolution”.....	122
4.2. Die polnisch-deutschen Konfliktlinien unter der Regierung PIS.....	127
4.2.1. Überblick über die PIS-Deutschlandpolitik.....	128
4.2.2. Realpolitische Entwicklungen hinsichtlich der ostpolitischen Zusammenarbeit.....	131
4.3. Entwicklungen unter der PO-Regierung – auf dem Weg zum Tandem?.....	138
4.3.1. Polen, Deutschland und die ÖP.....	138
4.3.1.1. ÖP-Policies.....	139
4.3.1.2. Prozedurale Aspekte der ÖP-Zusammenarbeit.....	142
4.3.2. Polen, Deutschland und der russische Ansatz.....	142
4.3.3. Weimarer Dreieck und Osten.....	150
5. Fazit.....	152

V. Zusammenfassung.....	153
--------------------------------	------------

Quellenverzeichnis.....	161
--------------------------------	------------

Abstract.....	169
----------------------	------------

Curriculum Vitae.....	171
------------------------------	------------

I.Einführung

1. Gegenstand der Diplomarbeit

Die vorliegende Diplomarbeit sollte direkt an den oben formulierten Titel anknüpfen und eine politikwissenschaftliche Analyse von den ausgewählten außenpolitischen Beziehungen Polens im Zuge seiner bisherigen siebeneinhalbjährigen Integration in der Europäischen Union, mit besonderem Rücksicht auf zweimaligen außen- und EU-politischen Kurswechsel und weitere politikwissenschaftliche policy-politics-Ausdifferenzierung, präsentieren. Dadurch möchte ich der Frage nachgehen, ob, inwieweit und unter welchen innenpolitischen Umständen die Position Polens auf der internationalen politischen Bühne im Rahmen der EU-Mitgliedschaft verstärkt wird.

Zum einen sollte die Analyse der außenpolitischen Beziehungen Polens auf zwei folgende Richtungen begrenzt werden, die durch ihre strategischen bzw. weitgehend determinierenden Faktoren im Hinblick auf die internationale politische Positionierung des betroffenen Staates gekennzeichnet sind:

- Die polnische Ukrainepolitik, im breiteren Kontext der umfassenden Ostpolitik, die sich weiters auf ihre „Europäisierung“ und Umgestaltung des Konzepts der „östlichen Dimension“ hin zur Östlichen Partnerschaft bezieht;
- Die polnische Deutschlandpolitik, in Bezug auf EU-inneres Durchsetzungsvermögen Polens, die wiederum am Beispiel der ostpolitischen polnisch-deutschen Zusammenarbeit zu forschen ist.

Somit sollten diese ausgewählten Politiken die polnische außenpolitische Ost- und Westorientierung widerspiegeln.

Zum zweiten wird meine Analyse auf einen Zeitrahmen von dem EU-Beitritt Polens 2004 bis zum Abschluss der Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union im zweiten Halbjahr 2011 eingeschränkt.

Zum dritten sollte diese Forschung die zwei folgenden Dimensionen mit einschliessen:

- Politische Ausdifferenzierung in die drei zur Zeit der bisherigen EU-Mitgliedschaft geführten Staatsregierungspolitiken:
 - Linksliberale, EU-freundliche Regierung SLD-UP (Sojusz Lewicy Demokratycznej-Unia Pracy, Deutsch: Bund der Demokratischen Linken-Arbeitsunion)
 - Nationalkonservative, EU-skeptische Regierung PIS-LPR-Samoobrona (Prawo i Sprawiedliwość-Liga Polskich Rodzin-Samoobrona, Deutsch: Recht und Gerechtigkeit-Liga Polnischer Familien-Selbstverteidigung)
 - Liberal-konservative, EU-orientierte Regierung PO-PSL (Platforma Obywatelska-Polskie Stronnictwo Ludowe, Deutsch: Bürgerplattform-Polnische Bauernpartei)

- Weitere politikwissenschaftliche Ausdifferenzierung von diesen Regierungspolitiken in deren folgende Aspekte:
 - Policies (inhaltliche Aspekte)
 - Politics (prozedurale Entwicklungen)

2. Politikwissenschaftliche Relevanz

Dieses Thema lässt sich erstens in den Kontext der EU-Osterweiterung und des dadurch entstandenen neuen politischen Handlungsspielraums in Mittel- und Osteuropa stellen. Diese grundlegende Umgestaltung der internationalen politischen Bühne in der betroffenen Region, aber auch in ganz Europa, wird zu einem Präzedenzfall und sie bildet eine Herausforderung für Politik und ihre Wissenschaft heutzutage.

Zweitens ist die Analyse der polnischen politischen Entwicklungen in diesem Kontext besonders interessant. Polen gehört nämlich zu den sechs grössten EU-Mitgliedstaaten und zum grössten im Prozess der Osterweiterung angeschlossenen mittelosteuropäischen und

postkommunistischen EU-Staat, was sich auf seine geographische Fläche, Wirtschaftsgröße und Bevölkerungsreichstum bezieht und in seiner starken Präsenz auf der internationalen und EU-Bühne widerspiegeln lässt. In diesem Zusammenhang stellt der betroffene Staat im Rahmen seines internationalen Agierens bestimmte Ambitionen und er strebt danach, seinen Ehrgeiz im Zuge der EU-Integration zu befriedigen.

Die erhobenen Ansprüche auf Aufwertung der Polens internationalen Position reichen vielmehr auf die starke gesellschaftliche Identität sowie deutliche Einschätzung eigener Geschichte und deren gegenwärtige politischen Interpretierungsversuche seitens der Polen zurück. Dies lässt sich wiederum in einer besonders peinlichen Geschichte der letzten drei Jahrhunderte begründen und besonders in den Prozessen der Teilung Polens in den Jahren 1772-1795, dem 123-jährigen Verlust der Unabhängigkeit und den gleichzeitigen immer wieder niedergeschlagenen Volksaufständen bis zu 1918, den schwierigen Erfahrungen mit Demokratie bis 1926 und wieder mit dem Vernichtungskrieg seitens Nazi-Deutschlands und der Sowjetunion, gefolgt von den Freiheitskämpfen bis 1989. In diesem Kontext stellt die EU-Mitgliedschaft eine grosse Herausforderung für Polen, sein Schicksal schließlich zu verändern, die bisher negativen historischen Entwicklungstendenzen im Bereich der Internationalen Politik umzudrehen und auch den Entwicklungsrückstand gegenüber Westeuropa nachzuholen. Dieses Phänomen lässt sich mit heftigen polnischen Bemühungen um eine angemessene und erwünschte internationale Position verbinden, was das dritte Argument für die Relevanz meines Themas bildet.

Viertens lässt sich der polnischen außen- und EU-politische Ehrgeiz auf die zwei grossen außenpolitischen Orientierungen Polens, nämlich Osten und Westen, weitgehend beziehen, wobei die beiden einen besonders relevanten, zum Teil auch strategischen Charakter im Kontext der schwierigen Geschichte und geopolitischen Positionierung Polens zwischen zwei Grossmächten Russland und Deutschland aufweisen. Die unter durchzuführenden Analysen der Polens außenpolitischen Schulen gefolgt weiters von Auseinandersetzungen mit realpolitischen Entwicklungen sollten darauf hindeuten, dass die EU-Mitgliedschaft eine historische Chance mit sich zu tragen hat, die beiden Bedrohungen im Westen und Osten zu neutralisieren.

Viertens zeichnet sich Polen mit seinen zur Zeit der bisherigen EU-Mitgliedschaft geführten Regierungspolitiken und besonders dem schon zweimaligen wesentlichen wenn nicht strategischen parteipolitischen Kurswechsel aus. In diesem Kontext kamen in dieser noch ziemlich kurzen Zeitperiode drei Regierungskoalitionen an die Macht, die insgesamt alle grössten und wichtigsten polnischen Parteien umfasst haben und sich praktischerweise über das ganze Spektrum der politischen Bühne sowie über wichtigste politischen EU-Orientierungen ausstrecken ließen. Hierbei sollte es sowohl auf die linksliberale und am meisten europaorientierte SLD-Regierung im ersten Eineinhalbjahr der EU-Mitgliedschaft als auch auf den darauf folgenden zweijährigen nationalkonservativen und euroskeptischen Kurs der PIS-Regierung sowie die deutlichen Gewinne von liberal-konservativen, EU-freundlichen Kräften unter der PO-Regierung 2007 und 2011 verwiesen werden.

Im Kontext der erwähnten Machtwechsel lässt sich das Phänomen der PIS-Regierung besonders stark auszeichnen. Eine der in der EU am meisten euroskeptischen Mächte wurde nämlich von einer der am meisten europafreundlichen Gesellschaften gewählt. Die deutliche Verschärfung des polnischen außenpolitischen und EU-Kurses während der Regierungsperiode 2005-2007 bildet hier einen guten Forschungsgegenstand im Hinblick auf die Polens internationale und besonders EU-Positionierung.

Schließlich sollte die politikwissenschaftliche Ausdifferenzierung in inhaltliche und prozedurale Politikaspekte jeweiliger Regierungspolitik einen interessanten Forschungsgegenstand bilden. Hier sind sowohl die politische Einstellung und Rhetorik, aber auch die davon ausgehenden Vorgehensweisen und realpolitischen Effekte der von mir analysierenden Politikbereiche unter den stark voneinander abweichenden außen- und EU-politischen Regierungskonzepten 2004-2011 hinsichtlich der europäischen Positionierung Polens sehr relevant.

3. Zentrale These:

Die Hauptthese von meiner Diplomarbeit sollte eine Kausalität aufweisen und sich auf die Ursache-Wirkungs-Beziehungen zwischen der EU-Mitgliedschaft Polens, der in Polen bisher

aufgetauchten EU-politischen Konzepte und einer verstärkten polnischen Position im Bereich der Internationalen Politik beziehen.

In diesem Zusammenhang ist es nachzuweisen, dass die EU-Vollmitgliedschaft Polens einerseits und die EU-freundlicheren Staatsregierungspolitiken andererseits eine einflussreichere Position Polens auf der internationalen politischen Bühne bewirken.

Unter dem Begriff einer einflussreicheren Position ist es zu verstehen, dass Polen im Zuge der EU-Integration über grössere politischen Kapazitäten verfügt und dadurch grössere Einflussmöglichkeiten hat, seine obersten außenpolitischen Ziele zu verwirklichen, indem es die Stabilität in seiner direkten Ostnachbarschaft und Aufwertung seiner Position gegenüber seinem grössten Westnachbar zu erreichen ist.

4. Zentrale Fragestellung:

Inwieweit beeinflusst die EU-Mitgliedschaft selbst sowie die zu dieser Zeit aufgetauchten Konzepte von EU- und Außenpolitiken Polens das stärkere politische Durchsetzungsvermögen hinsichtlich der zu verfolgenden wichtigsten außenpolitischen Ziele Polens im Osten und Westen?

Weitere Einzelfragen:

- I. Kann Polen im Zuge seiner EU-Integration seine ostpolitischen Ziele effektiver verfolgen? Unter welchen Umständen?
 - 1) Warum bleiben die Polens Ostpolitiken und besonders die Ukrainepolitik für die internationale Position dieses Staates so relevant?
 - 2) Wie lassen sich die strategischen Prioritäten der polnischen Ukrainepolitik definieren?
 - 3) Inwieweit hat der EU-Beitritt Polens diese Zielverfolgung erleichtert?
 - 4) Welche Defizite der neuen EU-Ukrainepolitik lassen sich aus der polnischen Perspektive formulieren?
- 4a. Warum plädiert Polen für eine EU-Mitgliedschaftsperspektive für die Ukraine?

- 4b. Womit zeichnet sich die politische Schwäche der Ostpolitik im Rahmen der ENP aus?
- 5) Inwieweit wurde die Ukrainepolitik unter den bisherigen Regierungen in Polen "europäisiert" bzw. aufgewertet?
- 5a. Womit zeichneten sich die SLD-Regierungsaktivitäten in Bezug auf die Ukrainepolitik aus?
- 5b. Warum hat die Regierung PIS die Ukrainepolitik nicht vorantreiben lassen?
- 5c. Welche EU- und außenpolitischen Aspekte bzw. Entwicklungen unter der Regierung PO haben die grössere Durchsetzungskraft der Polens Ukrainepolitik und somit die stärkere Position Polens auf der internationalen politischen Bühne determiniert?
- 6) Inwieweit ließ die ÖP einen mit den polnischen Prinzipien einstimmenden EU-ostpolitischen Rahmen aufwerten?
- II. Wird die politische Position Polens gegenüber Deutschland nach dem EU-Beitritt aufgewertet? Durch welche Entwicklungen ist dies zu verwirklichen?
- 1) Welche Rolle schreiben die deutschlandpolitischen Theorien der gemeinsamen EU-Mitgliedschaft Polens und Deutschlands?
- 2) Welche Kooperations- und Konfliktpotentiale weist die polnisch-deutsche ostpolitische Interessenkonstellation auf?
- 3) Inwieweit haben die beiden Potentiale zu Kooperationsentwicklungen bzw. Verschärfung der Trennlinien unter den drei polnischen Regierungen beigetragen?
- 3a. Inwieweit konnte sich die bilaterale Zusammenarbeit zur Zeit der SLD-Regierungsperiode entwickeln?
- 3b. Mit welchen inhaltlichen und prozeduralen Aspekten lässt sich die Stagnation unter PIS argumentieren?
- 3c. Inwieweit trugen die PO-deutschlandpolitischen Vorgehensweisen zur Verstärkung der Position Polens gegenüber Deutschland und auf der EU-Bühne bei?
- 4) Inwieweit kann dadurch die Erklärungskraft der Polens deutschlandpolitischen Theorieansätze bestätigt werden?

5. Methoden der wissenschaftlichen Forschung

Ich möchte meine Diplomarbeit in vier wichtigste Blöcke einteilen. Zum ersten sollte die hier präsentierte Einführung werden, die die Funktion eines inhaltlichen und methodologischen Überblicks über die gesamte Arbeit zu tragen hat. Hierbei sollten die zentrale Kausalthese und die Fragestellungen gestellt werden, die im Hauptteil zu forschen sind.

Im zweiten Block wollte ich eine empirisch-analytische Theorieforschung durchführen, wobei es empirisch erfassbare Begriffe und Variablen zum Themenbereich der europäischen Integration gesammelt und systematisiert werden sollten. Dieses deduktive Verfahren würde somit einen Übergang von einer allgemein betrachteten Theorie zur empirischen Forschung von Einzelheiten ermöglichen.

Die Konzeptspezifizierung im Hauptteil von meiner Diplomarbeit bezieht sich wiederum auf eine qualitative Fallauswahl von den für diesen Themenbereich zuständigen Bereichen, die die meist typischen, dh. für die Polens EU- und Außenpolitik strategischen Fälle bzw. determinierenden Faktoren umfasst. Deren Operationalisierung sollte wiederum anhand der angesprochenen parteipolitischen und politikwissenschaftlichen Dimensionierungen erfolgen, deren Forschung als einem Verbindungsfaktor in der vergleichenden Analyse zwischen den Sachverhalten der Ausgangssituation und des Endeffekts zu dienen hat.

Es ist hier einerseits auf die Kausalitäten zu verweisen, die die empirischen Aussagen im Hinblick auf die zentrale These zur Ursache-Wirkungs-Beziehung mit einschliessen sollten. Andererseits kann es nicht unbeachtet bleiben, dass zwischen den unterschiedlichen unten zu analysierenden Politikbereichen, -konzepten, -aspekten und -entwicklungen eine weitgehende Korrelation besteht, wobei alle diese Sachverhalte aus verschiedener Perspektive dem Nachweisen von meiner zentralen These dienen sollten.

Diese Einzelfallanalyse der zwei ausgewählten Politikbereiche und dabei aufgetauchten verschiedenen EU- und Außenpolitikkonzepte sollte weiters die These bestätigen lassen und somit einen Übergang zu allgemeinen Schlussfolgerungen bezüglich der Polens internationalen

Position nach dem EU-Beitritt im Rahmen eines induktiven Verfahrens ermöglichen, was einen umgekehrten Prozess zur Theorieforschung selbst macht. Zum Schluss sollte es erklärt werden, ob bestimmte Sachverhalte vorliegen bzw. nicht bestehen, wodurch die Frage zusammenschließend beantwortet und die Thesen zu meiner Diplomarbeit bestätigt bzw. abgelehnt werden müssen.

II.Theorieforschung – Theorien der Integration

Die folgende Theorieforschung sollte den Argumentationsgang für die Fragestellung und die These systematisieren sowie die dabei zu erklärenden Sachverhalte verstehen und interpretieren lassen. In deren Kontext ist Polen als ein nationalstaatlicher politischer Akteur zu betrachten, der innerhalb der EU-Strukturen und –Politiken agiert und dadurch seine internationale politische Position gestaltet und außenpolitische Ziele verfolgt.

Dieses Agieren sollte anhand der Integrationstheorien erklärt werden, wobei Johannes Pollak und Peter Slominski in ihrem Lehrbuch „Das politische System der EU“ von einer Unterscheidung zwischen Supranationalismus und Intergouvernementalismus als den Theorien in deren möglichst groben Umrissen ausgehen. *„Die wesentliche Unterscheidung zwischen Supranationalismus und Intergouvernementalismus besteht in der Antwort auf die Frage, welche Akteure – Staaten oder europäische Institutionen – die treibenden Kräfte des Integrationsprozesses sind.“*¹ Die beiden angeführten Theorien versuchen also unterschiedlich zu erklären, inwieweit und wodurch die EU-Mitgliedstaaten einerseits und die supranationalen EU-Organe andererseits die Integrationsprozesse, also auch die bestimmten EU-Politiken, beeinflussen.

¹ Pollak, Johannes (Hrsg.); Slominski, Peter (2006). Das politische System der EU. WUV, Wien, S.54

1. Intergouvernementalismus

Der erstgenannte Intergouvernementalismus sollte eine für die Analyse der polnischen Positionierung innerhalb der EU und der Polens durch die EU-Mitgliedschaft geprägten Außenpolitik erklärende Theorie bilden. Er geht nämlich von der realistischen Theorie der Internationalen Beziehungen und deren zentralen Annahme aus, dass Staaten die zentralen Akteure des durch Anarchie und Abwesenheit einer zentralen Autorität gekennzeichneten internationalen politischen Umfelds sind.² Piotr Ostaszewski setzt sich dabei in seinem Lehrbuch „Die internationalen politischen Beziehungen“³ mit dem Realismus und dessen Ansätzen ausführlicher auseinander und beschreibt aus dieser Sichtweise die internationale Politik als ein Handlungsspielraum, in dem Rivalisierung um Macht im Mittelpunkt steht, wobei Akteure sind daran konzentriert, konkrete Ziele zu erreichen, bestimmte Positionen zu erlangen und ein Sicherheitsgefühl zu gewinnen.⁴

Davon ausgehend wurde die intergouvernementale Integrationstheorie entwickelt, die die internationale Positionierung der Nationalstaaten in den Kontext der EU-Integration einsetzt. Pollak und Slominski unterscheiden dabei zwischen zwei wichtigsten Ansätzen, dem klassischen und dem liberalen, die verschiedene Durchsetzungsmöglichkeiten der nationalen Interessen definieren. *„Intergouvernementalistische Theorieansätze unterscheiden sich untereinander in der Frage, wie staatliche Präferenzen zustande kommen und welche Rolle der Staat bei der Übermittlung dieser Präferenzen auf die europäische Ebene spielt.“*⁵

1.1. Klassischer Intergouvernementalismus

Der klassische Intergouvernementalismus nimmt an, dass die EU genügend Ähnlichkeiten zu einem von dem Realismus angenommenen anarchischen System im Allgemeinen aufweist und dadurch sinnvoll aus dieser Perspektive betrachtet werden kann. Pollak und Slominski berufen sich hierbei auf die Hauptvertreter des klassischen Ansatzes Stanley Hoffmann und

² Pollak, Johannes (Hrsg.); Slominski, Peter (2006). Das politische System der EU. WUV, Wien, S.59-60

³ eigene Übersetzung aus dem Polnischen

⁴ Ostaszewski, Piotr (2010). Międzynarodowe stosunki polityczne. Zarys wykładów. Wyd. Książka i Wiedza, Łódź, S.17

⁵ Pollak, Johannes (Hrsg.); Slominski, Peter (2006). Das politische System der EU. WUV, Wien, S.54

Alan Milward. „*Der klassische Intergouvernementalismus (...) betrachtet die Mitgliedstaaten als dominante Akteure, sowohl was die Errichtung als auch das tägliche Funktionieren internationaler Organisationen betrifft. Das Verhalten der Staaten wird dabei durch unterschiedliche Traditionen, Politikstile, Bürokratien, Identitäten und geopolitische Interessen bestimmt.*“⁶ Laut Hoffmann und Milward, so Pollak und Slominski, wird die Rolle der nationalen Staaten im Zuge der Integrationsprozesse nicht abgeschwächt, sondern sogar verstärkt. Die Integration ist dabei als eine Form der zwischenstaatlichen Kooperation zu interpretieren, in der sich die einzelnen Staaten zwecks Überwindung international gestellter Hindernisse integrieren. „...eine solche Integration stärkt ihre [der Nationalstaaten] Position, da sie sich dem internationalen Wettbewerb, internationalen Bedrohungen und Herausforderungen gemeinsam stellen.“⁷

1.2. Liberaler Intergouvernementalismus

Der klassische Intergouvernementalismus wird darüber hinaus mit dem liberalen Ansatz weiter entwickelt. Sein Hauptvertreter Andrew Moravcsik geht von den drei Grundannahmen des rationalen Agierens, der liberalen nationalen Präferenzbildung und der intergouvernementalen Logik der zwischenstaatlichen Kooperation aus. Diesbezüglich betrachtet er die EU als ein Handlungsspielraum, der auf Basis eines Angebot-Nachfrage-Schemas zustande gekommen ist, wobei einerseits die Präferenzen nationaler Interessen und die von Nationalstaaten erkannten Vorteile der ökonomischen Kooperation auf der EU-Ebene als eine Nachfrage und andererseits die Funktion zwischenstaatlicher Verhandlungen, die eine Kalkulation zwischen grösserer Effizienz der supranationalen Lösungen und einem Verlust an nationaler Macht mit einschliesst, als ein Angebot zu verstehen sind.⁸

Dieser theoretische Ansatz verstärkt die These, dass die internationale Zusammenarbeit in Form der EU-Integration aus einer rationalen Handlung der Nationalstaaten und deren Orientierung an bestimmte Vorteile und Gewinne resultiert. „*Die Einrichtung der EU ist infolgedessen das Resultat rationaler Verhandlungen zwischen Regierungen. Der Grund, dass*

⁶ Pollak, Johannes (Hrsg.); Slominski, Peter (2006). Das politische System der EU. WUV, Wien, S.60

⁷ Pollak, Johannes (Hrsg.); Slominski, Peter (2006). Das politische System der EU. WUV, Wien, S.60

⁸ Pollak, Johannes (Hrsg.); Slominski, Peter (2006). Das politische System der EU. WUV, Wien, S.60-61

Regierungen überhaupt in solche Verhandlung eintreten, liegt in der Reduktion der Transaktionskosten und in der größeren Effizienz gemeinsamer Problemlösung.“⁹

Der wesentliche Unterschied zum klassischen Intergouvernementalismus besteht in der Bewertung der Relevanz nationaler Präferenzbildung. Diese wird nämlich nicht erst im Zuge der internationalen Zusammenarbeit entwickelt, was der klassische Ansatz annimmt, sondern schon auf innerstaatlicher Ebene geprägt, wo die Regierungspräferenzen, so Moravcsik, die nationalen Kräfteverhältnisse gesellschaftlicher Interessengruppen widerspiegeln. *„Regierungen sind also Instrumente nationaler Interessengruppen während sie im klassischen Intergouvernementalismus ihre außenpolitischen Präferenzen unabhängiger von nationalen gesellschaftlichen Interessen gestalten können. Auch kleinere Staaten erwarten sich von einer solchen internationalen Kooperation Gewinne und mehr Einfluss auf das Verhalten großer Staaten.“¹⁰*

Davon ausgehend dient die EU-Integration einer effizienteren Lösung der innerstaatlich geprägten und definierten Probleme. Der liberale Intergouvernementalismus verschiebt also den Schwerpunkt der Präferenzbildung von der supranationalen auf die nationale Ebene, wobei die Position der Nationalstaaten in den EU-Integrationsprozessen, im Vergleich zur Theorie seiner klassischen Vorgänger, noch stärker wahrgenommen wird.

Die supranationalen Organe bleiben in den beiden dargestellten Theorieansätzen des Intergouvernementalismus im Schatten, wobei sich deren Rolle auf Kooperation zwischen den EU-Mitgliedstaaten im Fall des klassischen Ansatzes¹¹ sowie auf Kontrolle der Einhaltung von interstaatlich abgeschlossenen Verträgen im Fall des liberalen Ansatzes einschränkt. Der Souveränitätstransfer „nach oben“ sollte nur in einer grösseren Effizienz der intergouvernementalen Handlung gerechtfertigt werden. Der Verhandlungsmacht der supranationalen Organe selbst wird kaum Rolle zugeschrieben, wodurch die analysierte Theorie auf Kritik eines zu grossen Staatszentrismus sowie – bei dem liberalen Ansatz – einer Unfähigkeit der Erklärung der EU-Entscheidungsprozesse sties.¹²

⁹ Pollak, Johannes (Hrsg.); Slominski, Peter (2006). Das politische System der EU. WUV, Wien, S.61

¹⁰ Pollak, Johannes (Hrsg.); Slominski, Peter (2006). Das politische System der EU. WUV, Wien, S.62

¹¹ Pollak, Johannes (Hrsg.); Slominski, Peter (2006). Das politische System der EU. WUV, Wien, S.60

¹² Pollak, Johannes (Hrsg.); Slominski, Peter (2006). Das politische System der EU. WUV, Wien, S.62

2. Supranationalismus

In meinem Forschungsprozess sollte das Nachweisen der Erklärungskraft der oben dargestellten Theorien des Intergouvernementalismus durch die Ablehnung der gegenüber gestellten Theorie des Supranationalismus zusätzlich bestätigt werden, wobei die Grundannahmen der zweiten unten anzuführen sind.

Die supranationalen Integrationstheorien lassen sich – im Gegensatz zum Intergouvernementalismus – mit einer Abkehr von den staatszentristischen Modellen primär definieren. Solche Abkehr geht wiederum auf den Liberalismus/Idealismus als die Theorie der Internationalen Beziehungen zurück, die Piotr Ostaszewski in seinem oben angesprochenen Lehrbuch dem Realismus gegenüber stellt. Hier wird das friedliche Zusammenleben betont, das, vor allem im Neoliberalismus und dessen institutionellen Ansatz, durch Existenz internationaler Akteure und Ablehnung der dominierenden Rolle der Nationalstaaten gekennzeichnet wird.¹³

Diesbezüglich verweisen Pollak und Slominski in ihrer Analyse der Integrationstheorien auf den (Neo)funktionalismus und Konstruktivismus als die relevantesten supranationalen Ansätze, die von der Kritik ausgehen, dass das politische Handeln der Staaten vor allem dem Machterhalt diene. Das Funktionieren der internationalen Organisationen sollte hingegen zwischenstaatliche Konflikte reduzieren lassen.

2.1. Neofunktionalismus

In diesem Sinne beruht der (neo)funktionalistische Integrationsprozess auf Einrichtung supranationaler Institutionen zur Koordination interstaatlicher Zusammenarbeit, wobei deren Vorteile wechselseitiges Vertrauen entwickeln und Anstoß für weitere Integration geben lassen. Hier bilden die in einem bestimmten Bereich tätigen Interessengruppen, die von solcher

¹³ Ostaszewski, Piotr (2010). Międzynarodowe stosunki polityczne. Zarys wykładów. Wyd. Książka i Wiedza, Łódź, S.22-26

Kooperation profitieren, als auch die Eigeninteressen der überstaatlichen Organe die für den Integrationsprozess treibenden Kräfte. Diese Logik der supranationalen Zusammenarbeit geht auf die Ursprünge der EG zurück und sie wird durch Schaffung einer technokratischen Interessengemeinschaft bedingt, was ihr Hauptvertreter Jean Monnet, so Pollak und Slominski, folgend ansah: *„Experten sollten den Kern der Einigungsbemühungen bilden, beratende Gremien die Verbindung zu Interessengruppen leisten. Die Kombination von technischer Expertise und ökonomischen Interessengruppen in transnationalen Koalitionen würden den Integrationsprozess zwangsläufig vorantreiben.“*¹⁴

An solcher Integrationsform nehmen zwar sowohl bürokratische, politische als auch ökonomische Eliten teil, jedoch ist die technokratische Ausprägung ausschlaggebend. Die Relevanz der supranationalen Zusammenarbeit zugunsten ökonomischer Wohlfahrtssteigerung in Westeuropa hatte dabei einen Vorrang, wobei eine Zustimmung der europäischen Bevölkerung nur ein Ergebnis, aber keinesfalls, so Monnet, eine Voraussetzung der Integration sein sollte.

Man musste also auf die Einigung Europas anhand eines von Monnet erwünschten, idealpolitischen, jedoch unverwirklichbaren föderalistischen Modells zugunsten eines praktischen, funktionellen Prozesses der kleinen Schritte verzichten, was Experten besser als Politikern gelingen sollte. Außerdem lässt sich die technokratische Integrationsform in der Angst vor einem neuen Krieg argumentieren. *„Die verheerenden Folgen des Zweiten Weltkriegs, die reale Angst vor einem dritten großen Krieg ließen eine depolitisierte und technokratische Elite als wünschenswert erscheinen, da zuerst die notwendigsten Bedürfnisse (z.B. Lebensmittelversorgung) der Bevölkerungen befriedigt werden mussten. Zwar war die politische Einigung des Kontinents immer das ultimative Ziel der Gründungsväter, zeitlich war dem aber die rasche Schaffung realer Wohlfahrtssteigerung vorgelagert – und dies konnte nur mittels einer Politik der kleinen Schritte erfolgen.“*¹⁵

Diesbezüglich wird die Wirklichkeit anhand eines so genannten Spillover-Konzepts erklärt, wobei die supranationalen Organe eine vorrangige Rolle haben. Philippe Schmitter

¹⁴ Pollak, Johannes (Hrsg.); Slominski, Peter (2006). Das politische System der EU. WUV, Wien, S.55-56

¹⁵ Pollak, Johannes (Hrsg.); Slominski, Peter (2006). Das politische System der EU. WUV, Wien, S.56

differenziert hierbei zwischen einem funktionalen, politischen und institutionellen Spillover. Funktionaler Spillover umfasst einen sich aus Integration einzelner sektoraler Bereiche entwickelnden Integrationszog, der immer mehr Bereiche umfasst. Politischer Spillover nimmt die Neuorientierung der politischen Eliten und Bürokratien an supranationale Entscheidungsebene wahr, die aus Erkenntnis der Integrationsvorteile resultiert. Institutioneller Spillover betont wiederum eine den supranationalen Organen zugegebene „Schanierfunktion“ zwischen den einzelnen nationalstaatlichen Regierungen sowie einen daraus resultierenden Informationsvorsprung, der der Integrationsförderung und eigenem Kompetenzausbau diene.¹⁶

Die EU-Integration sollte hierbei als ein Prozess verstanden werden, der aus transnationaler, sich vertiefender Zusammenarbeit resultiert und mittels effizienter überstaatlicher Gemeinschaftsorgane und vereinheitlichter Gemeinschaftsregeln stark supranationalisiert wird. *„Autoren, die in der Tradition des Neofunktionalismus stehen (...) verstehen die europäische Integration als ein Produkt dreier Faktoren: der Ausweitung transnationaler Austauschbeziehungen, der Effizienz der supranationalen Organe diese Austauschbeziehungen zu organisieren und der zunehmenden Regeldichte auf EU-Ebene (...) Transnationale Akteure profitieren von einer europaweiten Regulierung, da Transaktionskosten reduziert werden. Die Einsicht in die Vorteile und v.a. den Profit einheitlicher Regeln lässt sie an die nationalen Regierungen oder die supranationalen Organe mit der Forderung nach weiterer Integration herantreten.“*¹⁷

Die Kritik des (Neo)funktionalismus bezieht sich vor allem auf dessen Unfähigkeit, die Stagnationsphasen zu erklären, wobei es in den EU-Integrationsprozessen an eine in der besprochenen Theorie angenommene Linearität fehlt. Es ist darüber hinaus schwierig, die „politischen“ und „technischen“ Politikbereiche zu trennen.¹⁸

¹⁶ Pollak, Johannes (Hrsg.); Slominski, Peter (2006). Das politische System der EU. WUV, Wien, S.57

¹⁷ Pollak, Johannes (Hrsg.); Slominski, Peter (2006). Das politische System der EU. WUV, Wien, S.57-58

¹⁸ Pollak, Johannes (Hrsg.); Slominski, Peter (2006). Das politische System der EU. WUV, Wien, S.58

2.2. Konstruktivismus

In diesem Kontext ist es sinnvoll, einen konstruktivistischen Theorieansatz zu präsentieren, der sich mit Auseinandersetzung mit den Auswirkungen sozialer Umgebung auf politische Akteure primär befasst. Einerseits lässt sich der Konstruktivismus selbst als eine getrennte grobe Theorie der Internationalen Beziehungen definieren, die auf die Veröffentlichung „The World of Our Making“ von Nicholas Onuf zurückgeht und von den realistischen (intergouvernementalen) sowie liberalen (supranationalen) Annahmen weitgehend abzugrenzen ist, was Ostaszewski in seinem Lehrbuch formuliert.¹⁹

Aus der anderen Seite betrachten Pollak und Slominski den Konstruktivismus nur als eine Variante des Supranationalismus innerhalb der Integrationstheorien, wobei sich die Wissenschaftler auf die von Peter Berger und Thomas Luckmann formulierten Annahmen berufen und diese im Hinblick auf die EU-Integrationsprozesse der politischen Institutionen interpretieren: *„Menschen agieren nicht unabhängig von ihrer sozialen Umgebung, sondern konstituieren sich als Akteure erst in Wechselwirkung mit ihrem Umfeld. Ebenso sind politische Institutionen Ausdruck bestimmter Ordnungsvorstellungen und Traditionen. Zentrales Element des Konstruktivismus sind Identitätsbildungsprozesse und das Potential ihrer Veränderbarkeit.“*²⁰

Davon ausgehend beeinflussen sich die sozial geprägte europäische Identität, die Integrationsbereitschaft sowie der Integrationsgrad gegenseitig, wobei der Konstruktivismus auch nationale Legitimitätstraditionen und –erfordernisse bezüglich der EU-Integration den rein funktionalistischen Erklärungen bzw. rationalen Annahmen gegenüber stellt. Das Funktionieren der supranationalen Institutionen lässt sich also nicht ausschließlich anhand des Neofunktionalismus erklären, sondern es geht vielmehr auf die Einflüsse der sozialen Umgebung und der dadurch geprägten Identitätsvorstellungen zurück.

Dieser Ansatz bildet einen relevanten Faktor in der Erklärung der Integrationsprozessen und der Rolle eines sozial geprägten Agierens der politischen Akteure innerhalb der EU, wobei

¹⁹ Ostaszewski, Piotr (2010). Międzynarodowe stosunki polityczne. Zarys wykładów. Wyd. Książka i Wiedza, Łódź, S.32-33

²⁰ Pollak, Johannes (Hrsg.); Slominski, Peter (2006). Das politische System der EU. WUV, Wien, S.58-59

es ein Beispiel des von Thomas Risse erklärten deutschen „Euro-Patriotismus“ in der Analyse von Pollak und Slominski angeführt wurde: *„Warum hat sich Deutschland als traditionelles Hartwährungsland auf eine Währungsunion mit Italien, Frankreich, Spanien etc. eingelassen? Thomas Risse et al. (...) erklärten dies mit dem deutschen „Euro-Patriotismus“ der unter den politischen Eliten grundlegender Bestandteil der deutschen Nachkriegsidentität geworden ist. Für Großbritannien hingegen, das von Europa traditionell als the continent spricht, ist die Abgrenzung von Europa wichtiger als das Zugehörigkeitsgefühl zu Europa.“*²¹

3. Institutionalismus und der Multi-level-Governance-Ansatz

Die dritte grosse Integrationstheorie bildet der Institutionalismus. Soweit dessen Hauptmodell mit seinen drei Strömungen (Rational-choice-Institutionalismus, soziologischer Institutionalismus und historischer Institutionalismus²²) die Funktionsweisen der supranationalen Institutionen selbst zu erklären versucht und dadurch meinen Analysegegenstand nicht betrifft, bleibt die Frage nach Erklärungskraft seines neuen Multi-Level-Governance-Ansatzes für meine Arbeit offen. Er erklärt nämlich die supranationale institutionelle Ebene nur zu einem geringeren Ausmaß und bezieht sich vielmehr auf ein wechselseitiges Zusammenspiel unterschiedlicher Akteure des gesamten mehrstufigen Integrationsprozesses. Pollak und Slominski zitieren dabei Hix und beschreiben den Multi-Level-Governance-Ansatz folgendermaßen: *„Die EU wird als „unique set of multi-level, non-hierarchical and regulatory institutions, and a hybrid mix of state and non-state actors“ (...) verstanden. Supranationale und nationale Politik können nicht mehr als exklusive voneinander unabhängige Sphären verstanden und konzipiert, sondern müssen vielmehr in ihrem vielfältigen Zusammenspiel analysiert werden.“*²³

In diesem Kontext lässt sich der zitierte Ansatz, so Pollak und Slominski, zwischen dem Intergovernmentalismus und Supranationalismus platzieren. *„Alec Stone Sweet and Wayne Sandholtz (...) haben die bisher tiefendste theoretische Grundlegung des Multi-level-Governance-Ansatzes vorgelegt. Weder sind Staaten die alleinigen Herren des europäischen Politikprozesses, noch sind sie durch die supranationalen Organe fremdbestimmt. Vielmehr*

²¹ Pollak, Johannes (Hrsg.); Slominski, Peter (2006). Das politische System der EU. WUV, Wien, S.59

²² Pollak, Johannes (Hrsg.); Slominski, Peter (2006). Das politische System der EU. WUV, Wien, S.63

²³ Pollak, Johannes (Hrsg.); Slominski, Peter (2006). Das politische System der EU. WUV, Wien, S.64

sind unterschiedliche Politikbereiche an unterschiedlichen Punkten eines Kontinuums zwischen Intergouvernementalismus und Supranationalismus anzusiedeln.²⁴ Dabei wäre es die Frage zu stellen, wie nah dem Intergouvernementalismus und wie weit von dem Supranationalismus diese Theorie steht, das heißt inwieweit sie meinen Forschungsgegenstand erklären kann.

Pollak und Slominski stellen jedoch den besprochenen Theorieansatz dem liberalen Intergouvernementalismus, der meine Analyse am besten erklären soll, eindeutig gegenüber, wobei die Nationalstaaten über keine Kontrolle der Integrationsprozesse verfügen. *„Die staatszentrierte Sicht des liberalen Intergouvernementalismus wurde selbst bald zum Gegenstand von Kritik der Anhänger des Multi-level-Governance-Ansatzes. (...) Staaten sind in diesem Prozess wichtige Akteure, aber sie kontrollieren ihn nicht.“*²⁵

Erstens werden dabei der EuGH, die Kommission und das EP als die von nationalem Willen unabhängig agierenden Organe angesehen. Zweitens organisieren sich die nationalen Interessen selbst zunehmend transnational und sie agieren direkt auf der EU-Ebene, ohne auf die Staatsebene einzugreifen. Drittens wird ein Zusammenspiel von unterschiedlichen Akteuren und Ebenen der EU-Integrationsprozesse betont, die sich nicht mehr klar voneinander trennen lassen.

Der Multi-level-Governance-Ansatz argumentiert die Machtübergabe der Staaten einerseits in einer effizienteren Problemlösungskapazität auf der EU-Ebene, was also auf die Grundannahmen des Supranationalismus zurückgreift, und andererseits in einem Wunsch, die Verantwortung für unpopuläre Entscheidung abzugeben.²⁶

Es ist mit meiner weiteren Forschung der Polens außenpolitischen Beziehungen im Kontext der EU die These nachzuweisen, dass der Intergouvernementalismus die unten besprochenen Prozesse am besten erklären kann. In diesen Kontext lassen sich weitere in meiner Diplomarbeit durchzuführenden Theorieanalysen stellen, die wiederum jeweilige außenpolitischen Orientierungen, Politikstile, Traditionen und besonders geopolitischen

²⁴ Pollak, Johannes (Hrsg.); Slominski, Peter (2006). Das politische System der EU. WUV, Wien, S.66

²⁵ Pollak, Johannes (Hrsg.); Slominski, Peter (2006). Das politische System der EU. WUV, Wien, S.65

²⁶ Pollak, Johannes (Hrsg.); Slominski, Peter (2006). Das politische System der EU. WUV, Wien, S.65

Interessen Polens, die mittels der EU-Integrationsprozesse zu implementieren sind, verstehen lassen sollten.

III. Polens Ukrainepolitik im Zuge der EU-Integration

1. Einführender Überblick

Im ersten Teil von meiner Diplomarbeit möchte ich mich auf die Polens Ostbeziehungen, insbesondere die Ukrainepolitik, konzentrieren. Hier sollte die unten anzuführende Theorieforschung auf deren tiefe historische Verwurzelung in den polnischen außenpolitischen Schulen und damit deren strategische Relevanz für Polens Außenpolitiken hindeuten. Soweit sich diese Theorien in den Kontext einer jahrhundertlangen Geschichte der polnischen Ostbeziehungen setzen lassen, sind es dabei die ostpolitischen Ansätze des 20. Jahrhunderts primär zu zeigen, die von einer besonderen und vorrangigen Relevanz der Ukrainepolitik hinsichtlich der internationalen Positionierung Polens zeugen.

Davon ausgehend möchte ich die ukrainepolitische Prioritätsstellung definieren, wobei es ein grobes oberstes Ziel der Stabilisierung der ukrainischen Staatlichkeit und der Unterstützung deren demokratischen Reformen seitens Polens zu verfolgen ist. Dieses ist nämlich sowohl in der polnischen Theorielehre als allererste Aufgabe der umfangreich anzusehenden Sicherheit in Bezug auf internationale Position Polens tief verankert als auch es bleibt für Implementierung weiterer einzelner Zielsetzungen der unterschiedlichsten Nachbarschaftsbeziehungen entscheidend. Dieser Prioritätssetzung ist also ein strategischer Charakter zuzuschreiben, deren Verwirklichung Polen durch sein Agieren auf der internationalen Bühne dringend anzustreben hat.

Es sollte in diesem Kontext ein im Zuge der EU-Integration Polens neu entstandener politischer Handlungsspielraum definiert werden, wobei es zu zeigen ist, dass dieser neue Möglichkeiten vor der polnischen ukrainepolitischen Zielverfolgung öffnet. Darauf basierend steht Polen vor einer Chance, seine Ukrainepolitik zu „europäisieren“ und somit deren Kapazität wesentlich zu erhöhen.

Davon ausgehend wollte ich erstens die wichtigsten Defizite der EU-Ukrainepolitik aus der polnischen Sichtweise formulieren, die im Kontext dieses neuen Handlungsspielraums zum Ausdruck kamen.

Zweitens sind die einzelnen Staatsregierungspolitiken zur Zeit der bisherigen EU-Mitgliedschaft Polens 2004-2011, nämlich diese, die unten den führenden Regierungsparteien SLD, PIS und PO geführt wurden und werden, zu forschen, wobei es v.a. die These begründet werden soll, dass soweit die EU-skeptische Vorgehensweise unter der Regierung PIS die polnische Ukrainepolitik im Rahmen der EU nicht aufwerten und diese vielmehr in eine Stagnation geraten ließ, konnte die EU-orientierte Regierung der Bürgerplattform die polnischen ukrainepolitischen Konzepte auf die EU-Ebene zu grossem Teil verschieben, indem die Union einen verstärkten Rahmen für die Westannäherungsprozesse der Ukraine auf polnischen Vorschlag errichtet hat.

Die Aufwertung der Polens Ukrainepolitik im Rahmen der EU ist, drittens, durch eine vergleichende Analyse mit den in der Forschung der Ausgangssituation formulierten Defiziten zu bestätigen.

2. Polens ostpolitische Theorien

Wie es oben angekündigt wurde, sollte ich von einer Analyse der polnischen ostpolitischen Theorien ausgehen, die eine strategische Relevanz der Ukrainepolitik in Bezug auf die internationale politische Position Polens erklären lassen.

2.1. Prometheismus

Im ersten Fall ist es von der Schule des Prometheismus zu sprechen, deren Gründer und Hauptvertreter der polnische Staatsmann der Zwischenkriegszeit Józef Piłsudski war. Der Prometheismus war in den polnischen Freiheitstraditionen des 19. Jahrhunderts und v.a. den antirussischen politischen Gedanken im Zuge der russischen Unterdrückung Polens tief

verankert.²⁷ Zur Zeit der Prozesse von Wiedererlangung der polnischen Unabhängigkeit 1918/1921 und danach ging diese Schule von der Annahme aus, dass das im Zuge der kommunistischen Revolutionsereignisse immer stärkere und gefährlichere russische/bolschewistische Imperium der neuen polnischen Souveränität früher oder später wieder bedrohen werde.²⁸

In diesem Zusammenhang wurden es einerseits die Konzepte des Föderalismus als auch des Zwischenmeerlandes im Hinblick auf den geopolitischen Raum zwischen der Ostsee und Schwarzmeer unter den Anhängern Piłsudskis entwickelt. Zum einen haben die beiden Ideen Verselbstständigung der Völker Osteuropas befürwortet, die sich in den Grenzen des Zarenreichs und später des bolschewistischen Imperiums zwangsläufig befanden, und somit Etablierung neuer unabhängigen Staaten der Ukraine, Belarus, im Baltikum, aber auch im Kaukasus und Zentralasien propagiert. Zum zweiten wurde Errichtung eines Staatenbundes propagiert, in dessen Rahmen die neuen Staaten stark mit Polen verbunden wären und somit einen Sicherheitspuffer gegenüber der russischen/kommunistischen Bedrohung schaffen würden. In diesen Konzepten wurde es der Ukraine eine entscheidende Rolle zugeschrieben.²⁹

Andererseits, soweit diese Pläne gescheitert haben, wurde das prometeistische Konzept selbst entwickelt, das an die Traditionen des Föderalismus und des Zwischenmeerlandes stark anknüpfte und sich zum einen an Entwicklung möglichst umfassender und vertiefter Oststudien über die unterdrückten osteuropäischen Völker³⁰ und zum anderen an Unterstützung der Emanzipationsprozesse der osteuropäischen Völker zwecks Destabilisierung des Imperiums konzentrierte.³¹

²⁷ Kornat, Marek. Ruch prometejski – ważne doświadczenie polityki zagranicznej II Rzeczypospolitej. In: Nowa Europa Wschodnia. Kolegium Europy Wschodniej im. Jana Nowaka-Jeziorańskiego (Hrsg.), Kraków, Nr.2/2008, abrufbar unter: <http://www.new.org.pl/files/docs/new208.pdf>, letzter Zugriff: 15.12.2011, S.78

²⁸ Kornat, Marek. Ruch prometejski – ważne doświadczenie polityki zagranicznej II Rzeczypospolitej. In: Nowa Europa Wschodnia. Kolegium Europy Wschodniej im. Jana Nowaka-Jeziorańskiego (Hrsg.), Kraków, Nr.2/2008, abrufbar unter: <http://www.new.org.pl/files/docs/new208.pdf>, letzter Zugriff: 15.12.2011, S.82

²⁹ Kornat, Marek. Realizm środków, idealizm wizji. O geopolitycznej wizji Jerzego Giedroycia i Juliusza Mieroszewskiego. In: Kloczkowski, Jan (Hrsg.) et al. (2009). Przekłete miejsce Europy? Dylematy polskiej geopolityki. Ośrodek Myśli Politycznej. Wyższa Szkoła Europejska im. ks. J. Tischnera, Kraków, S. 226-227

³⁰ Kornat, Marek. Ruch prometejski – ważne doświadczenie polityki zagranicznej II Rzeczypospolitej. In: Nowa Europa Wschodnia. Kolegium Europy Wschodniej im. Jana Nowaka-Jeziorańskiego (Hrsg.), Kraków, Nr.2/2008, abrufbar unter: <http://www.new.org.pl/files/docs/new208.pdf>, letzter Zugriff: 15.12.2011, S.81

³¹ Kornat, Marek. Ruch prometejski – ważne doświadczenie polityki zagranicznej II Rzeczypospolitej. In: Nowa Europa Wschodnia. Kolegium Europy Wschodniej im. Jana Nowaka-Jeziorańskiego (Hrsg.), Kraków, Nr.2/2008, abrufbar unter: <http://www.new.org.pl/files/docs/new208.pdf>, letzter Zugriff: 15.12.2011, S.81-84

2.2. Realismus

Demgegenüber hat Roman Dmowski, der neben Piłsudski der zweitwichtigste Vater der polnischen Unabhängigkeit in der Zwischenkriegszeit war, ein starkes nationalorientiertes Konzept im Rahmen seiner Realistischen Schule entwickelt. Dmowski ist dabei von der Annahme ausgegangen, dass kleinere Staaten, die zwischen zwei Grossmächten Deutschland und Russland in Mittel- und Osteuropa gelegen sind, nicht überleben können, wobei die Vision des Prometheismus unverwirklichbar sei.

Es müssten in diesem Zusammenhang die osteuropäischen Gebiete zwischen Polen und Russland geteilt werden, wobei der erstere Staat die westbelarussischen und –ukrainischen Territorien, die vor den 1772-1795 umgesetzten Prozessen der Teilungen Polens zu ihm gehört hatten, annectieren sollte. Polen machte es sich zur Aufgabe seine politische Macht so auszuweiten, dass man imstande gewesen wäre, gegebenenfalls der russischen aber auch der deutschen Bedrohung die Stirn bieten zu können.

Dmowski, im Gegensatz zu Piłsudski, hat sich jedoch der deutschen Bedrohung mehr als der russischen befürchtet, und er wollte in Polen einen gleichberechtigten Partner gegenüber der Sowjetunion sehen, welcher mit dem grossen Ostnachbar vielmehr zusammenarbeiten müsste und dadurch seine sicherheitspolitischen Garantien gegenüber Deutschland suchen könnte. Russland selbst sollte, so Dmowski, an ein starkes Polen interessiert sein, weil dieses wiederum für Moskau eine Pufferzone gegenüber Berlin schaffe.³²

Der polnisch-sowjetische Krieg 1920, der mit dem so genannten „Wunder an der Weichsel“ den bolschewistischen Marsch auf Westeuropa aufhalten und die Unabhängigkeit Polens verteidigen ließ, trug gleichzeitig zur Teilung der belarussischen und ukrainischen Gebiete zwischen das Sowjetimperium und Polen und somit zur Niederlage der Piłsudskis Vision und weitgehenden Verwirklichung des Dmowskis Konzepts bei.

³² Zblewski, Maciej Tomasz. Welche Faktoren bestimmen die Aussenpolitik Polens in Bezug zur Ukraine? Das polnische Engagement in der ukrainischen Krise 2004. Diplomarbeit. Universität Wien, 25.04.2006, S.12

2.3. Pariser „Kultura“

Soweit die neue geopolitische Ordnung nach 1945 sowohl Polen seine (außen)politische Souveränität entzogen als auch die Chancen auf Verwirklichung des prometheistischen Konzepts definitiv, aus damaliger Perspektive, ausgeschlossen hat, wurde die Piłsudskis Idee im Rahmen der Pariser „Kultura“ kontiniert. Es ist hierbei von einer Exil-Aktivität der polnischen Intellektuellen, v.a. Jerzy Giedroyc und Juliusz Mieroszewski zu sprechen, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg in Frankreich zusammengefunden haben und die Ideen der unabhängigen osteuropäischen Staaten, mit vorrangiger Rolle der Ukraine, hinsichtlich der Träume von unabhängigem Polen fort dauern ließen.

Das Konzept von Józef Piłsudski wurde jedoch umbearbeitet, indem die föderalistische Vision, der häufig polnische Dominanzbestrebungen zugeschrieben wurden, durch das Programm „ULB“ (Ukraine + Litauen + Belarus) ersetzt wurde. Dies stützte sich auf einer Schicksalsgemeinschaft mit den drei Völkern und auf geopolitischen Realentwicklungen, wobei es die Postulate für eine aktive Zusammenarbeit mit diesen Nationen in den 1960ern Jahren schließlich ausgearbeitet wurden, und zwar mit dem Ziel, diese Gruppen von der sowjetischen Herrschaft schrittweise emanzipieren und den kommunistischen Block evolutionär, langfristig zusammenbrechen zu lassen.³³

Mieroszewski hat dabei die These gestellt, dass, so Kornat, „...*die Unabhängigkeit Polens – die wirkliche und beständige Unabhängigkeit – ist ohne Befreiung der Völker Litauens, Belarus und vor allem der Ukraine, die zu einem Schlüssel zu einer grundlegenden Umgestaltung der Machtverhältnisse in Osteuropa wird, undenkbar.*“³⁴

Vielmehr verweist Basil Kerski auf die Überlegungen von Jerzy Giedroyc und den Europabezug der polnischen Politik gegenüber der unterdrückten Ostvölker. Hier hat sich Giedroyc für eine konsequente Revision des schwierigen polnisch-ukrainischen Verhältnisses

³³ Kornat, Marek. Realizm środków, idealizm wizji. O geopolitycznej wizji Jerzego Giedroycia i Juliusza Mieroszewskiego. In: Kloczkowski, Jan (Hrsg.) et al. (2009). *Przekłete miejsce Europy? Dylematy polskiej geopolityki*. Ośrodek Myśli Politycznej. Wyższa Szkoła Europejska im. ks. J. Tischnera, Kraków, S.233

³⁴ Kornat, Marek. Realizm środków, idealizm wizji. O geopolitycznej wizji Jerzego Giedroycia i Juliusza Mieroszewskiego. In: Kloczkowski, Jan (Hrsg.) et al. (2009). *Przekłete miejsce Europy? Dylematy polskiej geopolityki*. Ośrodek Myśli Politycznej. Wyższa Szkoła Europejska im. ks. J. Tischnera, Kraków, S.235, eigene Übersetzung aus dem Polnischen

eingesetzt, das sich in der Zwischenkriegszeit und während dem Zweiten Weltkrieg sehr verschärft hat, wobei es eine Politik der Aussöhnung und des Verzichts auf Ansprüche auf die 1945 verlorenen polnischen Gebiete im Osten betrieben werden sollte. Darauf basierend könnte Polen seine Position in der Region verstärken lassen. *„Nur wenn die Polen ihr Verhältnis zu den Völkern des Ostens ändern, hätten sie die Chance, so Giedroyc, in Mittel- und Osteuropa eine wichtige Rolle zu spielen.“*³⁵

2.4. Gegenwärtige Erklärungskapazität

Soweit die Zwischenkriegskonzepte von Józef Piłsudski und Roman Dmowski an ihrer Erklärungskraft für die späteren politischen Entwicklungen zu grossem Grad verloren haben, wurde das erstere zur Grundlage der Theorien von der „Kultura“. Die Ideen von Jerzy Giedroyc und Juliusz Mieroszewski haben wiederum die heutigen Reflexionen zur Ostpolitik geprägt. Sławomir Dębski setzt sich mit Mythos und Doktrine des damaligen Konzepts der „Ostpolitik“ aus heutiger Perspektive auseinander, wobei er einerseits dieses zu einer grossen elitären Ideenategorie zählt, die von damaligen und heute nicht mehr aktuellen Umständen bedingt war, und andererseits seine Erklärungskraft für die neuen souveränen Ostpolitiken Polens nach 1989 wie folgt formuliert: *„Das Leitmotiv der „Ostpolitik“, das in der Vergangenheit das Programm der polnischen Außenpolitik mitgestaltet und der polnischen Tradition der Gestaltung von Verhältnissen zu Ostnachbarn seinen Stempel aufgedrückt hat, schlug historische Wurzeln, aus denen unterschiedliche und mit unserer [Polens] EU- und NATO-Mitgliedschaft korrelierte Politiken gegenüber jeweiligen Ostnachbarn gegenwärtig wachsen.“*³⁶

Basil Kerski betont den wesentlichen Einfluss von „Kultura“ sowohl auf das polnische ukrainepolitische Denken der demokratischen und antikommunistischen Opposition in Polen vor 1989 als auch die von dieser Opposition stammenden politischen Eliten nach 1989. *„Führende Köpfe der polnischen politischen Eliten haben nach 1989 ihre Nähe zur „Kultura“*

³⁵ Kerski, Basil. Die polnisch-ukrainischen Beziehungen am Beginn des 21. Jahrhunderts. In: Makarska, Renata; Kerski, Basil (Hrsg.) (2004). Die Ukraine, Polen und Europa. Europäische Identität an der neuen EU-Ostgrenze. Veröffentlichungen der Deutsch-Polnischen Gesellschaft. Bundesverband e.V. Band 3. Fibre Verlag, Osnabrück, S. 57

³⁶ Dębski, Sławomir. „Polityka wschodnia“ – mit i doktryna. In: Polski Przegląd Dyplomatyczny. Polski Instytut Spraw Międzynarodowych (Hrsg.), Nr. 3 (31), 2006, Warszawa, S.5, eigene Übersetzung aus dem Polnischen

*deutlich gemacht und bestätigt, dass Giedroyc sie vor allem für das schwierige polnisch-ukrainische Verhältnis sensibilisiert habe.*³⁷

2.5. Tieferer historischer Kontext der ostpolitischen Theorien – Russlandbezug

Es ist wichtig dabei zu betonen, dass sich die polnischen Ordnungskonzepte für den Osten in den Kontext der jahrhundertlangen polnisch-russischen Rivalisierung um osteuropäische Gebiete und der Bestrebungen, sich gegeneinander abzusichern, stellen lassen. Burkhard Bischof beruft sich dabei auf den Osteuropa-Historiker Klaus Zernack, der in seinem Wälzer „Polen und Russland“ die rahmentheoretischen ostpolitischen Vorstellungen Polens den russischen alternativen außenpolitischen Konzepten gegenüber stellt und deren gegenseitige historischen Entwicklungen und Umsetzungsversuche analysiert. *„Die Polen forcierten zwischen Dnjepr und Warthe den republikanischen Verfassungsstaat. Das mittelalterliche Polen sei im osteuropäischen Raum gleichsam „das Strahlungszentrum der Verwestlichung und der strukturellen Umformung“ gewesen. Zernack schreibt in diesem Zusammenhang von einer „republikanischen Penetration des östlichen Europa“. Das Ordnungskonzept Russlands war demgegenüber das autokratische Imperium, das es auch seinem westlichen Vorfeld aufzwang. Dieses Vorfeld diente laut Zernack dem russischen Imperium gleichermaßen als Sprungbrett nach Mitteleuropa wie als Sicherheitszone.*³⁸ Die Entwicklung von den oben dargestellten Leitlinien der polnischen Ostpolitik lässt sich also in den polnisch-russischen Auseinandersetzungen über Vorfeld eigener Territorien oder Einflussbereiche weitgehend erklären, deren Geschichte auf das Mittelalter zurückgeht und in den außenpolitischen Konzepten und Identitäten der beiden betroffenen Staaten und Nationen tief verankert ist. Hierbei konzentrierten sich jedoch die Polens ostpolitischen Schulen des 19. und 20. Jahrhunderts auf Wiedererlangung der Unabhängigkeit für das von Russland unterdrückte Polen.

³⁷ Kerski, Basil. Die polnisch-ukrainischen Beziehungen am Beginn des 21. Jahrhunderts. In: Makarska, Renata; Kerski, Basil (Hrsg.) (2004). Die Ukraine, Polen und Europa. Europäische Identität an der neuen EU-Ostgrenze. Veröffentlichungen der Deutsch-Polnischen Gesellschaft. Bundesverband e.V. Band 3. Fibre Verlag, Osnabrück, S. 58

³⁸ Bischof, Burkhard. Demokratische Penetration. Reflexionen zur polnischen Ostpolitik. In: Merli, Franz; Wagner, Gerhard (Hrsg.) (2006). Das neue Polen in Europa. Politik, Recht, Wirtschaft, Gesellschaft. Studienverlag, Innsbruck, Wien, Bozen, S. 104

Im Hinblick auf diesen historischen polnisch-russischen Rivalisierungskontext ist es darüber hinaus auf eine andere rahmentheoretische Vorstellung zu verweisen, nach welcher die Ukraine nicht nur als eine Pufferzone gegenüber Russland, sondern auch als ein Sprungbrett für weitere Demokratisierung Russlands selbst von Polen betrachtet wird, was im polnischen aber auch europäischen Interesse dabei bleibe. Dieses Konzept ist mit der These strengstens verbunden, die im 19. Jahrhundert eine analoge Rolle einer unabhängigen und demokratischen polnischen Staatlichkeit zugeschrieben hatte. Nach ihrem Vertreter Prof. Marcin Król sah sich damaliges Polen „...in der Rolle einer Art „politischer und kultureller Ehestifter“ zwischen Russland und der westlichen Welt.“³⁹ und in diesem Zusammenhang konnte es in Demokratisierungsprozessen Russlands eine Vermittlungsfunktion tragen. Król argumentierte 1857 die gewünschte Wiedererlangung der Unabhängigkeit Polens darin, „...dass eine Wiederherstellung von Freiheit und Demokratie im damals geteilten Polen den Europäern die Macht verleihen würde, auch Russland zu demokratisieren.“⁴⁰ Solcher Demokratisierung stellte Król eine Weiterentwicklung der despotischen Macht in Russland gegenüber, die der europäischen Sicherheit bedrohen würde.

Bischof interpretiert die heutige Erklärungskraft von dieser Theorie nicht mehr am polnischen, sondern am ukrainischen Beispiel, wobei er sich auf das „Presse“-Interview mit dem ehemaligen polnischen Außenminister Adam Daniel Rotfeld beruft. Rotfeld argumentierte nämlich die Relevanz der ukrainischen Staatlichkeit und Demokratie im Hinblick auf die Stabilisierung Russlands wie folgt: „Eine Ukraine, die nach Europa hin offen ist, würde auch Russland demokratischer machen. Eine demokratische Ukraine ist also entscheidend für die Demokratisierung Russlands. Was in Polen, Estland, Lettland oder Litauen möglich ist, ist nicht attraktiv für Russland. Was aber in der Ukraine möglich ist, das ist auch für Russland möglich.“⁴¹

³⁹ Bischof, Burkhard. Demokratische Penetration. Reflexionen zur polnischen Ostpolitik. In: Merli, Franz; Wagner, Gerhard (Hrsg.) (2006). Das neue Polen in Europa. Politik, Recht, Wirtschaft, Gesellschaft. Studienverlag, Innsbruck, Wien, Bozen, S. 109

⁴⁰ Bischof, Burkhard. Demokratische Penetration. Reflexionen zur polnischen Ostpolitik. In: Merli, Franz; Wagner, Gerhard (Hrsg.) (2006). Das neue Polen in Europa. Politik, Recht, Wirtschaft, Gesellschaft. Studienverlag, Innsbruck, Wien, Bozen, S. 109

⁴¹ Bischof, Burkhard. Demokratische Penetration. Reflexionen zur polnischen Ostpolitik. In: Merli, Franz; Wagner, Gerhard (Hrsg.) (2006). Das neue Polen in Europa. Politik, Recht, Wirtschaft, Gesellschaft. Studienverlag, Innsbruck, Wien, Bozen, S. 109

Dieses Konzept der strategischen geopolitischen Bedeutung der unabhängigen Ukraine im Hinblick auf die Eindämmung der potentiellen russischen Bedrohung hat auch der bekannte polnische Osteuropa-Forscher und der ehemalige Berater des US-Präsidenten Ronald Reagan Zbigniew Brzeziński betont, der in der Wiedererlangung der ukrainischen Souveränität eines der drei wichtigsten geopolitischen Ereignisse des 20. Jahrhunderts, neben den Jahren 1918 und 1945, sah. Brzeziński wurde in dem Ivan Pankevychs Beitrag „Die Ostpolitik Polens nach 1989: eine ukrainische Perspektive“⁴² wie folgt zitiert: „...*die unabhängige Ukraine hat den Schluss des imperialistischen Russlands gekrönt. Und das bedeutet mehr als der Niedergang der UdSSR, das ist ein Ende des letzten Imperiums in Europa. Das russische Imperium zerstörend, hat die unabhängige Ukraine eine Möglichkeit für Russland selbst offen gemacht – sowohl für den Staat als auch die Nation –, endlich demokratisch und europäisch zu werden.*“⁴³ Dies wird auch in dem Zitat von Brzeziński aussagekräftig zusammengefasst, das von Katarzyna Jackowska in ihrer Diplomarbeit angeführt wurde: „*Russia with Ukraine is an empire; Russia will not be one without Ukraine.*“⁴⁴

2.6. Fazit:

Aus dieser Theorieforschung lässt sich schlussfolgern, dass Polen an seine außenpolitischen Beziehungen gegenüber Osten besonders stark interessiert ist, was auf die jahrhundertlange Geschichte zurückreicht und besonders aufgrund der stürmischen und tragischen Ereignisse des 20. Jahrhunderts eine besondere Rolle für die Polens Sicherheit und internationale Positionierung spielt. Dieses ostpolitische Interesse bezieht sich v.a. auf eine grobe strategische Priorität der Stabilisierung des osteuropäischen Raums zwecks Stärkung eigener Sicherheit gegenüber möglicher russlandimperialistischen Tendenzen.

⁴² eigene Übersetzung aus dem Polnischen

⁴³ Ivan Pankevych. Polska polityka wschodnia po 1989 roku: pogląd ze strony Ukrainy. In: Szczepańska, Anna; Walczak, Henryk; Wątor, Adam (Hrsg.) (2008). Polska między wschodem a zachodem. Materiały konferencji naukowej zorganizowanej przez Instytut Historii i Stosunków Międzynarodowych US i szczeciński oddział Polskiego Towarzystwa Historycznego w Pobierowie, 5-6. października 2007. Tom II. W kręgu polityki zagranicznej. Wyd. Adam Marszałek, Toruń, S.266, eigene Übersetzung aus dem Polnischen

⁴⁴ Jackowska, Katarzyna. Nördliche Dimension und Östliche Partnerschaft. Wie wird eine nationale Initiative zum Gegenstand der europäischen Außenpolitik? Diplomarbeit. Universität Wien, Mai 2010, S.92

3. Prioritätssetzung in der polnischen Ukrainepolitik

Im Hinblick auf das heutige geopolitische Umfeld lässt sich die gegenwärtige Prioritätssetzung in der Stabilisierung der neuen unabhängigen Republiken Osteuropas, die an Polen direkt grenzen, verstehen, wobei die Ukraine als der grösste Staat in dieser Gruppe und als der entscheidende den russischen Imperialismus determinierende Faktor für die polnische Ostpolitik von oberster Priorität ist. Dieses Ziel ist als eine strategische Priorität auch in diesem Sinne zu verstehen, dass weitere einzelnen und interdisziplinären Zielsetzungen bezüglich unterschiedlichster Aspekte außenpolitischer und bilateraler Zusammenarbeit weitgehend von ihm abhängig bleiben. Unten ist es wichtig, den allgemein formulierten Begriff der Stabilisierung näher zu definieren.

Die politische Stabilisierung der Ukraine bezieht sich dabei auf Verankerung westeuropäischer Werte, was eine Rückkehr autokratischer Tendenzen bzw. russischer Einflüsse realpolitisch vermeiden lasse. Diesbezüglich stellt Kai-Olaf Lang den Begriff der Stabilisierung der Europäisierungsprozesse der Ukraine gleich und er findet diese für die polnische Ostpolitik höchstrelevant: *„Die Maxime im Handeln mit der Ukraine könnte wie folgt beschrieben werden: Nach wie vor ist es ein Kardinalziel der polnischen Außenpolitik, die Ukraine nicht wieder in eine Umlaufbahn um Russland geraten zu lassen. Hierzu dient eine konsequente Europäisierung der Ukraine.“*⁴⁵

Die zitierte Europäisierung wird dabei als ein Prozess verstanden, indem ein stabiler und demokratischer Rechtsstaat mit den in der EU anerkannten Grundprinzipien errichtet wird. Burkhard Bischof definiert diesen staatstheoretischen Rahmen folgend: *„Polens Hauptinteresse war und ist es, erstens, in seiner östlichen Nachbarschaft stabile, demokratische und gut regierte Staaten zu haben, in denen die Menschen- und Minderheitenrechte geachtet werden, die Gewaltenteilung und Marktwirtschaft funktionieren und der Rechtsstaat hochgehalten wird.“*⁴⁶

⁴⁵ Lang, Kai-Olaf. Polen und die Ukraine: Eine strategische Partnerschaft für das neue Europa? In: Makarska, Renata; Kerski, Basil (Hrsg.) (2004). Die Ukraine, Polen und Europa. Europäische Identität an der neuen EU-Ostgrenze. Veröffentlichungen der Deutsch-Polnischen Gesellschaft. Band 3. fibre Verlag, Osnabrück, S. 53

⁴⁶ Bischof, Burkhard. Demokratische Penetration. Reflexionen zur polnischen Ostpolitik. In: Merli, Franz; Wagner, Gerhard (Hrsg.) (2006). Das neue Polen in Europa. Politik, Recht, Wirtschaft, Gesellschaft. Studienverlag, Innsbruck, Wien, Bozen, S. 106

Das von dem polnischen Office of the Committee for European Integration (UKIE) herausgegebene Raport "5 years of Poland in the European Union" unterstreicht darüber hinaus die von Polen zu exportierenden Grundfreiheiten als die Prioritäten, über die die polnische Politik in den letzten Jahren einig ist: „*In terms of ideas, Poland sought to expand the sphere of values, such as freedom of choice, free press or free competition to the neighbouring countries of Eastern Europe, above all to Ukraine and Belarus, states of fundamental importance to Polish foreign policy. Democratisation in the region became an issue of utmost importance.*“⁴⁷

Als bereits angesprochen, ist die oben definierte politische Stabilisierung als die allererste Priorität fürs Erreichen weiterer daraus resultierenden Ziele der Polens Ukrainepolitik auch entscheidend. Diese umfassen nämlich unterschiedlichste, nicht nur politische Zusammenarbeitsbereiche, deren erfolgreiche Entwicklung für Polen relevant bleibt und von der Europäisierung der Ukraine abhängt. Burkhard Bischof betont dabei Polens Interesse an vier weitere Bereiche. Dazu zählt er folgende Entwicklungen: Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, welche auch Diversifizierung der Erdgas-Bezüge mit einschliesst; Verstärkung politischen Schutzes sowie kultureller und gesellschaftlicher Kontakte mit polnischen Minderheiten im Osten; Unterstützung des Prozesses der Geschichtsaufarbeitung; sowie Entwicklung von grenznahen Gebieten und der Regionalpolitik, die den Hochzug eines neuen „Eiserner Vorhangs“ vermeiden lassen sollte.⁴⁸

Diese Zielsetzung könnte noch um einen anderen Bereich ergänzt werden, wobei sich Tomasz Olszański mit Gefahren des Schmuggels von illegalen Einwanderern, Drogen und Alkohol auseinandersetzt, die, so Olszański, „...mit der Instabilität des ehemaligen Sowjetreichs (...) im Zusammenhang stehen.“⁴⁹

⁴⁷ Kalużyńska, Małgorzata; Smyk, Renata; Wiśniewski, Jakub (2009). 5 years of Poland in the European Union. Raport. Department of Analyses and Strategies. Office of the Committee for European Integration (Hrsg.), S. 381

⁴⁸ Bischof, Burkhard. Demokratische Penetration. Reflexionen zur polnischen Ostpolitik. In: Merli, Franz; Wagner, Gerhard (Hrsg.) (2006). Das neue Polen in Europa. Politik, Recht, Wirtschaft, Gesellschaft. Studienverlag, Innsbruck, Wien, Bozen, S.106-108

⁴⁹ Olszański, Tadeusz. Bemerkungen zu den Beziehungen Polen-Ukraine. In: Bingen, Dieter; Wóycicki, Kazimierz (Hrsg.) (2002). Deutschland-Polen-Osteuropa. Deutsche und polnische Vorüberlegungen zu einer gemeinsamen Ostpolitik der erweiterten Europäischen Union. Veröffentlichungen des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt. Band 16. Harrassowitz Verlag, Wiesbaden, S.166

Darüber hinaus schliessen manche von mir analysierten Artikel die Probleme des im Rahmen des Schengenabkommens eingerichteten Visa-Regimes an der polnisch-ukrainischen Grenze und unterschiedliche damit verbundenen Aspekte der bilateralen Zusammenarbeit als einen untrennbaren Teil der von Polen plädierten EU-Annäherungsprozesse der Ukraine mit ein. Ich betrachte jedoch diese Problematik und deren Lösung eher als eine politische Zielsetzung, die aus der oben definierten strategischen Priorität der Polens Ukrainepolitik resultiere und in diesem Zusammenhang den restlichen von Bischof und Olszański zusammengefassten bilateralen Kooperationsbereichen gleichzusetzen sei.

Eine ausführliche Analyse von einzelnen Zielsetzungen der polnischen Ukrainepolitik oder, umso mehr, von bilateralen polnisch-ukrainischen Entwicklungen in einzelnen Zusammenarbeitsaspekten selbst bildet jedoch keinen Forschungsbereich von meiner Diplomarbeit. Es sollte vielmehr von der oben angeführten Theorieforschung und der Prioritäts- und Zielsetzung die Schlussfolgerung gezogen werden, dass die Verstärkung der an westlichen Prinzipien orientierten Staatlichkeit der Ukraine im relevantesten, strategischen ostpolitischen Interesse Polens liegt, was auf die Erklärungskraft der polnischen ostpolitischen Theorien zurückzuführen ist und wovon einzelne von Polen zu verfolgenden realpolitischen interdisziplinären Zielsetzungen zeugen.

4. Polens ukrainepolitischer Handlungsspielraum im Kontext der EU-Integration

In diesem Kontext ist es wichtig, die Durchsetzung dieses obersten Interesse in den Kontext der Polens EU-Integration zu setzen. Es sollte hier von einer Systematisierung des Handlungsspielraums für den bestehenden Sachverhalt ausgegangen werden, der mit dem EU-Beitritt Polens entstanden ist und sich mit der oben angeführten Definition der ukrainepolitischen Stabilisierung verbinden lässt. Hierbei möchte ich auf vier Indikatoren hinweisen.

Erstens ist es von einer ziemlich selbstverständlichen Feststellung auszugehen, dass die Europäisierungsprozesse der Ukraine durch Annäherung des betroffenen Staates an die westeuropäischen und transatlantischen internationalen Organisationen, und hier vor allem an

die Europäische Union, erfolgen sollen, wobei es Kooperation auf der Linie EU-Ukraine natürlich in Frage kommt. Die von Polen erwünschten Prozesse bezüglich seines osteuropäischen Nachbarn lassen sich nämlich von dem euroatlantischen Institutionengefüge nicht trennen, wobei Marek Ziółkowski v.a. die EU, aber auch die NATO berücksichtigt. *„Diese Prozesse sind – neben der Bedeutung für die Innenpolitik jedes einzelnen Landes – Elemente des gesamteuropäischen Prozesses der wirtschaftlichen und politischen Integration sowie des Aufbaus der euroatlantischen Sicherheits- und Demokratiegemeinschaft.“*⁵⁰

Zweitens lässt sich diese Feststellung mit der Tatsache bestätigen, dass die Zusammenarbeit mit der EU als der grössten und wirkungsreichsten auf den westlichen Prinzipien gestützten und im ukrainischen Umfeld tätigen internationalen Organisation einen erfolgreichsten Weg zur Verstärkung der ukrainischen nach westlichen Mustern orientierten Staatlichkeit anbietet. Die Existenz von einer eventuellen vorstellbaren und in diesen staatstheoretischen Rahmen eingesetzten Alternative zu der Europäisierung im oben angegebenen Sinn wäre in diesem Kontext weniger effektiv, wobei ich sowieso keine solche realpolitische Alternative in meiner Literaturstudie oder gar anderen Quellen gefunden habe. Diese Tatsache muss auch in den Kontext der polnischen Interessendurchsetzungskapazität eingesetzt werden, wobei Polen als ein allein tätiger internationaler Akteur (als auch alle anderen allein tätigen nationalstaatlichen EU-Akteure) über viel geringere politische Kapazität als die EU als ganzes verfügt und keine wirkungsreiche Alternative zur EU stellt.

In Bezug auf die so definierte ukrainische Staatlichkeitsverstärkung spielt der EU-Beitritt Polens und anderer mittelosteuropäischen Staaten eine entscheidende geopolitische Rolle. Die Ukraine wurde nämlich im Zuge der EU-Osterweiterung zu einem an die EU direkt grenzenden Nachbarstaat. Aus der Gemeinschaftsperspektive erfordert dies eine Neudefinition der EU-Ostpolitik, die sich vor 2004 v.a. auf die Osterweiterung um die Staaten des Mittel- und Osteuropas eingeschränkt hatte und sich nach 2004 an weitere Staaten im Osten orientieren musste. *„Up to 2004, the EU's Eastern policy was shaped, above all, by the process of*

⁵⁰ Ziółkowski, Marek. Neue Quellen der polnischen Ostpolitik. In: Bingen, Dieter; Wóycicki, Kazimierz (Hrsg.) (2002). Deutschland-Polen-Osteuropa. Deutsche und polnische Vorüberlegungen zu einer gemeinsamen Ostpolitik der erweiterten Europäischen Union. Veröffentlichungen des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt. Band 16. Harrassowitz Verlag, Wiesbaden, S.309

enlargement to include the countries of Central and Eastern Europe. (...) The shift of the EU borders to the east meant that the EU was faced with the necessity of redefining its relationship with the countries of the Commonwealth of Independent States. (...) The EU aimed at actively shaping the situation in the Eastern European countries – essential on account of their geographical proximity and political importance in the new reality of a 25-state Union.”⁵¹ Davon ausgehend ist es also ein Handlungsspielraum für die oben erwähnte EU-Ukraine-Zusammenarbeit entstanden, der wiederum die ukrainischen Europäisierungsprozesse erleichtern oder gar ermöglichen sollte.

Viertens schafft der EU-Beitritt Polens einen institutionellen und funktionalen Rahmen für polnische aktive Teilnahme an dieser neu zu definierenden EU-Ostpolitik, wobei der analysierte Staat über das Gemeinschaftsinstrumentarium verfügt und dadurch die zuständigen EU-Politikentwicklungen zugunsten seiner eigenen Interessen vollberechtigt beeinflussen kann. *„It [Poland’s accession to the EU] accurately pinpointed an important qualitative change to the status of Poland (...). From a country aspiring to the EU and not having a major influence on it, Poland evolved into a fully-fledged member of the organisation, enjoying all rights and opportunities of co-deciding on the contents of the community laws, directions of the EU development and ways of pursuing its policies.*”⁵²

Von dieser einführenden Analyse ist die Schlussfolgerung zu ziehen, dass sich das Polens ukrainepolitische Hauptinteresse v.a. in den Europäisierungsprozessen der Ukraine mit der vorrangigen Rolle der EU definieren lässt und dass Polen seit seinem EU-Beitritt vollberechtigt ist, an diesen Prozessen teilzunehmen und sie zu beeinflussen. Der mit dem Polens EU-Beitritt neu entstandene Handlungsspielraum eröffnet also neue realpolitischen Möglichkeiten für Polen, die EU-Ukrainepolitik so mit zu gestalten, um sein wichtigstes ukrainepolitisches Priorität zu verfolgen.

⁵¹ Kalużyńska, Małgorzata; Smyk, Renata; Wiśniewski, Jakub (2009). 5 years of Poland in the European Union. Raport. Department of Analyses and Strategies. Office of the Committee for European Integration (Hrsg.), S. 376

⁵² Kalużyńska, Małgorzata; Smyk, Renata; Wiśniewski, Jakub (2009). 5 years of Poland in the European Union. Raport. Department of Analyses and Strategies. Office of the Committee for European Integration (Hrsg.), S. 361

In diesem Kontext ist die Polens Ukrainepolitik nach dem EU-Beitritt darauf konzentriert, die Verstärkung der ukrainischen Staatlichkeit mittels des EU-Instrumentariums voranzutreiben, wobei es die EU als ein Mittel der polnischen ukrainepolitischen Zielverfolgung zu sehen ist.

Die Relevanz der Polens EU-Integrationsprozesse im Hinblick auf seine Ukrainepolitik bestätigt Gerhard Eisl, der die Außenpolitik, darunter v.a. die Ostpolitik, als der neben der Wirtschaft wichtigste polnische Entwicklungsbereich bezüglich der EU-Integration betrachtet. *„Der EU wird (...) neben der großen wirtschaftlichen Bedeutung v.a. in der Außenpolitik eine bedeutsame Rolle zugesprochen. Dabei steht für Polen die Politik gegenüber Osteuropa (...) im Mittelpunkt.“*⁵³

Des Weiteren findet Kai-Olaf Lang die EU für die wichtigste Plattform der polnischen Ukrainepolitik, wobei die zwei restlichen von Lang dargestellten Ebenen, nämlich das Dreieck Washington-Warschau-Kiew und bilaterale Beziehungen zwischen Warschau und Kiew, im Schatten der ersteren bleiben. *„Zentrale Bedeutung wird die europäische Ebene aufweisen. Polens Kalkül besteht darin, die künftige europäische Ostpolitik für seine Ukrainepolitik zu nutzen.“*⁵⁴

In Bezug darauf sollte die EU-Positionierung Polens im Kontext seiner ukrainepolitischen Interessendurchsetzung in zweierlei Hinsicht betrachtet werden, wobei der betroffene Staat einerseits neue ihm zur Verfügung gestellten Gemeinschaftsinstrumente ausnutzen kann und andererseits dem Ziel verfolgt, zum Instrument der ganzen EU selbst zu werden. Solche doppelte Chance, in der Polen, zitiert nach Lang, seine eigene Ukrainepolitik mit der EU-Ukrainepolitik durchsetzen will, betonen die Autoren des oben angeführten UKIE-Raports wie folgt: *„For Poland, membership was on one hand meant to provide a chance to more effectively pursue its interests and on the other to become a new foreign policy instrument.“*⁵⁵

⁵³ Eisl, Gerhard. Die Außen-, Sicherheits- und Nachbarschaftspolitik Polens. In: Merli, Franz; Wagner, Gerhard (Hrsg.) (2006). Das neue Polen in Europa. Politik, Recht, Wirtschaft, Gesellschaft. Studienverlag, Innsbruck, Wien, Bozen, S.95

⁵⁴ Lang, Kai-Olaf. Polen und die Ukraine: Eine strategische Partnerschaft für das neue Europa? In: Makarska, Renata; Kerski, Basil (Hrsg.) (2004). Die Ukraine, Polen und Europa. Europäische Identität an der neuen EU-Ostgrenze. Veröffentlichungen der Deutsch-Polnischen Gesellschaft. Band 3. fibre Verlag, Osnabrück, S. 54

⁵⁵ Kałużyńska, Małgorzata; Smyk, Renata; Wiśniewski, Jakub (2009). 5 years of Poland in the European Union. Raport. Department of Analyses and Strategies. Office of the Committee for European Integration (Hrsg.), S. 375

Mit dieser Analyse ist es schlusszufolgern, dass Polen im Kontext des neu entstandenen politischen Handlungsspielraums das Ziel formuliert hat, die Zusammenarbeit der EU mit deren neuen Ostnachbarstaaten, und zwar vor allem mit der Ukraine, zugunsten seiner Interessen voranzutreiben und zu vertiefen. Die unten durchzuführende Analyse sollte wiederum dessen realpolitische Implementierung überprüfen, wobei sie mir Antwort auf die Frage zu liefern hat, inwieweit Polen im Zuge der EU-Integration seine Ukrainepolitik durchsetzt.

5. Polens und die EU-Ukrainepolitik

Die Effizienz von dieser Zielverfolgung sollte unter den unten dargestellten Umständen geforscht werden. Zum einen ist es dabei von einer ausführlichen Analyse der Ausgangssituation, also der EU-ukrainepolitischen Defizite, die von Polen zu seinem EU-Beitritt formuliert wurden, auszugehen. Dies sollte wiederum von der Auseinandersetzung mit den einzelnen polnischen Staatsregierungspolitiken bezüglich der Ukraine und im Kontext der EU-Mitgliedschaft gefolgt werden. Schließlich sollte der heutige Sachverhalt mit der Ausgangssituation verglichen werden, wobei es die These nachzuweisen ist, dass die EU-freundliche regierungspolitische Vorgehensweise in Warschau die polnischen EU-Integrationsprozesse zugunsten seiner ukrainepolitischen Prioritäten weitgehend ausnutzen kann.

5.1. Ausgangssituation 2004 – polnische Ostdimension vs. ENP-Ostdimension

Es sind dabei die polnischen Vorstellungen bezüglich der EU-Ukrainepolitikgestaltung mit der tatsächlichen neu definierten EU-politischen Positionierung des betroffenen Staates zum Zeit des EU-Beitritts Polens zu konfrontieren, wobei es der Fragen nachgegangen werden soll, was für Defizite aus polnischer Perspektive festzustellen sind sowie welche Zielsetzung in der polnischen Ukrainepolitik gleich nach dem EU-Beitritt daraus resultiert. In dieser Analyse sollte es zuerst eine allgemeine Einführung zu den beiden Policy-Entwicklungen dargestellt und dann deren einzelnen Aspekte im Hinblick auf diese Fragen ausführlicher gegeneinander gehalten werden.

5.1.1. Einführender Überblick:

Erstens lassen sich die Polens EU-ukrainepolitischen Vorstellungen auf den Begriff der so genannten östlichen Dimension primär zurückzuführen, der von Tomasz Kapuśniak als „...*the EU's concept of how to deal with the policy's beneficiaries, that is the countries situated along its eastern borders.*“⁵⁶ definiert wird. Die Entwicklung dieses Konzepts wird dabei der polnischen Seite zugeschrieben. *“It is generally acknowledged that the foundation for the concept of the eastern dimension of the EU policy was laid mainly by Polish research centres and decision-makers in Poland.”*⁵⁷

Der besprochene Begriff wurde nämlich 1998 vom damaligen Außenminister Polens Bronisław Geremek während seiner Rede zur Inauguration der polnischen EU-Beitrittsverhandlungen erstmals formuliert. Im Dezember 2002⁵⁸ hat das polnische Außenministerium wiederum ein Non-paper zu seinen EU-ostpolitischen Vorschlägen präsentiert. Zwei Monate später hat der Außenminister Włodzimierz Cimoszewicz, beruht auf diesem Dokument, seine Rede zu „The Eastern Dimension of the European Union. The Polish View“ an der Warschauer Konferenz „The EU Enlargement and Neighbourhood Policy“ gehalten, in der er das entwickelte Konzept der östlichen Dimension als einen Entwurf des EU-ostnachbarschaftspolitischen Instruments vorschlug.⁵⁹

Zweitens ist die unten zu analysierende Ausgangssituation in den Kontext der gegenüber der EU-Nachbarstaaten betriebenen EU-Politik, nämlich der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP), einzusetzen, die „...*seit 2003 ausgearbeitet und erprobt*

⁵⁶ Kapuśniak, Tomasz (2010). The eastern dimension of the European Union's Neighbourhood Policy. Inclusion without membership? Zeszyt 42. Centrum Europejskie Natolin, Warszawa, S.55, abrufbar unter: http://www.natolin.edu.pl/pdf/zeszyty/natolin_zeszyt_42.pdf, letzter Zugriff: 23.12.2011

⁵⁷ Kapuśniak, Tomasz (2010). The eastern dimension of the European Union's Neighbourhood Policy. Inclusion without membership? Zeszyt 42. Centrum Europejskie Natolin, Warszawa, S.60, abrufbar unter: http://www.natolin.edu.pl/pdf/zeszyty/natolin_zeszyt_42.pdf, letzter Zugriff: 23.12.2011

⁵⁸ In der folgend angegebenen Quelle wird die Veröffentlichung dieses Dokuments auf Januar 2003 datiert: The Eastern Dimension of the European Union. The Polish View. Speech by Włodzimierz Cimoszewicz. Polish Minister of Foreign Affairs. In: EU Enlargement and Neighbourhood Policy. Proceedings of the conference held by the Stefan Batory Foundation in co-operation with the Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Poland on 20-21 February 2003 in Warsaw. Stefan Batory Foundation, Warsaw 2003, S. 16, abrufbar unter: http://www.batory.org.pl/doc/nowi_se.pdf, letzter Zugriff: 28.12.2011

⁵⁹ Kapuśniak, Tomasz (2010). The eastern dimension of the European Union's Neighbourhood Policy. Inclusion without membership? Zeszyt 42. Centrum Europejskie Natolin, Warszawa, S.60-61, abrufbar unter: http://www.natolin.edu.pl/pdf/zeszyty/natolin_zeszyt_42.pdf, letzter Zugriff: 23.12.2011

wird...⁶⁰ und im Umfeld der EU-Osterweiterung entstand. Es ist hier davon auszugehen, dass die ENP eigentlich an fast alle an die EU grenzenden Staaten und somit zwei geographische Richtungen der EU-Nachbarschaft, den Süden und den Osten, gerichtet ist. Andreas Herdina analysiert den Rechtsrahmen der ENP und beschreibt dabei den geographischen Wirkungsbereich von dieser EU-Politik wie folgt: *„Die ENP spricht insgesamt 16 Anrainerstaaten an – in Osteuropa, im südlichen Kaukasus und an den Gestaden des Mittelmeers, von Belarus bis Marokko. (...) Dies geht darauf zurück, dass die 27 Mitgliedstaaten, ihre eigene geopolitische Identität und Affinität aus ihrem Naheverhältnis zu ganz unterschiedlichen Nachbarstaaten schöpfen.“*⁶¹

Es ist dabei anzumerken, dass sowohl die Russische Föderation als auch die Balkan-Staaten von der ENP ausgeschlossen bleiben, wobei im ersten Fall *„...EU-Russia relations are based on the so-called four areas of cooperation and are described as a strategic partnership.“*⁶² und im zweiten Fall ist die Balkan-Region *„...on the path to EU membership (...) not included in the ENP.“*⁶³

Die ENP-Positionierung der Ukraine wird wiederum, mit den restlichen ENP-Ostnachbarstaaten, in der östlichen Orientierung verankert, die der vorher entwickelten südlichen Dimension, d.h. der Mittelmeerregion, im Rahmen der ENP vielmehr gegenüber zu stellen ist.

Die oben einführend skizzierte Ausgangssituation sollte, wie gesagt, im Hinblick auf die Gegenüberstellung des polnischen Konzepts und der ENP-Ukrainepolitik ausführlicher analysiert werden. Diese neu formulierte EU-Ukrainepolitik entsprach nämlich der polnischen ukrainepolitischen Prioritätssetzung nicht explizit, wobei ich mich auf zwei relevanteste Defizite, die aus polnischer Perspektive zu erkennen sind, konzentrieren sollte.

⁶⁰ Lippert, Barbara (2007). Die EU-Nachbarschaftspolitik in der Diskussion – Konzepte, Reformvorschläge und nationale Positionen. Internationale Politikanalyse. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, S. 2, abrufbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/id/04736.pdf>

⁶¹ Herdina, Andreas. Die Europäische Nachbarschaftspolitik im Rechtsrahmen von EG/EU – Instrument gegenüber Nachbarn in Europa. In: Lankosz, Kazimierz; Müller-Graff, Peter-Christian; Fink, Udo (Hrsg.) (2009). Osteuropäische Nachbarschaft der Europäischen Union. Schriftenreihe des Arbeitskreises Europäische Integration. Band 65. 1 Auflage. Nomos Verlag, Baden-Baden, S. 11

⁶² Kalużyńska, Małgorzata; Smyk, Renata; Wiśniewski, Jakub (2009). 5 years of Poland in the European Union. Raport. Department of Analyses and Strategies. Office of the Committee for European Integration (Hrsg.), S.375

⁶³ Kalużyńska, Małgorzata; Smyk, Renata; Wiśniewski, Jakub (2009). 5 years of Poland in the European Union. Raport. Department of Analyses and Strategies. Office of the Committee for European Integration (Hrsg.), S.377

5.1.2. Die fehlende Mitgliedschaftsperspektive

5.1.2.1. Polens Sichtweise

Als erstes muss es dabei stark betont werden, dass Polens Hauptinteresse war und ist, der Ukraine eine Mitgliedschaftsperspektive anzubieten, mit dem Endziel, diesen Staat in die EU voll zu integrieren. Polen tritt nämlich von Anfang an für Definierung einer Beitrittsoption für seinen Osthochbarn, was sich in mehreren Quellen bestätigen lässt.

Hierbei sind v.a. die bereits angesprochenen Primärquellen, nämlich das Non-paper des polnischen Außenministeriums und die Rede des Außenministers Cimoszewicz, anzuführen, die 2003 das polnische Konzept der östlichen Dimension ausführlich definieren ließen. Das erstgenannte Dokument unterstreicht dabei das Angebot der Mitgliedschaftsperspektive für die Ukraine wie folgt: *“As far as Ukraine is concerned, it is in our opinion in the interest of the enlarged EU to recognise the European choice of this country, which is so important for stability and security in the eastern part of the continent. It is also in its interest to appreciate gearing long-term European policy towards the country’s membership of the EU.”*⁶⁴ Dieses Non-paper argumentiert dabei die Relevanz der EU-Beitrittsperspektive in deren Kraft, die inneren Reformprozesse in der Ukraine anzustießen, wobei die Rolle dieses Instruments trotz der Reformumsetzungsschwierigkeiten nicht zu unterschätzen sei. *„In the long-term perspective, the countries, if they wish so and if they are capable of meeting membership criteria, should have an option of accession to the European Union, though the process of their integration would certainly be much more difficult and long-winded than that of the present candidate countries of Central and Eastern Europe (...). The perspective of joining the EU,*

⁶⁴ Non-paper with Polish proposals concerning policy towards new Eastern neighbours after EU enlargement. Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Poland, January 2003. In: EU Enlargement and Neighbourhood Policy. Proceedings of the conference held by the Stefan Batory Foundation in co-operation with the Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Poland on 20-21 February 2003 in Warsaw. Stefan Batory Foundation, Warsaw 2003, S. 88, abrufbar unter: http://www.batory.org.pl/doc/nowi_se.pdf, letzter Zugriff: 28.12.2011

however distant, would constitute for them a strong incentive to undertake efforts in furthering democratic and economic reforms.”⁶⁵

Des Weiteren wird dieser Aspekt sowie dessen Relevanz für innenpolitische Reformen in der Ukraine durch den Außenminister Cimoszewicz während seiner oben erwähnten Rede folgendermaßen berührt: *“For Ukraine and Moldova which aspire to the European structures, a prospect of future membership can provide necessary incentives for the political elites and for the societies to carry out further reforms. A prospect, not a promise of EU membership, should be conditional on reforms and meeting strict criteria.”*⁶⁶

Ich möchte mich darüber hinaus auf das UKIE-Raport als die dritte Primärquelle nochmal berufen, die in ihrer Analyse der Polens ukrainepolitischen Bestrebungen von der folgenden allgemein formulierten und mehrmals wiederholten Feststellung ausgeht: *„From the Polish perspective, cooperation with the countries of Eastern Europe is often perceived as a policy of further enlargement of the EU to the east.”*⁶⁷

Die polnischen Bemühungen um die ukrainepolitische EU-Mitgliedschaftsperspektive werden auch in den von mir analysierten sekundären Quellen beschrieben und erklärt. Marek Ziółkowski schreibt in seinem zwei Jahre vor dem EU-Beitritt veröffentlichten Beitrag über Notwendigkeit einer Neudefinierung der polnischen ostpolitischen Ziele im Kontext der EU-Integration, wobei der EU-Beitritt der Ukraine berücksichtigt werden müsse. *„Einer der Grundsätze der polnischen Außenpolitik ist die (...) Unterstützung der EU-Erweiterung. Die Ratio der Strategie der offenen Türen soll verhindern, dass in Brüssel (...) eine Entscheidung*

⁶⁵ Non-paper with Polish proposals concerning policy towards new Eastern neighbours after EU enlargement. Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Poland, January 2003. In: EU Enlargement and Neighbourhood Policy. Proceedings of the conference held by the Stefan Batory Foundation in co-operation with the Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Poland on 20-21 February 2003 in Warsaw. Stefan Batory Foundation, Warsaw 2003, S. 88-89, abrufbar unter: http://www.batory.org.pl/doc/nowi_se.pdf, letzter Zugriff: 28.12.2011

⁶⁶ The Eastern Dimension of the European Union. The Polish View. Speech by Włodzimierz Cimoszewicz. Polish Minister of Foreign Affairs. In: EU Enlargement and Neighbourhood Policy. Proceedings of the conference held by the Stefan Batory Foundation in co-operation with the Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Poland on 20-21 February 2003 in Warsaw. Stefan Batory Foundation, Warsaw 2003, S. 18-19, abrufbar unter: http://www.batory.org.pl/doc/nowi_se.pdf, letzter Zugriff: 28.12.2011

⁶⁷ Kałużyńska, Małgorzata; Smyk, Renata; Wiśniewski, Jakub (2009). 5 years of Poland in the European Union. Raport. Department of Analyses and Strategies. Office of the Committee for European Integration (Hrsg.), S. 376

*über die Grenzen der neuen geopolitischen Landkarte Europas nach dem Niedergang des Kommunismus gefällt wird.*⁶⁸

Die polnische Ukrainepolitik zum Zeitpunkt des EU-Beitritts Polens analysiert wiederum Kai-Olaf Lang, wobei er das Hauptziel der polnischen Ukraineinteressen auch in den Durchsetzungsversuchen einer EU-Perspektive für diesen Ostnachbar primär ansieht. *„Polen wird folglich auch künftig ein Fürsprecher der Heranführung der Ukraine an (...) EU sein. Als EU-Mitglied wird Polen dafür eintreten, dass der Ukraine möglichst bald eine „klare europäische Perspektive“ gegeben wird – „einschließlich einer Mitgliedschaftsoption“.*⁶⁹

Des Weiteren, setzt sich Gerhard Geisl in seiner Analyse mit der polnischen Ukrainepolitik in den ersten zwei Jahren der EU-Mitgliedschaft auseinander und verweist dabei auf polnische Forcierung der ukrainischen euro-atlantischen Ambitionen, *„...wobei von polnischer Seite immer wieder (...) betont wird, dass das Endziel eine (...) EU-Mitgliedschaft der Ukraine sein müsse.“*⁷⁰

Mit der Argumentation für die Relevanz der Mitgliedschaftsperspektive, die schon im Non-paper sowie in der Rede von Cimoszewicz zu finden war, befasst sich auch Tadeusz Włudyka. Der Autor beruft sich nämlich in seinem Beitrag auf die so genannte „soft power“ der EU als deren effektivstes ostpolitisches Instrument und führt diesbezüglich ein Beispiel der „oranigen Revolution“ an. *„Erstens muss die Anziehungskraft der EU (sog. „soft power“) betont werden. Die Entwicklungen der letzten Jahre zeigen, dass die bloße Perspektive der Annäherung an die EU ein effektives Werkzeug für Reformen in den Nachbarstaaten ist. Die Nachbarschaft mit der EU wurde z.B. zum bedeutenden Katalysator der „oranigen Revolution“ in der Ukraine und spielt eine wichtige Rolle bei der Demokratisierung von Georgien und Moldawien. Bisher hat sich diese „soft power“ viel effektiver als jedes*

⁶⁸ Ziółkowski, Marek. Neue Quellen der polnischen Ostpolitik. In: Bingen, Dieter; Wóycicki, Kazimierz (Hrsg.) (2002). Deutschland-Polen-Osteuropa. Deutsche und polnische Vorüberlegungen zu einer gemeinsamen Ostpolitik der erweiterten Europäischen Union. Veröffentlichungen des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt. Band 16. Harrassowitz Verlag, Wiesbaden, S.314

⁶⁹ Lang, Kai-Olaf. Polen und die Ukraine: Eine strategische Partnerschaft für das neue Europa? In: Makarska, Renata; Kerski, Basil (Hrsg.) (2004). Die Ukraine, Polen und Europa. Europäische Identität an der neuen EU-Ostgrenze. Veröffentlichungen der Deutsch-Polnischen Gesellschaft. Band 3. fibre Verlag, Osnabrück, S. 53

⁷⁰ Eisl, Gerhard. Die Außen-, Sicherheits- und Nachbarschaftspolitik Polens. In: Merli, Franz; Wagner, Gerhard (Hrsg.) (2006). Das neue Polen in Europa. Politik, Recht, Wirtschaft, Gesellschaft. Studienverlag, Innsbruck, Wien, Bozen, S.95

*Instrument der Politik der EU erwiesen.*⁷¹ Davon ausgehend bieten die europäischen Werte, so Włudyka, einen attraktiven Vorschlag zur Lösung der innenpolitischen osteuropäischen Probleme, wobei das Angebot der Beitrittsmöglichkeit für die Ukraine nicht ausgeschlossen, sondern von Erfüllung bestimmter Voraussetzungen abhängig gemacht werden sollte. Diesbezüglich würde solche Perspektive auch in einer undefinierten und entfernten Zukunft angeboten, wodurch sie einerseits als das erfolgreichste Anstoß für ukrainische Reformbestrebungen und andererseits als keine von Westeuropa gefürchtete Verpflichtung der EU angesehen werde. *„Dies soll keinesfalls als Verpflichtung der EU zu einer künftigen Erweiterung verstanden werden, kann aber für die Nachbarstaaten als Ansporn für Reformbemühungen wirken.“*⁷² Diese Bemerkung dient einer genaueren Erklärung der oben zitierten Argumentation des Außenministers Cimoszewicz, der in seinem Angebot der Mitgliedschaftsperspektive zwischen „prospect“ und „promise“ unterschied.

In diesem Kontext möchte ich mich noch mal auf die Primärquelle berufen, nämlich die Kommissionsmitteilung „Wider Europe – Neighbourhood: A New Framework for Relations with our Eastern and Southern Neighbours“. Diese verweigert sich zwar der Mitgliedschaftsperspektive für die ENP-Ostnachbarstaaten, was ich unten nachweisen möchte, bewertet jedoch das besprochene Instrument als ein effektivstes EU-außenpolitisches reformantreibendes Mittel wie folgt: *„The incentive for reform created by the prospect of membership has proved to be strong – enlargement has unarguable been the Union’s most successful foreign policy instrument.“*⁷³

⁷¹ Włudyka, Tadeusz. Die Europäische Nachbarschaftspolitik – Bemerkungen aus polnischer Sicht. In: Lankosz, Kazimierz; Müller-Graff, Peter-Christian; Fink, Udo (Hrsg.) (2009). Osteuropäische Nachbarschaft der Europäischen Union. Schriftenreihe des Arbeitskreises Europäische Integration. Band 65. 1 Auflage. Nomos Verlag, Baden-Baden, S. 13

⁷² Włudyka, Tadeusz. Die Europäische Nachbarschaftspolitik – Bemerkungen aus polnischer Sicht. In: Lankosz, Kazimierz; Müller-Graff, Peter-Christian; Fink, Udo (Hrsg.) (2009). Osteuropäische Nachbarschaft der Europäischen Union. Schriftenreihe des Arbeitskreises Europäische Integration. Band 65. 1 Auflage. Nomos Verlag, Baden-Baden, S. 13

⁷³ Communication from the Commission to the Council and the European Parliament. Wider Europe – Neighbourhood: A New Framework for Relations with our Eastern and Southern Neighbours. Brussels, 11.3.2003, COM(2003) 104 final, S.5, abrufbar unter: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/com03_104_en.pdf, letzter Zugriff: 29.12.2011

5.1.2.2. ENP-Sichtweise:

Gegenüber den polnischen Vorstellungen und Argumentationsgängen sind aber die zum Zeitpunkt des EU-Beitritts Polens neu definierten Grundkonzepte der ENP zu stellen. Die Verankerung der Ukrainepolitik in diese EU-Nachbarschaftspolitik schließt nämlich die Beitrittsperspektive für die Ukraine von der Definition aus, was sich auf die unten analysierten Quellen zurückführen lässt.

Dieses ENP-Defizit geht von der im Zuge der EU-Osterweiterung festgestellten und schon in diesem Kapitel erwähnten Notwendigkeit einer Neuformulierung der EU-Nachbarschaftspolitik aus, wobei diese die Mitgliedschaftsperspektive als ein Nachbarschaftsinstrument nicht mehr mit einschließen sollte. Kazimierz Lankosz argumentiert diese Entwicklung in seinem Beitrag in der „...*Verringerung der Integrationsfähigkeit der EU nach der Erhöhung ihrer Mitgliederzahl auf 27 Staaten...*“⁷⁴ Der neue Charakter der EU-nachbarschaftspolitischen Beziehungen in Bezug auf das analysierte Defizit wird in der bereits zitierten Kommissionsmitteilung „Wider Europe...“ 2003 fogendermaßen definiert: „*The aim of the new Neighbourhood Policy is (...) to provide a framework for the development of a new relationship which would not, in the medium-term, include a perspective of membership or a role in the Union's institutions. A response to the practical issues posed by proximity and neighbourhood should be seen as separate from the question of EU accession.*“⁷⁵

Die neue EU-Nachbarschaftspolitik wurde in der Kommissionsmitteilung „European Neighbourhood Policy. Strategy Paper“ ein Jahr später endgültig bearbeitet. Die ENP wurde damit als eine Politik eindeutig formuliert, die das bisherige im Artikel 49 EUV verankerte Angebot der Mitgliedschaftsperspektive durch neue nachbarschaftspolitischen Regelungen für die daran teilnehmenden Nachbarstaaten ersetzt. „*Since the policy [die ENP] was launched, the EU has emphasized that it offers a means to reinforce relations between the EU and*

⁷⁴ Lankosz, Kazimierz. Die Partnerschaftsabkommen mit osteuropäischen Nachbarstaaten. In: Lankosz, Kazimierz; Müller-Graff, Peter-Christian; Fink, Udo (Hrsg.) (2009). Osteuropäische Nachbarschaft der Europäischen Union. Schriftenreihe des Arbeitskreises Europäische Integration. Band 65. 1 Auflage. Nomos Verlag, Baden-Baden, S.18

⁷⁵ Communication from the Commission to the Council and the European Parliament. Wider Europe – Neighbourhood: A New Framework for Relations with our Eastern and Southern Neighbours. Brussels, 11.3.2003, COM(2003) 104 final, S.5, abrufbar unter: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/com03_104_en.pdf, letzter Zugriff: 29.12.2011

partner countries, which is distinct from the possibilities available to European countries under Article 49 of the Treaty on European Union.”⁷⁶

Diesbezüglich kann die ENP als eine alternative Entwicklung zur EU-Erweiterungspolitik betrachtet werden, was auch das UKIE-Raport ähnlicherweise interpretiert. *„It was the Commission’s intention that the ENP made it possible to tighten relationships between the EU and individual countries without putting forward a clear membership perspective.*”⁷⁷

Die Tatsache, dass die ENP die EU-Nachbarstaaten ohne eine Beitrittsoption umfasst, lässt sich darüber hinaus in den Argumenten begründen, dass die EU-Nachbarn mit einer bereits angekündigten Mitgliedschaftsperspektive von der ENP ausgeschlossen bleiben und in diesem Kontext einen anderen politischen Weg folgen. Dies lässt sich in der Kommissionsmitteilung *„Wider Europe...“* bestätigen (wobei es zur Zeit deren Verfassung Bulgarien und Rumänien noch zu den EU-Kandidatenstaaten gezählt worden sind). *„This Communication considers how to strengthen the framework for the Union’s relations with those neighbouring countries that do not currently have the perspective of membership of the EU. It does not, therefore, apply to the Union’s relations with the remaining candidate countries – Turkey, Romania and Bulgaria – and the Western Balkans.*”⁷⁸ Zweitens umfasst die ENP die EU-Südnachbarstaaten, bezüglich deren keine Mitgliedschaftsoption sowohl in deren Innenpolitiken als auch aus der Gemeinschaftsperspektive⁷⁹ offiziell vorzusehen ist.

Es lässt sich daraus also interpretieren, dass die Ukraine mit der Eingliederung der EU-Ukrainepolitik in die ENP zu der zweiten Gruppe gezählt wird, was auf die Kritik in Hinsicht auf die polnische Zielsetzung der Mitgliedschaftsperspektive stiesst. *„From the Polish perspective (...) it entailed a clear division of neighbouring countries into those with*

⁷⁶ Communication from the Commission. European Neighbourhood Policy. Strategy Paper. Brussels, 12.5.2004, COM(2004) 373 final, S.3, abrufbar unter: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/strategy/strategy_paper_en.pdf, letzter Zugriff: 29.12.2011

⁷⁷ Kalużyńska, Małgorzata; Smyk, Renata; Wiśniewski, Jakub (2009). 5 years of Poland in the European Union. Raport. Department of Analyses and Strategies. Office of the Committee for European Integration (Hrsg.), S. 377

⁷⁸ Communication from the Commission to the Council and the European Parliament. Wider Europe – Neighbourhood: A New Framework for Relations with our Eastern and Southern Neighbours. Brussels, 11.3.2003, COM(2003) 104 final, S.4, abrufbar unter: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/com03_104_en.pdf, letzter Zugriff: 29.12.2011

⁷⁹ Die EU-Südnachbarn sind nichteuropäische Staaten, was ihnen laut dem Art.49 EUV eine Mitgliedschaftsperspektive ausschließt, Siehe: Communication from the Commission to the Council and the European Parliament. Wider Europe – Neighbourhood: A New Framework for Relations with our Eastern and Southern Neighbours. Brussels, 11.3.2003, COM(2003) 104 final, S.5, abrufbar unter: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/com03_104_en.pdf, letzter Zugriff: 29.12.2011

membership perspective (the Balkan states), and those not considered as potential EU members in the immediate future. Poland regarded discussions on the ENP as an attempt to push back Ukraine's prospects of membership."⁸⁰

In der Analyse des erstdefinierten Problems hinsichtlich der zum Zeitpunkt des EU-Beitritts Polens entwickelten Ausgangssituation habe ich einerseits geforscht, welche Position Polen zum Thema der Mitgliedschaftsperspektive der Ukraine als einem seiner wichtigsten Postulate nimmt und wie es diese argumentiert. Zweiterseits habe ich gezeigt, dass die Verankerung der EU-Ukrainepolitik in den Rahmen der 2003/2004 neu entwickelten ENP diese Perspektive ausschliesst. Dies ist dabei als ein Defizit aus der polnischen Sichtweise anzusehen, weil die EU-Ukrainepolitik dem polnischen ukrainepolitischen Interesse zum Zeitpunkt der EU-Osterweiterung 2004 nicht entsprach.

5.1.3. schwache Position Ostens innerhalb der ENP

Das zweite Defizit, welches Polen im Hinblick auf seine ukrainepolitischen Prioritäten und im Kontext seiner EU-Integration formulierte, bezieht sich nicht nur auf das Charakteristikum der ENP als einer die Mitgliedschaftsoption ausschliessenden EU-Nachbarschaftspolitik, sondern vielmehr auf die Positionierung der EU-Ukrainepolitik innerhalb der ENP selbst. Es sollte hier davon ausgegangen werden, dass, wie schon in der Einleitung zu diesem Kapitel erwähnt, die östliche Dimension der ENP, inkl. die EU-Ukrainepolitik, deren südlichen Orientierung gegenüber zu stellen ist.

In der darauf folgenden Analyse möchte ich von zwei Anmerkungen zur Positionierung der Ostdimension gegenüber der Süddimension ausgehen, die ich in meiner Literaturstudie gefunden habe. Einerseits schreibt Herdina über die Gleichstellung der beiden ENP-Dimensionen wie folgt: *„Schon beim EU-Gipfeltreffen in Kopenhagen im Dezember 2002 wurde beschlossen, dass sich die ENP nicht bloß in eine Richtung entfaltet, sondern nach*

⁸⁰ Kałużyńska, Małgorzata; Smyk, Renata; Wiśniewski, Jakub (2009). 5 years of Poland in the European Union. Raport. Department of Analyses and Strategies. Office of the Committee for European Integration (Hrsg.), S. 377-378

Osten und Süden zugleich.“⁸¹ Aus der anderen Seite beruft sich aber das UKIE-Raport auf den Barcelona-Prozess, der die Zusammenarbeit der EU mit der Mittelmeerregion zusätzlich verstärkt und damit die südliche ENP-Dimension gegenüber der östlichen aufwertet. „*The ENP also covered countries of the Mediterranean, which, unlike the nations of the CIS, also took part in the Barcelona Process enabling closer cooperation. In 2004, the Eastern dimension of the EU’s foreign policy (...) was thus clearly weaker than the Southern aspect.*“⁸²

Ausgehend von der zweitzitierten Anmerkung könnte es die These gestellt werden, dass die südliche Dimension über grössere politische Kapazität im Rahmen der ENP verfügt und dass die EU-Ukrainepolitik als minderwertiger in diesem Kontext zu bezeichnen ist. Das Nachweisen der politischen Schwäche der Ostdimension gegenüber dem Süden innerhalb der ENP sollte wiederum die Defizite der ENP-Positionierung der EU-Ukrainepolitik aus der polnischen Perspektive definieren lassen. Polen kritisierte nämlich die Verschiebung der beiden, südlichen und östlichen, Dimensionen unter das gleiche Dach der ENP und es bezog sich dabei auf Unterordnung der EU-Ostpolitik der geopolitisch unterschiedlich ausgeprägten Mittelmeerregion. Hierbei kann es auf das UKIE-Raport nochmal verwiesen werden, das diese Sichtweise berücksichtigt: „*It should (...) be emphasized that the Eastern dimension in terms of the ENP was not given a high priority.*“⁸³ Die unten durchgeführte Analyse sollte dies nachweisen.

5.1.3.1. Ausgangsbasis – unterschiedliches Instrumentarium

Diese These geht primär auf unterschiedliche Ausgangsbasis der ENP zurück, wobei der oben zitierte Barcelona-Prozess im Süden zu betonen ist. Die Kommissionsmitteilung zur Europäischen Nachbarschaftspolitik umfasst dabei eine ausführliche Analyse der ENP-Etablierung, wobei deren Ostdimension auf den grenzüberschreitenden Kooperationsformen und die Süddimension auf der schon implementierten Partnerschaft, also einer tieferen

⁸¹ Herdina, Andreas. Die Europäische Nachbarschaftspolitik im Rechtsrahmen von EG/EU – Instrument gegenüber Nachbarn in Europa. In: Lankosz, Kazimierz; Müller-Graff, Peter-Christian; Fink, Udo (Hrsg.) (2009). Osteuropäische Nachbarschaft der Europäischen Union. Schriftenreihe des Arbeitskreises Europäische Integration. Band 65. 1 Auflage. Nomos Verlag, Baden-Baden, S. 11

⁸² Kalużyńska, Małgorzata; Smyk, Renata; Wiśniewski, Jakub (2009). 5 years of Poland in the European Union. Raport. Department of Analyses and Strategies. Office of the Committee for European Integration (Hrsg.), S. 377

⁸³ Kalużyńska, Małgorzata; Smyk, Renata; Wiśniewski, Jakub (2009). 5 years of Poland in the European Union. Raport. Department of Analyses and Strategies. Office of the Committee for European Integration (Hrsg.), S. 377

Kooperationsform, aufgebaut wird. *„The European Neighbourhood Policy will reinforce existing forms of regional and sub-regional cooperation and provide a framework for their further development (...) By further developing various forms of cross-border co-operation (...), the EU and its partners can work together to ensure that border regions benefit from the EU's 2004 enlargement. In the south, the ENP will also encourage the participants to reap the full benefits of the Euro-Mediterranean Partnership (the Barcelona Process) (...) The ENP will contribute to develop further regional integration, building on the achievements of the Euro-Mediterranean partnership...”*⁸⁴

Ausgehend von dieser Primärquelle möchte ich meine These auch auf die ENP-Analyse von Barbara Lippert stützen, nach welcher der einheitliche Rahmen der ENP gleiche Entwicklungsmöglichkeiten der EU-Süd- und -Ostpolitik gar nicht anbietet. Lippert bezieht sich in ihrer Argumentation auf das ältere und, davon ausgehend, stärker ausgebaute Instrumentarium des Südens. *„Insbesondere in Bezug auf die Länder des Mittelmeerraums blickt sie [die ENP] auf eine lange Vorgeschichte als EG-/EU-Mittelmeerpolitik (seit Anfang der 1970er Jahre) zurück und schließt den Barcelona-Prozess (ab 1995) mit ein. (...) Demgegenüber ist die Politik (...) der EU mit den osteuropäischen Nachbarn jünger und, was die vertraglichen, institutionellen und verfahrensmäßigen Vorkehrungen angeht, bislang weniger ambitioniert und geringerer Intensität.“*⁸⁵

Hierbei ist auch der Artikel „Multilateralne wymiary Europejskiej Polityki Sąsiedztwa“ (Deutsch: „Multilaterale Dimensionen der Europäischen Nachbarschaftspolitik“⁸⁶) von Michał Cholewa anzuführen, der die im Rahmen des Barcelona-Prozesses implementierte südliche Dimension als ein Vorläufer der (gesamten) ENP bezeichnet, wobei diese geopolitische Orientierung, wie erwähnt, über ihre schon vorher etablierten Instrumente verfügt. Die östliche Dimension ist wiederum als eine analoge Entwicklung vielmehr zu betrachten, die in der gegenüber gestellten südlichen ENP-Orientierung ihr Vorbild findet.⁸⁷

⁸⁴ Communication from the Commission. European Neighbourhood Policy. Strategy Paper. Brussels, 12.5.2004, COM(2004) 373 final, S.4, abrufbar unter: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/strategy/strategy_paper_en.pdf, letzter Zugriff: 29.12.2011

⁸⁵ Lippert, Barbara (2007). Die EU-Nachbarschaftspolitik in der Diskussion – Konzepte, Reformvorschläge und nationale Positionen. Internationale Politikanalyse. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, S.4, abrufbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/id/04736.pdf>, letzter Zugriff: 23.12.2011

⁸⁶ eigene Übersetzung aus dem Polnischen

⁸⁷ Cholewa, Michał (2009). Multilateralne wymiary Europejskiej Polityki Sąsiedztwa. Portal Spraw Zagranicznych psz.pl, abrufbar unter: <http://www.psz.pl/Michal-Cholewa-Multilateralne-wymiary-Europejskiej-Polityki-Sasiedztwa>, letzter Zugriff: 23.12.2011, eigene Übersetzung aus dem Polnischen

5.1.3.2. stärkere Rechtsgrundlage der südlichen Assoziierungspolitik

5.1.3.2.1. EU-Perspektive

Die unterschiedliche Ausgangsbasis der beiden ENP-Dimensionen und das schwächer ausgebaute Instrumentarium deren östlichen Orientierung lassen sich auch mit ihrer schwächeren Rechtsgrundlage verbinden, wobei ich mich auf die Analyse von Lippert berufen und die Politik der Partnerschaft und Kooperation mit dem Osten der Politik der Assoziierung mit dem Süden gegenüber stellen möchte.⁸⁸ Diese vergleichende Analyse kann vor allem anhand der oben analysierten Primärquellen durchgeführt werden, wobei die Kommissionsmitteilung zur Europäischen Nachbarschaftspolitik zwischen den beiden Formen der Zusammenarbeit folgend unterscheidet. *„In Eastern Europe, the Partnership and Cooperation Agreements provide the basis for contractual relations. In the Mediterranean, the Euro-Mediterranean Partnership (the “Barcelona Process”) provides a regional framework for co-operation which is complemented by a network of Association Agreements.”*⁸⁹

Auf die Relevanz der Assoziierungsabkommen in der Mittelmeerregion für deren Aufwertung gegenüber der östlichen ENP-Dimension verweist wiederum das Kommissionsdokument „Wider Europe...“. Dieses analysiert nämlich die zwei oben zitierten Dokumentenarten im Hinblick auf die daraus resultierenden Differenzen in der Stufe der Integration und damit der regionalen politischen und ökonomischen Stabilitätsförderung. Die Kommission betont dabei, dass die bereits entwickelte Rechtsbasis im Süden fortgeschrittener als diese im Osten ist. *„While some Association Agreements with the EU still need to be ratified, the Mediterranean partners are already being encouraged to approximate their legislation to that of the Internal Market. In contrast to contractual relations with all the EU’s other neighbouring countries, the Partnership and Cooperation Agreements (PCAs) in force*

⁸⁸ Lippert, Barbara (2007). Die EU-Nachbarschaftspolitik in der Diskussion – Konzepte, Reformvorschläge und nationale Positionen. Internationale Politikanalyse. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, S.4, abrufbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/id/04736.pdf>, letzter Zugriff: 23.12.2011

⁸⁹ Communication from the Commission. European Neighbourhood Policy. Strategy Paper. Brussels, 12.5.2004, COM(2004) 373 final, S.7, abrufbar unter: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/strategy/strategy_paper_en.pdf, letzter Zugriff: 29.12.2011

with Russia, Ukraine and Moldova grant neither preferential treatment for trade, nor a timetable for regulatory approximation.”⁹⁰

Darüber hinaus wird dieser Argumentationsgang mit dem Sachverhalt verstärkt, dass die EU-Süddimension über die abgeschlossenen Freihandelsabkommen zur Intensivierung des Handels sowie der Dienstleistungs- und Warentoren verfügt.⁹¹

5.1.3.2.2. Perspektive Polens

Demgegenüber plädierte das polnische Außenministerium in seinem Non-paper zum Konzept der östlichen Dimension für die Verstärkung der EU-ostpolitischen Rechtsbasis zwecks Aufwertung dieser ENP-Dimension, wobei es die Politik der Assoziierung auch im Osten etabliert und damit dem Süden gleichgestellt werden sollte. *„The existing agreements with Ukraine and Moldova would be upgraded to association agreements, to reflect the increased significance of relations with these countries after the forthcoming EU enlargements [Osterweiterungen 2004 und 2007] as well as their aspirations.*”⁹²

Dieses Dokument deutet damit auf die Assoziierungsabkommen als die Dokumente hin, die nicht nur die politische Kapazität der Ost- gegenüber der Südpolitik selbst vergrößern, sondern auch die Mitgliedschaftsperspektive für die Ukraine definieren lassen würden. Dabei kommen die für die osteuropäischen Staaten vorgesehenen Partnerschafts- und Kooperationsabkommen den Assoziierungsabkommen, die die rechtliche Basis der südlichen Dimension bilden und, wenigstens theoretischerweise, eine Beitrittsoption für den Osten ermöglichen würden, nicht explizit gleich. Lippert argumentiert dies in der Eindämmung der EU-Beitrittsmöglichkeit der EU-Ostnachbarn. *„Dahinter steht die Sorge, dass die eindeutig als europäisch qualifizierten*

⁹⁰ Communication from the Commission to the Council and the European Parliament. Wider Europe – Neighbourhood: A New Framework for Relations with our Eastern and Southern Neighbours. Brussels, 11.3.2003, COM(2003) 104 final, S.5, abrufbar unter: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/com03_104_en.pdf, letzter Zugriff: 29.12.2011

⁹¹ Communication from the Commission to the Council and the European Parliament. Wider Europe – Neighbourhood: A New Framework for Relations with our Eastern and Southern Neighbours. Brussels, 11.3.2003, COM(2003) 104 final, S.5, abrufbar unter: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/com03_104_en.pdf, letzter Zugriff: 29.12.2011

⁹² Non-paper with Polish proposals concerning policy towards new Eastern neighbours after EU enlargement. Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Poland, January 2003. In: EU Enlargement and Neighbourhood Policy. Proceedings of the conference held by the Stefan Batory Foundation in co-operation with the Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Poland on 20-21 February 2003 in Warsaw. Stefan Batory Foundation, Warsaw 2003, S. 87-88, abrufbar unter: http://www.batory.org.pl/doc/nowi_se.pdf, letzter Zugriff: 28.12.2011

*Länder Osteuropas, die gemäß dem Artikel 49 EUV prinzipiell und jederzeit einen Antrag auf Mitgliedschaft in der EU stellen könnten, aus dem Status der Assoziierung eine Beitrittsperspektive herauslesen und damit eine politische Selbstbindung der EU für sich reklamieren könnten...*⁹³

Es bleibt also eine klare rechtlich verankerte Mitgliedschaftsoption für die EU-Ostnachbarstaaten dabei weitgehend begrenzt wenn nicht ausgeschlossen. In diesem Kontext lässt sich schlussfolgern, dass die als fortgeschrittener bezeichneten Assoziierungsabkommen den EU-Südnachbarn angeboten werden konnte, weil ihnen der Ausschluss der Beitrittsoption schon in dem oben erwähnten Art. 49 EUV definiert wurde und deswegen keine zusätzliche Rechtsgrundlage, im Gegensatz zu dem Osten, benötigte. Diesbezüglich geht also das Defizit der Assoziierungsabkommen in der ENP-Ostdimension auf die Verweigerung der Definierung einer Beitrittsoption für die betroffenen Nachbarstaaten zurück.

5.1.3.3. Finanzdefizite

Die These zu geringeren politischen Kapazitäten der östlichen ENP-Dimension im Vergleich zur südlichen kann darüber hinaus um eine vergleichende Analyse deren Finanzierung zusätzlich bestätigt werden. Erstens möchte ich diese These durch die Analyse der Kommissionsmitteilung zur Europäischen Nachbarschaftspolitik nachweisen, wobei es davon auszugehen ist, dass die Finanzierung für die Mittelmeerregion über das Programm MEDA und für Russland und die westlichen NUS über das Programm TACIS hauptsächlich erfolgte.⁹⁴ Vom Anhang zu dem analysierten Dokument ist es herauszulesen, dass die Höhe der Gesamtunterstützung 2383,9 Mio. € für die MEDA-Staaten und 1332,2 Mio. € im Rahmen des Tacis-Programms über den Zeitraum 2000-2003 betrug.⁹⁵

⁹³ Lippert, Barbara (2007). Die EU-Nachbarschaftspolitik in der Diskussion – Konzepte, Reformvorschläge und nationale Positionen. Internationale Politikanalyse. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, S.7, abrufbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/id/04736.pdf>, letzter Zugriff: 23.12.2011

⁹⁴ Communication from the Commission. European Neighbourhood Policy. Strategy Paper. Brussels, 12.5.2004, COM(2004) 373 final, S.23, abrufbar unter: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/strategy/strategy_paper_en.pdf, letzter Zugriff: 29.12.2011

⁹⁵ Communication from the Commission. European Neighbourhood Policy. Strategy Paper. Brussels, 12.5.2004, COM(2004) 373 final, S.32, abrufbar unter: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/strategy/strategy_paper_en.pdf, letzter Zugriff: 29.12.2011

Zweitens bestätigt Michał Cholewa die grossen Unterschiede zwischen der ENP-Süd- und Ostdimension in seinem bereits zitierten Artikel, wo er sich auf den grösseren Zeitrahmen bezog und dabei betonte, dass diese getrennt organisierten Finanzierungssysteme bis 2007 funktionierten. *„Für den Süden hat es das MEDA-Programm (MEDA I in den Jahren 1995-1999 und MEDA II in den Jahren 2000-2006) funktioniert, die postsowjetischen Staaten haben wiederum über das TACIS-Programm (initiiert 1991) verfügt. Bis Ende des Jahres 2006 hat die Mittelmeerregion mehr Mittel gekriegt, wobei die Höhe der finanziellen Unterstützung ca. 10 Mrd. euro betrug. Im Vergleich dazu haben die postsowjetischen Staaten (inkl. Russland) ca. 7.3 Mrd. euro erhalten.“*⁹⁶

In der vergleichenden Analyse der finanziellen Unterstützung möchte ich auch auf die Rolle der Europäischen Investitionsbank in der Aufwertung der südlichen Dimension verweisen, die den Mittelmeernachbarstaaten ein Darlehen in der Höhe von 3,445 Mrd. € im Zeitraum 2000-2003 gewährt hat, während die Kommissionsmitteilung über keine Mittel für Osteuropa in diesem Bereich und Zeitrahmen informiert.⁹⁷ Darüber hinaus wurde die Verstärkung der Darlehensvergabekapazität der EIB durch den Rat und auf den Kommissionsvorschlag 2003 gestimmt, wobei diese für die südliche Dimension angehoben und für die EU-Ostnachbarn, nämlich Russland und die westlichen NUS, neu eingeführt wurde. Soweit die Anhebung für die Mittelmeerregion 2,18 Mrd. € betrug, beschränkte sich das Darlehen für Osteuropa auf 200 Mio. €.⁹⁸

Aus diesem Datenvergleich lässt sich sehr eindeutig schlussfolgern, dass die ENP-Süddimension gegenüber den EU-Ostnachbarstaaten im Bereich Finanzierung stark aufgewertet wurde. Wenn es dabei ausschließlich die ENP-Ostnachbarstaaten (d.h. ohne Russland) berücksichtigt werden, dann waren diese Unterschiede umso grösser, was nicht ohne Bedeutung für die differenzierten Entwicklungschancen der beiden Regionen blieb.

⁹⁶ Cholewa, Michał (2009). Multilateralne wymiary Europejskiej Polityki Sąsiedztwa. Portal Spraw Zagranicznych psz.pl, abrufbar unter: <http://www.psz.pl/Michal-Cholewa-Multilateralne-wymiary-Europejskiej-Polityki-Sasiedztwa>, letzter Zugriff: 23.12.2011, eigene Übersetzung aus dem Polnischen

⁹⁷ Communication from the Commission. European Neighbourhood Policy. Strategy Paper. Brussels, 12.5.2004, COM(2004) 373 final, S.23, abrufbar unter: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/strategy/strategy_paper_en.pdf, letzter Zugriff: 29.12.2011

⁹⁸ Communication from the Commission. European Neighbourhood Policy. Strategy Paper. Brussels, 12.5.2004, COM(2004) 373 final, S.25, abrufbar unter: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/strategy/strategy_paper_en.pdf, letzter Zugriff: 29.12.2011

5.1.4. Fazit:

Von der oben durchgeführten Analyse der 2004 entwickelten ENP-Ausgangssituation kann die Schlussfolgerung gezogen werden, dass das neue Konzept der EU-Ukrainepolitik dem von Polen entwickelten Konzept der östlichen Dimension mit der zentralen Rolle dessen EU-Ukrainepolitik in einigen wesentlichen und im Hinblick auf die polnische ukrainepolitische Prioritätssetzung entscheidenden Aspekten nicht entsprach. Dies bezieht sich primär auf die Verankerung der östlichen Dimension in den Rahmen der ENP, die so und nicht anders formuliert wurde und in der die südliche Dimension einen Vorrang hatte. Erstens, lässt sich das in der fehlenden Definition der Mitgliedschaftsperspektive begründen, die als ein effektivstes und v.a. für die Ukraine reformanreizendes EU-außenpolitisches Instrument zu betrachten wäre. Im Hinblick auf dieses Defizit fanden sich die Osteuropastaaten, v.a. aber die Ukraine, die ihren Beitrittswille geäußert hat, mit den nordafrikanischen und Nahost-Staaten, die keinen Beitrittswille äußern und denen schon die EU-Verträge eine Beitrittsoption verweigern, unter einem Dach zusammen.

Zweitens, ist die ENP-Positionierung der EU-Ostnachbarn in ihrem schwächer ausgebauten politischen Instrumentarium gegenüber der Mittelmeerregion benachteiligt, was sich sowohl auf die institutionellen, rechtlichen als auch finanziellen Aspekte bezieht und somit die politische Kapazität der EU-Ostpolitik begrenzt sowie diese der Südpolitik, als einer prioritären Entwicklung, weitgehend unterordnen lässt. Davon zeugen sowohl die schon vorher entwickelten Mechanismen des Barcelona-Prozesses als auch die im Süden ratifizierten oder wenigstens angebotenen Assoziierungsabkommen, die auf tiefere Integrationsstufe des Südens hindeuten. Die Aufwertung der südlichen ENP-Dimension lässt sich darüber hinaus mit deren grösserer Finanzierung bestätigen.

Davon ausgehend ist die Definierung der EU-Ukrainepolitik im Rahmen der ENP in zweierlei Hinsicht zu interpretieren. Einerseits hat die Osterweiterung sowie der EU-Beitritt Polens selbst dazu beigetragen, dass sein ukrainepolitisches Priorität, nämlich die westorientierte Stabilisierung dieses Ostnachbarn, zur politischen Agenda der EU wurde und damit sich die politische Kapazität dieses von Polen erwünschten Prozesses wenigstens theoretischerweise vergrößert hat. Andererseits sind es bedeutsame Defizite seitens Polens zu

definieren, wobei die Ostpolitik im Rahmen des neuen EU-nachbarschaftspolitischen Rahmens unterschätzt bleibt.

5.2. Einzelne Staatsregierungspolitiken nach 2004

Die Kritik Polens an die Eingliederung der EU-Ukrainepolitik in den Rahmen der ENP und besonders an die bestehenden daraus resultierenden Defizite trug zur Formulierung von einer Notwendigkeit bei, ein neues EU-ukrainepolitisches und im weiteren Sinne ostpolitisches Konzept auszuarbeiten. Unten ist es wichtig, die einzelnen Staatsregierungspolitiken zu analysieren, die zur Zeit der bisherigen EU-Mitgliedschaft Polens an der Macht blieben bzw. bleiben, und dadurch der Frage nachzugehen, inwieweit und unter welchen Konzeptspezifikationen und realpolitischen Entwicklungen die Ukrainepolitik bisher aufgewertet wurde.

5.2.1. Entwicklungen unter den Linksliberalen

Die folgende Analyse sollte natürlicherweise von Darstellung der wichtigsten Aktivitäten der linksliberalen Regierung mit deren Führungspartei SLD angefangen werden, die ihre Macht 2001 gewann und 2005 verlor. Dieser Forschungsgegenstand muss jedoch aus zwei wesentlichen Gründen weitgehend begrenzt werden.

Erstens lassen sich die EU-bezogenen ukrainepolitischen Aktivitäten auf die bereits angesprochene Ausformulierung des polnischen Konzepts der „östlichen Dimension“ primär beziehen, dessen detaillierten Entwicklungen noch vor dem EU-Beitritt und vielmehr in Form der Vorschläge des noch unberechtigten EU-Kandidatenstaates zum Ausdruck kamen. Dessen Grundannahmen und Relevanz hinsichtlich der polnischen Ukrainepolitik nach 2004 wurde jedoch mit der obigen Defizitsanalyse bereits dargestellt. Zweitens ist die SLD-Regierungsperiode nur in eineinhalb Jahr nach dem EU-Beitritt zu Ende gekommen.

Trotzdem ist die SLD-Ukrainepolitik in den Kontext der „oranigen Revolution“ vielmehr zu stellen. Die Kiewer Ereignisse im Herbst 2004 ließen auf jeden Fall Polens Bemühungen um die Westannäherung der Ukraine intensivieren, indem die ukrainische Revolution das

starke Argument für die Richtigkeit der Polens Ukrainepolitik, v.a. die Forcierung der Mitgliedschaftsperspektive, zuzuliefern hatte. Darauf verwies Weronika Priesmeyer-Tkocz in ihrer Dissertation wie folgt: „Die „Orangene Revolution“ und ihre Folgen haben Warschau in seiner Überzeugung bekräftigt, dass die Nachbarschaftspolitik für die postsowjetischen Staaten kein ausreichendes Angebot darstellt und dass ohne die Mitgliedschaftsperspektive keine effektive Europäisierungspolitik nach dem Prinzip der Konditionalität erfolgen kann.“⁹⁹

Zum einen hat Polen die Bedeutung eines demokratischen Verlaufs der Parlamentswahlen in der Ukraine schon vor den besprochenen Ereignissen betont, und zwar mit einer Befürchtung, dass die Verfälschungen die Glaubwürdigkeit der Ukraine auf der internationalen politischen Bühne vermindern lassen und somit zur Verschlechterung der EU-Ukraine-Verhältnisse zuungunsten der polnischen Interessen beitragen können.¹⁰⁰

Die polnischen Aktivitäten im Zuge der ukrainischen Revolutionsereignisse selbst lassen sich wiederum in zwei wichtigste Elemente gliedern. Zum einen gehört das starke Engagement des damaligen und von der Partei SLD stammenden Staatspräsidenten Polen Aleksander Kwaśniewski, der seitens der ukrainischen Politiker um eine Vermittlung gebeten. Hier ist es auf zwei wesentliche Aspekte zu verweisen.

Zum einen hat sich der polnische Präsident gezielt auf keine Seite der verfeindeten Lager gestellt, sondern vielmehr eine neutrale „Mission“, so Priesmeyer-Tkocz, führte und sich für demokratische Standards und die Internationalisierung der Verhandlungen setzte.

In diesem Zusammenhang ist besonders relevant zu betonen, dass Kwaśniewski nicht im Namen eines Nachbarstaates auftrat, sondern die ukrainische Krise auf die EU-Ebene zu bringen versuchte. „Das Anliegen des polnischen Präsidenten war es, die ukrainische Krise

⁹⁹ Priesmeyer-Tkocz, Weronika. Polen und die Europäisierung der Ukraine. Die polnische Ukraine-Politik im Kontext der europäischen Integration. Dissertation eingereicht am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin, 2. Juli 2010, abrufbar unter: http://www.diss.fu-berlin.de/diss/servlets/MCRFileNodeServlet/FUDISS_derivate_000000009019/Priesmeyer_Europaeisierung_Ukraine.pdf?hosts=, letzter Zugriff: 20.01.2012, S.244

¹⁰⁰ Priesmeyer-Tkocz, Weronika. Polen und die Europäisierung der Ukraine. Die polnische Ukraine-Politik im Kontext der europäischen Integration. Dissertation eingereicht am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin, 2. Juli 2010, abrufbar unter: http://www.diss.fu-berlin.de/diss/servlets/MCRFileNodeServlet/FUDISS_derivate_000000009019/Priesmeyer_Europaeisierung_Ukraine.pdf?hosts=, letzter Zugriff: 20.01.2012, S.233

nicht als Vertreter eines Nachbarlandes zu lösen, sondern sie auf die europäische Ebene zu bringen und gemeinsam im Rahmen der EU zu agieren. Kwaśniewski kam auf die Idee eines ukrainisch-internationalen „Runden Tisches“⁸⁵⁹ zur Krisenbewältigung in der Ukraine, die tatsächlich durch die EU und den USA unterstützt wurde.“¹⁰¹

Im Zuge der sich verschärfenden Krise wurde die internationale Ebene immer stärker in die ukrainische Revolution mit eingezogen, wobei es v.a. von einer Vermittlungsmission zwischen Solana, Adamkus und Kwaśniewski zu sprechen, die gemeinsam mit dem OSZE-Generalsekretär Jan Kubiš am 26. November 2004 in Kiew auftrat.¹⁰² In Bezug auf einen schnellen Kompromiss im Zuge der Runden-Tisch-Verhandlungen kann es bestätigt werden, dass die Verschiebung der Problemlösung auf die supranationale Ebene von besonderer Bedeutung war und dass die Rolle der EU mit ihrer unvergleichbar stärkeren politischen Kapazität in den ukrainischen Westannäherungsprozessen nicht zu unterschätzen ist.

Zum zweiten hat sich Polen stark im Europäischen Parlament für Verstärkung der EU-Ukrainepolitik engagiert, indem die polnischen EU-Parlamentarier die westeuropäischen Politiker an diese Problematik sensibilisieren wollten. Hier ist es u.a. über die Wahlbeobachtermission des EP unter Leitung des polnischen Abgeordneten Marek Siwiec zu sprechen. Dazu kamen noch mehrere ad-hoc Delegationen and fact finding missions unter weiterer polnischen Politikern wie Bogdan Klich, Grażyna Staniszevska, Filip Adwent usw. Die Polen haben auch die Beobachtungsmission während der wiederholten Wahlrunde geleitet. *„Eine weitere Wahlbeobachtermission des EP unter der Leitung von Jacek Saryusz-Wolski ist ebenfalls in Kiew aufgetreten und assistierte anschließend bei der zweiten Runde der*

¹⁰¹ Priesmeyer-Tkocz, Weronika. Polen und die Europäisierung der Ukraine. Die polnische Ukraine-Politik im Kontext der europäischen Integration. Dissertation eingereicht am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin, 2. Juli 2010, abrufbar unter: http://www.diss.fu-berlin.de/diss/servlets/MCRFileNodeServlet/FUDISS_derivate_000000009019/Priesmeyer_Europaeisierung_Ukraine.pdf?hosts=, letzter Zugriff: 20.01.2012, S.234

¹⁰² Priesmeyer-Tkocz, Weronika. Polen und die Europäisierung der Ukraine. Die polnische Ukraine-Politik im Kontext der europäischen Integration. Dissertation eingereicht am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin, 2. Juli 2010, abrufbar unter: http://www.diss.fu-berlin.de/diss/servlets/MCRFileNodeServlet/FUDISS_derivate_000000009019/Priesmeyer_Europaeisierung_Ukraine.pdf?hosts=, letzter Zugriff: 20.01.2012, S.234-235

Präsidentenwahl vom 26. Dezember 2004.877 Diesmal verlief die Wahl ohne größere Probleme nach demokratischen und transparenten Regeln.“¹⁰³

Diese Entwicklungen zeugen also eindeutig davon, dass Polen die Kiewer Ereignisse 2004 ausgenutzt hat, indem es mit dem direkten Engagement des Staatspräsidenten und den indirekten und direkten ukrainepolitischen Tätigkeiten polnischen EU-Abgeordneten der betroffene Staat die EU auf die Ukraine aufmerksam machen wollte. Trotzdem verweist Priesmeyer-Tkocz darauf, dass Polen keine ukrainepolitische Lobby geschaffen hat, das diese Entwicklungen fort dauern lasse. *„Leider haben politische Überzeugungen und sogar ein gewisser Ukraine-Skeptizismus nebst der Rivalität unter den polnischen Abgeordneten die Schaffung einer starken polnischen Lobby im Europäischen Parlament verhindert. Bis zum Ende der Wahlperiode blieben die polnischen EU-Parlamentarier zwar eine engagierte und erkennbare Gruppe, sie schafften es jedoch nicht, mit gemeinsamen Initiativen innerhalb der Fraktionen der im EP vertretenen Parteien in Erscheinung zu treten.“¹⁰⁴*

5.2.2. Stagnation unter den Nationalkonservativen

Eine weitere Auseinandersetzung mit der polnischen Ukraine politik im Rahmen der EU schliesst einen wesentlichen Wechsel in der Außen- und v.a. Europapolitik im Herbst 2005 mit ein, indem die nationalkonservativen Kräfte sowohl die Parlaments- (die Partei PIS mit ihrem Vorsitzenden Jarosław Kaczyński) als auch die Präsidentenwahlen (sein Zwillingsbruder Lech Kaczyński) gewonnen haben. Es ist hierbei wichtig erstens der Frage nachzugehen, wodurch sich das Wesen dieses außenpolitischen Wechsels in Bezug auf die Polens EU- und insbesondere Ukraine politik gekennzeichnet hat sowie zweitens die These nachzuweisen, dass

¹⁰³ Priesmeyer-Tkocz, Weronika. Polen und die Europäisierung der Ukraine. Die polnische Ukraine-Politik im Kontext der europäischen Integration. Dissertation eingereicht am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin, 2. Juli 2010, abrufbar unter: http://www.diss.fu-berlin.de/diss/servlets/MCRFileNodeServlet/FUDISS_derivate_000000009019/Priesmeyer_Europaeisierung_Ukraine.pdf?hosts=, letzter Zugriff: 20.01.2012, S.238

¹⁰⁴ Priesmeyer-Tkocz, Weronika. Polen und die Europäisierung der Ukraine. Die polnische Ukraine-Politik im Kontext der europäischen Integration. Dissertation eingereicht am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin, 2. Juli 2010, abrufbar unter: http://www.diss.fu-berlin.de/diss/servlets/MCRFileNodeServlet/FUDISS_derivate_000000009019/Priesmeyer_Europaeisierung_Ukraine.pdf?hosts=, letzter Zugriff: 20.01.2012, S.242

diese EU-skeptische Regierung die polnische Durchsetzungskraft bezüglich der Ukrainepolitik auf der EU-Ebene in der Tatsache verringern ließ.

5.2.2.1. Charakteristik der nationalkonservativen Außen- und EU-Politik:

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, von einem einführenden allgemeinen Charakteristikum der Polens nationalkonservativen Außen- und EU-Politiken auszugehen. Dies wird wiederum von den auf diesem Charakteristikum gestützten Argumentationsgängen für die Polens schwächere EU-Position gefolgt, die mittels jeweiliger Anführung von realpolitischen Beispielen zu gestalten sind. Das Aufweisen der Relevanz von jeweiligen Argumenten hinsichtlich der nachzuweisenen These sollte wiederum eine Schlussfolgerung ziehen lassen, dass die Polens Ukrainepolitik auf der EU-Ebene nicht erfolgreich durchgesetzt und nur auf die bilaterale Ebene zwischen Warschau und Kiew verschoben werden konnte. Zum Schluss sollte es argumentiert werden, dass die bilaterale Politik selbst in Bezug auf die Polens Prioritäten als ineffizient erschien.

Der Überblick über die außen- und EU-politischen Merkmale unter der Regierung PIS sollte zuerst in den Kontext einer umfassenden Neubestimmung der unterschiedlichen Politikbereiche in Polen nach 2005 eingesetzt werden. Piotr Buras verweist dabei in seiner Analyse für das polnische Center of International Relations (CSM) sowie die Konrad-Adenauer-Stiftung auf eine radikale Wende, die auch die Außenbeziehungen betroffen hat. *„Diese neue Regierungselite griff nach der Macht, indem sie sich einer radikalen Kritik der vergangenen fünfzehn Jahre bediente. Die Parteien, die nun die Regierung mitbegründeten oder unterstützten, gründeten ihre Politik auf einen entschlossenen Bruch mit den Errungenschaften ihrer Vorgänger. Es wundert daher nicht, dass das neue, von seinen Verfechtern „IV. Republik“ genannte Staatskonzept auch eine wesentliche Modifizierung des außenpolitischen Kurses bedeutete.“*¹⁰⁵

¹⁰⁵ Buras, Piotr. Gelingt Europa gemeinsam? Polens Europapolitik und die deutsche EU-Ratspräsidentschaft. Zentrum für Internationale Beziehungen. Konrad-Adenauer-Stiftung, Warschau, Mai 2007, S.5

In diesem Zusammenhang ist der außenpolitische Wechsel und die neu entwickelten Konzepte selbst darzustellen. Das polnische Institute of Public Affairs (ISP) analysiert nämlich in seiner Veröffentlichung zur Polens Außenpolitik in den Jahren 2005-2007 eine fundamentale Abkehr von den bisherigen auslandspolitischen Entwicklungen in Warschau, indem die PIS-Regierung die bisherige Definition des nationalen Interesse und dessen Verteidigung in Frage gestellt hat. Der Autor des analysierten Dokuments, Piotr Maciej Kaczyński, beruft sich dabei auf das Interview einer der grössten polnischen Tageszeitungen „Rzeczpospolita“ mit dem damaligen Ministerpräsidenten Jarosław Kaczyński am 16. Dezember 2006. *„Der Regierungsschef hat die Methoden der Oppositionsparteien kritisiert, die auf der Suche nach Konsensus mit ausländischen Partnern gelenkt sind (...) Die Verteidigung des polnischen nationalen Interesse erfordert nicht unbedingt persönliche, sondern häufig unfreundliche Schritte gegenüber der Drittstaaten.“*¹⁰⁶ Weiters, zitiert die ISP-Analyse die Worte des Regierungschefs Kaczyński direkt wie folgt: *„In Europa und in der Welt haben wir mit der Konkurrenz zu tun. [...] Man sollte sie mit der Kooperation verbinden können, aber man muss auch eigene Interessen hart, durchdacht und langfristig verteidigen.“*¹⁰⁷

Jarosław Kaczyński kritisierte dabei die in den Jahren 1989-2005 von den bisherigen polnischen Regierungen geführten Außenpolitiken hinsichtlich deren zu starken Orientierung an Interessen der älteren und grösseren EU-Staaten und argumentierte seine Sichtweise v.a. darin, dass diese Akteure ein geringeres Wissen zu den die heutige Politik prägenden Geschichtsentwicklungen als Polen aufweisen, was sich v.a. auf die polnische Deutschland- und Russlandpolitik beziehen lasse.¹⁰⁸

Davon ausgehend sollte das außenpolitische Konzept der Nationalkonservativen in den EU-Kontext eingesetzt werden. Der Vorsitzende der Stefan Batory Foundation, Aleksander Smolar, hat in seiner Analyse der PIS-Außenpolitik ihr starkes interessenorientiertes Konzept kritisiert, dessen Vorstellungen zu den in der realen Welt notwendigen Vorgehensweisen im

¹⁰⁶ Kaczyński, Piotr Maciej (2008). Polska polityka zagraniczna w latach 2005-2007: co po konsensie? Instytut Spraw Publicznych, Warszawa, S.12-13, eigene Übersetzung aus dem Polnischen

¹⁰⁷ Kaczyński, Piotr Maciej (2008). Polska polityka zagraniczna w latach 2005-2007: co po konsensie? Instytut Spraw Publicznych, Warszawa, S.13, eigene Übersetzung aus dem Polnischen

¹⁰⁸ Kaczyński, Piotr Maciej (2008). Polska polityka zagraniczna w latach 2005-2007: co po konsensie? Instytut Spraw Publicznych, Warszawa, S.13

Widerspruch stehen sollen.¹⁰⁹ Im Hinblick darauf hat die PIS eine konfrontative Politik im Rahmen der EU entwickelt, die das nationale Interesse Polens den Integrationsprozessen und deren wesentlichsten Aspekte, wie etwa Koalitions- und Kompromissbildung, gegenüber stellt. *„...die polnische Regierung lässt sich ihrer Definition des nationalen Interesse leiten, indem sie sich häufig mit den EU-Politiken, deren Institutionen und Entscheidungen konfrontiert.“*¹¹⁰ Darüber hinaus formuliert Buras diese starkt interessenorientierte und der Integration abgeneigte Vorgehensweise als *„...das Postulat der unbeugsamen Verfolgung polnischer Interessen...“*¹¹¹

In diesem Kontext geht wiederum die Analyse des Institute of Public Affairs von der Definition der oben erwähnten Koalitionsbildung als eines der wesentlichsten EU-Prozesse aus, der einer stärkeren Verteidigung der nationalen Interessen dienen solle, und sie kritisiert demnach, dass die Regierung PIS auf deren dauerhaften Charakter verzichtete und stattdessen kurzfristige, an konkrete Aufgaben orientierte Koalitionen bildete.¹¹²

Drittens lässt sich der EU-Skeptizismus und die der Integration abgeneigte Einstellung der Kaczyńskis Regierung mit der starken Kritik an die grösseren Nachbarstaaten direkt verbinden. Hier ist es v.a. auf die Vorwürfe gegen eine imperiale Politik Deutschlands zu verweisen. Der Westnachbar wird dabei als ein Staat betrachtet, der seine Vormacht in der EU anstrebt und somit eine Bedrohung für die Souveränität des in der EU agierenden Polen bildet (mehr dazu im nächsten Teil von meiner Arbeit). Die Vorwürfe der imperialen Politik lassen sich auch auf die restlichen grössten EU-Staaten¹¹³, v.a. aber auch auf den grössten Osnachbarn Polens, nämlich Russland¹¹⁴, beziehen, dessen Politik, wie ich unten mehrmals nachzuweisen habe, sich auch in den EU-Kontext stark einsetzen lässt.

¹⁰⁹ Smolar, Aleksander. *Polityka zagraniczna Prawa i Sprawiedliwości – próba rzeczywistości*. In: *Ciągłość i zmiana w polskiej polityce zagranicznej*. Fundacja im. Stefana Batorego, Warszawa 2006, S.57

¹¹⁰ Smolar, Aleksander. *Polityka zagraniczna Prawa i Sprawiedliwości – próba rzeczywistości*. In: *Ciągłość i zmiana w polskiej polityce zagranicznej*. Fundacja im. Stefana Batorego, Warszawa 2006, S.57, eigene Übersetzung aus dem Polnischen

¹¹¹ Buras, Piotr. *Gelingt Europa gemeinsam? Polens Europapolitik und die deutsche EU-Ratspräsidentschaft*. Zentrum für Internationale Beziehungen. Konrad-Adenauer-Stiftung, Warschau, Mai 2007, S.5

¹¹² Kaczyński, Piotr Maciej (2008). *Polska polityka zagraniczna w latach 2005-2007: co po konsensie?* Instytut Spraw Publicznych, Warszawa, S.35-37

¹¹³ Smolar, Aleksander. *Polityka zagraniczna Prawa i Sprawiedliwości – próba rzeczywistości*. In: *Ciągłość i zmiana w polskiej polityce zagranicznej*. Fundacja im. Stefana Batorego, Warszawa 2006, S.59-60

¹¹⁴ Kaczyński, Piotr Maciej (2008). *Polska polityka zagraniczna w latach 2005-2007: co po konsensie?* Instytut Spraw Publicznych, Warszawa, S.58

5.2.2.2. Argumentation für Polens schwächere EU-Position:

Aufbauend auf den drei oben formulierten Merkmalen der Polens EU-Politik in den Jahren 2005-2007 (wobei es anzumerken ist, dass soweit die PIS-Regierungspolitik mit 2007 zu Ende kam, wurde dieser europapolitische Ansatz durch das Präsidentenlager unter Lech Kaczyński bis zum Jahr 2010 kontinuierlich) sollten es Beispiele von realpolitischen Entwicklungen im Hinblick auf die Position Polens auf der EU-Bühne angegeben werden. In dieser Weise ist die oben erwähnte These zu begründen, dass die Nationalkonservativen ihre Durchsetzungskraft auf der EU-Ebene, in diesem Fall aber besonders in der zu gestaltenden EU-Ukrainepolitik, verringert haben.

Das erste Beispiel für die gestellte These bezieht sich auf die Polens Präsenz auf der supranationalen EU-Agenda und seine direkte Abneigung gegen die EU-Integrationsidee. Hierbei ist es ein Vorschlag zur so genannten Energie-NATO zu betonen, die Polen eine Energiesicherheit im Rahmen einer vertieften, über die EU hinaus reichenden Energiesolidarität garantieren sollte. Dieser Vorschlag hatte eigentlich keine Durchsetzungsmöglichkeit aufgrund dessen Opposition zur EU-Energiepolitik sowie mangelnden USA-, Kanada- oder Türkeiinteresse.¹¹⁵

Nach Smolar ist dies ein Beispiel einer konfrontativen Politik, die eine Abneigung gegen die energiepolitische Integration im Rahmen der GASP und im weiteren Sinne gegen die EU-Integration überhaupt aufweise. Im Hinblick darauf, dass es keine Alternative zu solcher GASP-Integration im Bereich der internationalen Polen betreffenden Energiesicherheitspolitik realpolitisch bestehe, verweigert sich Warschau, so Smolar, seiner Einflussnahme auf diese für Polen so relevante Entwicklung. *„Die Integration der europäischen Energiepolitik kann nämlich nur im Rahmen der GASP-Integration erfolgen, vielmehr kann sie – unterstützt auf dem Brüsseler Plan und leider ohne den Einfluss der polnischen Initiative – einer der Kerne des vereinigten Europas werden. Es ist wirklich schwierig, sich eine Verstärkung der*

¹¹⁵ Smolar, Aleksander. *Polityka zagraniczna Prawa i Sprawiedliwości – próba rzeczywistości*. In: *Ciągłość i zmiana w polskiej polityce zagranicznej*. Fundacja im. Stefana Batorego, Warszawa 2006, S.69

gemeinsamen Energiepolitik und unserer [Polens] Sicherheit in diesem Bereich ohne einen Integrationsfortschritt vorzustellen.“¹¹⁶

Dies ist als ein Beispiel dafür zu betrachten, dass Polen mit seiner Integrationsabneigung an Rand der Integrationsprozesse natürlicherweise verschoben wird und somit seine Überzeugungs- und Durchsetzungskraft in den für Warschau wichtigen EU-Politikbereichen, wie etwa in der beispielhaften Energiepolitik, aber auch in der Ukrainepolitik, an die Smolar in seiner Analyse der Energie-NATO direkt anknüpft, verliert, obwohl sie für die polnischen Interessen von Prioritäten sind. Smolar sieht darüber hinaus in den der Integration abgeneigten Prozessen Elemente, die dem von Polen so erwünschten EU-Solidaritätskonzept gegenüber stehen.¹¹⁷

Das zweite Beispiel bezieht sich wiederum auf das oben formulierte Defizit der ständigen Koalitionsbildung, das sich in der begrenzten Zusammenarbeitsintensität mit den stärkeren EU-Staaten widerspiegeln lässt. Die PIS-Regierung hat nämlich die Rolle der polnisch-deutsch-französischen Zusammenarbeit im Rahmen des Weimarer Dreiecks heruntergehen lassen. Erstens hat die besprochene Partei in ihrem Programm 2004 diese Initiative gar nicht berücksichtigt.¹¹⁸ Zweitens kam es während der PIS-Regierungsperiode zu keinem Treffen auf der Außenministerebene zwischen Warschau, Berlin und Paris.¹¹⁹ Im Zuge der Präsidentschaftsperiode Lech Kaczyńskis wurde wiederum das trilaterale Treffen auf der Regierungs- und Staatsebene 2006 stattgefunden und von dem polnischen Staatspräsidenten 2008 abgesagt, wobei es erst von seinem Nachfolger, Bronisław Komorowski, nach über vierjährigen Pause 2011 wieder eingerichtet wurde.¹²⁰ Des Weiteren

¹¹⁶ Smolar, Aleksander. *Polityka zagraniczna Prawa i Sprawiedliwości – próba rzeczywistości*. In: *Ciągłość i zmiana w polskiej polityce zagranicznej*. Fundacja im. Stefana Batorego, Warszawa 2006, S.69, eigene Übersetzung aus dem Polnischen

¹¹⁷ Smolar, Aleksander. *Polityka zagraniczna Prawa i Sprawiedliwości – próba rzeczywistości*. In: *Ciągłość i zmiana w polskiej polityce zagranicznej*. Fundacja im. Stefana Batorego, Warszawa 2006, S.70

¹¹⁸ Smolar, Aleksander. *Polityka zagraniczna Prawa i Sprawiedliwości – próba rzeczywistości*. In: *Ciągłość i zmiana w polskiej polityce zagranicznej*. Fundacja im. Stefana Batorego, Warszawa 2006, S.60

¹¹⁹ Paszkowski, Piotr. *Spotkanie Ministrów Spraw Zagranicznych Polski, Francji i Niemiec w formule Trójkąta Weimarskiego - galeria zdjęć*. Ministerstwo Spraw Zagranicznych Rzeczypospolitej Polskiej, 17.06.2008, abrufbar unter:

<http://www.ms.gov.pl/Spotkanie,Ministrow,Spraw,Zagranicznych,Polski,,Francji,i,Niemiec,w,formule,Trojkat,Weimarskiego,-,galeria,zdjec,18331.html>, letzter Zugriff: 30.12.2011

¹²⁰ *Spotkanie Trójkąta Weimarskiego i Rosji? "Francja chętnie weźmie w nim udział"*. In: *Gazeta Wyborcza*, 7.02.2011, abrufbar unter:

verweist die ISP-Analyse darauf, dass „...nach 2005 die ständigen polnisch-deutschen Konsultationen, die den deutsch-französischen nachbildeten, abgeschafft wurden.“¹²¹

P.M. Kaczyński beruft sich hier direkt auf die oben präsentierte neue Wahrnehmung der EU-Koalitionsbildungsprozesse, wobei sowohl das Weimarer Dreieck als auch die Zusammenarbeit im Rahmen der Visegrád-Gruppe zwischen Warschau, Prag, Bratislava und Budapest unter den Rechtskonservativen an ihren subjektiven Charakter verloren haben und von Warschau eher als ad-hoc-Instrumente und –Koalitionen gelegentlich auszunutzen waren. Vorrangig sollten demgegenüber die bilateralen Beziehungen zu jeweiligen EU-Staaten betrachtet werden.¹²²

Smolar interpretiert diesen Sachverhalt als eine wesentliche Eindämmung der polnischen politischen Position im Rahmen der EU wie folgt: „Die lockere Verbindung mit den führenden EU-Staaten wurde als eine Chance für unsere [Polens] stärkere Positionierung in Europa betrachtet. Die PIS-Regierung scheint in dem [Weimarer] Dreieck einen Anachronismus zu sehen, der Polen mit einer Dominanz der zwei grossen Staaten, besonders Deutschlands, sogar bedroht.“¹²³ Die Verringerung der Rolle von den beiden ständigen Kooperationsebenen, sowohl des Weimarer Dreiecks als auch der Visegrád-Gruppe, beschränkt in diesem Zusammenhang die politische Möglichkeiten für Konsultationen, Überzeugungsverfahren oder Einflussnahmen auf die für Polen wichtigen Themen wie etwa die EU-Ostpolitik.

Eine andere Perspektive hinsichtlich des Polens Interesse, das Weimarer Dreieck zu pflegen, präsentiert wiederum Bronisław Geremek. Der ehemalige polnische Außenminister sieht in dieser Initiative einen Rahmen, in dem Frankreich einen Ausgleich zu Deutschland bildet, wobei die EU-Hegemonialbestrebungen der beiden grössten EU-Staaten von Polen selbst begrenzt werden können. „Die Existenz eines europäischen Gegengewichts zur deutschen Macht ist für Polen sehr wichtig, wobei Frankreich, als das Gründungsmitglied der Europäischen Union, solche Funktion erfüllt. Unsere [Polens] Präsenz im Weimarer Dreieck

http://wiadomosci.gazeta.pl/wiadomosci/1,114884,9065377,W_Warszawie_rozpoznal_sie_szczyt_Trojkaty_Weimarskiego.html, letzter Zugriff: 30.12.2011

¹²¹ Kaczyński, Piotr Maciej (2008). Polska polityka zagraniczna w latach 2005-2007: co po konsensie? Instytut Spraw Publicznych, Warszawa, S.36, eigene Übersetzung aus dem Polnischen

¹²² Kaczyński, Piotr Maciej (2008). Polska polityka zagraniczna w latach 2005-2007: co po konsensie? Instytut Spraw Publicznych, Warszawa, S.37

¹²³ Smolar, Aleksander. Polityka zagraniczna Prawa i Sprawiedliwości – próba rzeczywistości. In: Ciągłość i zmiana w polskiej polityce zagranicznej. Fundacja im. Stefana Batorego, Warszawa 2006, S.60, eigene Übersetzung aus dem Polnischen

wendet wiederum die Gefahr des Strebens Deutschlands oder Frankreichs nach Hegemonie in der Europäischen Union ab.“¹²⁴ Auf diese Weise arbeitet sich Polen eine bedeutsame Position im Rahmen der EU und gegenüber deren grössten Staaten heraus, was zu den oben nach Smolar zitierten Befürchtungen der PIS, dass Berlin und Paris im Rahmen dieses Dreiecks Polen dominieren könnten, im Widerspruch zu stehen scheint.

Geremek betont dabei auch die Relevanz der Verstärkung der Visegrád-Gruppe als einer strategischen ständigen Koalition, die die Position Polens in Mitteleuropa wesentlich erheben lasse. Die Zusammenarbeit im Rahmen dieses politischen Instruments sollte nach Geremek nicht nur vertieft werden und dadurch sich auf die Stimmung des Gründungsjahres 1990 beziehen lassen, sondern auch Österreich mit einbeziehen.¹²⁵

Drittens ist dabei Abkühlung der einzelnen bilateralen Beziehungen zwischen Polen und seinen EU-Partnern zu betonen, die die gegenseitigen Meinungsäustausche oder Kooperationsentwicklungen zugunsten der stärkeren politischen Position Polens auf der internationalen Bühne beeinträchtigt haben solle.

Zum einen ist das bilaterale Verhältnis Polens zu Deutschland als den politisch grössten EU-Staat zu betonen, welches unter der Regierung von Jarosław Kaczyński in den Jahren 2005-2007, aber auch während der Präsidentschaftsperiode seines Zwillingsbruders Lech Kaczyński 2005-2010, eine bedeutsame Stagnation aufwies. Diese These ist aber mit der Analyse der im Kontext der EU-Mitgliedschaft entwickelten polnisch-deutschen ostpolitischen Kooperations- und Konfliktpotentiale unten zu begründen.

Zum dritten sollte dabei die Polens Russlandpolitik unter der Regierung PIS nicht unbeachtet bleiben, indem die wesentlich verschärften Warschau-Moskau-Beziehungen die polnische Sachlichkeit und Glaubwürdigkeit sowie, davon ausgehend, die politische Position Polens auf der EU-Ebene beeinträchtigt haben.¹²⁶ Jedoch ist die These, nach welcher die Relevanz der polnischen Russlandpolitik im Kontext der von Polen zu kreierenden EU-

¹²⁴ Geremek, Bronisław. Niezbędna ciągłość. In: Ciągłość i zmiana w polskiej polityce zagranicznej. Fundacja im. Stefana Batorego, Warszawa 2006, S.23, eigene Übersetzung aus dem Polnischen

¹²⁵ Geremek, Bronisław. Niezbędna ciągłość. In: Ciągłość i zmiana w polskiej polityce zagranicznej. Fundacja im. Stefana Batorego, Warszawa 2006, S.23

¹²⁶ Cianciara, Agnieszka K. (2008). 'Eastern Partnership' – opening a new chapter of Polish Eastern policy and the European Neighbourhood Policy? Analyses & Opinions. The Institute of Public Affairs. No.4, June 2008, Warsaw, abrufbar unter: <http://isp.org.pl/files/8679201040703671001213792577.pdf>, letzter Zugriff: 10.01.2012, S.9

Ostpolitik nicht unterschätzt bleiben soll, im nächsten Kapitel von meiner Diplomarbeit ausführlich zu begründen.

Auf die Relevanz der guten Verhältnisse zu den EU-Nachbarstaaten verweist das Institute of Public Affairs in seiner Analyse zur Polens Außenpolitik 2005-2007, wobei es die Einschränkung der EU-Aktivitäten Polens als eines „Anwalts“ der ukrainischen euro-atlantischen Ambitionen nach 2005 u.a. in einer rückgängigen Überzeugungskraft Polens unter den westeuropäischen politischen Eliten im Zuge der sich im Westen verschlechternden Meinungen zur rechtskonservativen Politik argumentierte.¹²⁷

In Bezug auf die oben durchgeführte Analyse ist die Einschränkung der polnischen Einflussnahme auf die Gestaltung der gemeinschaftlichen Ukrainepolitik als ein Resultat der drei oben präsentierten EU- und außenpolitischen Konzeptspezifikationen und der daraus resultierenden Vorgehensweisen unter der nationalkonservativen Regierung anzusehen. Diese Unfähigkeit, sein eigenes ostpolitisches Konzept auf der EU-Ebene durchzusetzen, lässt sich nämlich in dem in den PIS-Policies und -Politics geäußerten Widerwillen gegen die Integrationsprozesse und der daraus resultierenden Abkehr vom europäischen integrationsorientierten *mainstream* hin zur polnischen außenpolitischen Interessenorientierung begründen, was sich mit den zwei restlichen Faktoren einander verflechten lässt. Es ist hier darauf hinzudeuten, dass Polen sich selbst die realpolitischen Möglichkeiten begrenzt hat, die supranationale Meinungsbildung hineinzuwirken, indem es das Weimarer Dreieck abgeschafft und die Rolle der Visegrád-Gruppe vermindern lassen sowie die gegenüber Nachbarstaaten meist unfreundlich eingestellten bilateralen Politiken betrieben hat.

In diesem Zusammenhang ist es darauf zu verweisen, dass Polens geringere Einflussnahme auf die EU-Politikgestaltung die Möglichkeiten von Herausbildung einer kohärenten EU-Nachbarschaftspolitik gegenüber der Ukraine, welche doch im besonderen polnischen Interesse bleibt, deutlich begrenzen ließ. Smolar bewertet das Fehlen einer gemeinsamen EU-Ostpolitik hinsichtlich des polnischen Interesse wie folgt: *„Ohne eine gemeinsame Unionspolitik gibt es keine EU-Ostpolitik, also keine koordinierte EU-Russlandpolitik und keine Ausarbeitung der europäischen Perspektive für die Ukraine. Die beiden Aspekte liegen natürlich im wesentlichen*

¹²⁷ Kaczyński, Piotr Maciej (2008). Polska polityka zagraniczna w latach 2005-2007: co po konsensie? Instytut Spraw Publicznych, Warszawa, S.57

Interesse Polens. ¹²⁸ Umso mehr verringert Warschau seine Chance, die Entwicklung einer EU-Ukrainepolitik nach polnischer Prinzipien möglichst stark orientieren zu lassen. Dabei ist es auf die Worte von Zbigniew Brzeziński hinzudeuten, der im Kontext der Amtsenthebung des damaligen Verteidigungsministers Radosław Sikorski über „...weitere *Selbstisolierung Polens auf der internationalen Bühne.*“ ¹²⁹ sprach.

5.2.2.3. Polens Ukrainepolitik 2005-2007:

Ausgehend von dieser Analyse lässt sich eindeutig feststellen, dass der fehlende Fortschritt Warschaus in seiner Einflussnahme auf die EU-Ukrainepolitik zur Einschränkung der Polens ukrainepolitischen Aktivitäten auf die bilateralen Beziehungen zwischen Warschau und Kiew beitragen musste. Soweit es von einem völligen Ausschluss der EU-Ebene in diesem Politikbereich nicht gesprochen werden kann, wurden dabei die bilateralen Kontakte zwischen Polen und der Ukraine zur wichtigsten Ebene.

Dies stand jedoch mit den Prioritäten der polnischen Außenpolitikgestaltung in den Jahren 2005-2007 im Einklang. Wie gesagt, hat die PIS-Regierung ihren außenpolitischen Schwerpunkt auf bilaterale Beziehungen gelegt, statt die EU-Integrationsprozesse aktiv gestalten zu versuchen, was auch die Politik zwischen Warschau und Kiew betraf.

Im Hinblick auf die bilateralen polnisch-ukrainischen Beziehungen im Kontext der polnischen Prioritätssetzung ist es auch auf eine erschwerte Entwicklung zu verweisen, indem die führenden Regierungspolitiker in Warschau deren positive Anstöße und Erfolge von der ukrainischen Innenpolitik primär abhängig gemacht haben. So hat der Kiewer Regierungswechsel 2006 eine entscheidende Hürde auf die gegenseitigen Kontakte gelegt. *„Eine sehr positive Einstellung zu den ukrainischen [euro-atlantischen] Ambitionen bezog sich nicht auf völlige Zustimmung für die Politik des Ministerpräsidenten Janukowytsch. Die polnischen Regierungsvertreter haben mehrmals betont, dass sofern Warschau das Lager der*

¹²⁸ Smolar, Aleksander. *Polityka zagraniczna Prawa i Sprawiedliwości – próba rzeczywistości*. In: *Ciągłość i zmiana w polskiej polityce zagranicznej*. Fundacja im. Stefana Batorego, Warszawa 2006, S.69, eigene Übersetzung aus dem Polnischen

¹²⁹ Strybel, Robert. *Pożegnanie z bronią*. In: *Dziennik Związkowy. Polish Daily News*. Alliance Printers and Publishers, Inc. (Hrsg.), Chicago, 13.02.2007, abrufbar unter: <http://www.dziennikzwiazkowy.com/o-redakcji-dziennika.html>, letzter Zugriff: 9.01.2012, eigene Übersetzung aus dem Polnischen

orangen Revolution befürwortete, bleiben die Beziehungen zu Janukowytch angemessen, aber kühl.“¹³⁰ Aus diesem Grund hat die Niederlage des orangenen Lagers in der Ukraine dazu beigetragen, dass die gegenseitige Zusammenarbeit an ihrer Intensität und somit die polnischen ukrainepolitischen Bemühungen an ihrer Durchsetzungskraft zusätzlich verloren haben.

5.2.3. Durchbruch unter den Liberal-Konservativen und Ausarbeitung des Konzepts der Östlichen Partnerschaft

Der nationalkonservativen EU- und außenpolitischen Policies und Politics ist es wiederum die Politik der in den vorzeitigen Parlamentswahlen im Herbst 2007 neu gewählten liberal-konservativen Partei PO (Platforma Obywatelska, Deutsch: Bürgerplattform) gegenüber zu stellen. Soweit die bisherige Regierung J. Kaczyńskis mit einer weitgehenden EU-Skepsis gekennzeichnet war, betonte der neue Ministerpräsident Donald Tusk eine offene EU- und Außenpolitikgestaltung. Das Raport des Institute of Public Affairs verweist dabei auf die Expose des Premiers Tusk im polnischen Parlament 2007 wie folgt: „*PO is undoubtedly more enthusiastic towards the process of European integration. As Prime Minister Donald Tusk asserted, Poland is determined to actively promote its own vision of EU development, as a key actor in the European arena. At the same time, cooperation within the Union has to be strengthened.*“¹³¹

Analog zur obigen Analyse ist es auf eine Abweichung von den bisherigen PIS-Konzepten aufzuweisen. Soweit jedoch die Regierungspolitik 2005-2007 ihre Ukrainepolitik nicht intensivieren ließ und soweit dieses Defizit in der Analyse der inhaltlichen und prozedualen Aspekte der damaligen EU- und Außenpolitiken zu erklären war, ist es in der folgenden Forschung der Regierung PO auf die vorangetriebene EU-bezogene Ukrainepolitik selbst und deren bestimmten determinierenden Faktoren zu verweisen. In diesem Zusammenhang sollte es die These nachgewiesen werden, dass genauso die neue EU-freundliche Handlungsweise die Ukrainepolitik intensivieren ließ.

¹³⁰ Kaczyński, Piotr Maciej (2008). Polska polityka zagraniczna w latach 2005-2007: co po konsensie? Instytut Spraw Publicznych, Warszawa, S.68, eigene Übersetzung aus dem Polnischen

¹³¹ Cianciara, Agnieszka K. (2008). ‘Eastern Partnership’ – opening a new chapter of Polish Eastern policy and the European Neighbourhood Policy? Analyses & Opinions. The Institute of Public Affairs. No.4, June 2008, Warsaw, abrufbar unter: <http://isp.org.pl/files/8679201040703671001213792577.pdf>, letzter Zugriff: 10.01.2012, S.10

Hierbei sollte es auf starke Aktivitäten an den Kompromiss- und Koalitionsbildungsprozessen, eine freundlichere Politik gegenüber der Nachbarstaaten, aber auch eine damit verbundene Abkehr von ideologisch geprägter Policies und Politics hin zur Politik des Pragmatismus und der kleinen Schritte am Beispiel der erfolgreichen Ausarbeitung und Durchsetzung des Konzepts der Östlichen Partnerschaft hinzudeuten.

5.2.3.1. Polen als „local leader“

Bei der Analyse der Bestrebungen Polens um Aufwertung der EU-Ukrainepolitik unter Regierung Tusks ist es von der Definierung einer Führungsposition für Warschau in Mitteleuropa auszugehen. *„Polen kommt als bei weitem größten der 2004 der Europäischen Union beigetreten Länder (von den ca. 75 Millionen neuen EU-Bürgern waren die Hälfte Polen) und seinem damit verbundenen Anspruch einer Führungsrolle unter den neuen EU-Mitgliedstaaten bzw. in Mitteleuropa eine besondere Rolle bei der Gestaltung der Europapolitik zu.“*¹³²

P. M. Kaczyński beruft sich darüber hinaus auf das Buch „The New Atlanticist. Poland’s Foreign and Security Policy Priorities“ des britischen Royal Institute of International Affairs, in dem Kerry Longhurst und Marcin Zaborowski die führende Position Polens in Ostmitteleuropa im Hinblick auf die Ostpolitik nachweisen. Polen wird dabei als der einzige postkommunistische Staat bezeichnet, der eine aktive Politik gegenüber der meisten osteuropäischen Staaten führt, wobei diese Beziehungen auf drei Säulen beruhen: dem Verzicht Polens auf territoriale Ansprüche auf seine 1945 verlorenen Gebiete im Osten, Verstärkung der Unabhängigkeit sowie staatlicher und nationaler Stabilisierung in den zwischen Polen und Russland gelegenen Staaten als auch Unterstützung deren Westannäherungsprozessen.¹³³

Die Verwirklichung einer starken realpolitischen Positionierung Polens in dieser europäischen Region ist als ein erster Schritt in den von der PO-Regierung unternommenen

¹³² Eisl, Gerhard. Die Außen-, Sicherheits- und Nachbarschaftspolitik Polens. In: Merli, Franz; Wagner, Gerhard (Hrsg.) (2006). Das neue Polen in Europa. Politik, Recht, Wirtschaft, Gesellschaft. Studienverlag, Innsbruck, Wien, Bozen, S.97

¹³³ Kaczyński, Piotr Maciej (2008). Polska polityka zagraniczna w latach 2005-2007: co po konsensie? Instytut Spraw Publicznych, Warszawa, S.56

EU-Prozessen der Koalitionsbildung und Unterstützungsgewinnung für den vorgeschlagenen ostpolitischen Entwurf anzusehen.

5.2.3.1.1. Litauen

Hierbei ist Litauen als erster Partner zu betonen, mit dem Polen vor dem Europäischen Rat im Dezember 2007 eine Koalition gebaut hat und während dessen Sitzung seine Vorschläge zur Implementierung einer neuen multilateralen EU-Ostpolitik präsentierte. „*At the December 2007 European Council, Poland and Lithuania proposed more focus on multilateral framework of the ENP, thus shifting attention away from the purely bilateral dealings of the EU with each partner.*“¹³⁴

Die Wahl Litauens als ersten Koalitionspartners Polens bezieht sich primär auf eine besonders hohe Interessengemeinschaft der beiden Staaten im Hinblick auf Notwendigkeit der Neugestaltung von EU-Ostpolitik, wobei die gemeinsame geopolitische Lage und historische Erfahrungen sowie die daraus resultierenden ostpolitischen Sichtweisen und Interessen keine Hürden auf Ausarbeitung einer gemeinsamen Strategie zur künftigen ÖP lagen. In diesem Kontext definiert Przemysław Żurawski vel Grajewski im polnischen Think-tank Center for Political Thought (OMP) die Position Litauens als eines strategischen Partners in der Polens Ostpolitikgestaltung.¹³⁵

5.2.3.1.2. Baltikum und die Visegrád-Gruppe

Des Weiteren, hat Polen eine Zusammenarbeit in diesem Politikbereich sowohl im Rahmen der Visegrád-Gruppe (gemeinsam mit der Slowakei, Tschechien und Ungarn) als auch mit den Baltikum-Staaten (neben Litauen auch mit Lettland und Estland) vertieft, die an die EU-

¹³⁴ Cianciara, Agnieszka K. (2008). 'Eastern Partnership' – opening a new chapter of Polish Eastern policy and the European Neighbourhood Policy? Analyses & Opinions. The Institute of Public Affairs. No.4, June 2008, Warsaw, abrufbar unter: <http://isp.org.pl/files/8679201040703671001213792577.pdf>, letzter Zugriff: 10.01.2012, S.10

¹³⁵ Żurawski vel Grajewski, Przemysław. Polska polityka wschodnia. In: Żukowski, Tomasz; Kloczkowski, Jacek (Hrsg.) (2010). Rzeczpospolita na arenie międzynarodowej. Idee i praktyczne dylematy polityki zagranicznej. Polskie Wyzwania. Ośrodek Myśli Politycznej, Warszawa-Kraków, abrufbar unter: <http://www.omp.org.pl/stareomp/index8fe3.html?module=subjects&func=viewpage&pageid=770>, letzter Zugriff: 4.01.2012

Ostnachbarschaft, ähnlich zu Polen, traditionell interessiert sind. Alle sieben EU-Partner haben dabei bekannt gegeben, eine gemeinsame Stellung und Strategie vor jedem EU-Gipfel herauszuarbeiten.¹³⁶

Der Ausbau der Koalition um weitere Baltikum-Staaten sowie die Visegrád-Gruppe bezieht sich auch auf die von Żurawski vel Grajewski definierte Interessengemeinschaft, wobei sie sich je nach einzelner bilateralen Beziehungen zu den betroffenen Staaten nur zu geringem Ausmaß ausdifferenzieren lässt und im Hinblick auf geostrategische ostpolitische Ziele ähnlich bleibt. Darüber hinaus wird die Koalitionsbildung innerhalb der Visegrád-Gruppe durch die bereits entwickelten Zusammenarbeitsmechanismen erleichtert. Auf die beiden Sachverhalte beruft sich der polnische Außenminister Sikorski während seiner parlamentarischen Expose 2009 wie folgt: „*We are using our current Presidency in the Visegrád Group to deepen co-operation on that forum. Not only do we share similar experience with the Visegrád and Baltic States, but common interests in the European Union as well.*“¹³⁷

Żurawski vel Grajewski bewertet dabei die Rolle der Koalition Polens mit den baltischen Staaten nicht nur wegen der grossen Interessengemeinschaft in den ostpolitischen Fragen, sondern auch aufgrund der baltikumorientierten geopolitischen Strategie Dänemarks, sehr positiv. Dänemark ist nämlich an die Stabilität des Baltikums als einer Puffezone gegenüber Russland interessiert und befürwortet deswegen die baltischen ostpolitischen Interessen, die im Rahmen der besprochenen Polen-Baltikum-Koalition verstärkt werden.¹³⁸

¹³⁶ Cianciara, Agnieszka K. (2008). ‘Eastern Partnership’ – opening a new chapter of Polish Eastern policy and the European Neighbourhood Policy? Analyses & Opinions. The Institute of Public Affairs. No.4, June 2008, Warsaw, abrufbar unter: <http://isp.org.pl/files/8679201040703671001213792577.pdf>, letzter Zugriff: 10.01.2012, S.10-11

¹³⁷ Minister of the Foreign Affairs, Mr Radosław Sikorski, on the goals of the Poland’s foreign policy for 2009, 17.02.2009, abrufbar unter: <http://www.mfa.gov.pl/Minister,of,the,Foreign,Affairs,,Mr,Radoslaw,Sikorski,,on,the,goals,of,the,Poland’s,foreign,policy,for,2009,25449.html>, letzter Zugriff: 3.01.2012

¹³⁸ Żurawski vel Grajewski, Przemysław. Polska polityka wschodnia. [in:] Żukowski, Tomasz; Kloczkowski, Jacek (Hrsg.) (2010). Rzeczpospolita na arenie międzynarodowej. Idee i praktyczne dylematy polityki zagranicznej. Polskie Wyzwania. Ośrodek Myśli Politycznej, Warszawa-Kraków, abrufbar unter: <http://www.omp.org.pl/stareomp/index8fe3.html?module=subjects&func=viewpage&pageid=770>, letzter Zugriff: 4.01.2012

5.2.3.1.3. Weitere Staaten Mitteleuropas:

Die Kooperation im Rahmen des neuen Entwurfs wurde darüber hinaus um weitere an die EU-Ostpolitik traditionell interessierten Staaten, nämlich Bulgarien, Rumänien und Schweden, ausgeweitet. Während dem am 24. November 2008 organisierten Warschauer Außenministertreffen wurde nämlich das „Joint Statement of the Foreign Ministers of the Visegrad Group Countries and of Bulgaria, Estonia, Lithuania, Latvia, Romania and Sweden“ unterzeichnet, in dem die betroffenen Staaten eine verstärkte politische Kooperation im Rahmen des künftigen Programms der Östlichen Partnerschaft angekündigt haben. Slowenien, als der elfte an der Konferenz teilnehmende Staat, hatte einen Beobachterstatus.¹³⁹

In dieser Weise wurde Polen eine Führungsrolle in der EU-Ostpolitik zugeschrieben, indem sich der betroffene Staat an der Spitze von einer grossen Koalition der an die EU-Ostnachbarn interessierten mitteleuropäischen Staaten eindeutig stellte.

5.2.3.2. Unterstützung im Westen

5.2.3.2.1. Polen und die EU-Mittelmeerpolitik

Die Bemühungen um die Unterstützung für das polnische Konzept lassen sich darüber hinaus in den Kontext der Südpolitik und deren von dem französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy besonders stark plädierten Verstärkungsprozesse stellen. Das ostpolitische Konzept sollte nämlich der reformierten und im Rahmen der Union für das Mittelmeer (UfM) neu eingerichteten EU-Mittelmeerpolitik nicht mehr gegenüber gestellt werden, wobei das Ziel war, die von Sarkozy forcierte Politik gegenüber die von Tusk plädierte Vision nicht wieder so stark aufwerten zu lassen, wie es im Falle der ENP-Süd-Ost-Ausdifferenzierung bisher stattfand. Auf diesen Sachverhalt verweist das EU-Raport des polnischen Office of the Committee for European Integration wie folgt: „*Fearing that the development of relations with Mediterranean countries would slow the process of developing cooperation with the East,*

¹³⁹ Joint Statement of the Foreign Ministers of the Visegrad Group Countries and of Bulgaria, Estonia, Lithuania, Latvia, Romania and Sweden, Warsaw, 24 November 2008, abrufbar unter: <http://www.visegradgroup.eu/2008/joint-statement-of-the-110412-4>, letzter Zugriff: 4.01.2012

Poland above all wanted the EU to recognise the strategic importance of Eastern Europe region. ¹⁴⁰

Diesbezüglich war es wichtig, die Politik der Konfrontation durch die Politik des Gleichgewichts zwischen dem Süden und Osten zu ersetzen, wobei das analysierte Raport die Unterstützung Polens für die Verstärkung der Südpolitik als ein paradoxes Instrument für die Implementierung seiner eigenen Ostpolitik ansah. *„A more balanced approach to this matter, including a positive attitude towards the Union for the Mediterranean, paradoxically resulted in a greater openness of EU partners to accept Polish priorities.* ¹⁴¹

In diesem Kontext ist die Zustimmung des Ministerpräsidenten Tusk für die Etablierung der Mittelmeerunion während dem Europäischen Rat im März 2008 zu interpretieren. Das polnische Institute of Public Affairs verweist in seinem Raport zur Östlichen Partnerschaft auf die Verfolgung des polnischen Interesse als einen Prozess, sich mit der Unterstützung für die UfM eine Unterstützung der südorientierten EU-Staaten für die Ostpolitik zu sichern. *„At the March 2008 European Council, Donald Tusk agreed on a compromise to establish UfM on the condition that a similar proposal would be considered for the East.* ¹⁴²

Die Relevanz der offenen Politik Polens gegenüber der Mittelmeerregion in der Suche nach west- und südeuropäischen Verbündeten für seine eigene EU-ostpolitische Vision ist v.a. im Hinblick auf grundsätzlich mangelndes Interesse der betroffenen EU-Staaten an die Ostpolitik zu bestätigen. Diesbezüglich sind diese offenen Beziehungen Polens, die in der Unterstützung Polens für die UfM implementiert wurden, als ein Prozess zu interpretieren, indem Polen seine eigene Politik effektiver macht.

Erstens möchte ich mich dabei auf die Analyse des Polish Institute of International Affairs (PISM) berufen, das sich in seinem Raport zur Inauguration der Östlichen Partnerschaft mit den Stellungnahmen aller EU-Staaten zur besprochenen Idee auseinander setzt. Hier ist die

¹⁴⁰ Kałużyńska, Małgorzata; Smyk, Renata; Wiśniewski, Jakub (2009). 5 years of Poland in the European Union. Raport. Department of Analyses and Strategies. Office of the Committe for European Integration (Hrsg.), S. 383

¹⁴¹ Kałużyńska, Małgorzata; Smyk, Renata; Wiśniewski, Jakub (2009). 5 years of Poland in the European Union. Raport. Department of Analyses and Strategies. Office of the Committe for European Integration (Hrsg.), S. 383

¹⁴² Cianciara, Agnieszka K. (2008). 'Eastern Partnership' – opening a new chapter of Polish Eastern policy and the European Neighbourhood Policy? Analyses & Opinions. The Institute of Public Affairs. No.4, June 2008, Warsaw, abrufbar unter: <http://isp.org.pl/files/8679201040703671001213792577.pdf>, letzter Zugriff: 10.01.2012, S.11

Position des oben erwähnten Hauptakteurs der Mittelmeerpolitik, nämlich Frankreichs, wie folgt zu betonen: „*France even supported the EaP project prior to its adoption by the European Council in June 2008. France’s position, however, was due primarily to tactical concerns and only to a lesser degree to any genuine interest in the realisation of the Polish-Swedish proposal. France wanted to gain the support of Poland (...) for the Union for the Mediterranean project.*”¹⁴³ Es lässt sich davon eindeutig feststellen, dass Frankreich die polnische Vision v.a. aus konjunkturpolitischen Gründen und zu geringerem Ausmaß aus tatsächlichem Interesse an die EU-Ostpolitik unterstützte. Das zitierte Raport verweist dabei darauf, dass der betroffene Staat nicht nur an die Süddimension der EU-Nachbarschaftsbeziehungen aber auch an Russland als einen primären Adressat der EU-Ostpolitik traditionell orientiert ist und in diesem Kontext Paris eher nur auf das polnisch-französische Interesse bzgl. gegenseitiger Unterstützung der beiden nachbarschaftspolitischen Entwürfe rechnete.

Neben Frankreich gehören auch Italien und Spanien zu den grössten EU-Staaten, die an die EU-Südnachbarschaftspolitik primär orientiert sind und grundsätzlich kein Interesse an Osteuropa aufweisen. Das PISM-Raport betont dabei das besondere Interesse Italiens, aber auch starkes Interesse Spaniens an einer tiefen Kooperation mit Russland, das als ein primärer ostpolitischer Partner angesehen wird.¹⁴⁴ Die These bezüglich des mangelnden Interesses v.a. Frankreichs und Italiens für die polnische im Rahmen der ÖP plädierte Ostpolitik bestätigt auch Żurawski vel Grajewski in seinem oben angeführten Beitrag, wobei er in den analysierten Staaten keine Verbündete der Polens ostpolitischen Interessen sieht.¹⁴⁵

In Bezug auf die oben angegebenen Argumente lässt sich schlussfolgern, dass die Polens Unterstützung für die Verstärkung der dem Osten ursprünglich gegenüber gestellten Südpolitik

¹⁴³ Wojna, Beata; Gniazdowski, Mateusz (Hrsg.) (2009). Eastern Partnership: The Opening Report. Reports Eastern Partnership. The Polish Institute of International Affairs. Warsaw, April 2009, abrufbar unter: <http://www.pism.pl/index/?id=ccce2fab7336b8bc8362d115dec2d5a2>, letzter Zugriff: 4.01.2012, S.26

¹⁴⁴ Wojna, Beata; Gniazdowski, Mateusz (Hrsg.) (2009). Eastern Partnership: The Opening Report. Reports Eastern Partnership. The Polish Institute of International Affairs. Warsaw, April 2009, abrufbar unter: <http://www.pism.pl/index/?id=ccce2fab7336b8bc8362d115dec2d5a2>, letzter Zugriff: 4.01.2012, S.30-31, 53-54

¹⁴⁵ Żurawski vel Grajewski, Przemysław. Polska polityka wschodnia. [in:] Żukowski, Tomasz; Kloczkowski, Jacek (Hrsg.) (2010). Rzeczpospolita na arenie międzynarodowej. Idee i praktyczne dylematy polityki zagranicznej. Polskie Wyzwania. Ośrodek Myśli Politycznej, Warszawa-Kraków, abrufbar unter: <http://www.omp.org.pl/stareomp/index8fe3.html?module=subjects&func=viewpage&pageid=770>, letzter Zugriff: 4.01.2012

im Hinblick auf polnisches Interesse nicht ohne Bedeutung war. Die offene Politik der PO-Regierung gegenüber der UfM ist in diesem Kontext als eine effektive Entwicklung zu bezeichnen, weil sie eine Unterstützung für den polnischen Vorschlag seitens der an polnische Ostpolitik nicht interessierten EU-Süd- und -Westmitglieder gewinnen ließ.

Darüber hinaus wird im ÖP-Raport des Institutes of Public Affairs auf die Relevanz der Gleichgewichtspolitik zwischen Süd und Ost im Hinblick auf die Abschaffung der Trennlinien zwischen den „alten“ und „neuen“ EU-Mitgliedern verweist. *„This reversal is part of a more general attempt by Donald Tusk’s government to ‘Europeanise’ Polish foreign policy through coalition building with both old and new EU members.“*¹⁴⁶

In diesem Zusammenhang ist auch weitere Verstärkung der EU-Südpolitik im Rahmen der Polens Gleichgewichtspolitik zu argumentieren, wobei Warschau seine Unterstützung für die neue Mittelmeerpolitik mit einer gegenseitigen Unterstützung für die im Rahmen der ÖP verstärkte EU-Ostpolitik verbindet. Eines der wichtigsten Beispiele für den bestehenden Sachverhalt bezieht sich auf die Veranstaltung der ÖP-Sitzung während des spanischen EU-Ratsvorsitzes im Jänner 2010, wobei es festgelegt wurde, dass ein analoges Treffen zur UfM während der polnischen Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2011 stattfindet.¹⁴⁷ Diesbezüglich ist es auf eine Stellungnahme des polnischen Außenministeriums zum Treffen des Außenministers Sikorski mit dem Generalsekretär der UfM Youssef Amrani während der im Oktober 2011 organisierten UfM-Sitzung in Krakau zu verweisen, in welcher das Interesse an die ÖP in den Kontext der UfM-Entwicklung eingesetzt wurde: *„Polen unterstützt die Kooperationsmechanismen, die im Rahmen der Union für das Mittelmeer etabliert wurden. Die verstärkte Zusammenarbeit mit den EU-Südnachbarstaaten sollte, ähnlich dieser mit den Staaten der Östlichen Partnerschaft, eine Grundlage der Europäischen Nachbarschaftspolitik bilden.“*¹⁴⁸

¹⁴⁶ Cianciara, Agnieszka K. (2008). ‘Eastern Partnership’ – opening a new chapter of Polish Eastern policy and the European Neighbourhood Policy? Analyses & Opinions. The Institute of Public Affairs. No.4, June 2008, Warsaw, abrufbar unter: <http://isp.org.pl/files/8679201040703671001213792577.pdf>, letzter Zugriff: 10.01.2012, S.1

¹⁴⁷ Kaca, Elzbieta; Łada, Agnieszka (2011). Partnerstwo Wschodnie w polityce Polski i Niemiec. Instytut Spraw Publicznych, Warszawa, abrufbar unter: <http://www.isp.org.pl/uploads/pdf/1628383635.pdf>, letzter Zugriff: 4.01.2012, S.21

¹⁴⁸ Spotkanie Ministra Spraw Zagranicznych Radosława Sikorskiego i Sekretarza Generalnego Unii dla Śródziemnomorza Youssefa Amraniego. Biuro Rzecznika Prasowego. Ministerstwo Spraw Zagranicznych Rzeczypospolitej Polskiej, 20.10.2011, abrufbar unter:

5.2.3.2.2. Polen und seine Russlandpolitik im Kontext der ÖP

Eine der wesentlichsten Entwicklungen hinsichtlich der Verstärkung der EU-Position Polens war die Normalisierung der Beziehungen zu Russland, die unter der liberal-konservativen Regierung Tusks unternommen wurde. *„Die Tusks Regierung hat angenommen, dass die konfrontative Politik gegenüber Russland keine erwünschten Gewinne mit sich bringt, während die Kosten von deren Betreibung auf der EU-Bühne zu gross sind.“*¹⁴⁹

Hierbei sind einige Beispiele anzuführen, die eine offenere Politik gegenüber Russland bestätigen. Vor allem lassen sich diese Beziehungen der bisherigen PIS-Russlandpolitik gegenüber stellen, indem die PO-Regierung das von deren Vorgängern verhängte Veto über die Verhandlungen über das neue PKA zwischen der EU und Russland aufgehoben hat.¹⁵⁰ Des Weiteren, kam es 2008, chronologisch eingeordnet, zu den Besuchen des polnischen Außenministers Sikorski und des Ministerpräsidenten Tusk in Moskau sowie des russischen Außenministers Lawrow in Warschau.¹⁵¹ Der russische Ministerpräsident Putin hat Polen zum 70. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs 2009 besucht.¹⁵²

<http://www.msz.gov.pl/Spotkanie,Ministra,Spraw,Zagranicznych,Radoslaw,Sikorskiego,i,Sekretarza,Generalnego,Unii,dla,Sroziemnomorza,Youssefa,Amraniego,46168.html>, letzter Zugriff: 4.01.2012, eigene Übersetzung aus dem Polnischen

¹⁴⁹ Kaczmarek, Marcin. Polska polityka wschodnia na tle polityki wschodniej Unii Europejskiej. Czyli Europa idzie na wschód (po 2005 roku). Monitoring Polskiej Polityki Zagranicznej. Centrum Stosunków Międzynarodowych. Warszawa, abrufbar unter:

http://csm.org.pl/fileadmin/files/Biblioteka_CSM/Raporty_i_analazy/2009/Marcin%20Kaczmarek_POLSKA%20POLITYKA%20WSCHODNIA%20NA%20TLE%20POLIT.pdf, letzter Zugriff: 3.01.2012, S. 25, eigene Übersetzung aus dem Polnischen

¹⁵⁰ Cianciara, Agnieszka K. (2008). 'Eastern Partnership' – opening a new chapter of Polish Eastern policy and the European Neighbourhood Policy? Analyses & Opinions. The Institute of Public Affairs. No.4, June 2008, Warsaw, abrufbar unter: <http://isp.org.pl/files/8679201040703671001213792577.pdf>, letzter Zugriff: 10.01.2012, S.11

¹⁵¹ Kaczmarek, Marcin. Polska polityka wschodnia na tle polityki wschodniej Unii Europejskiej. Czyli Europa idzie na wschód (po 2005 roku). Monitoring Polskiej Polityki Zagranicznej. Centrum Stosunków Międzynarodowych. Warszawa, abrufbar unter:

http://csm.org.pl/fileadmin/files/Biblioteka_CSM/Raporty_i_analazy/2009/Marcin%20Kaczmarek_POLSKA%20POLITYKA%20WSCHODNIA%20NA%20TLE%20POLIT.pdf, letzter Zugriff: 3.01.2012, S. 24-25

¹⁵² Ochmann, Cornelius. Östliche Partnerschaft – Perspektiven einer europäischen Ostpolitik. In: Polen-Analysen, Nr.72/10, 15.06.2010. Deutsches Polen-Institut, Forschungsstelle Osteuropa, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., abrufbar unter: <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen72.pdf>, letzter Zugriff: 4.01.2012, S.5

Dieser Kurswechsel 2007 lässt sich in den Kontext der Polens EU-Ukrainepolitik leicht einsetzen, wobei das Raport des polnischen Center for International Relations (CSM) zur polnischen EU-Ostpolitik auf folgendes direktes Ziel verweist, „...den Kritikern der polnischen Außenpolitik die Argumente zu nehmen, dass Polen eine angeborene Russophobie hat...“¹⁵³ Polen sollte im Zuge seiner russlandpolitischen Normalisierung sein Bild eines rusophoben und, in diesem Kontext, irrational agierenden Staates durch das Bild eines rationalen Akteurs unter den westeuropäischen politischen Eliten ersetzen. Diesbezüglich sei der betroffene Staat imstande, einen politischen Dialog mit Russland normal zu gestalten, was im Gegensatz zur emotionalen und für Westeuropa unverständlichen Vorgehensweise (sogar wenn diese aufgrund historischer Erfahrungen zwischen den beiden Staaten und Völkern für Polen verständlicher ist bzw. wäre) stehe. In diesem Zusammenhang können die Resultate der neuen Russlandpolitik Polens in zweierlei Hinsicht betrachtet werden.

Erstens sollte die polnische Ukrainepolitik unter den westeuropäischen Partnern an Glaubwürdigkeit gewinnen, dass das plädierte ostpolitische Konzept gegen Russland explizit nicht eingerichtet ist, wobei es von polnischer Seite keine emotionalen und russlandsfeindlichen Einstellungen zu äußern, sondern pragmatische und realpolitische Ziele für den Osteuroparaum durchzusetzen sind. Auf diesen Sachverhalt verwies der ehemalige Staatspräsident Polens Aleksander Kwaśniewski in seinem Interview „Nie stać nas na rusofobię“ (Deutsch: „Wir können uns die Russophobie nicht leisten“¹⁵⁴), indem er die Notwendigkeit einer pragmatischen Vorgehensweise betonte, die die Effektivität Warschaws in der Ostpolitik anheben lassen würde.¹⁵⁵

¹⁵³ Kaczmarek, Marcin. Polska polityka wschodnia na tle polityki wschodniej Unii Europejskiej. Czyli Europa idzie na wschód (po 2005 roku). Monitoring Polskiej Polityki Zagranicznej. Centrum Stosunków Międzynarodowych. Warszawa, abrufbar unter: http://csm.org.pl/fileadmin/files/Biblioteka_CSM/Raporty_i_analizy/2009/Marcin%20Kaczmarek_POLSKA%20POLITYKA%20WSCHODNIA%20NA%20TLE%20POLIT.pdf, letzter Zugriff: 3.01.2012, S. 25, eigene Übersetzung aus dem Polnischen

¹⁵⁴ eigene Übersetzung aus dem Polnischen

¹⁵⁵ Kwaśniewski, Aleksander. Nie stać nas na rusofobię. Z prezydentem Aleksandrem Kwaśniewskim rozmawiają Małgorzata Nocuń i Krzysztof Burnetko. In: Nowa Europa Wschodnia. Pismo Spraw Wschodnich. Dwumiesięcznik. Kolegium Europy Wschodniej. Fundacja im. Jana Nowaka-Jeziorańskiego, Wrocław, Nr 3-4 (XVII-XVIII) 2011, maj-sierpień, S.83-94, abrufbar unter: http://www.new.org.pl/files/docs/17_2011-05-01_3.pdf, letzter Zugriff: 11.01.2012

Der Bedarf an Etablierung eines nicht-russophoben Bildes Polens im Kontext seines EU-ostpolitischen Vorschlags geht auf die derzeitigen EU-realpolitischen Entwicklungen hinsichtlich der osteuropäischen Nachbarschaft zurück. Cornelius Ochmann verweist dabei auf die Tatsache, dass es in der EU zwei ostpolitische Konzepte entwickelt werden, wobei eines durch die ÖP zu implementieren ist und anderes sich explizit an Russland orientiert. „*Die Östliche Partnerschaft und das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit Russland sind die Säulen der Neuen Ostpolitik der EU.*“¹⁵⁶ Es steht im Interesse Warschaws, die ÖP nicht in eine konfrontative Auseinandersetzung mit der EU-Russlandpolitik geraten zu lassen, was sich auf folgende Aspekte bezieht.

Zum einen sollte es die Ansicht vermieden werden, dass die ÖP-Vorstellungen den EU-russlandpolitischen Analogien gegenüber gestellt werden, weil es die beiden an den Osten gelenkten EU-Politiken nebeneinander und gleichermaßen zu implementieren sind, wobei die wichtigsten EU-Organe die Notwendigkeit einer parallelen Entwicklung der ÖP und der „strategischen Partnerschaft“ mit Russland in ihren Dokumenten klar betonen. Darauf verweist u.a. die Europäische Kommission in ihrem Dokument zur Etablierung der Östlichen Partnerschaft wie folgt: „*The Eastern Partnership will be pursued in parallel with the EU’s strategic partnership with Russia.*“¹⁵⁷ Davon ausgehend war es der Kommission wichtig, bei der ÖP-Ausrufung die gleichermäßige Position Russlands in den EU-Ostbeziehungen zu akzentuieren, wobei ein russophobes Polen als der ÖP-Autor diesen in den EU-Institutionen plädierten Akzent leiser und unglaubwürdiger mache.

Zum anderen wollte Polen eine Situation vermeiden, in welcher die EU-Russlandpolitik gegenüber der ENP-Ostdimension aufgewertet werde und den polnischen Vorschlag eindämme. Auch aus diesem Grund betont das UKIE-Raport die Notwendigkeit einer parallelen Entwicklung der beiden Politiken wie folgt: „*Parallel to this [die Aufwertung der ENP-Ostdimension] is the continued dialogue with Russia, which does not, however, preclude the need for action by the EU and member countries in developing bilateral relations with the*

¹⁵⁶ Ochmann, Cornelius. Östliche Partnerschaft – Perspektiven einer europäischen Ostpolitik. In: Polen-Analysen, Nr.72/10, 15.06.2010. Deutsches Polen-Institut, Forschungsstelle Osteuropa, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., abrufbar unter: <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen72.pdf>, letzter Zugriff: 4.01.2012, S.2

¹⁵⁷ Communication from the Commission to the European Parliament and the Council. Eastern Partnership. Brussels, 3.12.2008, COM(2008) 823 final, abrufbar unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2008:0823:FIN:EN:PDF>, letzter Zugriff: 11.01.2012, S.3

*countries of the Eastern dimension of the neighbourhood policy.*¹⁵⁸ Ein Risiko einer solchen EU-russlandpolitischen Aufwertung bezieht sich sowohl auf die dominierende politische Position des betroffenen Staates in der EU-Ostnachbarschaft als auch die häufigen russlandfreundlichen Orientierungen der grössten EU-Staaten (siehe: der nächste Absatz). In diesem Zusammenhang sollte Polen Parallelität zwischen den beiden eigentlich aus der Natur (und allenfalls aus der russischen Sichtweise) konkurrierenden ostpolitischen Konzepten verfolgen und einen konfrontativen Charakter der beiden EU-Ostpolitiken zu vermeiden versuchen.

Die Notwendigkeit einer ausbalancierten, d.h. nicht gegen Russland orientierten EU-außenpolitischen Positionierung der ÖP bezieht sich zum dritten auf den Bedarf einer stärkeren Durchsetzungskraft Polens unter seinen westeuropäischen Partnern. Diese traditionell an Russland positiver eingestellten und genauso diesen Ostnachbar als einen EU-ostpolitischen Adressat lieber befürwortenden Staaten mussten nämlich zur Unterstützung für die Polens ostpolitische Vision gleichzeitig überzeugt werden. Dies lässt sich nicht überschätzen, weil zu dieser Ländergruppe, deren EU-ostpolitische Vorstellungen hinsichtlich der Wahrnehmung Russlands von dem polnischen Konzept deutlich abweichen, die größten EU-Mitglieder, wie etwa Deutschland, Frankreich, Italien oder Spanien, zählen. Davon zeugt nämlich die oben durchgeführte Analyse der polnischen Politik gegenüber der Mittelmeerregion, wo alle betroffenen Staaten (außer Deutschland, das von mir getrennt analysiert wird) u.a. als russlandorientierte EU-Partner definiert wurden.

Zweitens, konnte Polen mit seinem neuen nicht-russophoben und pragmatischen Bild dafür effektiver plädieren, das in der EU-Ostpolitik bisher dominierende Konzept „Russia first“ einzudämmen und somit die EU-Ukrainepolitik aufzuwerten. Die Eindämmung dieses Konzepts war für die Verstärkung der Kooperation im Rahmen der ENP-Ostdimension von einer besonderen Bedeutung, indem westeuropäische politische Eliten ihre häufige ostpolitische Russlandorientierung relativieren mussten. Darüber hinaus lässt sich dieses Ziel in die forcierte EU-Gleichgewichtspolitik zwischen der ÖP und der „strategischen

¹⁵⁸ Kałużńska, Małgorzata; Smyk, Renata; Wiśniewski, Jakub (2009). 5 years of Poland in the European Union. Raport. Department of Analyses and Strategies. Office of the Committee for European Integration (Hrsg.), S. 387

Partnerschaft“ mit Russland mit einschließen lässt, was bestätigt, dass die Vermeidung der konfrontativen Politik zwischen den beiden Konzepten im Interesse Polens stehe.

Die Tendenz zur Relativierung der „Russia first“-Politik kann natürlich als ein politischer Gewinn Polens nicht rein angesehen werden, weil diese Entwicklung aus einigen externen Faktoren primär resultierte. Es sind dabei sowohl die negativen politischen Tendenzen Russlands als auch die sich veränderte Situation in den restlichen postsowjetischen Staaten zu betonen. Der erste Fall bezieht sich v.a. auf den Russland-Georgien-Krieg 2008¹⁵⁹, die russisch-ukrainische Gaskrise 2009¹⁶⁰ sowie steigende russische Abneigung gegen Verstärkung der Kooperation der EU mit den ENP-Ostnachbarstaaten als auch Abkehr von seinen demokratischen Tendenzen. Im zweiten Fall sind die so genannten „colour revolutions“ in Georgien 2003 und der Ukraine 2004 sowie der sich vertiefende Autoritarismus in Belarus anzusprechen, die das Interesse der EU an die Intensivierung der ENP-Ostpolitik erweckten.¹⁶¹

Diese Entwicklungen konnten jedoch, trotz deren von der Polens Außenpolitik externen Form, von dem betroffenen Staat mit dem Ziel ausgenutzt werden, die westeuropäischen Staaten an die Probleme der osteuropäischen Region zu sensibilisieren. Polen konnte nämlich, als ein gegenüber Russland rational agierender Staat, diese Probleme auf der EU-Ebene glaubwürdiger darzustellen und somit das Konzept „Russia first“ effektiver einzudämmen versuchen. Auf diesen Sachverhalt verweist das CSM-Raport, wobei der Prozess, indem *„Polen bedeutsam dazu beigetragen hat, dass die Wahrnehmung Russlands im Rahmen der EU viel kritischer und vorsichtiger wurde...“*¹⁶², als eines der Resultate der polnisch-russischen Normalisierung angesehen wird.

Die Relevanz von der Eindämmung des besprochenen Konzepts ist für die Neugestaltung der EU-Ostpolitik, v.a. gegenüber der Ukraine, nicht zu unterschätzen, wobei der betroffene

¹⁵⁹ Kałużyńska, Małgorzata; Smyk, Renata; Wiśniewski, Jakub (2009). 5 years of Poland in the European Union. Raport. Department of Analyses and Strategies. Office of the Committee for European Integration (Hrsg.), S. 383

¹⁶⁰ Kaczmarek, Marcin. Polska polityka wschodnia na tle polityki wschodniej Unii Europejskiej. Czyli Europa idzie na wschód (po 2005 roku). Monitoring Polskiej Polityki Zagranicznej. Centrum Stosunków Międzynarodowych. Warszawa, abrufbar unter: http://csm.org.pl/fileadmin/files/Biblioteka_CSM/Raporty_i_analazy/2009/Marcin%20Kaczmarek_POLSKA%20POLITYKA%20WSCHODNIA%20NA%20TLE%20POLIT.pdf, letzter Zugriff: 3.01.2012, S. 21

¹⁶¹ Kałużyńska, Małgorzata; Smyk, Renata; Wiśniewski, Jakub (2009). 5 years of Poland in the European Union. Raport. Department of Analyses and Strategies. Office of the Committee for European Integration (Hrsg.), S. 378

¹⁶² Kaczmarek, Marcin. Polska polityka wschodnia na tle polityki wschodniej Unii Europejskiej. Czyli Europa idzie na wschód (po 2005 roku). Monitoring Polskiej Polityki Zagranicznej. Centrum Stosunków Międzynarodowych. Warszawa, abrufbar unter: http://csm.org.pl/fileadmin/files/Biblioteka_CSM/Raporty_i_analazy/2009/Marcin%20Kaczmarek_POLSKA%20POLITYKA%20WSCHODNIA%20NA%20TLE%20POLIT.pdf, letzter Zugriff: 3.01.2012, S. 25

Polens Ostnachbar gegenüber Russland aufzuwerten und der EU stärker anzunähern ist. „...the EU slowly began to abandon the „Russia first“ policy i.e. perceiving cooperation with CIS countries from the perspective of potential irritation in Moscow, thus enabling a significant increase in the engagement of EU diplomacy in these countries and gradual evolution of the ENP.“¹⁶³

In Bezug auf diese Analyse ist darüber hinaus auf die Bemerkung hinzuweisen, dass, ähnlich der Polens Politik gegenüber der UfM, die Verstärkung bzw. Normalisierung der polnisch-russischen Beziehungen zu einem paradoxen Instrument der Aufwertung der Ukrainepolitik auf der EU-Ebene werden kann, wobei sich dieses Paradox in den Kontext der doch klaren Interessenwidersprüche zwischen der EU- bzw. Polens Ukraine- und Russlandpolitik einsetzen lässt. Diese These erklärt das ISP-Raport, indem Polen im Zuge der von der PO-Regierung implementierten russlandpolitischen Prozesse zu einem stärkeren Akteur innerhalb der EU selbst werden und, davon ausgehend, gegenüber Russland mit seiner Ukrainepolitik effektiver auftreten kann. „...it is worth underlining that the attempt to improve relations with Russia resulted in the strengthening of the Polish position within the EU and consequently enabled Poland to exert more pressure on Russia than in the past (...) On the other hand, Poland is an important partner for Russia only in so far as it is an important player in the EU itself.“¹⁶⁴

Auf solche Argumentation verwies auch die polnische Regierung, indem der Außenminister Sikorski während seiner außenpolitischen Expose im polnischen Sejm 2009 folgendes sagte: *“Die Tatsache, dass wir keine größeren Streitigkeiten mit Russland haben, verstärkt unsere Position in Europa.“*¹⁶⁵

¹⁶³ Kałużyńska, Małgorzata; Smyk, Renata; Wiśniewski, Jakub (2009). 5 years of Poland in the European Union. Raport. Department of Analyses and Strategies. Office of the Committee for European Integration (Hrsg.), S. 378-379

¹⁶⁴ Cianciara, Agnieszka K. (2008). ‘Eastern Partnership’ – opening a new chapter of Polish Eastern policy and the European Neighbourhood Policy? Analyses & Opinions. The Institute of Public Affairs. No.4, June 2008, Warsaw, abrufbar unter: <http://isp.org.pl/files/8679201040703671001213792577.pdf>, letzter Zugriff: 10.01.2012, S.12

¹⁶⁵ Minister of the Foreign Affairs, Mr Radosław Sikorski, on the goals of the Poland’s foreign policy for 2009, 17.02.2009, abrufbar unter: <http://www.mfa.gov.pl/Minister,of,the,Foreign,Affairs,,Mr,Radoslaw,Sikorski,,on,the,goals,of,the,Poland’s,foreign,policy,for,2009,25449.html>, letzter Zugriff: 3.01.2012, eigene Übersetzung aus dem Polnischen

5.2.3.2.3. Schweden als Initiativpartner:

Der nächste wesentliche Determinant für den Erfolg des polnischen Entwurfs war die Auswahl Schwedens für die Mitautorenschaft des ÖP-Vorschlags. Es ist dabei wichtig zu forschen, warum Polen nach einen Initiativpartner suchte und genauso Schweden solche Rolle zuschrieb.

Vor allem hat sich Warschau darum gekümmert, dass dieser Vorschlag nicht nur von einem einzelnen Staat heraus kommt, weil Einbeziehung mehrerer Akteure in einen Initiativantrag seine Relevanz, Glaubwürdigkeit und Durchsetzungskraft immer noch verstärken lässt. Das ISP-Raport betont dabei das Ziel, die Situation zu vermeiden, dass diese Initiative von Polen allein ergriffen wird. *„First of all, the project appeared to be well prepared: it took the form of a joint Polish-Swedish proposal in order to avoid the impression that the idea was coming from a single member state.”*¹⁶⁶

Die Auswahl Schwedens geht wieder auf einen von der PO-Regierung stark betonten Pragmatismus zurück. Dieser Mitautor ist nämlich als ein Partner anzusehen, der ähnliche ostpolitische Orientierung mit sich präsentiert und ähnliche Ziele in Bezug auf die EU-Ostpolitik verfolgt, gleichzeitig aber auch zum Vertreten der „alten“ EU-Staaten¹⁶⁷ wird. Die folgende Analyse lässt sich also in Hinsicht auf diese zwei relevantesten Argumente einteilen.

Die erstgenannte Argumentation zur polnisch-schwedischen Interessengemeinschaft kann wiederum zwei weitere Aspekte mit einschließen. Zum einen schreibt Schweden der sogenannten „soft-power“ der Union als einer reformantreibenden Kraft eine bedeutsame Rolle

¹⁶⁶ Cianciara, Agnieszka K. (2008). 'Eastern Partnership' – opening a new chapter of Polish Eastern policy and the European Neighbourhood Policy? Analyses & Opinions. The Institute of Public Affairs. No.4, June 2008, Warsaw, abrufbar unter: <http://isp.org.pl/files/8679201040703671001213792577.pdf>, letzter Zugriff: 10.01.2012, S.2

¹⁶⁷ Unter dem Begriff der „alten“ EU-Mitgliedern verstehe ich diese Staaten, die vor den EU-Osterweiterungsrunden 2004 und 2007 der EU beigetreten sind. Zu den „neuen“ EU-Mitgliedern werden wiederum die der Union 2004 und 2007 beigetretenen Staaten gezählt.

zu, wie es bei den Polens Postulaten der Fall war (siehe S. ???). „*In the Swedish foreign policy there is an appreciation of the EU’s “soft power” influence in the world.*”¹⁶⁸

Zum zweiten lässt sich die EU-„soft power“ mit dem Angebot einer Mitgliedschaftsperspektive direkt verbinden. In diesem Zusammenhang wird die Wahrnehmung der ÖP-Adressaten als potentieller EU-Mitglieder zum Hauptmotiv des Schwedens Engagements in die Ostpolitik, wobei die ENP von der schwedischen Seite nicht als eine Alternative zur EU-Erweiterung angesehen wird. *“The principal motivation behind Sweden’s involvement in the neighbourhood policy with regard to the Eastern neighbours is support for bringing those countries closer to the EU. The countries of the Eastern neighbourhood are seen as potential member states. The ENP is treated not as an alternative to enlargement, but as a stage preparing neighbouring countries for possible future accession to the EU.”*¹⁶⁹

Des Weiteren ist die zweitgenannte Argumentation für die Auswahl Schwedens ausführlicher zu analysieren. Der betroffene Staat lässt sich nämlich in einigen für Polen wesentlichen Aspekten von den „neuen“ EU-Akteuren unterscheiden. Zum einen sollte der polnische Entwurf von einem Staat mit vorgeschlagen, der v.a. mehr Erfahrung in den Integrationsprozessen als die „neuen“ EU- Staaten aufweist. Dadurch wurde Schweden als ein durchsetzungsfähigerer und glaubwürdigerer Initiativpartner von Warschau angesehen als die an Osteuropa traditionell orientierten und Polen unterstützenden Staaten der Visegrad-Gruppe oder des Baltikums. Auf die entscheidende Relevanz der EU-Erfahrung verweist dabei das UKIE-Raport, wobei Donald Tusk eine schwedische Sachlichkeit als einen relevanten Faktor des polnischen Erfolgs betonte.¹⁷⁰

Die Glaubwürdigkeit Schwedens auf der EU-Ebene bezieht sich dabei nicht nur auf dessen Erfahrung, aber auf den in Westeuropa anerkannten Pragmatismus. Dies geht auch auf die Wahrnehmung Schwedens unter den westeuropäischen Eliten als eines nicht gegen Russland

¹⁶⁸ Wojna, Beata; Gniazdowski, Mateusz (Hrsg.) (2009). Eastern Partnership: The Opening Report. Reports Eastern Partnership. The Polish Institute of International Affairs. Warsaw, April 2009, abrufbar unter: <http://www.pism.pl/index/?id=ccce2fab7336b8bc8362d115dec2d5a2>, letzter Zugriff: 4.01.2012, S.52

¹⁶⁹ Wojna, Beata; Gniazdowski, Mateusz (Hrsg.) (2009). Eastern Partnership: The Opening Report. Reports Eastern Partnership. The Polish Institute of International Affairs. Warsaw, April 2009, abrufbar unter: <http://www.pism.pl/index/?id=ccce2fab7336b8bc8362d115dec2d5a2>, letzter Zugriff: 4.01.2012, S.52

¹⁷⁰ Kałużyńska, Małgorzata; Smyk, Renata; Wiśniewski, Jakub (2009). 5 years of Poland in the European Union. Raport. Department of Analyses and Strategies. Office of the Committee for European Integration (Hrsg.), S. 383

explizit orientiertes Akteurs, wie es bei den mittel- und osteuropäischen EU-Partnern häufig der Fall ist.

Zum dritten diente die Auswahl Schwedens als eines „alten“ EU-Mitglieds dem Ziel, einen exklusiven Charakter des ÖP-Vorschlags zu vermeiden. Der polnische Entwurf sollte nämlich nicht nur für die mittel- und osteuropäischen Staaten vorgesehen werden, die im Zuge der Osterweiterung der EU beigetreten sind und an die ÖP-Adressaten direkt grenzen. Schwedens Ostgrenzen werden dabei zu keinen EU-Ostgrenzen.

Auf die Relevanz der gemeinsamen polnisch-schwedischen ÖP-Initiativstellung verwies auch Cornelius Ochmann. Dieser Osteuropa-Experte sah nämlich in der Miteinbeziehung des „alten“ EU-Mitglieds in die ÖP-Mitautorenschaft eher einen geostrategischen Erfolg Polens, was er im Kontext der polnisch-deutschen ostpolitischen Wechselbeziehungen und der deutschen Verweigerung, den ÖP-Vorschlag mit zu initiieren, in folgenden Worten anmerkte: *„Hinzu kam die Tatsache, dass es Polen gelang, trotz der deutschen Zurückhaltung die schwedische Diplomatie für die Östliche Partnerschaft zu gewinnen und auf diese Weise die Einteilung in alte und neue Mitglieder in der EU zu überwinden.“*¹⁷¹

5.2.3.3. Aktivitäten auf der supranationalen Ebene:

Darüber hinaus lässt sich der Erfolg des ÖP-Projekts in einer integrationsoffenen Vorgehensweise der PO-Regierung auf der EU-Ebene selbst widerspiegeln. Es ist dabei wichtig zu betonen, dass die Tusks Regierung seinen Entwurf vor den EU-Institutionen nicht, sozusagen, aufgezwungen hat, sondern zur weiteren fachspezifischen Bearbeitung vorlag.

Weronika Priesmeyer-Tkocz verweist in ihrer Dissertation auf Begrüßung der Weiterentwicklung der Östlichen Partnerschaft am Europäischen Rat im Juni 2008, wobei die Europäische Kommission beauftragt wurde, bis zum Frühjahr 2009 konkrete Vorschläge auszuarbeiten. Es ist dabei auch zu betonen, dass der Europäische Rat während seiner

¹⁷¹ Ochmann, Cornelius. Östliche Partnerschaft – Perspektiven einer europäischen Ostpolitik. In: Polen-Analysen, Nr.72/10, 15.06.2010. Deutsches Polen-Institut, Forschungsstelle Osteuropa, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., abrufbar unter: <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen72.pdf>, letzter Zugriff: 4.01.2012, S.3

außerordentlichen Tagung am 1. September 2008 im Kontext des russisch-georgischen Kriegs die Kommission aufgefordert hat, den Vorschlag früher als geplant vorzubereiten und im Frühjahr 2009 schon den Beschluss zu ermöglichen.¹⁷²

Zweitens kommen zur offiziellen Vorstellung des ÖP-Projekts vor den EU-Organen auch intensive Absprachen mit den anderen europäischen Hauptstädten zwecks Gewinnung der notwendigen Unterstützung. Agnieszka Cianciara beruft sich dabei auf das Artikel von Dominika Pszczółkowska zu Polens ÖP-Aktivitäten folgend: „*An intense consultation process with Paris, Berlin, Stockholm and Central European capitals has been launched with a view to achieve progress on this matter during the June European summit.*“¹⁷³

Drittens wurde auch für angemessene Benachrichtigung der EU-Öffentlichkeit seitens der polnischen Regierung besorgt. Cianciara deutet hier auf zwei Ereignisse hin. Zum einen ist das Auftreten des Außenministers Sikorski vor Brüsseler Journalisten anzusprechen: „...*one day before the official presentation of the project to the GAERC, the Polish Minister of Foreign Affairs, Radek Sikorski, held a special conference for Brussels-based journalists to explain the details and benefits of the initiative, in order to shape the public opinion of EU member states.*“¹⁷⁴

Zum zweiten hat Sikorski während einem „breakfast briefing“ für die Unterstützung der EU-Eliten plädiert, indem die Rolle der EU für die ÖP-Implementierung betont wurde. „*Finally, directly before the GAERC meeting on the 26th of May, Sikorski addressed a number*

¹⁷² Priesmeyer-Tkocz, Weronika. Polen und die Europäisierung der Ukraine. Die polnische Ukraine-Politik im Kontext der europäischen Integration. Dissertation eingereicht am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin, 2. Juli 2010, abrufbar unter: http://www.diss.fu-berlin.de/diss/servlets/MCRFileNodeServlet/FUDISS_derivate_000000009019/Priesmeyer_Europaeisierung_Ukraine.pdf?hosts=, letzter Zugriff: 20.01.2012, S.250-251

¹⁷³ Cianciara, Agnieszka K. (2008). ‘Eastern Partnership’ – opening a new chapter of Polish Eastern policy and the European Neighbourhood Policy? Analyses & Opinions. The Institute of Public Affairs. No.4, June 2008, Warsaw, abrufbar unter: <http://isp.org.pl/files/8679201040703671001213792577.pdf>, letzter Zugriff: 10.01.2012, S.11

¹⁷⁴ Cianciara, Agnieszka K. (2008). ‘Eastern Partnership’ – opening a new chapter of Polish Eastern policy and the European Neighbourhood Policy? Analyses & Opinions. The Institute of Public Affairs. No.4, June 2008, Warsaw, abrufbar unter: <http://isp.org.pl/files/8679201040703671001213792577.pdf>, letzter Zugriff: 10.01.2012, S.2

of officials, diplomats, journalists and lobbyists gathered at a 'breakfast briefing' on the premises of the prestigious European Policy Centre in Brussels. ¹⁷⁵

5.3. ÖP-Erfolg? – Analyse der Errungenschaften:

5.3.1. Offizielle Bewertung:

Die Implementierung der Östlichen Partnerschaft wird als der grösste Erfolg der polnischen Diplomatie im Zuge der bisherigen EU-Vollintegration Polens angesehen, was mehrere Quellen nachweisen.

Das Raport des polnischen Institute of Public Affairs verweist dabei auf die Tatsache, dass der ÖP-Entwurf zur ersten so relevanten Initiative Polens auf der EU-Ebene wurde, die einen merklichen Einfluss auf die Gestaltung der EU-Politik ausüben kann. *„It [der ÖP-Entwurf] is (...) the first major Polish initiative at the EU forum since accession that has every chance to become a success.* ¹⁷⁶

Zweitens beruft sich das Raport des polnischen Office of the Committee for European Integration auf die Expertenforschung des Polish Institute of International Affairs und betont dabei, dass die Aktivität an der EU-Ostpolitik, v.a. aber die Entwicklung der Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine, für Polen von besonderer Priorität war, wobei das ÖP-Konzept zur relevantesten Errungenschaft der Polens EU-Politik gezählt wird. *„The crowning of the Polish effort in the last five years [Stand: 2009] to anchor Ukraine and other neighbour states in the European structures was the concept of the Eastern Partnership (...) The Eastern Partnership Initiative (...) can be considered as the main political success of Poland over the first five years of its EU membership.* ¹⁷⁷

¹⁷⁵ Cianciara, Agnieszka K. (2008). 'Eastern Partnership' – opening a new chapter of Polish Eastern policy and the European Neighbourhood Policy? Analyses & Opinions. The Institute of Public Affairs. No.4, June 2008, Warsaw, abrufbar unter: <http://isp.org.pl/files/8679201040703671001213792577.pdf>, letzter Zugriff: 10.01.2012, S.2

¹⁷⁶ Cianciara, Agnieszka K. (2008). 'Eastern Partnership' – opening a new chapter of Polish Eastern policy and the European Neighbourhood Policy? Analyses & Opinions. The Institute of Public Affairs. No.4, June 2008, Warsaw, abrufbar unter: <http://isp.org.pl/files/8679201040703671001213792577.pdf>, letzter Zugriff: 10.01.2012, S.4

¹⁷⁷ Kałużyńska, Małgorzata; Smyk, Renata; Wiśniewski, Jakub (2009). 5 years of Poland in the European Union. Raport. Department of Analyses and Strategies. Office of the Committe for European Integration (Hrsg.), S. 365

In diesem Zusammenhang verweist die dritte Primärquelle, nämlich die Veröffentlichung des polnischen Thinktanks Center for International Relations, auf die Relevanz der ÖP in der teilweisen Einflussnahme des polnischen Konzepts auf die EU-Ostpolitik, was als oberstes ukrainepolitisches Ziel Polens in Bezug auf meinen Forschungsgegenstand zu interpretieren ist. *„Bei der Bewertung der Rolle Polens in der Gestaltung der EU-Institutionen sollte es betont werden, dass (...) es Warschau gelungen ist, den Entwurf der Östlichen Partnerschaft zu forcieren, der mindestens zum Teil die polnischen Ambitionen der Mitgestaltung der EU-Ostpolitik verwirklichen lässt.“*¹⁷⁸

Darüber hinaus beruft sich das UKIE-Raport auf die Aussagen des European Council on Foreign Relations, dass Polen mit der erfolgreichen Ausarbeitung des ÖP-Projekts seine politische Position und sein eigenes Bild in der EU aufwerten ließ. *„It [die ÖP] has also been broadly interpreted as Poland’s success translating into its rise in importance in the EU and improved image, as testified to by numerous positive comments on it.“*¹⁷⁹

5.3.2. Messbare Effekte – wurden die ENP-Defizite reduziert?

Es ist jetzt aber wichtig der Frage nachzugehen, inwieweit Polen seine eigenen Ziele in dem neuen EU-ostpolitischen Rahmen in der Tatsache durchsetzen kann bzw. bisher durchsetzte. Hier sollte es auf die Analyse der Defizite zurückgeführt werden, die Warschau in Hinsicht auf die Ausgangssituation 2004 formulierte und die ich oben ausführlich dargestellt habe, wobei sie sich – zur Erinnerung – sowohl auf die Mitgliedschaftsperspektive für die Ukraine als auch die Aufwertung der ENP-Ostdimension bezüglich des Instrumentariums, der Rechtslage sowie der Finanzierung beziehen.

¹⁷⁸ Kaczmarek, Marcin. Polska polityka wschodnia na tle polityki wschodniej Unii Europejskiej. Czyli Europa idzie na wschód (po 2005 roku). Monitoring Polskiej Polityki Zagranicznej. Centrum Stosunków Międzynarodowych. Warszawa, abrufbar unter: http://csm.org.pl/fileadmin/files/Biblioteka_CSM/Raporty_i_analazy/2009/Marcin%20Kaczmarek_POLSKA%20POLITYKA%20WSCHODNIA%20NA%20TLE%20POLIT.pdf, letzter Zugriff: 3.01.2012, S. 22, eigene Übersetzung aus dem Polnischen

¹⁷⁹ Kałużyńska, Małgorzata; Smyk, Renata; Wiśniewski, Jakub (2009). 5 years of Poland in the European Union. Raport. Department of Analyses and Strategies. Office of the Committee for European Integration (Hrsg.), S. 365

5.3.2.1. Aufwertung gegenüber der Süddimension

Ich will dabei von dem zweitgenannten Defizit und dessen drei Hauptfaktoren ausgehen. In der Einleitung zu diesem Punkt lässt sich klar feststellen, dass Polen mit seiner ÖP-Initiative seinen ukrainepolitischen Erfolg durch Aufwertung der EU-Ostnachbarschaft gegenüber der Südpolitik erreichte – was aber nicht bedeutet, dass die beiden ENP-Orientierungen jetzt gleichgewichtet sind. Diese Aufwertung bezieht sich sowohl auf die Verstärkung der Rolle der Ukraine im Rahmen der EU-Politik als auch die Erhöhung des Wissenstands und Bewusstseins über den betroffenen Staat unter den EU-Eliten.¹⁸⁰

5.3.2.1.1. Bi- und Multilateralität – neues politisches Instrumentarium

Das in der Analyse der Ausgangssituation erstpräsentierte Defizit hinsichtlich des Süd-Ost-Vergleichs bezog sich auf das schwächere Instrumentarium der EU-Ostpolitik, wobei dieses im Rahmen der ÖP wesentlich verstärkt wurde. Die Kommissionsmitteilung betont dabei sowohl die Verstärkung der bisherigen bilateralen Zusammenarbeit (die Beziehungen zwischen der EU und jeweiligem ÖP-Adressat) als auch deren Ausweitung um die multilaterale Ebene. Die letztere sollte wiederum auf vier Stufen aufbauen, wobei die zwei ersten die hochrangigen Treffen der Staats- und Regierungschefs (alle zwei Jahre) sowie der Außenminister (einmal jährlich) umfassen. Des Weiteren schließt die neu etablierte multilaterale Ebene vier thematische Plattformen gemäß den Hauptbereichen der Zusammenarbeit (die sich, im Allgemeinen, auf Demokratie, Wirtschaftsintegration, Energiesicherheit und direkte Kontakte zwischen den Menschen beziehen), sowie, viertens, Arbeitsgruppen zur deren Unterstützung mit ein.¹⁸¹

¹⁸⁰ Kaczmarek, Marcin. Polska polityka wschodnia na tle polityki wschodniej Unii Europejskiej. Czyli Europa idzie na wschód (po 2005 roku). Monitoring Polskiej Polityki Zagranicznej. Centrum Stosunków Międzynarodowych. Warszawa, abrufbar unter: http://csm.org.pl/fileadmin/files/Biblioteka_CSM/Raporty_i_analzy/2009/Marcin%20Kaczmarek_POLSKA%20POLITYKA%20WSCHODNIA%20NA%20TLE%20POLIT.pdf, letzter Zugriff: 3.01.2012, S. 22

¹⁸¹ Communication from the Commission to the European Parliament and the Council. Eastern Partnership. Brussels, 3.12.2008, COM(2008) 823 final, abrufbar unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2008:0823:FIN:EN:PDF>, letzter Zugriff: 11.01.2012, S.10-13

Die Aufwertung dieses Instrumentariums lässt sich im Hinblick auf die verstärkte politische Kapazität der ÖP nicht überschätzen. In diesem Zusammenhang bleibt die ENP-Ostdimension mit den bereits entwickelten politischen Mechanismen der ENP-Südorientierung und dem in deren Rahmen implementierten Barcelona-Prozess bzw. der UfM nicht mehr, wenigstens so stark, untergeordnet. In Bezug darauf sind es zwei zusätzliche Argumente für die tatsächliche Verstärkung der politischen Kapazität der ÖP anzuführen.

Erstens deutet das ISP-Raport auf die Tatsache hin, dass die ÖP mit der Implementierung der multilateralen hochrangigen politischen Treffen „...*die Offensichtlichkeit und den Rang der Beziehungen der EU zu den osteuropäischen Staaten verstärkt hat...*“¹⁸²

Das UKIE-Raport betont zusätzlich die Relevanz der Multilateralität für die Steigerung der außenpolitischen Effizienz der EU am Beispiel der Kooperationserfahrungen mit den Balkan-Staaten, wie folgt: „*The experience of these [Balkan] countries showed that multilateral regional cooperation formed an excellent addition to bilateral agreements between the EU and a partner country and resulted in the increased effectiveness of the EU's foreign policy.*“¹⁸³

5.3.2.1.2. Auf dem Weg zu dem Assoziierungsabkommen

Zweitens lässt sich die stärkere ENP-Ostorientierung in der Verstärkung der Rechtslage von der neu eingerichteten EU-Ostpolitik begründen. Hier ist v.a. auf die im ursprünglichen ENP-Rahmen mangelnde Assoziierungspolitik und die zu geringe Kapazität der Partnerschafts- und Kooperationspolitik zu verweisen, was in der Kommissionsmitteilung zur ÖP berücksichtigt wurde.

Die Kommission hat nämlich die Ausarbeitung der Assoziierungsabkommen im ersten zentralen Punkt der verstärkten bilateralen Zusammenarbeit formuliert. „*Association Agreements (AAs) can provide a response to partners' aspirations for a closer relationship. This contractual frame for a stronger engagement, superseding the current Partnership and*

¹⁸² Kaca, Elzbieta; Łada, Agnieszka (2011). Razem czy osobno? Partnerstwo Wschodnie w polityce Polski i Niemiec. Instytut Spraw Publicznych, Warszawa, abrufbar unter: <http://www.isp.org.pl/uploads/pdf/1628383635.pdf>, letzter Zugriff: 10.01.2012, S.12, eigene Übersetzung aus dem Polnischen

¹⁸³ Kałużńska, Małgorzata; Smyk, Renata; Wiśniewski, Jakub (2009). 5 years of Poland in the European Union. Raport. Department of Analyses and Strategies. Office of the Committee for European Integration (Hrsg.), S. 380

Cooperation Agreements, will be negotiated with partners that are willing and able to take on the resulting far-reaching commitments with the EU. These new agreements will create a strong political bond and promote further convergence by establishing a closer link to EU legislation and standards.”¹⁸⁴

Des Weiteren sollten die Assoziierungsabkommen „...*a deep and comprehensive free trade area (DCFTA) with each of the partner countries.*“¹⁸⁵ schaffen, was nicht nur die Wirtschaftsliberalisierung, aber auch die rechtlich verbindliche Angleichung der handelsbezogenen Rechtsvorschriften an die die EU-Normen und somit die notwendigen Reformen in den ÖP-Adressaten vorantreiben sollte. Es muss aber dabei unterstrichen werden, dass die Freihandelsabkommen erst mit dem WTO-Beitritt jeweiligen ÖP-Partners ratifiziert werden können.¹⁸⁶

Die Relevanz der Assoziierungsabkommen wurde von mir in der Defizitsanalyse der Ausgangssituation 2004 dargestellt, wobei Polen – zur Erinnerung – in diesem Mangel eine Diskriminierung der ENP-Ostorientierung gegenüber dem Süden sowie eine Eindämmung der Chance für die Ausarbeitung einer Beitrittsoption sah. Es ist dabei klar zu betonen, dass sowohl die Assoziierungs- als auch die Freihandelsabkommen von besonderer Bedeutung für die, dementsprechend, politische Anbindung und wirtschaftliche Angleichung an die EU sind.

Die EU-ukrainischen Verhandlungen über das Assoziierungsabkommen und das diesem Dokument beigefügten Freihandelsabkommen sind zwar bereits 2007, also schon von der ÖP-Ausrufung, initiiert worden, die ÖP bietet aber zweifellos ein effektiveres Mittel zu deren

¹⁸⁴ Communication from the Commission to the European Parliament and the Council. Eastern Partnership. Brussels, 3.12.2008, COM(2008) 823 final, abrufbar unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2008:0823:FIN:EN:PDF>, letzter Zugriff: 11.01.2012, S.4

¹⁸⁵ Communication from the Commission to the European Parliament and the Council. Eastern Partnership. Brussels, 3.12.2008, COM(2008) 823 final, abrufbar unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2008:0823:FIN:EN:PDF>, letzter Zugriff: 11.01.2012, S.5

¹⁸⁶ Communication from the Commission to the European Parliament and the Council. Eastern Partnership. Brussels, 3.12.2008, COM(2008) 823 final, abrufbar unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2008:0823:FIN:EN:PDF>, letzter Zugriff: 11.01.2012, S.5

Abschluss und Verwirklichung. Darüber hinaus wurden solche Verhandlungen mit den anderen ENP-Oststaaten im Rahmen der ÖP aufgenommen.¹⁸⁷

Trotzdem stößt die heutige Entwicklung dieses Aspekts an gewisse Probleme bezüglich der Ukrainepolitik. Es ist dabei von der Tatsache auszugehen, dass die Unterzeichnung des von Polen forcierten Assoziierungsabkommens durch die innenpolitischen Entwicklungen in der Ukraine bedingt ist und deswegen bisher nicht erfolgte.

Hier ist es v.a. auf das EU-Ukraine-Gipfel in Kiew am 19. Dezember 2011 zu verweisen. Tomasz Bielecki berichtete in „Gazeta Wyborcza“, dass soweit die beiden Seiten die Verhandlungen über das Assoziierungsabkommen abgeschlossen haben, wurde es nicht ratifiziert. Der Vorsitzende des Europäischen Rats hat dabei offensichtlich auf die innenpolitischen Entwicklungen in der Ukraine und v.a. die Verhaftung von Julija Timoschenko als die Ursachen des Scheitern verweist.¹⁸⁸

Elżbieta Kaca warnte schon vor dem EU-Ukraine Gipfel in dem ISP-Raport zur Implementierung der ÖP, dass die Ratifizierung des besprochenen Dokuments aufgrund der negativen politischen Entwicklungen in der Ukraine, v.a. der Anliegen rund um die ehemalige Ministerpräsidentin Timoschenko im August 2011, und der daraus resultierten Abneigung gegen die Ratifizierung von Seite der westeuropäischen Staaten und des Europäischen Parlaments scheitern kann. Kaca beschrieb eine strategische Natur der Verweigerung der Ratifizierung wie folgt: *„In den EU-Ukraine Beziehungen taucht ein Dilemma strategischer Natur auf, welches sich auf die Frage bezieht, zu welchem Grad die Unterzeichnung des Abkommens von Einhaltung der demokratischen Standards bedingt sein sollte. Einerseits würde eine bedingungslose Unterzeichnung des Abkommens zu einer eigenartigen Belohnung des Präsidenten Wiktor Janukowytsch und sie würde ihn in Überzeugung zu seiner Politik bestärken, was die Oppositionslandschaft betont. Andererseits würde die Unterzeichnung des*

¹⁸⁷ Kaca, Elżbieta. Obecny stan wdrażanie Partnerstwa Wschodniego. In: Kaca, Elżbieta; Łada, Agnieszka (2011). Razem czy osobno? Partnerstwo Wschodnie w polityce Polski i Niemiec. Instytut Spraw Publicznych, Warszawa, abrufbar unter: <http://www.isp.org.pl/uploads/pdf/1628383635.pdf>, letzter Zugriff: 10.01.2012, S.9-10

¹⁸⁸ Bielecki, Tomasz. Szczyt UE-Ukraina: twarda odmowa z powodu Tymoszenko. In: Gazeta Wyborcza, 19.12.2011, abrufbar unter: http://wyborcza.pl/1,75477,10844787,Szczyt_UE_Ukraina__twarda_odmowa_z_powodu_Tymoszenko.html, letzter Zugriff: 15.01.2012

rechtlich verbindlichen, konkreten Assoziierungsabkommens seitens der Ukraine die Einflussmöglichkeiten der EU auf die innere Situation dieses Staates verstärken.“¹⁸⁹

Dies lässt sich darüber hinaus auf das in der EU dominierende Konzept beziehen, dass die Vertiefung der Zusammenarbeit und Intensivierung der Hilfsaktivitäten seitens der EU als eine Antwort auf die bereits implementierten Reformen in jeweiligem EU-Nachbarstaat anzusehen ist, was der oben besprochenen „soft power“ der EU gegenüber zu stellen ist, die wiederum in den EU-Unterstützungsprogrammen eine reformantreibende Kraft sieht.

Ausgehend von den beiden oben zitierten Standpunkten und aufbauend auf dem angesprochenen Konzept der EU-nachbarschaftspolitischen Aktivitäten ist die gescheiterte Ratifizierung des Abkommens mit der Ukraine als ein Resultat der heutigen negativen Politikentwicklungen zu betrachten, wobei die EU die Politik Janukowytschs nicht befürworten will. In diesem Zusammenhang ist das besprochene Ereignis als ein externes, von Polen unabhängiges Faktor, anzusehen, welches sich auf die politische Niederlage Polens rein nicht beziehen lässt.

Vielmehr sollte es daraus einen Schluss gezogen werden, dass die ÖP einen politischen Rahmen für die Ausarbeitung des Assoziierungs- und des Freihandelsabkommens geschaffen hat und damit ein Ziel vor hat, eine stärkere politische und wirtschaftliche Anbindung der Ukraine an die EU unter den langfristiger voranzutreibenden politischen Umständen zu entwickeln. Offen bleibt die Frage, inwieweit diese Chance von der ukrainischen Seite ausgenutzt wird.

5.3.2.1.3. Bessere Finanzaussichten

Verglichen mit der oben durchgeführten Defizitsanalyse der Ausgangssituation 2004, wird die Verstärkung der finanziellen Unterstützung für die ÖP zum dritten Faktor, dass die politische Kapazität der ENP-Ostdimension anheben lässt.

¹⁸⁹ Kaca, Elzbieta; Łada, Agnieszka (2011). Razem czy osobno? Partnerstwo Wschodnie w polityce Polski i Niemiec. Instytut Spraw Publicznych, Warszawa, abrufbar unter: <http://www.isp.org.pl/uploads/pdf/1628383635.pdf>, letzter Zugriff: 10.01.2012, S.10, eigene Übersetzung aus dem Polnischen

Erstens stockt die Kommission die ENPI-Mittel für die ENP-Ostnachbarn von 450 Mio. € im Jahr 2008 auf ca. 785 Mio. € im Jahr 2013 schrittweise auf, was bedeutet, so die Kommissionsmitteilung zur ÖP, dass es weitere 350 Mio. € im ENPI-Rahmen für den Zeitraum 2010-2013 bereitgestellt werden.¹⁹⁰ Im Vergleich zur oben analysierten TACIS-Finanzierung für den Zeitraum 2000-2003, die die EU-Ostnachbarstaaten inkl. Russland umfasste und insgesamt nur 1332,2 Mio. € betrug, aber auch zu den ENPI-Mitteln vom Jahre 2008, weist die ÖP-Finanzierung eine deutliche Aufstockung.

Zweitens werden neue Mittel für den Institutionenaufbau, wie etwa Schulungen für öffentliche Verwaltungen oder Ausrüstung und Infrastrukturausbau, im Rahmen von Twinning-Projekten und TAIEX zur Verfügung gestellt. Des Weiteren sah die Kommission weitere Mittel zur Finanzierung der neuen Kooperationsplattformen sowie Regionalpolitiken vor.¹⁹¹

Drittens, sollte die Darlehenstätigkeiten der EIB mit diesen verglichen werden, die ich in der Analyse des Ausgangszustands 2004 dargestellt habe. Soweit die Kommission eher allgemeine Informationen zum Ausbau der finanziellen Hilfe in diesem Bereich angab, setzt sich das Raport des polnischen Institute of Public Affairs zur ÖP-Implementierung mit den europäischen Investitionen in Osteuropa im Rahmen des Programms „Eastern Europe Facility“ ausführlicher auseinander, wobei diese im ÖP-Rahmen um 1.5 Mrd. € ausgeweitet wurden.¹⁹² Das bisherige EIB-Investitionsmandat betrug 3.7 Mrd. €. ¹⁹³ Demgegenüber hat sich das 2003 durch den Rat gestimmte EIB-Darlehen für Osteuropa auf nur 200 Mio. € beschränkte.

Das ISP-Raport verweist dabei auf weitere Programme und Initiativen, u.a. die Gründung einer "Gruppe der Freunde der Östlichen Partnerschaft", die u.a. von den USA, der Türkei,

¹⁹⁰ Communication from the Commission to the European Parliament and the Council. Eastern Partnership. Brussels, 3.12.2008, COM(2008) 823 final, abrufbar unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2008:0823:FIN:EN:PDF>, letzter Zugriff: 11.01.2012, S.14-15

¹⁹¹ Communication from the Commission to the European Parliament and the Council. Eastern Partnership. Brussels, 3.12.2008, COM(2008) 823 final, abrufbar unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2008:0823:FIN:EN:PDF>, letzter Zugriff: 11.01.2012, S.14

¹⁹² Kaca, Elżbieta. Obecny stan wdrażania Partnerstwa Wschodniego. In: Kaca, Elżbieta; Łada, Agnieszka (2011). Razem czy osobno? Partnerstwo Wschodnie w polityce Polski i Niemiec. Instytut Spraw Publicznych, Warszawa, abrufbar unter: <http://www.isp.org.pl/uploads/pdf/1628383635.pdf>, letzter Zugriff: 10.01.2012, S.14

¹⁹³ Partnerstwo Wschodnie. In: Ministerstwo Spraw Zagranicznych Rzeczypospolitej Polskiej, 6.12.2010, abrufbar unter: <http://www.msz.gov.pl/Partnerstwo,Wschodnie,19887.html>, letzter Zugriff: 10.01.2012

Russland, Japan, Norwegen und der Weltbank gebildet wird und dem Ziel verfolgt, die ökonomische Hilfe für Osteuropa zu verstärken und, weiters, zu koordinieren.¹⁹⁴

5.3.2.2. fehlende Beitrittsperspektive – ein Kompromiss?

Das in der Analyse der Ausgangssituation 2004 erstbesprochene Defizit, nämlich die fehlende EU-Beitrittsperspektive für die Ukraine, macht einen getrennten Forschungsgegenstand in Bezug auf die politische Bilanz der polnisch-schwedischen Initiative. Zweifellos wurde dieses für Polen sehr wichtige Ziel nicht erreicht, was eine Kritik sowohl in Polen als auch in der den Beitrittswillen bekundenden Ukraine hervorrief. Jedoch sollte es von einer eindeutigen Niederlage des polnischen Postulats nicht gesprochen werden, worauf zwei wesentliche Aspekte hindeuten.

Erstens ist es von der Annahme auszugehen, dass der Erfolg des ÖP-Vorschlags vom Verzicht auf bisherige Forcierung der Mitgliedschaftsperspektive seitens Polens abhängig blieb und vielmehr als ein Resultat der Kompromissbereitschaft anzusehen ist, indem Polen für die ÖP-Akzeptanz seitens der EU-Institutionen sowie der westeuropäischen Akteure auf Kosten seines Angebots der Beitrittsoption plädiert hat. Der folgend dargestellte Kontext der europäischen Ukrainepolitiken sollte diese These begründen lassen.

Es ist dabei darauf zu verweisen, dass sich die meisten EU-Staaten gegen dieses Instrument eindeutig äußern. „*In the course of the following five years [2004-2009] Poland's open approach towards the deeper integration of Eastern European countries with European structures was confronted with a more cautious attitude of EU-15 states.*“¹⁹⁵ Zu diesen Staaten zählen v.a. die größten EU-Partner, wie etwa Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien. Dessen Einstellungen zur Idee der Mitgliedschaftsperspektive werden in dem bereits analysierten PISM-Raport zur ÖP-Inauguration dargestellt.¹⁹⁶

¹⁹⁴ Kaca, Elżbieta. Obecny stan wdrażania Partnerstwa Wschodniego. In: Kaca, Elżbieta; Łada, Agnieszka (2011). Razem czy osobno? Partnerstwo Wschodnie w polityce Polski i Niemiec. Instytut Spraw Publicznych, Warszawa, abrufbar unter: <http://www.isp.org.pl/uploads/pdf/1628383635.pdf>, letzter Zugriff: 10.01.2012, S.14

¹⁹⁵ Kałużyńska, Małgorzata; Smyk, Renata; Wiśniewski, Jakub (2009). 5 years of Poland in the European Union. Raport. Department of Analyses and Strategies. Office of the Committee for European Integration (Hrsg.), S. 375

¹⁹⁶ Wojna, Beata; Gniazdowski, Mateusz (Hrsg.) (2009). Eastern Partnership: The Opening Report. Reports Eastern Partnership. The Polish Institute of International Affairs. Warsaw, April 2009, abrufbar unter: <http://www.pism.pl/index/?id=ccce2fab7336b8bc8362d115dec2d5a2>, letzter Zugriff: 4.01.2012

Dieser Kontext umfasst darüber hinaus die von den EU-Institutionen repräsentierte Ukrainepolitik, wobei die supranationalen Organe, mit der Europäischen Kommission an deren Spitze, überwiegend gegen Definierung einer Beitrittsoption eingestellt waren und sind. Dies bezieht sich primär auf die Eingliederung der EU-Ukrainepolitik in die ENP als eine die Integration ausschließende Politik, was ich oben ausführlicher analysiert habe. Eine Ausnahme bildet dabei das Europäische Parlament, was jedoch im Kontext der Positionierung der grossen „alten“ EU-Staaten keinen Umbruch in diesem Bereich mitbringen konnte. *„Despite support on the side of the European Parliament, in the succeeding years the EU leaders – under the clear pressure of some EU-15 countries – were unable to reach consensus in terms of recognising Ukraine as a future member of the EU. Poland’s efforts have not led thus far to a breakthrough in the general thinking about Ukraine’s membership.”*¹⁹⁷ Dies bestätigt die Tatsache, dass die grössten EU-Staaten einen grösseren Einfluss auf die EU-Politik als die EU-Organen ausüben. Zweitens war das EP in seiner Positionierung zum Thema der Beitrittsoption auf der Institutionenebene eher vereinsamt.

Darüber hinaus ist die allgemeine EU-innenpolitische Einstellung bzw. Meinungen zum Thema der Erweiterungsstrategie dabei anzusprechen. Auf die Relevanz dieses Aspekts verwiesen wiederum die Vertreter des polnischen Außenministeriums, der Vorsitzende der Ostpolitischen Abteilung Jarosław Bratkiewicz sowie der ÖP-Beauftragter Andrzej Cieszkowski, während der Debatte der Außenkommission im polnischen Senat 2008. Die beiden Beamten argumentierten dabei, dass die erfolgreiche Durchsetzung des ÖP-Vorschlags unter den aktuellen EU-innenpolitischen Umständen, v.a. der Erweiterungsmüdigkeit, den Verzicht auf die Forcierung der Mitgliedschaftsperspektive seitens Polens voraus setze. Cieszkowski unterstrich dabei, dass *„...es heute in der EU keine Möglichkeit gibt, solches Dokument [mit der Beitrittsperspektive] zu verabschieden. Die Diskussionen zur EU-Erweiterungsstrategie und -möglichkeiten werden derzeit getrennt [von der ENP] geführt...“*¹⁹⁸ Es lässt sich davon schlussfolgern, dass eine weitere starrköpfige Forcierung der Beitrittsperspektive den ÖP-Erfolg unmöglich mache.

¹⁹⁷ Kałużyńska, Małgorzata; Smyk, Renata; Wiśniewski, Jakub (2009). 5 years of Poland in the European Union. Raport. Department of Analyses and Strategies. Office of the Committee for European Integration (Hrsg.), S. 384

¹⁹⁸ Senat Rzeczypospolitej Polskiej. Zapis stenograficzny (461). 35. posiedzenie Komisji Spraw Zagranicznych w dniu 23 października 2008 r. VII kadencja, abrufbar unter: <http://ie.senat.gov.pl/k7/kom/ks/2008/035sz.pdf>, letzter Zugriff: 12.01.2012, S.5, eigene Übersetzung aus dem Polnischen

Davon ausgehend lässt sich der Polens Verzicht auf Forcierung der Mitgliedschaftsperspektive in einer pragmatischen und den realpolitischen EU-Entwicklungen angepassten Politik Warschaws betrachten, die zu einem Erfolg in diesem Bereich beitrug, was das UKIE-Raport wie folgt zusammenfasst: „...*Poland put forward an offer better suited to the realities of the EU. The Eastern Partnership followed the priorities set out by the ENP, placed emphasis on cooperation in the medium term without taking enlargement for granted (...) It seems that the pragmatic stance of this initiative contributed to its success.*“¹⁹⁹

Aus diesen realpolitischen Gründen konnte Polen sein wichtigstes ukrainepolitisches Postulat nicht fortsetzen, sondern es musste dieses vielmehr relativieren und eindämmen, um eine Akzeptanz für den ÖP-Vorschlag zu gewinnen. Es ist aber dabei darauf zu verweisen, dass Polen nicht auf das Postulat selbst, sondern auf seine Forcierung im Zuge der ÖP-Ausarbeitung verzichtete, und sich stattdessen auf eine pragmatische Entwicklung der EU-Ukrainepolitik auf der „working level“ und in bestimmten konkreten Zusammenarbeitsbereichen konzentrierte. Das UKIE-Raport betont dies bei seiner Analyse der polnischen Kritik an die 2003/2004 entwickelte ENP erstmals: „*Poland, despite aiming at inclusion of Ukraine in European structures, abandoned the unconditional offering the EU membership perspective to Ukraine and increased its efforts towards cooperation in specific areas.*“²⁰⁰ Bei der Analyse der ÖP-Ausarbeitung selbst verweist dieses Dokument auf das besprochene Postulat zum zweiten Mal: „*Poland, not resigning from its postulate of offering Ukraine the membership perspective, proposed the development of cooperation on a working level.*“²⁰¹

Dieser Sachverhalt verbindet sich wiederum mit dem zweiten Aspekt der weiterhin fehlenden Beitrittsperspektive. Es ist nämlich dabei zu betonen, dass die Östliche Partnerschaft keine *finalité politique* darstellt, sondern einen Rahmen für die Vertiefung der v.a. politischen und wirtschaftlichen Annäherungsprozesse an die EU, wie etwa die besprochene Ausarbeitung des Assoziierungs- und Freihandelsabkommens, bildet. In diesem Zusammenhang bietet die

¹⁹⁹ Kałużyńska, Małgorzata; Smyk, Renata; Wiśniewski, Jakub (2009). 5 years of Poland in the European Union. Raport. Department of Analyses and Strategies. Office of the Committee for European Integration (Hrsg.), S. 383

²⁰⁰ Kałużyńska, Małgorzata; Smyk, Renata; Wiśniewski, Jakub (2009). 5 years of Poland in the European Union. Raport. Department of Analyses and Strategies. Office of the Committee for European Integration (Hrsg.), S. 376

²⁰¹ Kałużyńska, Małgorzata; Smyk, Renata; Wiśniewski, Jakub (2009). 5 years of Poland in the European Union. Raport. Department of Analyses and Strategies. Office of the Committee for European Integration (Hrsg.), S. 382

neue EU-Ostpolitik eine größere Möglichkeit, für die Mitgliedschaftsperspektive für die Ukraine in der Zukunft erfolgreicher zu plädieren, indem es zuerst die dazu notwendigen Reformen vorangetrieben werden. Die Vorstellung, nach der die ÖP als ein Mittel zur Ausarbeitung einer angemessenen Grundlage für die künftige eventuelle Beitrittsoption für die Ukraine anzusehen ist, wird von den polnischen Diplomaten, so das ISP-Raport, geteilt. „...*Polish diplomats believe that if EU consents to the project, it may attach more importance to Eastern neighbours and as a consequence the chances for the future membership of Ukraine and Moldova will significantly increase. The whole concept draws on the experience of the Visegrad group, enabling the countries concerned to better integrate within the grouping, while implementing internal reforms and adjusting to EU standards. This helps them to prepare for accession, once ‘enlargement fatigue’ is gone and the EU is politically prepared to make an offer.*”²⁰²

Dies spiegelt eine pragmatische auf der Kompromissbildung gestützte Politik der kleinen Schritte unter der liberal-konservativen Regierung Tusks wider, die doch zur erfolgreichen Ausarbeitung des ÖP-Vorschlags beigetragen hat und diesbezüglich als effektiv zu bezeichnen ist. In diesem Kontext kann die ÖP-Initiative als ein Mittel zur künftigen Ausarbeitung einer Beitrittsoption unter den günstigeren sowohl EU-innenpolitischen Umständen als auch v.a. den ukrainischen Entwicklungen betrachtet werden, statt eine eindeutige Niederlage in diesem Bereich zu bedeuten.

6. Ukrainepolitik – Fazit

Die oben durchgeführte Analyse lässt also eine Schlussfolgerung ziehen, dass die auf den umfassenden Theoriegrundlagen gestützte Ukrainepolitik von Anfang der polnischen EU-Vollintegration für Warschau einen wichtigen Platz hatte und auf jeden Fall zur Schlüsselrolle in der Gestaltung der Polens Ostpolitik wurde. Die EU-Osterweiterung 2004 und der EU-Beitritt Polens selbst haben schon einen neuen politischen Handlungsspielraum geschaffen,

²⁰² Cianciara, Agnieszka K. (2008). ‘Eastern Partnership’ – opening a new chapter of Polish Eastern policy and the European Neighbourhood Policy? Analyses & Opinions. The Institute of Public Affairs. No.4, June 2008, Warsaw, abrufbar unter: <http://isp.org.pl/files/8679201040703671001213792577.pdf>, letzter Zugriff: 10.01.2012, S.3

wodurch die Ukraine zu einem direkten EU-Nachbarstaat wurde. Dies hat einerseits die Ukrainepolitik im Rahmen der Nachbarschaftspolitiken der Union definieren lassen und andererseits vor Polen eine Möglichkeit geöffnet, diese neu zu gestaltende EU-Politik als schon ein vollberechtigtes Mitglied selbst zu beeinflussen und mit zu gestalten.

Soweit das von den polnischen Politikern herausgearbeitete Konzept des „östlichen Dimension“ an keine Akzeptanz unter den Westeuropäern rechnen konnte und soweit die EU-Ukrainepolitik wegen der fehlenden Mitgliedschaftsperspektive als auch der schwachen politischen Kapazität der Ostdimension die polnischen Erwartungen nicht erfüllte, hat sich Polen ständig bemüht, die Ukrainepolitik aufzuwerten. Dies kam schon während der „oranigen Revolution“ zum Ausdruck, indem sich der Präsident Kwasniewski und die polnischen EU-Parlamentarier für die Internationalisierung der Krise stark und effektiv eingesetzt haben. Die darauf folgende Regierungsperiode PIS trug zu einer Stagnation bei, indem sich die Nationalkonservativen mit ihrer starken Integrationsabneigung mit deren ständigen Koalitionsbildungs- und Kompromiss-schaffungsprozessen sowie einer starken Nachbarländerkritik charakterisierten. Davon ausgehend haben sie sich selbst ihre Möglichkeiten des Einflusses auf die Mitgestaltungsprozesse in der EU verweigert, aber auch konnten sie auf kein Verständnis für ihre Rhetorik und Vorgehensweise in den anderen EU-Staaten rechnen. Die neue Regierung PO kehrte wiederum zu einer EU-orientierten Politikgestaltung zurück und intensivierte die polnischen ukrainepolitischen Bemühungen, den Ostnachbarn im Westen aufzuwerten. Die Liberal-konservativen konnten dabei eine umfassende Unterstützung für ihren neuen ÖP-Projekt gewinnen, indem sie auf ständigen Koalitionsbildungsprozessen und Konsensus basierten, eine offene Politik gegenüber der Südpolitik der EU betrieben und auch offene Beziehungen zu Russland pflegten. Damit gewann Polen an seine Sachbezogenheit und Glaubwürdigkeit und ließ seine EU-Durchsetzungskraft und damit internationale Einflussmöglichkeiten aufwerten.

Es ist dabei zu betonen, dass soweit die wichtigsten Postulate, die ich in der Analyse der Ausgangssituation dargestellt habe, nicht erfüllt wurden, ist der grosse Erfolg Polens darin zu begründen, dass die ÖP einen aufgewerteten Rahmen für die Ukrainepolitik anbietet, in welchem die Ukraine durch die Politik der kleinen Schritte ein Fundament für Erfüllung der polnischen Erwartungen bilden kann.

III. Deutschlandpolitik in Polen nach dem EU-Beitritt

1. Einführender Überblick:

Im zweiten Teil von meiner Diplomarbeit setzte ich mich wiederum mit der politischen Positionierung Polens gegenüber seinem direkten Westnachbarn auseinander. Hierbei ist es zwar von keinem Bedarf an Stabilisierung zwecks Eindämmung möglicher direkten imperialistischen Gefahren zu sprechen, wie es in der obigen Analyse der Fall war, weil dieser Bedarf schon im Zuge der gemeinsamen Integration der beiden Staaten im Rahmen der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Bündnisse befriedigt wurde. Vielmehr sollte es von den Theorien ausgegangen werden, die einerseits die Aufwertung und andererseits die Neutralisierung Deutschlands seitens Polens formulieren, wobei Polen durch Kooperation mit Deutschland innerhalb der EU – entsprechend – seine Stärke zwecks Verwirklichung eigener Interessen auf der EU-Bühne ausnutzen bzw. seine Politik beeinflussen und somit gewissermaßen kontrollieren kann.

Analog zu der ukrainepolitischen groben Prioritätssetzung sehen die unten anzuführenden Theorien die Aufwertung der polnischen Position gegenüber Deutschland als die oberste grobe westpolitische Prioritätsstellung, welche auch Verfolgung weiterer einzelnen deutschlandpolitischen Ziele effektiver machen würde. Dazu kommt jedoch auch das Ziel, durch die Aufwertung der politischen Position zu Berlin die Position innerhalb der EU als Ganzes erhöhen zu lassen. Genauso in diesen Sinnvorstellungen möchte ich einen sozusagen „strategischen“ Charakter der Polens Beziehungen zu Deutschland im Zuge der EU-Integration in der folgenden Analyse sehen.

Diese so formulierte Theoriegrundlage und Prioritätssetzung sollte sich am realpolitischen Beispiel der Ostpolitik im Kontext der gemeinsamen EU-Integration Polens und Deutschlands erklären lassen, wobei der Bereich der Ostpolitik im Hinblick auf dessen bereits ausführlich präsentierten Kontext schon verständlicher ist und außerdem an die Strategie, in anderen Worten an besondere Relevanz der gegenwärtigen außenpolitischen Positionierung Polens stark anknüpft.

Diese Forschung sollte von Definierung der polnisch-deutschen Kooperations- und Konfliktpotentiale in diesen Politikentwicklungen ausgehen, die eine Ausgangssituation für

weitere Analyse zu bilden haben. In diesem Zusammenhang ist es auf eine entscheidende Ausdifferenzierung zwischen zwei Adressatengruppen zu verweisen, nämlich den neu unabhängigen postsowjetischen Republiken (weiter einfach als postsowjetische Republiken genannt) mit der Ukraine an deren Spitze einerseits und Russland andererseits.

Dies wird wiederum von der Analyse der Staatsregierungspolitiken gefolgt werden, deren Grundkonzepte sich in den Kontext der analogen Forschung im ersten Teil von meiner Diplomarbeit einsetzen lassen und die im Hinblick auf die ostpolitische Positionierung Polens gegenüber Deutschland darzustellen sind. Soweit die These zur grösseren Effizienz der EU- und hier insbesondere deutschlandfreundlicheren Politiken wieder nachzuweisen ist, ist es auch die Erklärungskraft der beiden deutschlandpolitischen Theorieansätze selbst wie folgt zu bestätigen.

Der erstere sollte durch Analyse der Zusammenarbeit im Rahmen der Östlichen Partnerschaft verdeutlicht werden, wobei es sowohl auf die Verstärkung der polnischen politischen Durchsetzungskraft auf der europäischen Bühne als auch auf Ausbalancierung der deutschen mit der Polens Ostpolitik nicht übereinstimmenden russlandpolitischen Ansätzen zu verweisen ist.

Der zweite Theorieansatz sollte wiederum durch Auseinandersetzung mit diesen gegeneinander zu stellenden Russlandpolitiken Polens und Deutschlands selbst bekräftigt werden, wobei es wiederum das Konzept einer durch bilateralen Zusammenarbeit zu erreichenden Kontrolle und gewisser Neutralisierung der deutschen Vision seitens Polens aufzuzeigen ist. Dazu kommt jedoch auch das Konzept des polnisch-deutschen EU-ostpolitischen Tandems, die sowohl die beiden ostpolitischen Aspekte – in Bezug auf die postsowjetischen Staaten und auf Russland – als auch die beiden Theorieansätze – der Aufwertung Polens und Neutralisierung Deutschlands – verflechten lässt.

2. Deutschlandpolitische Theorien:

Die Polens Außenpolitik gegenüber Westnachbarn, auch Deutschland, hat keine so umfassende Theoriegrundlage wie diese gegenüber Osten entwickelt. Dies kann sich, meines Erachtens, darin erklären lassen, dass sich Polen im Zuge seiner tausendjährigen Geschichte an den Osten als einen instabilen und von besonders häufigen Umwälzungen gekennzeichneten

geopolitischen Raum stärker interessierten musste, während sein Westnachbar und die westlichen Grenzen von eher grösserer Stabilität und Kontinuität geprägt waren und, abgesehen von langer Geschichte gegenseitiger Auseinandersetzungen, häufig keine so intensive Politikgestaltung wie diese im Osten erfordert haben. Jedoch ist es dabei zu betonen, dass diese These meine persönliche Überlegung abbildet und in keiner der von mir analysierten Quellen zum Ausdruck kam.

2.1. Pariser „Kultura“ – Wiedervereinigung, Kooperation und Polen vor 1989

In meiner Literaturstudie gehen die Polens deutschlandpolitischen Konzepte auf die politischen Theorien zurück, die von den Intellektuellen der bereits analysierten Pariser „Kultura“ nach dem Zweiten Weltkrieg ausgearbeitet wurden. Marek Kornat beruft sich dabei auf das 1955 von Juliusz Mieroszewski geschriebene Artikel „Europa zneutralizowana?“ (Deutsch: „Europa neutralisiert?“²⁰³). Hier hat sich der Autor für die Wiedervereinigung Deutschlands ausgesprochen, welche von der Neutralisierung dieses Staates und somit der Region determiniert werde. Dabei verwies Mieroszewski in seinen Briefen an den Schriftsteller Andrzej Bobkowski 1956, dass die Neutralisierung und Demilitarisierung Deutschlands seitens der USA und analoge Schritte in Mittel- und Osteuropa (hier werden die Satellitenstaaten der Sowjetunion gemeint) seitens der UdSSR ein Gleichgewicht der Macht zwischen den beiden Systemen aufrechterhalten, aber gleichzeitig ein „no man’s land“ dazwischen schaffen lassen würden.²⁰⁴

Basil Kerski analysiert wiederum ähnliche Sichtweise von Jerzy Giedroyc wie folgt: *„Für Giedroyc bedeutete die Teilung Deutschlands die Konservierung der Spaltung des Kontinents und somit auch der Präsenz der Sowjetunion in Mitteleuropa. In einem vereinigten demokratischen Deutschland erkannte er die Chance, die militärische Präsenz der Sowjetunion in Mitteleuropa zu beseitigen und somit eine wichtige Bedingung für die Souveränität Polens zu schaffen.“*²⁰⁵

²⁰³ eigene Übersetzung aus dem Polnischen

²⁰⁴ Kornat, Marek. Realizm środków, idealizm wizji. O geopolitycznej wizji Jerzego Giedroycia i Juliusza Mieroszewskiego. In: Kloczkowski, Jan (Hrsg.) et al. (2009). *Przekłete miejsce Europy? Dylematy polskiej geopolityki*. Ośrodek Myśli Politycznej. Wyższa Szkoła Europejska im. ks. J. Tischnera, Kraków, S.229-231

²⁰⁵ Kerski, Basil. Die polnisch-ukrainischen Beziehungen am Beginn des 21. Jahrhunderts. In: Makarska, Renata; Kerski, Basil (Hrsg.) (2004). *Die Ukraine, Polen und Europa. Europäische Identität an der neuen EU-Ostgrenze*.

Hier spiele die Vereinigung Deutschlands eine Schlüsselrolle in der Westannäherung Polens. Weder Neutralisierung, also auch Befreiung Europas von den russischen und amerikanischen Einflüssen, noch Vereinigung des Alten Kontinents, oder zumindest Verschiebung des „Eiserner Vorhangs“ in Richtung Osten, sei ohne vereinigtes Deutschland möglich.²⁰⁶ In diesem Sinne hat sich die „Kultura“ von dem kommunistischen und nationalistischen Mythos abgegrenzt, dass, so Kerski, die Teilung Deutschlands die Souveränität Polens langfristig sichern würde.²⁰⁷

Des Weiteren verwies Mioszowski auf Notwendigkeit einer Kooperation Polens sowohl mit Russland als auch Deutschland zwecks Wiedererlangung der polnischen Unabhängigkeit, wobei er davon ausging, dass weitere politischen Umwälzungen, welche Polen eine Freiheit mit sich bringen könnten, weder durch einen Weltkrieg (wegen der Atomwaffenexistenz), wie es bei den Unabhängigkeitsbestrebungen vor 1918 der Fall war, noch durch einen individuellen Kampf zu erreichen seien. Außerdem hätte Deutschland, so Mioszowski, eine wichtige Rolle in der effizienten Gestaltung der Polens Außenpolitik zu spielen.²⁰⁸

2.2. Deutschlandpolitik und die EU

Darüber hinaus ist der rahmentheoretische Bezug auf Deutschland in den Kontext der EU-Integration selbst zu stellen. Hier sollten zwei wesentliche Aspekte berührt werden, die nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit 1989 zum Ausdruck kamen.

Erstens ist es dabei davon auszugehen, dass der Polens Westnachbar nach seiner Wiedervereinigung an eine EU-Osterweiterung zwecks politischer und wirtschaftlicher

Veröffentlichungen der Deutsch-Polnischen Gesellschaft. Bundesverband e.V. Band 3. Fibre Verlag, Osnabrück, S. 57

²⁰⁶ Kornat, Marek. Realizm środków, idealizm wizji. O geopolitycznej wizji Jerzego Giedroycia i Juliusza Mioszowskiego. In: Kloczkowski, Jan (Hrsg.) et al. (2009). *Przekłete miejsce Europy? Dylematy polskiej geopolityki*. Ośrodek Myśli Politycznej. Wyższa Szkoła Europejska im. ks. J. Tischnera, Kraków, S.229-231

²⁰⁷ Kerski, Basil. Die polnisch-ukrainischen Beziehungen am Beginn des 21. Jahrhunderts. In: Makarska, Renata; Kerski, Basil (Hrsg.) (2004). *Die Ukraine, Polen und Europa. Europäische Identität an der neuen EU-Ostgrenze*. Veröffentlichungen der Deutsch-Polnischen Gesellschaft. Bundesverband e.V. Band 3. Fibre Verlag, Osnabrück, S. 57

²⁰⁸ Kornat, Marek. Realizm środków, idealizm wizji. O geopolitycznej wizji Jerzego Giedroycia i Juliusza Mioszowskiego. In: Kloczkowski, Jan (Hrsg.) et al. (2009). *Przekłete miejsce Europy? Dylematy polskiej geopolityki*. Ośrodek Myśli Politycznej. Wyższa Szkoła Europejska im. ks. J. Tischnera, Kraków, S.229-233-235

Stabilisierung seiner geopolitischen Nähe interessiert war, wobei er Polen auf seinem Weg zur EU unterstützte. Thomas Lämmer beruft sich hier auf die Analyse von Prof. Piotr Albiński und schreibt folgendes: *„Die Unterstützung Deutschlands für die Aufnahme Polens in die EU ergibt sich zu wesentlichen Teilen aus dem Interesse an Stabilität in den nächsten Nachbarstaaten und einer Verlagerung der Instabilitätszone um 700 Km in Richtung Osten an die polnische Ostgrenze.“*²⁰⁹ Hier war das wirtschaftliche Interesse der exportabhängigen Bundesrepublik, so Lämmer, vorrangig. Außerdem ist das politische Interesse in dem Ziel zu erklären, eine nach dem Zweiten Weltkrieg verfolgte Europaorientierung Deutschlands fortzusetzen, wobei es im Zuge der EU-Osterweiterung einen Rückfall in eine offene nationalstaatliche Interessenpolitik und eine daraus resultierende politische Isolierung vermieden werden sollte. Lämmer beruft sich dabei auf die Adenauersche Logik der deutschen Europapolitik, durch „Machtverzicht zu Machtgewinn“ zu gelangen.²¹⁰

Es ist also dem polnischen Westnachbarn, trotz seines anfänglichen Zögerns²¹¹, eine Rolle des „Anwalts“ Polens im Zuge der EU-Beitrittsverhandlungen zuzuschreiben, was u.a. Gerhard Schröder oder Joschka Fischer damals artikuliert haben²¹² und wie es zur Zeit in der oben beschriebenen polnischen politischen EU-Anwaltschaft der Ukraine der Fall ist. Lämmer beruft sich dabei auf Bachmann, der über ein deutsches Trittbrett für die polnische EU-Integration

²⁰⁹ Lämmer, Thomas. Die deutsch-polnischen Beziehungen nach 1990. Deutsche Polenpolitik im Spannungsfeld von Vergangenheit, Eigeninteresse und Europäischer Union. In: Hofmann, Dirk; Lämmer, Thomas (2002). Integration als Aufgabe – Polen, Tschechien und Deutschland vor der Osterweiterung der Europäischen Union. Göttingen, abrufbar unter: <http://www.gfps.org/materialien/schriften/schriftenreihe/band-1/kapitel2.pdf>, letzter Zugriff: 20.12.2011, S.49

²¹⁰ Lämmer, Thomas. Die deutsch-polnischen Beziehungen nach 1990. Deutsche Polenpolitik im Spannungsfeld von Vergangenheit, Eigeninteresse und Europäischer Union. In: Hofmann, Dirk; Lämmer, Thomas (2002). Integration als Aufgabe – Polen, Tschechien und Deutschland vor der Osterweiterung der Europäischen Union. Göttingen, abrufbar unter: <http://www.gfps.org/materialien/schriften/schriftenreihe/band-1/kapitel2.pdf>, letzter Zugriff: 20.12.2011, S.49-50

²¹¹ Lämmer, Thomas. Die deutsch-polnischen Beziehungen nach 1990. Deutsche Polenpolitik im Spannungsfeld von Vergangenheit, Eigeninteresse und Europäischer Union. In: Hofmann, Dirk; Lämmer, Thomas (2002). Integration als Aufgabe – Polen, Tschechien und Deutschland vor der Osterweiterung der Europäischen Union. Göttingen, abrufbar unter: <http://www.gfps.org/materialien/schriften/schriftenreihe/band-1/kapitel2.pdf>, letzter Zugriff: 20.12.2011, S.51

²¹² Schröder will in Nizza Anwalt der Beitrittskandidaten sein. In: Financial Times Deutschland, 6.12.2000, abrufbar unter: <http://www.ftd.de/politik/europa/schroeder-will-in-nizza-anwalt-der-beitrittskandidaten-sein/1062235.html>, letzter Zugriff: 20.12.2011;

Erler, Gernot. Deutschland und Polen: im Schlusspurt vor der Osterweiterung der EU. In: Die Neue Gesellschaft. Frankfurter Hefte 10/2000, abrufbar unter: <http://www.gernot-erler.de/cms/upload/Texte/Polen.pdf>, letzter Zugriff: 20.12.2011

schrieb.²¹³ Polen wollte hier die deutsche Hilfe mit dem Ziel ausnutzen, sich in die EU möglichst schnell und effektiv integrieren zu können.

Dies lässt sich darüber hinaus mit dem Ansatz verbinden, dass die Unterstützung Deutschlands bei den EU-Integrationsprozessen Polens nicht nur die Eingliederung in die EU selbst, aber auch die Verstärkung der polnischen Position innerhalb der EU-Strukturen und – Politiken nach dem Beitritt bewirken kann. Hier ist es das Ziel zu verfolgen, einen Einfluss auf den grössten EU-Staat auszuüben, um mit der deutschen Unterstützung die EU-Politiken selbst stärker beeinflussen zu können.

Darauf sollte es primär auf die Rolle Deutschlands in der Gestaltung der in der polnischen Außenpolitik strategischen Ostpolitik verwiesen werden. Lämmer erinnert an das polnische Priorität, Osteuropa zu stabilisieren, wobei die Zusammenarbeit Polens mit seinem ähnliche Prioritäten formulierenden Westnachbarn die Effektivität der polnischen Politik gegenüber Osten steigen lassen würde, indem diese gemeinsam im Rahmen einer Interessengemeinschaft auf die EU-Ebene verschoben werde. *„In diesem Feld [Westannäherung der Ukraine] bedarf es (...) einer deutschen Europapolitik, die im eigenen Stabilitätsinteresse den Wünschen und Bedürfnissen Polens Rechnung trägt. Eine solche Politik dürfte nach einem polnischen EU-Beitritt auch möglich sein, indem beide Staaten (...) die Interessenvertretung der EU in Richtung Osten übernehmen und dabei ihren eigenen jeweiligen Interessen durch die gemeinsame Entwicklung von Handlungsstrategien und ihre Umsetzung im EU-Rahmen Rechnung tragen.“*²¹⁴

In diesem Kontext sollte eine Erklärungskraft der Theorie von der Pariser „Kultura“ trotz gänzlich unterschiedlicher Umstände in diesem Sinne fortbestehen, dass die Kooperation mit Deutschland die polnische Souveränität nicht mehr wiedererlangen lassen müsste, sondern die

²¹³ Lämmer, Thomas. Die deutsch-polnischen Beziehungen nach 1990. Deutsche Polenpolitik im Spannungsfeld von Vergangenheit, Eigeninteresse und Europäischer Union. In: Hofmann, Dirk; Lämmer, Thomas (2002). Integration als Aufgabe – Polen, Tschechien und Deutschland vor der Osterweiterung der Europäischen Union. Göttingen, abrufbar unter: <http://www.gfps.org/materialien/schriften/schriftenreihe/band-1/kapitel2.pdf>, letzter Zugriff: 20.12.2011, S.51

²¹⁴ Lämmer, Thomas. Die deutsch-polnischen Beziehungen nach 1990. Deutsche Polenpolitik im Spannungsfeld von Vergangenheit, Eigeninteresse und Europäischer Union. In: Hofmann, Dirk; Lämmer, Thomas (2002). Integration als Aufgabe – Polen, Tschechien und Deutschland vor der Osterweiterung der Europäischen Union. Göttingen, abrufbar unter: <http://www.gfps.org/materialien/schriften/schriftenreihe/band-1/kapitel2.pdf>, letzter Zugriff: 20.12.2011, S.57

Durchsetzungskraft der Polens Außenpolitiken, in diesem Fall der Ost- und insbesondere der Ukrainepolitik erheben lassen sollte.

Zweitens verweisen die Polens deutschlandpolitischen Theorien auf einen anderen und zwar strategischen Charakter der polnisch-deutschen Beziehungen im Rahmen der EU. Thomas Lämmer beruft sich dabei auf den ehemaligen Außenminister Polens Bronisław Geremek, nach dem die EU einen angemessenen Rahmen für die polnischen Beziehungen zu Deutschland anbietet, „...um durch die Zusammenarbeit mit dem wirtschaftlich und demographisch mächtigen Nachbarn möglichen deutschen Hegemoniebestrebungen begegnen zu können.“²¹⁵ In diesem Sinne lässt sich diese Theorie mit dem sicherheitspolitischen Ansatz „Kontrolle durch Kooperation“ verbinden, der im Zuge des Polens NATO-Beitritts entwickelt wurde und die Gewährleistung der militärischen Sicherheit Polens vor Deutschland durch Zugehörigkeit zum gleichen Militärbündnis formuliert.

Im Falle der gemeinsamen EU-Mitgliedschaft ist es diesbezüglich das Ziel anzustreben, „...durch politische Kooperation in einer supranationalen Organisation Einfluß auf die deutsche Politik nehmen und diese dadurch zumindest in begrenztem Maße kontrollieren zu können.“²¹⁶ Es lässt sich daraus schlussfolgern, dass die gemeinsame EU-Mitgliedschaft eine gewisse Neutralisierung Deutschlands mit sich bringen sollte, indem die mit den polnischen außenpolitischen Prinzipien nicht übereinstimmenden deutschen Politikansätze durch Kooperation von Polen beeinflusst werden können.

In diesem Zusammenhang ist es auf die strategische, nicht nur sicherheitspolitische aber auch rein politische Bedeutung der Polens Mitgliedschaft in euroatlantischen Strukturen

²¹⁵ Lämmer, Thomas. Die deutsch-polnischen Beziehungen nach 1990. Deutsche Polenpolitik im Spannungsfeld von Vergangenheit, Eigeninteresse und Europäischer Union. In: Hofmann, Dirk; Lämmer, Thomas (2002). Integration als Aufgabe – Polen, Tschechien und Deutschland vor der Osterweiterung der Europäischen Union. Göttingen, abrufbar unter: <http://www.gfps.org/materialien/schriften/schriftenreihe/band-1/kapitel2.pdf>, letzter Zugriff: 20.12.2011, S.50

²¹⁶ Lämmer, Thomas. Die deutsch-polnischen Beziehungen nach 1990. Deutsche Polenpolitik im Spannungsfeld von Vergangenheit, Eigeninteresse und Europäischer Union. In: Hofmann, Dirk; Lämmer, Thomas (2002). Integration als Aufgabe – Polen, Tschechien und Deutschland vor der Osterweiterung der Europäischen Union. Göttingen, abrufbar unter: <http://www.gfps.org/materialien/schriften/schriftenreihe/band-1/kapitel2.pdf>, letzter Zugriff: 20.12.2011, S.50

hinzudeuten, die dem zentralen polnischen politischen Anliegen „Mit Polen über Polen, nicht ohne Polen über Polen reden“ Rechnung tragen soll.²¹⁷

3. Ausgangssituation – ostpolitische Kooperations- und Konfliktpotentiale

Wie bereits betont, sollte es in der folgenden Forschung von der Analyse der Ausgangssituation und deren wichtigsten Kooperations- und Konfliktpotentiale zwischen Polen und Deutschland ausgegangen werden. Kai-Olaf Lang suggeriert in seinem Beitrag „Polen, Deutschland und die EU-Ostpolitik: Spannungsfelder und Kooperationspotentiale“, dass die Analyse der ostpolitischen Interessenunterschiede und –parallelitäten zwischen den beiden Staaten auf vier zentrale Forschungsbereiche stützen soll, wobei diese eine Antwort auf die Frage zu liefern haben, inwieweit Warschau und Berlin im Rahmen der EU kooperieren und somit zu einem Schwungrad für die EU-Ostpolitik werden können.

Die zwei ersten Punkte beziehen sich dabei auf die Darstellung der Polens spezifischen ostpolitischen Interessenlage sowie die Analyse der „Europäisierung“ der polnischen Ostpolitik, womit ich mich schon in den vorigen Kapiteln von meiner Diplomarbeit auseinandersetze. Es sollten vielmehr die zwei weiteren von Lang formulierten Punkte in diesem Kontext geforscht werden, wobei es erstens ein Vergleich der polnisch-deutschen Interessenkonfiguration und zweitens eine Bilanz der ostpolitischen Kooperation zwischen Warschau und Berlin im Rahmen der EU betroffen wird.²¹⁸ In folgendem Kapitel ist die Interessenkonfiguration zu berühren.

3.1. Interessengemeinschaft

Zuerst möchte ich mich mit den Übereinstimmungen zwischen Warschau und Berlin in den ostpolitischen Fragen befassen, um damit der Frage nachzugehen, welche gemeinsamen Ziele

²¹⁷ Lämmer, Thomas. Die deutsch-polnischen Beziehungen nach 1990. Deutsche Polenpolitik im Spannungsfeld von Vergangenheit, Eigeninteresse und Europäischer Union. In: Hofmann, Dirk; Lämmer, Thomas (2002). Integration als Aufgabe – Polen, Tschechien und Deutschland vor der Osterweiterung der Europäischen Union. Göttingen, abrufbar unter: <http://www.gfps.org/materialien/schriften/schriftenreihe/band-1/kapitel2.pdf>, letzter Zugriff: 20.12.2011, S.51

²¹⁸ Lang, Kai-Olaf. Polen, Deutschland und die EU-Ostpolitik: Spannungsfelder und Kooperationspotentiale. In: Jäger, Thomas; Dylla, Daria W. (2008). Deutschland und Polen. Die europäische und internationale Politik. VS Verlag für Sozialwissenschaften, 1. Auflage, Wiesbaden, S.123

Polen und Deutschland in deren Ostpolitiken verfolgen und inwieweit sie ein ostpolitisches Kooperationspotential im Rahmen der EU gestalten können.

3.1.1. Stabilisierung

Es ist dabei von der in meiner Diplomarbeit bereits dargestellten strategischen Prioritätssetzung Polens bezüglich des postsowjetischen Raums auszugehen, wobei diese im Einklang zu den deutschen Interessen im Allgemeinen steht. Dies bezieht sich auf Förderung der Stabilisierungsprozesse sowohl in den neuen unabhängigen Republiken, v.a. der Ukraine, als auch in Russland, dessen Stabilität für die polnische in den ostpolitischen Theorien gefestigte Außenpolitik auch von Priorität ist. Kai-Olaf Lang schrieb dabei folgendes: *„Deutschland und Polen sind an der Stabilisierung, Modernisierung und Homogenisierung der östlichen Partner der EU interessiert. Beide wollen das außen- und sicherheitspolitische sowie wirtschaftliche Kooperationspotential mit Russland, der Ukraine und anderen osteuropäischen Staaten nutzen.“*²¹⁹

Dieses gemeinsame Interesse haben auch die Wissenschaftler Stefan Meister, Almut Möller und Jarosław Ćwiek-Karpowicz während ihrem Vortrag zum Thema der gemeinsamen Ostpolitik in der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik bestätigt. *„Deutschland und Polen verfolgen in der Ostpolitik die gleichen Ziele – Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Annäherung der östlichen Nachbarn an Europa...“*²²⁰

Des Weiteren verweist Cornelius Ochmann auf die gemeinsamen grundsätzlichen Prinzipien, auf welchen sowohl Polen als auch Deutschland die neue EU-Ostpolitik aufbauen wollen, wobei deren gemeinsame Gestaltung zu einer effizienteren Verfolgung der gemeinsamen Interessen beitragen würde. *„Ziel der neuen EU-Ostpolitik ist eine friedliche, stabile, rechtsstaatliche und demokratische Entwicklung des postsowjetischen Raumes (...).“*

²¹⁹ Lang, Kai-Olaf. Polen, Deutschland und die EU-Ostpolitik: Spannungsfelder und Kooperationspotentiale. In: Jäger, Thomas; Dylla, Daria W. (2008). Deutschland und Polen. Die europäische und internationale Politik. VS Verlag für Sozialwissenschaften, 1. Auflage, Wiesbaden, S.129

²²⁰ Meister, Stefan; Möller, Almut; Ćwiek-Karpowicz, Jarosław. Deutsche und polnische Ostpolitik: Gemeinsame Ziele. Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V., 1.09.2011, abrufbar unter: <https://dgap.org/de/node/18212>, letzter Zugriff: 4.01.2012

Polen und Deutschland haben hier gemeinsame Interessen und müssen zusammenarbeiten, wenn diese Politik erfolgreicher sein soll. ²²¹

3.1.2. Gemeinsame Argumentation

Die beiden Staaten argumentieren ihr Interesse an diese allgemein zu interpretierende ostpolitische Stabilisierung in den im Zuge dieser Stabilisierung zu erzielenden und auf die einzelnen Politikbereichen bezogenen Gewinnen. In anderen Worten wollen sie das oben zitierte zu vertiefende Kooperationspotential mit den osteuropäischen Staaten nutzen, das sich auf unterschiedlichere Politikfelder bezieht. Hierbei ist es auf zwei relevanteste Bereiche zu verweisen.

Erstens sind Polen und Deutschland an die politische Sicherheit in Osteuropa interessiert und sie verfolgen dabei das Ziel der *„...Inklusion aller östlicher Partner der EU in Prozesse der außen- und sicherheitspolitischen Konfliktregulierung an der Peripherie Europas und auf globaler Ebene.* ²²² Diese Interessengemeinschaft ist zweifellos ein Verbindungsfaktor, selbst wenn Warschau und Berlin ihren Bedarf an die sicherheitspolitische Stabilisierung in verschiedenen Gründen argumentieren und dabei die Bedrohungspotentiale andersartig definieren (Polen sieht in einer eventuellen Wiederbelebung des russischen Imperiums sein Bedrohungspotential, während sich Deutschland auf innere wirtschaftlichen oder politischen Krisen in der Osteuroparegion konzentriert).

Zweitens verweist Lang auf die Relevanz von Verstärkung der bilateralen Beziehungen zwischen Warschau bzw. Berlin und jeweiligem Partnerstaat im Osten, wobei es mehrere Politikfelder in Frage kommen. Die oben dargestellten polnischen Einzelinteressen, die im Zuge der politischen Stabilisierung Osteuropas durchzusetzen seien, beziehen sich sowohl auf die Intensivierung der kulturellen und historischbezogenen Kontakte als auch die Entwicklung

²²¹ Ochmann, Cornelius. Die polnisch-russischen Beziehungen im Kontext der neuen Ostpolitik der Europäischen Union. In: Polen-Analysen, Nr. 05/07, 16.01.2007. Deutsches Polen-Institut, Forschungsstelle Osteuropa, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., abrufbar unter: <http://www.laenderanalysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen05.pdf>, letzter Zugriff: 4.01.2012, S.6

²²² Lang, Kai-Olaf. Polen, Deutschland und die EU-Ostpolitik: Spannungsfelder und Kooperationspotentiale. In: Jäger, Thomas; Dylla, Daria W. (2008). Deutschland und Polen. Die europäische und internationale Politik. VS Verlag für Sozialwissenschaften, 1. Auflage, Wiesbaden, S.129-130

der handelsbezogenen Zusammenarbeit und Vergrößerung der makroökonomischen Gewinne oder die Lösung der Energiesicherheits- und Migrationsprobleme, während von der deutschen Seite ähnliche wirtschafts-, energiesicherheits- und sozialpolitische Aspekte hinsichtlich der betroffenen Region zum Ausdruck kommen. Unten sollte ich mich v.a. auf die deutsche Perspektive beziehen, um deren Ähnlichkeiten zu der bereits dargestellten polnischen Sichtweise aufzuweisen.

Auf den erstgenannten, wirtschaftlichen Aspekt verweist Ochmann in seiner Auseinandersetzung mit den Ostpolitiken Warschaus und Berlins wie folgt: *„Bei der Analyse der gemeinsamen Interessen im Osten Europas dürfen die klaren Interessen der deutschen Wirtschaft, die vom Ostausschuss der Deutschen Wirtschaft deutlich vertreten werden, nicht außen Acht gelassen werden.“*²²³ Während Ochmann v.a. Russland als einen der wichtigsten Absatzmärkte der deutschen Industrie berücksichtigt, betont Sławomir Dębski in der polnischen Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“, dass Deutschland auch zur zweiten Quelle der ausländischen Direktinvestitionen in der Ukraine wird.²²⁴ In diesem Zusammenhang determiniert hier der wirtschaftliche Faktor das deutsche Interesse an die Stabilisierung Osteuropas, wobei Polen seine Wirtschaftsbeziehungen, v.a. zu der Ukraine, als ein ähnliches Ziel erzielen will.

In Bezug auf den zweit- und drittgenannten Aspekt, nämlich die Energiesicherheits- und Sozialpolitiken, spricht Lang wiederum *„...das Streben nach Diversifizierung und Stabilisierung von Lieferbeziehungen und Transitrouten im Energiebereich...“*²²⁵ sowie *„...Anliegen der Risikoreduktion im Bereich innere Sicherheit und Migration...“*²²⁶ als die deutschen Interesse an, die auch den polnischen Prinzipien zugleich stehen.

²²³ Ochmann, Cornelius. Östliche Partnerschaft – Perspektiven einer europäischen Ostpolitik. In: Polen-Analysen, Nr.72/10, 15.06.2010. Deutsches Polen-Institut, Forschungsstelle Osteuropa, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., abrufbar unter: <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen72.pdf>, letzter Zugriff: 4.01.2012, S.4

²²⁴ Dębski, Sławomir. Polska-Niemcy. Razem na Wschód. In: Gazeta Wyborcza, 6.08.2008, abrufbar unter: http://wyborcza.pl/1,75515,5559833,Polska___Niemcy__Razem_na_Wschod.html?as=1&startsz=x, letzter Zugriff: 15.01.2012

²²⁵ Lang, Kai-Olaf. Polen, Deutschland und die EU-Ostpolitik: Spannungsfelder und Kooperationspotentiale. In: Jäger, Thomas; Dylla, Daria W. (2008). Deutschland und Polen. Die europäische und internationale Politik. VS Verlag für Sozialwissenschaften, 1. Auflage, Wiesbaden, S.128

²²⁶ Lang, Kai-Olaf. Polen, Deutschland und die EU-Ostpolitik: Spannungsfelder und Kooperationspotentiale. In: Jäger, Thomas; Dylla, Daria W. (2008). Deutschland und Polen. Die europäische und internationale Politik. VS Verlag für Sozialwissenschaften, 1. Auflage, Wiesbaden, S.128

Es lässt sich also von dieser Analyse und der analogen Forschung im ersten Teil von meiner Diplomarbeit schlussfolgern, dass die grobe Priorität der Stabilisierung Osteuropas in ähnlich gelagerten Interessen Polens und Deutschlands sowohl an sicherheitspolitische Faktoren als auch an konkrete bilateralen und von der dauerhaften Stabilität abhängigen Entwicklungen, v.a. die Wirtschaftskontakte, aber auch die energiesicherheits- und sozialpolitischen Faktoren, zu begründen ist.

3.2. Konfliktpotential:

Andererseits stellen aber die oben präsentierten gemeinsamen Interessen eher allgemeine Aspekte bzw. Ansichte über die ostpolitischen Fragen dar. Soweit die Stabilisierung Osteuropas für die beiden Staaten relevant bleibt, tauchen manche strategischen Interessenwidersprüche in Bezug auf deren Umsetzung oder geopolitischen Wirkungsbereich auf. Es ist hier wichtig der Frage nachzugehen, womit sich die deutsch-polnischen ostpolitischen Konfliktpotentiale auszeichnen und inwieweit sie eine gemeinsame Ostpolitikgestaltung beeinträchtigen können.

3.2.1. Theoretische Grundlagen:

Die Differenzen gehen primär auf eine spezifische rahmentheoretische Basis der Polens Ostpolitik zurück, die die bestimmte auf geopolitische Sicherheitsinteressen bezogene Anschauung Warschaus an seine Ostnachbarn, v.a. aber die Ukraine, entwickeln ließ. Dies ist, wie es schon oben ausführlicher analysiert wurde, in der polnischen Wahrnehmung der neuen osteuropäischen Republiken als einer zu stabilisierenden geostrategischen Pufferzone gegenüber Russland und seiner eventuellen neoimperialistischen Tendenzen zu begründen, während für Deutschland, so Lang, keine so starke geopolitische Orientierung und keine solche Schicksalsfrage entwickelt wurde.²²⁷

Aus diesem Grund ist es eine unterschiedliche Rangfolge zwischen den polnischen und den deutschen ostpolitischen Beziehungen im Rahmen deren Außenpolitiken festzustellen. Die

²²⁷ Lang, Kai-Olaf. Polen, Deutschland und die EU-Ostpolitik: Spannungsfelder und Kooperationspotentiale. In: Jäger, Thomas; Dylla, Daria W. (2008). Deutschland und Polen. Die europäische und internationale Politik. VS Verlag für Sozialwissenschaften, 1. Auflage, Wiesbaden, S.128

Analyse im ersten Teil von meiner Arbeit hat darauf eindeutig hingedeutet, dass die Ostpolitik Polens absolut den höchsten Rang in seinen im Rahmen der EU geführten Außenbeziehungen hat. Hier ist es wichtig, dies mit dem deutschen Standpunkt zu vergleichen. Lang betont nämlich, dass soweit die Beziehungen zu Osteuropa zwar für die beiden Staaten einen hohen Stellenwert haben, sind sie in Polen grundsätzlich und bleiben deswegen viel wichtiger für Warschau als für Berlin. Dies lässt sich am Beispiel der Ukraine besonders deutlich bemerken, wobei sich Lang auf den polnisch-britischen Ukraineexperten Roman Wolczuk beruft und folgende Auffassung formuliert: „Diese [Ukraine] ist für Polen eine Mission, für Deutschland ist sie ein Problem oder eine Herausforderung.“²²⁸

Soweit die Stellenwerte der polnischen und der deutschen Ostpolitik in jeweiligen außenpolitischen Rahmen Warschaus und Berlins sehr unterschiedlich bleiben, ist es auch eine unterschiedliche Rangfolge der einzelnen im ostpolitischen Rahmen selbst umfassten politischen Beziehungen stark zu betonen. Davon ausgehend sollten es zwei wesentlichste Aspekte analysiert werden, die die unterschiedliche Wahrnehmung zweier grössten osteuropäischen Partner, nämlich, angefangen von dem kleineren, der Ukraine und Russlands, inbegriffen.

3.2.2. Ukrainepolitik und deren russischer Kontext

Zum einen möchte ich von der Analyse der ukrainepolitischen Ansätze in Polen und Deutschland ausgehen. Es ist hier einerseits zu zeigen, dass die Ukrainepolitik selbst einen verschiedenen Stellenwert in Warschau und Berlin aufweist, wobei diese, was in meiner bisherigen Forschung eindeutig zu bemerken ist, für Polen eine vorrangige Position übernimmt. Andererseits kann es dabei nicht unbeachtet bleiben, dass sowohl die polnischen als auch die deutschen Beziehungen zu Kiew mit dem zweiten zu analysierenden ostpolitischen Entwicklungskonzept, nämlich den Russlandpolitiken, miteinander so stark verflochten sind, dass sie nicht getrennt behandelt werden können. Vielmehr möchte ich nachweisen, dass die Ukrainepolitik sowohl im Falle Polens als auch Deutschlands von dem russlandpolitischen

²²⁸ Lang, Kai-Olaf. Polen, Deutschland und die EU-Ostpolitik: Spannungsfelder und Kooperationspotentiale. In: Jäger, Thomas; Dylla, Daria W. (2008). Deutschland und Polen. Die europäische und internationale Politik. VS Verlag für Sozialwissenschaften, 1. Auflage, Wiesbaden, S.130

Ansatz weitgehend abhängt. Davon ausgehend ist es die wichtigste These hierbei zu stellen, dass die verschiedenen Ukrainepolitiken Warschaus und Berlins von der unterschiedlichen Russlandwahrnehmung zu einem bedeutsamen Ausmaß resultieren.

Erstens ist hier die polnische Politik der „Mission“ anzusprechen, die für eine möglichst intensive EU-Annäherung der an die Mitgliedschaftsoption interessierten Osteuropastaaten, v.a. der Ukraine, in einer mehr oder weniger absehbaren Zeit plädiert. Dębski betont dabei, dass Polen die politische Stabilisierung durch die Europäisierung der osteuropäischen Partner zwecks Errichtung einer gesamteuropäischen Sicherheit und Wohlstands forciert, wobei Warschau einen „optimistischen Determinismus“ mit sich präsentiert.

Dies ist wiederum dem deutschen realpolitischen Konzept gegenüber zu stellen, das sich wiederum an die gegenwärtigen klaren Wirtschaftsinteressen Berlins orientiert. Deutschlands ökonomische Zielsetzung im Osten ist nämlich von Priorität seiner „Realpolitik“, wobei die Ukraine im Schatten des grössten Wirtschaftspartners in Osteuropa, Russlands, bleibt.²²⁹

Von einem gegenseitigen Vergleich der beiden ostpolitischen Konzepte hinsichtlich der Ukraine können es kurze und ausschlaggebende Argumente für den oben skizzierten Sachverhalt gezogen werden. Polen plädiert nämlich sowohl im Interesse seiner eigenen ostpolitischen Sicherheit, was sich nochmal auf die ostpolitischen Theorien und v.a. deren russisches Bedrohungspotential bezieht, als auch zwecks der moralbezogenen Unterstützung der Staaten, die nur in den Europäisierungsprozessen einen Modernisierungsschub aufweisen könnten, was wiederum auf eine Erfahrungsgemeinschaft zurückzuführen ist. Außerdem sieht Warschau, so Dębski, keine grossen wirtschaftsbezogenen Verluste, die aufgrund eventueller Irritationen in Moskau als Nebeneffekte der Polens „Missionspolitik“ zum Ausdruck kommen würden. *„Polen, als keine wirtschaftliche Grossmacht, hat viel weniger zu verlieren, deshalb kann es die russischen Unzufriedenheit leichter ignorieren.“*²³⁰

²²⁹ Dębski, Sławomir. Polska-Niemcy. Razem na Wschód. In: Gazeta Wyborcza, 6.08.2008, abrufbar unter: http://wyborcza.pl/1,75515,5559833,Polska___Niemcy__Razem_na_Wschod.html?as=1&startsz=x, letzter Zugriff: 15.01.2012

²³⁰ Dębski, Sławomir. Polska-Niemcy. Razem na Wschód. In: Gazeta Wyborcza, 6.08.2008, abrufbar unter: http://wyborcza.pl/1,75515,5559833,Polska___Niemcy__Razem_na_Wschod.html?as=1&startsz=x, letzter Zugriff: 15.01.2012, eigene Übersetzung aus dem Polnischen

Deutschland ist hingegen als ein Staat zu sehen, der, wie gesagt, in seiner Ostpolitik keine Schicksals- bzw. Missionsfrage sieht. In diesem Zusammenhang geht er von einem Kalkül aus, dass sowohl die EU selbst als auch die Ostnachbarn einer EU-Erweiterung nicht bereit sind, wobei es keine messbaren und in kurzer Zeit absehbaren Gewinne für sein aktives Engagement in die EU-Annäherungsprozesse und, umso mehr, für sein Angebot der Mitgliedschaftsperspektive für die Ukraine zu erzielen, stattdessen konkrete ökonomischen Verluste aufgrund der Verschlechterung der Beziehungen zu Russland zu riskieren sind. *„Berlin ist nicht bereit, seine heutigen potentiellen ökonomischen Vorteile unsicheren Gewinnen in einer sehr entfernten Zukunft unterzuordnen. (...) Es gibt keinen Grund dafür, Russland zu antagonisieren und der Ukraine, Moldawien, oder Georgien Illusionen zu schaffen.“*²³¹ Die Wirtschaftsinteressen mit Russland will Deutschland den politischen Investitionen in der Ukraine, deren Gewinne unrealistisch seien und deren Nebeneffekte die deutsch-russischen Verhältnisse verkomplizieren könnten, nicht widmen.

Nach der Analyse der ukrainepolitischen Ansätze lässt sich die These bestätigen, dass nicht nur die Ostpolitik im Rahmen der Außenpolitikbereichen, aber auch die Ukrainepolitik im Kontext der gesamten Ostnachbarschaftsbeziehungen eine besondere Position für Warschau hat, was einen gewissen Unterschied zu den deutschen Konzepten macht. Darüber hinaus kann es hier der Schluss gezogen werden, dass die unterschiedliche Wahrnehmung der Ukraine von der verschiedenen Einstellung zu Russland weitgehend geprägt ist. Darunter ist es einerseits zu verstehen, dass sich die polnische „Missionspolitik“ an die Aufwertung des ukrainischen Ansatzes zwecks Minimalisierung des russischen Bedrohungspotentials in grossem Ausmaß orientiert, wobei das Risikopotential der ökonomischen Verluste aufgrund der politischen Konfrontation mit Moskau gering bleibt. Andererseits mindert die deutsche „Realpolitik“ die Rolle deren ukrainischen Ansatzes zwecks Sicherung eigener Wirtschaftsinteressen mit Russland, wobei Berlin mit seiner eventuellen Ukraine-Orientierung ökonomisch mehr zu verlieren als politisch zu gewinnen hätte.

²³¹ Dębski, Sławomir. Polska-Niemcy. Razem na Wschód. In: Gazeta Wyborcza, 6.08.2008, abrufbar unter: http://wyborcza.pl/1,75515,5559833,Polska___Niemcy__Razem_na_Wschod.html?as=1&startsz=x, letzter Zugriff: 15.01.2012, eigene Übersetzung aus dem Polnischen

3.2.3. Russlandpolitik

Im Hinblick darauf, dass die Ukrainepolitik eine vorrangige Position in der Polens Ostpolitikgestaltung hat und somit eine Konfliktlinie zu dem deutschen analogen Konzept zieht, als auch unter Rücksicht auf die ukrainepolitische Abhängigkeit von der jeweiligen Russlandorientierung, ist es hier die zweite These zu formulieren, dass der russische Ansatz zum wichtigsten ostpolitischen Konfliktpotential auf der Linie Warschau-Berlin wird.

Um solche „strategischen“ ostpolitischen Interessenwidersprüche zwischen Polen und Deutschland nachweisen zu können, sollten es Differenzen zwischen den russischen Ansätzen der beiden Staaten angenähert werden. Soweit meine Analyse um diese Trennlinien ergänzt wird, kann dies eine dominierende Rolle der voneinander abweichenden Russlandpolitiken in dem polnisch-deutschen ostpolitischen Konfliktpotential bestätigen.

Es ist hier jedoch stark zu betonen, dass die Russlandpolitik selbst zu keinem separaten Forschungsgegenstand von meiner Diplomarbeit wird, sondern nur im Kontext der konkreten von mir analysierten Entwicklungen, in diesem Fall der polnisch-deutschen ostpolitischen Antagonismen hinsichtlich des im Rahmen der EU bestehenden Kooperations- bzw. Konfliktpotentials, ausschließlich darzustellen ist.

Kai-Olaf Lang definiert dabei den polnischen russlandpolitischen Ansatz in einer Kombination von neo-containment und Konditionalität. In Bezug auf den ersten Faktor geht die Politik Polens gegenüber Russland auf die oben bereits an die Erinnerung gebrachten ostpolitischen Theorien und Bestrebungen zurück, den russischen Einfluss durch „Verwestlichung“ der Staaten Osteuropas und Südkaukasus zu limitieren.²³² In diesem Sinne wird die polnische Russlandpolitik durch die vorrangige Rolle der Beziehungen zu den neuunabhängigen Republiken mit der Ukraine an deren Spitze determiniert. Hier ist es auf eine andere Analyse von Lang zu verweisen, die die privilegierte Position der Ukraine in der Polens Russlandpolitik unterstreicht. „*Warschau hat weder eine explizite Rußlandpolitik formuliert*

²³² Lang, Kai-Olaf. Polen, Deutschland und die EU-Ostpolitik: Spannungsfelder und Kooperationspotentiale. In: Jäger, Thomas; Dylla, Daria W. (2008). Deutschland und Polen. Die europäische und internationale Politik. VS Verlag für Sozialwissenschaften, 1. Auflage, Wiesbaden, S.128

noch ähnliche Aktivitäten wie im Falle der Ukraine auf EU-Ebene entwickelt. Polens Rußlandpolitik hieß >>Aufwertung der Ukraine<<.“²³³

Damit will ich natürlich nicht anmerken, dass die Ukraine zu einem einzelnen oder selbst dominierenden Faktor in den polnisch-russischen Beziehungen wird, wobei es eine getrennte Analyse der Russlandpolitik Warschaws nicht weniger umfangreicher als diese der Ukrainepolitik wäre. Es ist aber dabei zu betonen, dass Polen in seiner ostpolitischen Strategie, die im ersten Teil von meiner Arbeit ausführlicher angenähert wurde, mehr Platz der Stabilisierung der Ukraine im Sinne der Schaffung eines Sicherheitspuffers gegenüber der russischen historischbezogenen Bedrohungen widmet, was im Vordergrund seiner ostpolitischen Beziehungen bleibt.

Die von Lang zweitgenannte Konditionalität verweist wiederum auf die Entwicklung der Beziehungen zu Russland, indem die Kooperationsverdichtungen von Erfüllung bestimmter Voraussetzungen abhängen sollten.²³⁴

Demgegenüber ist die Haltung Deutschlands zu dem grössten EU-Ostnachbar weder durch die Aufwertung der neuen osteuropäischen Republiken noch durch die Konditionalitätspolitik gekennzeichnet. Vielmehr wird die deutsche Russlandpolitik als eine vorrangige und unabhängige ostpolitische Entwicklung positioniert, was Lang wie folgt formuliert: *„...favorisiert Deutschland eine weitgehend „bedingungslose“ Zusammenarbeit [mit Russland]: Auch und gerade wenn in Russland bestimmte Defizite bestehen, müsse pragmatisch kooperiert werden.“²³⁵*

Diese Haltung begründet Lang in zwei aus der deutschen Sichtweise anzuführenden Argumenten. Erstens geht es dabei um die Einschätzung, dass die EU keine Konditionalitäten gegenüber Russland durchzusetzen imstande ist, und zweitens um die Überlegung, dass

²³³ Lang, Kai-Olaf. Polen und der Osten. Polens Beziehungen zu Rußland, Belarus und der Ukraine im Kontext europäischer Ostpolitik. SWP Aktuell 22. Stiftung Wissenschaft und Politik. Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Berlin, Mai 2005, downloadbar unter: kms1.isn.ethz.ch/.../2005_Poland_D.pdf, letzter Zugriff: 12.01.2012

²³⁴ Lang, Kai-Olaf. Polen, Deutschland und die EU-Ostpolitik: Spannungsfelder und Kooperationspotentiale. In: Jäger, Thomas; Dylla, Daria W. (2008). Deutschland und Polen. Die europäische und internationale Politik. VS Verlag für Sozialwissenschaften, 1. Auflage, Wiesbaden, S.128

²³⁵ Lang, Kai-Olaf. Polen, Deutschland und die EU-Ostpolitik: Spannungsfelder und Kooperationspotentiale. In: Jäger, Thomas; Dylla, Daria W. (2008). Deutschland und Polen. Die europäische und internationale Politik. VS Verlag für Sozialwissenschaften, 1. Auflage, Wiesbaden, S.128

zunehmende Vernetzung Russlands mit dem Westen eine nachhaltige Einbindung des betroffenen Staates in den europäischen Integrationsraum bewirken kann.²³⁶

Diese oben durchgeführte Analyse weist die Existenz von wesentlichen, wenn nicht gar strategischen Differenzen zwischen der polnischen und der deutschen Russlandwahrnehmung auf. Die Forschung, die die Argumente für das polnisch-deutsche ostpolitische und v.a. ukrainebezogene Konfliktpotential um das Nachweisen der Unterschiede in den jeweiligen Russlandpolitiken ergänzt, bestätigt also die oben teilweise begründete These, dass die verschiedene Ukrainewahrnehmung, die aus der polnischen Sichtweise eine Schlüsselrolle spielt, von den oben nachzuweisenden differenzierten russlandpolitischen Ansätzen Polens und Deutschlands tatsächlich abhängt.

Die Miteinbeziehung des russischen Faktors in die Analyse der ostpolitischen Kooperations- bzw. Konfliktpotentiale zwischen Warschau und Berlin ist also im Hinblick auf die Differenzen in jeweiligen Ostpolitiken entscheidend. Dieser Faktor kann von der Analyse der Polens Bestrebungen, seine Ostpolitik durch Zusammenarbeit mit Deutschland möglichst stark zu forcieren, nicht einfach abgetrennt werden, wovon die unten zu analysierenden realpolitischen Entwicklungen zeugen sollen.

3.3. Interessenkostellation im Rahmen der ENP:

Die oben präsentierten gemeinsamen und abweichenden Standpunkte zu den ostpolitischen Fragen sollten darüber hinaus in den Kontext des wichtigsten EU-nachbarschaftspolitischen Instrumentariums eingesetzt werden. Dies ist im Hinblick auf die unten durchzuführenden Forschung der polnisch-deutschen EU-politischen Zusammenarbeit im Rahmen der ENP und v.a. der ÖP, aber auch bzg. der Trennlinien in ostpolitischer Russlandpositionierung, besonders wichtig. In diesem Zusammenhang sollte es hier der Frage primär nachgegangen werden, inwieweit die Warschauer und Berlins ENP-Reformbestrebungen im Einklang stehen.

²³⁶ Lang, Kai-Olaf. Polen, Deutschland und die EU-Ostpolitik: Spannungsfelder und Kooperationspotentiale. In: Jäger, Thomas; Dylla, Daria W. (2008). Deutschland und Polen. Die europäische und internationale Politik. VS Verlag für Sozialwissenschaften, 1. Auflage, Wiesbaden, S.128

In diesem Zusammenhang sollten es die zwei wesentlichsten Aspekte an Erinnerung gebracht werden, nach denen ich sowohl meine Analyse zur Ausgangssituation der ENP und Polens Sichtweisen 2003/2004 als auch meine Bilanzforschung der ÖP-Resultate aufgeteilt habe. Diese Aspekte umfassen einerseits das Defizit der Mitgliedschaftsperspektive und andererseits das Problem der Gleichstellung der Süd- und Ostdimension unter den ähnlich anzuwendenden Mechanismen mit tatsächlicher Privilegierung der Mittelmeerregion.

Es ist wichtig dabei zu betonen, dass diese Aufteilung auch im Hinblick auf die ostpolitische polnisch-deutsche Interessenkonstellation an ihre Bedeutung nicht verliert, worauf Piotr Buras in seiner Analyse für das polnische Center for International Relations und die Konrad-Adenauer-Stiftung verweist. Das Thema der Süd-Ost-Ausbalancierung der ENP bildet dabei ein Kooperationspotential, während das Problem der Beitrittsperspektive eine Konfliktlinie zieht.²³⁷

Im ersten Fall ist es von der Anmerkung von Kai-Olaf Lang auszugehen, nach der das Postulat der Aufwertung der ENP-Ostdimension auf einen eindeutigen politischen Überschneidungsbereich zwischen den polnischen und deutschen Interessen hindeutete. *„Nicht zuletzt sind sowohl Deutschland als auch Polen an einer anhaltenden Aufwertung des östlichen Vektors im Geflecht der Außenbeziehungen der Europäischen Union bzw. der Kooperation mit Nachbarschaftsräumen interessiert.“*²³⁸

Diese Orientierung lässt sich nicht nur in Warschau, aber auch in Berlin auf einen geopolitischen Charakter beziehen, indem die deutschen Politiker, ähnlich zu den polnischen Diplomaten, zwischen Nachbarstaaten Europas und europäischen Nachbarstaaten v.a. hinsichtlich deren verschiedenen EU-orientierten Ambitionen unterscheideten, was Piotr Buras wie folgt beschreibt: *„Die gegenwärtige Situation, in der die Mechanismen der ENP auf Länder wie die Ukraine, Marokko, Israel oder Algerien in ähnlicher Weise angewendet werden, wird in Berlin kritisch bewertet. Die Notwendigkeit, die Spezifik dieser Länder (insbesondere in Hinblick auf ihre Politik und ihre Ambitionen in Richtung der EU) stärker zu berücksichtigen, spiegelt sich in der Sprache der deutschen Diplomatie wider. Sichtbar ist dies*

²³⁷ Buras, Piotr. Gelingt Europa gemeinsam? Polens Europapolitik und die deutsche EU-Ratspräsidentschaft. Zentrum für Internationale Beziehungen. Konrad-Adenauer-Stiftung, Warschau, Mai 2007, S.27-29

²³⁸ Lang, Kai-Olaf. Polen, Deutschland und die EU-Ostpolitik: Spannungsfelder und Kooperationspotentiale. In: Jäger, Thomas; Dylla, Daria W. (2008). Deutschland und Polen. Die europäische und internationale Politik. VS Verlag für Sozialwissenschaften, 1. Auflage, Wiesbaden, S.130

vor allem in der Differenzierung „europäische Nachbarn“ (die Länder Osteuropas) und „Nachbarn Europas“ (die übrigen Länder).²³⁹

In diesem Zusammenhang spricht sich Berlin für die Aufwertung der Ostdimension aus, indem die politische Kapazität der EU-Ostpolitik zu verstärken sei. *„Den Ländern Osteuropas (...) möchte Deutschland ein Projektpaket anbieten, das über den bisherigen Rahmen der ENP hinaus geht...“*²⁴⁰ Hier konzentrierte sich Deutschland, so Buras, auf die Ausarbeitung der Abkommen, die eine sektorale Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Partnern vertiefen lassen würden, sowie auf Verstärkung der Finanzhilfe. Es ist hier nicht zu übersehen, dass die Aufwertung der ENP-Ostorientierung hinsichtlich der im ersten Teil von meiner Arbeit präsentierten Defizite des politischen und Rechtsinstrumentariums oder der Finanzierung auch von besonderer Priorität der polnischen Seite war.

Es ist dabei darauf zu verweisen, dass soweit das deutsche Nachbarschaftsinteresse in einen breiteren Kontext der gesamten ENP eingesetzt werden kann und soweit sich dieses an Entwicklung der beiden, südlichen und östlichen, Dimensionen orientiert, setzt sich Berlin während seinem letzten Ratsvorsitz im ersten Halbjahr 2007 für die Verstärkung der Ostpolitik und deren Aufwertung gegenüber dem Süden ein. *„Im Vorfeld und während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft hat sich Berlin konsequent für die Festigung einer „östlichen Dimension“ der Europäischen Nachbarschaftspolitik (...) eingesetzt – und sich damit in der intra-EU-Diskussion um die Ausbalancierung zwischen südlicher und östlicher Komponente (trotz deutlicher Vorbehalte der „Süd-Lobby“) klar zum „Ost-Caucus“ in der Union bekannt.“*²⁴¹ Die Aufwertung der ENP-Ostorientierung bleibt zweifellos im Interesse Warschaws, auch wenn man das berücksichtigt, dass die in den beiden Staaten entwickelten Konzepte zu einer östlichen Dimension nicht identisch sind.

Der zweite Fall bezieht sich wiederum auf die bereits besprochene Definierung der ENP als einer der Erweiterung gegenüber gestellten Politik und er bildet dabei ein Konfliktpotential zwischen Polen und Deutschland.

²³⁹ Buras, Piotr. Gelingt Europa gemeinsam? Polens Europapolitik und die deutsche EU-Ratspräsidentschaft. Zentrum für Internationale Beziehungen. Konrad-Adenauer-Stiftung, Warschau, Mai 2007, S.27-28

²⁴⁰ Buras, Piotr. Gelingt Europa gemeinsam? Polens Europapolitik und die deutsche EU-Ratspräsidentschaft. Zentrum für Internationale Beziehungen. Konrad-Adenauer-Stiftung, Warschau, Mai 2007, S.28

²⁴¹ Lang, Kai-Olaf. Polen, Deutschland und die EU-Ostpolitik: Spannungsfelder und Kooperationspotentiale. In: Jäger, Thomas; Dylla, Daria W. (2008). Deutschland und Polen. Die europäische und internationale Politik. VS Verlag für Sozialwissenschaften, 1. Auflage, Wiesbaden, S.130

Berlin äußert hier seine volle Akzeptanz für dieses ENP-Konzept. „...wird die ENP in Deutschland als Alternative zu diesem Prozess [der EU-Erweiterung] gesehen, was sich aus der Überzeugung ergibt, dass eine neuerliche EU-Erweiterung in absehbarer Zeit nicht möglich sein wird.“²⁴² Buras verweist dabei darauf, dass Berlin seine Sichtweise in geringer Effektivität der EU-Strukturen und deren primären Bedarf an innere EU-Konsolidierung sowie in der in Frage gestellten Kapazität der EU, neue Mitglieder aufzunehmen, argumentiert. In diesem Zusammenhang spricht sich Deutschland gegen Formulierung einer Mitgliedschaftsperspektive für die Ukraine oder andere EU-Ostnachbarn aus.

Demgegenüber befürwortet Polen, wie es schon ausführlicher analysiert wurde, eine Erweiterungspolitik gegenüber der osteuropäischen Staaten. Hier ist nach Buras die deutsche Argumentation zur fehlenden EU-Erweiterungskapazität abgelehnt und stattdessen die Beitrittsoption als effektivstes reformantreibendes Mittel betrachtet. „Die nicht erfolgte Ratifizierung des Verfassungsvertrages oder Haushaltsprobleme sind nach Ansicht der [polnischen] Regierung und der Opposition kein ausreichendes Argument, die Erweiterungspolitik aufzugeben, die als wirksamstes außenpolitisches Instrument der EU betrachtet wird.“²⁴³

Es lässt sich von der Analyse der Kooperations- bzw. Konfliktpotentiale im Rahmen der ENP schlussfolgern, dass Polen und Deutschland das gemeinsame Interesse an die Verstärkung der Ostdimension und deren Aufwertung gegenüber der Südpolitik aufweisen. Die beiden Staaten begründen dies in der Notwendigkeit einer geopolitischen Differenzierung zwischen den EU-Süd- und –Ostnachbarstaaten und definieren einen Bedarf an Verstärkung der rechtlichen und finanziellen Basis der Ostpolitik. Dies kommt auch unter Rücksicht auf solche Faktoren zustande, wie etwa das deutsche parallele Interesse an die ENP-Süddimension und dessen im Vergleich zur Polens Sichtweise stärkere Orientierung an Ausbalancierung der beiden Dimensionen.

Soweit der Bedarf an die Verstärkung der ENP-Ostdimension ein starkes Kooperationspotential auf der Linie Warschau-Berlin bildet, unterscheiden sich die beiden

²⁴² Buras, Piotr. Gelingt Europa gemeinsam? Polens Europapolitik und die deutsche EU-Ratspräsidentschaft. Zentrum für Internationale Beziehungen. Konrad-Adenauer-Stiftung, Warschau, Mai 2007, S.28

²⁴³ Buras, Piotr. Gelingt Europa gemeinsam? Polens Europapolitik und die deutsche EU-Ratspräsidentschaft. Zentrum für Internationale Beziehungen. Konrad-Adenauer-Stiftung, Warschau, Mai 2007, S.28

Staaten in einem der relevantesten Elemente, nämlich in der Definition einer Mitgliedschaftsperspektive für die Ostnachbarn, hier v.a. die Ukraine. Dies wird von der polnischen Seite als ein wirkungsreichstes außenpolitisches EU-Instrument gesehen, während von Deutschland als irreführendes Mechanismus hinsichtlich der gegenwärtig bestehenden EU-Erweiterungsmüdigkeit betrachtet.

3.4. Fazit: Relevanz des Kooperationspotentials für Warschau

Die oben durchgeführte Forschung lässt die Schlussfolgerung ziehen, dass es zwischen Polen und Deutschland in bestimmten relevanten Bereichen ein konkretes ostpolitisches Kooperationspotential besteht, was sich auf das gemeinsame Interesse an Stabilisierung der osteuropäischen Länder bezieht, das einerseits in dem von den beiden Staaten formulierten Bedarf an die politische Sicherheit als auch bilaterale wirtschafts-, energiesicherheits- oder sozialpolitischen Entwicklungen zu argumentieren und andererseits durch die Aufwertung der ENP-Ostdimension zu verfolgen ist.

Dieses Potential der polnisch-deutschen Zusammenarbeit bleibt im Hinblick auf die Polens ostpolitischen Interessen und deren EU-Durchsetzungskapazitäten nicht ohne Bedeutung. Es kann nämlich die Tatsache nicht unbeachtet bleiben, dass Deutschland als der einzige westeuropäische Staat, in anderen Worten als das einzige „alte“ EU-Mitglied (neben – nur bis zu einem gewissen Grad – Grossbritannien und den skandinavischen Ländern) zu bezeichnen ist, das in der Ostpolitik ein gemeinsames Interesse mit Polen aufweist. Vielmehr ist das der grösste EU-Staat, dh. das EU-Mitglied mit den grössten ihm zur Verfügung gestellten EU-politischen Kapazitäten, das im Rahmen der oben formulierten ostpolitischen Kooperationspotentiale, wenigstens theoretischerweise, bessere Durchsetzungsfähigkeit der polnischen Interessen anbietet.

Andererseits sollten die auch bedeutsamen Konfliktpotentiale nicht unberücksichtigt bleiben, weil sie dieses für Warschau relevante Zusammenarbeitspotential wesentlich beeinträchtigen können. Hier stieß v.a. die gemeinsame Gestaltung der für Polen vorrangigen Ukrainepolitik auf gewisse Probleme, indem Deutschland diese als minderwertiger ansieht und

demgegenüber seine Russlandpolitik aufgrund der besser messbaren und absehbaren ökonomischen Gewinne aufwertet.

In diesem Kontext bietet der gemeinsame EU-Rahmen einerseits eine wenigstens theoretische Möglichkeit, die deutschen ostpolitischen Ansätzen, die im Widerspruch zu den polnischen Interessen stehen, „neutralisieren“ zu lassen, indem Polen sein eigenes ostpolitisches Konzept auf der EU-Ebene durchsetzt und somit die von ihm forcierte Politik gegenüber der deutschen aufwertet.

Andererseits können die polnisch-deutschen Interessenwidersprüche im Rahmen der EU-Mitgliedschaft paradoxerweise ausgenutzt werden und ein Potential der gemeinsamen verstärkten EU-ostpolitischen Antreibekraft bilden lassen. Es ist nämlich besonders interessant darauf zu verweisen, dass der hinsichtlich des Konfliktpotentials dominierende russische Faktor zugunsten der Verstärkung des polnisch-deutschen Tandems und, davon ausgehend, der von Warschau und Berlin mitzugestaltenden EU-Ostpolitik ausgenutzt werden kann. Das Kooperationspotential zwischen den beiden Staaten lässt sich nämlich darin begründen, dass sich die beiden ostpolitischen Konzepte ergänzen und auf diese Weise an deren Glaubwürdigkeit gegenüber verschiedener Adressaten gewinnen können. Sławomir Dębski betont dabei zwei wesentliche Schwächen, die in jeweiligem Konzept in Bezug auf die Russlandpolitik zu interpretieren sind. *„Die Glaubwürdigkeit der deutschen Politik gegenüber Belarus, der Ukraine oder Georgien kann immer aufgrund der Tradition der deutschen Russlandpolitik in Frage gestellt werden. (...) Aber auch weist die polnische Politik ähnliche Schwäche auf. Soweit diese eine hohe Glaubwürdigkeit gegenüber Belarus, der Ukraine, Moldawien oder Georgien genießen kann, (...) wird unsere [Polens] Politik als eine durch antirussische Vorurteile motivierte Entwicklung häufig betrachtet. Westlich von Warschau befürchtet man sich, dass Polen im Namen der ukrainischen oder georgischen Interessen nur deswegen auftritt, um Russland zuzusetzen.“*²⁴⁴ Davon ausgehend sieht Dębski in der gegenseitigen Ergänzung von den beiden ostpolitischen Schwächen ein grosses Kooperationspotential hinsichtlich der gesamten Ostpolitik. Die Entwicklung einer gemeinsamen polnisch-deutschen EU-Ostpolitik sollte nämlich deren Glaubwürdigkeit sowohl

²⁴⁴ Dębski, Sławomir. Polska-Niemcy. Razem na Wschód. In: Gazeta Wyborcza, 6.08.2008, abrufbar unter: http://wyborcza.pl/1,75515,5559833,Polska___Niemcy__Razem_na_Wschod.html?as=1&startsz=x, letzter Zugriff: 15.01.2012

in den neuen osteuropäischen Republiken (dank dem polnischen Konzept) als auch in Westeuropa, aber auch in Russland (dank der deutschen Vision) erhöhen lassen.

4. Einzelne Regierungspolitiken und realpolitische Entwicklungen

Die oben durchgeführte Forschung bildet eine Basis für meine weitere Analyse, in der es gezeigt werden sollte, inwieweit das Zusammenarbeitspotential tatsächlich durch realpolitische Entwicklungen auf der Linie Warschau-Berlin ausgenutzt wird bzw. inwieweit die Konfliktlinien diese Entwicklungen beeinträchtigen. Hier sollte ich mich auf vier relevanteste, chronologisch und thematisch einzuordnende Themenbereiche konzentrieren: die Politiken gegenüber der „oranzen Revolution“ im Zuge der linksliberalen Regierungsperiode, die polnisch-deutsche Stagnation unter den Nationalkonservativen sowie die Zusammenarbeit sowohl im Kontext der Östlichen Partnerschaft als auch hinsichtlich der Relativierung des russlandpolitischen Ansatzes im Zuge der liberal-konservativen Regierungspolitiken.

Auf diese Weise sollte das Aufweisen weitergehender Kooperationsentwicklungen sowie der auf Konflikte bezogenen Stagnationsphasen zwischen den beiden Staaten auf die oben präsentierte polnische deutschlandpolitische Theorieforschung zurückgehen, wobei Polen einerseits im Kontext seiner Zusammenarbeit mit Deutschland im Rahmen der EU die deutsche EU-politische Kapazität ausnutzen und somit seine eigene Durchsetzungskraft hinsichtlich der plädierten Ostpolitik vergrößern kann bzw. vergrößert sowie andererseits im Kontext der Konfliktlinien seine ostpolitischen auf der EU-Ebene forcierten Ansätze gegenüber der deutschen aufwerten kann bzw. aufwertet und dadurch die Deutschlandpolitik zugunsten eigener Interessen teilweise „neutralisieren“ lässt.

4.1. Zusammenarbeit unter der SLD-Regierung – Kontext der „orange Revolution“:

Es ist in der folgenden Forschung von den Entwicklungen rund um die Ereignisse der „oranzen Revolution“ auszugehen. Soweit die polnische Aktivität im Zuge der Kiewer Ereignisse 2004 schon oben von mir dargestellt wurde, ist sie jetzt in den Kontext der polnisch-deutschen Kooperation einzusetzen. Die unten angeführten Entwicklungen sollten davon

zeugen, dass die gemeinsame Ostpolitikgestaltung seitens Warschaus und Berlins durchsetzbar ist und während der ukrainischen Revolution zum Ausdruck kam.

Einerseits ist es v.a. die Rolle des damaligen Staatspräsidenten Aleksander Kwaśniewski zu betonen, der dank seiner Kontakte zu dem gerade zurück tretenden ukrainischen Präsidenten Leonid Kutschma eine bedeutsame Vermittlungsrolle zwischen den gegenüber gestellten politischen Lagern spielen konnte. Kai-Olaf Lang beruft sich in dieser Einschätzung auf Marcin Bosacki und Marcin Wojciechowski wie folgt: *„Nicht zuletzt dank eines innigen persönlichen Verhältnisses zum scheidenden ukrainischen Staatspräsidenten Leonid Kutschma, konnte Polens Staatsoberhaupt Kwaśniewski, gleichsam auf den Barrikaden des Umbruchs, als erfolgreicher Mediator zwischen den verfeindeten Parteien fungieren.“*²⁴⁵

Andererseits bewertet Lang das deutsche Engagement in den Konflikt als eine Ergänzung bzw. Verstärkung der polnischen Aktivitäten, indem Berlin wiederum seine Kontakte zu Russland ausnutzte. *„Parallel hierzu kam aber auch die deutsch-russische Sonderbeziehung zur Geltung: Kwaśniewskis Deeskalationsbemühungen wurden gewissermaßen durch Telefondiplomatie zwischen Berlin und Moskau flankiert.“*²⁴⁶

Von diesen Entwicklungen lässt sich eine realpolitische Verwirklichung des oben skizzierten Kooperationspotentials interpretieren, das sich auf die gegenseitige Ergänzungskapazität der polnischen und der deutschen ostpolitischen Konzeptschwäche in Bezug auf die Russlandwahrnehmung bezieht. Soweit Polen seine besser entwickelten Kontakte und seine ostpolitische Glaubwürdigkeit in der Ukraine ausgenutzt hat und sich in die Kiewer Ereignisse stark engagierte, konnte Deutschland seine Kontakte zu Moskau betätigen.

Des Weiteren wurde dieses Kooperationspotential gleich nach der „oranigen Revolution“ effizient verwirklicht. Lang verweist dabei auf die gemeinsame polnisch-deutsche Ratsinitiative zur Ukraine, die noch im Oktober 2004 von den Außenministern Włodzimierz Cimoszewicz und Joschka Fischer erfolgreich lanciert wurde, und er merkt dabei an, dass ein wesentlicher Teil der polnisch-deutschen ukrainepolitischen Angebote auf die Ebene EU-

²⁴⁵ Lang, Kai-Olaf. Polen, Deutschland und die EU-Ostpolitik: Spannungsfelder und Kooperationspotentiale. In: Jäger, Thomas; Dylla, Daria W. (2008). Deutschland und Polen. Die europäische und internationale Politik. VS Verlag für Sozialwissenschaften, 1. Auflage, Wiesbaden, S.130

²⁴⁶ Lang, Kai-Olaf. Polen, Deutschland und die EU-Ostpolitik: Spannungsfelder und Kooperationspotentiale. In: Jäger, Thomas; Dylla, Daria W. (2008). Deutschland und Polen. Die europäische und internationale Politik. VS Verlag für Sozialwissenschaften, 1. Auflage, Wiesbaden, S.130

Ukraine verschoben wurde. „*Mehrere Elemente des deutsch-polnischen Vorschlags fanden sich letztlich in der zehn Punkte umfassenden Liste wieder, die als Annex zum Aktionsplan für die Ukraine Ende Februar 2005 von Brüssel und Kiew akzeptiert wurden.*“²⁴⁷

Darüber hinaus deuten die trilateralen Konsultationen zwischen den Außenministern Polens, Deutschlands und der Ukraine in Kiew im März 2005 sowie die darauf folgenden deutsch-polnisch-ukrainischen Konsultationen in Berlin zum Thema der EU-Ukraine-Beziehungen, Umsetzung des Aktionsplans als auch der Vertiefung der bilateralen Kooperationen mit Kiew darauf hin, dass die EU-ukrainepolitische Kooperation zwischen Polen und Deutschland effektiv angestoßen werden kann.²⁴⁸

Dies scheint der neue polnische Außenminister in der linksliberalen SLD-Regierung, Adam Daniel Rotfeld, in seinem außenpolitischen Exposé 2005 diese These zu bestätigen, indem er die polnisch-deutsche Kooperation als eine Grundlage der neuen EU-Ukrainepolitik angekündigt hat.²⁴⁹

Trotz dieser Belebung in den polnisch-deutschen ukrainepolitischen Entwicklungen während und gleich nach der „oranigen Revolution“ kann es von einem schlussendlichen Erfolg der gemeinsamen EU-bezogenen Kooperation in diesem Bereich und Zeitrahmen nicht gesprochen werden. Dies bedeutet, dass soweit sich die polnisch-deutschen politischen Gespräche sowie fachliche Austauschbeziehungen im vordiplomatischen Bereich ständig entwickelt haben, konnten diese keine nachhaltige europäische Impulsgeberfunktion, so Lang, etablieren.²⁵⁰

²⁴⁷ Lang, Kai-Olaf. Polen, Deutschland und die EU-Ostpolitik: Spannungsfelder und Kooperationspotentiale. In: Jäger, Thomas; Dylla, Daria W. (2008). Deutschland und Polen. Die europäische und internationale Politik. VS Verlag für Sozialwissenschaften, 1. Auflage, Wiesbaden, S.131

²⁴⁸ Lang, Kai-Olaf. Polen, Deutschland und die EU-Ostpolitik: Spannungsfelder und Kooperationspotentiale. In: Jäger, Thomas; Dylla, Daria W. (2008). Deutschland und Polen. Die europäische und internationale Politik. VS Verlag für Sozialwissenschaften, 1. Auflage, Wiesbaden, S.131

²⁴⁹ Government information on the Polish foreign policy presented by the Minister of Foreign Affairs, Prof. Adam Daniel Rotfeld, at the session of the Sejm on the 21st January 2005. Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Poland, abrufbar unter: <http://www.msz.gov.pl/Wystapienie,Ministra,w,jezyku,angielskim,1162.html>, letzter Zugriff: 20.01.2012

²⁵⁰ Lang, Kai-Olaf. Polen, Deutschland und die EU-Ostpolitik: Spannungsfelder und Kooperationspotentiale. In: Jäger, Thomas; Dylla, Daria W. (2008). Deutschland und Polen. Die europäische und internationale Politik. VS Verlag für Sozialwissenschaften, 1. Auflage, Wiesbaden, S.131

Dabei ist es wichtig der Frage nachzugehen, warum die polnisch-deutsche ukrainepolitische Zusammenarbeit im Rahmen der EU, die doch im Zuge der Kiewer Ereignisse 2004 effektiv angestoßen wurde, erlahmte.

Lang verweist primär auf das grosse oben präsentierte Konfliktpotential, das die unterschiedliche Russlandpolitik mit einschließt. *„Erschwerend kam hinzu, dass die deutsche Russlandpolitik in Polen als eigensinnig und „uneuropäisch“ wahrgenommen wurde und man daraus schlussfolgerte, dass eine umfassende strategische Kooperation mit Deutschland hinsichtlich der weiteren östlichen Nachbarschaft nur schwer möglich sei.“*²⁵¹

Es lassen sich dabei einige Argumente anführen, die die polnische Abneigung gegen die Kooperation mit Berlin hervorgerufen haben. Diese gehen primär auf die damalige Politik von Bundeskanzler Gerhard Schröder zurück, deren russlandpolitischer Ansatz *„...in Polen neue Hintergehungssängste...“*²⁵² auslöste. Hier ist es von den deutsch-russischen Kooperationsvertiefungen zu sprechen, die aus der Perspektive Polen über ihre Köpfe erfolgen und den polnischen (ostpolitischen) Interessen bedrohen können. Lang fasst sprich dabei folgende Entwicklungen an: *„Hatten schon das deutsche Agieren während des Irakkriegs und die ansatzweise Entstehung einer französisch-deutsch-russischen „Achse“ Unruhe hervorgerufen, ist namentlich das deutsch-russische „Leuchtturmprojekt“ Ostseepipeline mit großen Befürchtungen belegt und wurde gar mit dem Ribbentrop-Molotov-Pakt verglichen“*²⁵³

Des Weiteren hat der Regierungswechsel in Berlin 2005 keinen Durchbruch mit sich gebracht, wobei es von der neuen Bundesregierung eher eine kontinuierliche in Polen negativ angesehene Russlandpolitik geführt wurde. Somit ist es unten zu zeigen, dass die abweichende Russlandwahrnehmung in Deutschland eine entscheidende Hürde auf die Entwicklung einer

²⁵¹ Lang, Kai-Olaf. Polen, Deutschland und die EU-Ostpolitik: Spannungsfelder und Kooperationspotentiale. In: Jäger, Thomas; Dylla, Daria W. (2008). Deutschland und Polen. Die europäische und internationale Politik. VS Verlag für Sozialwissenschaften, 1. Auflage, Wiesbaden, S.131

²⁵² Lang, Kai-Olaf. Polen, Deutschland und die EU-Ostpolitik: Spannungsfelder und Kooperationspotentiale. In: Jäger, Thomas; Dylla, Daria W. (2008). Deutschland und Polen. Die europäische und internationale Politik. VS Verlag für Sozialwissenschaften, 1. Auflage, Wiesbaden, S.131

²⁵³ Lang, Kai-Olaf. Polen, Deutschland und die EU-Ostpolitik: Spannungsfelder und Kooperationspotentiale. In: Jäger, Thomas; Dylla, Daria W. (2008). Deutschland und Polen. Die europäische und internationale Politik. VS Verlag für Sozialwissenschaften, 1. Auflage, Wiesbaden, S.131

ostpolitischen Kooperation zwischen Warschau und Berlin nach wie vor lag. „Zwar nahm man in Polen die von der neuen Bundeskanzlerin [Angela Merkel] akzentuierte Sachlichkeit im Umgang mit Russland zur Kenntnis, doch sah man gleichzeitig wichtige Elemente der Kontinuität – so etwa die Haltung von SPD und Außenminister Steinmeier oder die manifesten wirtschaftlichen Interessen“²⁵⁴

Cornelius Ochmann analysiert die unter dem neuen Außenminister Frank-Walter Steinmeier geführte Ostpolitik im Kontext des polnisch-deutschen Kooperationspotentials ausführlicher und verweist dabei auf ähnliche russlandbezogene Interessenwidersprüche zwischen Warschau und Berlin, die unter Joschka Fischer zum Ausdruck kamen. Es ist hier nämlich v.a. auf den Ansatz „Annäherung durch Verflechtung“ zu verweisen, der von Steinmeier am Vorabend der deutschen Ratspräsidentschaft angekündigt wurde.²⁵⁵ In seinem anderen Artikel, das über die Perspektiven der Östlichen Partnerschaft handelt, betrachtet Ochmann diesen Ansatz als eine deutsche Osteuropapolitik, in deren Vordergrund die Russlandpolitik steht und die an den stark russlandorientierten Ansatz von Willy Brandt „Wandel durch Annäherung“ anknüpft. Ochmann erwähnt dabei den Architekten der Brandtschen Ostpolitik, Egon Bahr, der seinen Ansatz mit der EU-Ostpolitik verbindet.²⁵⁶

Soweit sich die unter Steinmeier forcierte EU-Ostpolitik auch an die Ukraine und die anderen neuen osteuropäischen Republiken richtet, bleiben diese im Hintergrund der russlandpolitischen Orientierung. „Die Strategie ist für die polnische Seite zu stark an Russland orientiert und berücksichtigt zu wenig die polnischen Interessen gegenüber Belarus, Moldawien und der Ukraine.“²⁵⁷

²⁵⁴ Lang, Kai-Olaf. Polen, Deutschland und die EU-Ostpolitik: Spannungsfelder und Kooperationspotentiale. In: Jäger, Thomas; Dylla, Daria W. (2008). Deutschland und Polen. Die europäische und internationale Politik. VS Verlag für Sozialwissenschaften, 1. Auflage, Wiesbaden, S.132

²⁵⁵ Ochmann, Cornelius. Die polnisch-russischen Beziehungen im Kontext der neuen Ostpolitik der Europäischen Union. In: Polen-Analysen, Nr. 05/07, 16.01.2007. Deutsches Polen-Institut, Forschungsstelle Osteuropa, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., abrufbar unter: <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen05.pdf>, letzter Zugriff: 4.01.2012, S.4

²⁵⁶ Ochmann, Cornelius. Östliche Partnerschaft – Perspektiven einer europäischen Ostpolitik. In: Polen-Analysen, Nr.72/10, 15.06.2010. Deutsches Polen-Institut, Forschungsstelle Osteuropa, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., abrufbar unter: <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen72.pdf>, letzter Zugriff: 4.01.2012, S.2

²⁵⁷ Ochmann, Cornelius. Die polnisch-russischen Beziehungen im Kontext der neuen Ostpolitik der Europäischen Union. In: Polen-Analysen, Nr. 05/07, 16.01.2007. Deutsches Polen-Institut, Forschungsstelle Osteuropa, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., abrufbar unter: <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen05.pdf>, letzter Zugriff: 4.01.2012, S.4

Trotz dieser klaren Interessenwidersprüche betont jedoch Ochmann, dass die Einbeziehung der Ukraine etc. in den deutschen ostpolitischen Ansatz eine Interessengemeinschaft zwischen Polen und Deutschland, wenigstens in diesem begrenzten Bereich, etablieren sollte. *„Die Verknüpfung dieser Regionen mit der Interessensphäre der EU zeigt das wahre gemeinsame Interesse Polens und Deutschlands im postsowjetischen Raum.“*²⁵⁸

Es ist im Kontext der polnisch-deutschen ostpolitischen Verhältnisse in den Jahren 2004-2005 schlusszufolgern, dass einerseits die „orange Revolution“ ein deutsches Interesse an die Ukraine erwecken und die Ukrainepolitik Berlins intensivieren ließ, wobei die beiden Staaten erfolgreich zusammenarbeiten und gegenseitige Stärken, jeweils im Hinblick auf die Ukraine und auf Russland, ausnutzen konnten, was auf die These von Dębski anknüpft.

Andererseits bestätigt die obige Analyse, dass der russlandpolitische Ansatz entscheidende Hürden auf den Weg zur tiefen polnischen-deutschen Kooperation in der EU und, im Hinblick auf die präsentierten Theorien, zur Aufwertung der polnischen Position legt.

4.2. Die polnisch-deutschen Konfliktlinien unter der Regierung PIS

Während die deutsche ostpolitische Vorgehensweise unter dem Bundeskanzler Schröder und der –kanzlerin Merkel (hier: im Zuge der Außenministerperiode Steinmeiers) mit den polnischen Prinzipien v.a. hinsichtlich der unterschiedlichen Russlandwahrnehmung nicht kompatibel blieb, trug auch die 2005 neu etablierte nationalkonservative Regierung in Polen zu einer weiteren Verschärfung der Warschau-Berlin-Beziehungen und zur Verringerung des Kooperationspotentials in dem analysierten Politikbereich bei. Die unten durchzuführende Analyse sollte also dem Ziel dienen, die Argumente für die negative Auswirkung der EU-skeptischen Regierungspolitik Polens 2005-2007 auf Etablierung einer polnisch-deutschen Treibkraft für die EU-Ostpolitik anzuführen.

²⁵⁸ Ochmann, Cornelius. Die polnisch-russischen Beziehungen im Kontext der neuen Ostpolitik der Europäischen Union. In: Polen-Analysen, Nr. 05/07, 16.01.2007. Deutsches Polen-Institut, Forschungsstelle Osteuropa, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., abrufbar unter: <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen05.pdf>, letzter Zugriff: 4.01.2012, S.4

Die Argumentation für diese These lässt sich dabei in den Kontext der im ersten Teil von meiner Arbeit durchgeführten Analyse der Kaczyńskis Regierungs- und Präsidialamtspolitik einsetzen, die sich – zur Erinnerung – auf die starke nationale Interessenorientierung, die daraus resultierende Abneigung gegen die EU-Integrationsfortschritten mit deren Kompromissbereitschaften und Koalitionsbildungsprozessen sowie die auch damit verbundene starke Nachbarländerkritik beziehen lassen.

In diesem Zusammenhang ist es hier wichtig, die vorige Analyse der nationalkonservativen EU- und Außenpolitiken Warschaws um deren deutschlandbezogenen sowohl inhaltlichen als auch prozeduralen Aspekte zu ergänzen, indem es erstens die von der PIS stark entwickelte Deutschlandkritik, zweitens die Relevanz der bi- und multilateralen Ebenen der gemeinsamen Ostpolitikgestaltung mit Rücksicht auf die oben dargestellte Abschaffung des Weimarer Dreieck sowie drittens die ostpolitischen Integrationspolitiken während dem deutschen Ratsvorsitz 2007 analysiert werden sollten. Diese Aspekte entsprechen genau jener Absatzaufteilung der oben durchgeführten Analyse der PIS-Politiken, jedoch werden sie von mir nach einer anderen Reihenfolge hier eingeordnet.

4.2.1. Überblick über die PIS-Deutschlandpolitik:

Es ist dabei sinnvoll, von einem einführenden Überblick auf die Polens Deutschlandwahrnehmung und -politik unter den Nationalkonservativen auszugehen und damit die wichtigsten das damalige Verhältnis Warschaws zu Berlin sowie das Kooperationspotential auf der EU-Ebene prägenden Trennlinien zu skizzieren, wobei es ein Kontext für weitere Analyse zu schaffen ist.

Vor allem ist hier von einer Politik der Konfrontation gegenüber dem Westnachbarn auszugehen, wobei die Nationalkonservativen die bisherige „Unterwürfigkeit“ Polens gegenüber Deutschland kritisierten.²⁵⁹ Deutschland wurde dabei als ein gegenüber Polen

²⁵⁹ Smolar, Aleksander. *Polityka zagraniczna Prawa i Sprawiedliwości – próba rzeczywistości*. In: *Ciągłość i zmiana w polskiej polityce zagranicznej*. Fundacja im. Stefana Batorego, Warszawa 2006, S.59, eigene Übersetzung aus dem Polnischen

paternalistisch agierender Staat definiert²⁶⁰, dessen Politik der vorrangig durchzusetzenden polnischen Interessen gegenüber zu stellen sei und vielmehr der polnischen Staatsraison bedrohen solle. Smolar beschrieb dies in seiner Analyse für die Stefan Batory Foundation wie folgt: „*In der Überzeugung der (...) [politischen] Rechte schien Deutschland zu seiner traditionellen Rolle zurückzukommen, wenn nicht eines Feindes, dann auf jeden Fall einer potentiellen Bedrohungsquelle der Polens Interessen und gar der Souveränität und der territorialen Integrität. Diese Bedrohung hat sich mit der [deutschen] Macht und wachsenden Rolle in Europa verbunden.*“²⁶¹

In Bezug auf diese konfrontative Deutschlandpolitik lässt sich auch die polnische Abneigung gegen die EU-Integrationsprozesse seitens der Regierung PIS weitgehend interpretieren. Die EU-Integration führe nämlich in der Tatsache zur Dominanz der grössten EU-Staaten, mit Deutschland an deren Spitze, in Europa.²⁶² Um dem Bedrohungspotential der deutschen Übermacht in der EU entgegen zu wirken, äußerte Polen, so Ireneusz Bril, seinen Widerwillen gegen die politische Integrationsvertiefung und setzte sich außerdem für eigene der deutschen Konzepte gegenüber gestellte europapolitische Vision ein.²⁶³ Agnieszka Ciancia verweist dabei in ihrer Analyse für das polnische Institute of Public Affairs darauf, dass Deutschland in dem dargestellten Kontext als kein Partner der polnischen Ostpolitik angesehen werden konnte. „*According to the Kaczynskis, Polish national interests was particularly threatened by German hegemony in the EU. Germany could not be perceived as a reliable partner and certainly not as an ally for Poland with regard to Eastern policy.*“²⁶⁴

Dies lässt sich darüber hinaus mit der oben analysierten starken EU- und außenpolitischen Interessenorientierung der Regierung PIS verbinden, indem die Rhetorik, nach welcher

²⁶⁰ Buras, Piotr. Gelingt Europa gemeinsam? Polens Europapolitik und die deutsche EU-Ratspräsidentschaft. Zentrum für Internationale Beziehungen. Konrad-Adenauer-Stiftung, Warschau, Mai 2007, S.40

²⁶¹ Smolar, Aleksander. Polityka zagraniczna Prawa i Sprawiedliwości – próba rzeczywistości. In: Ciągłość i zmiana w polskiej polityce zagranicznej. Fundacja im. Stefana Batorego, Warszawa 2006, S.60, eigene Übersetzung aus dem Polnischen

²⁶² Smolar, Aleksander. Polityka zagraniczna Prawa i Sprawiedliwości – próba rzeczywistości. In: Ciągłość i zmiana w polskiej polityce zagranicznej. Fundacja im. Stefana Batorego, Warszawa 2006, S.59

²⁶³ Bril, Ireneusz. Dylematy i perspektywy stosunków polsko-niemieckich. In: Internetportal <http://www.stosunkimiedzynarodowe.info/>, 25.01.2010, abrufbar unter: http://stosunkimiedzynarodowe.info/artukul,587,Dylematy_i_perspektywy_stosunkow_polsko?niemieckich, letzter Zugriff 18.01.2012

²⁶⁴ Cianciara, Agnieszka K. (2008). ‘Eastern Partnership’ – opening a new chapter of Polish Eastern policy and the European Neighbourhood Policy? Analyses & Opinions. The Institute of Public Affairs. No.4, June 2008, Warsaw, abrufbar unter: <http://isp.org.pl/files/8679201040703671001213792577.pdf>, letzter Zugriff: 10.01.2012, S.8

Deutschland den polnischen strategischen Interessen bedrohe, noch an ihre Kraft gewinnt. Dabei ist es auf die Analyse von Piotr Buras zu verweisen, der die radikale Wende in der Polens Deutschlandpolitik unter den Nationalkonservativen genauso im Hinblick auf einen Überschreibungsbereich zwischen der Abneigung gegen die bilaterale Zusammenarbeit im Rahmen der EU-Integration und der starken Interessenorientierung Warschaws wie folgt beschreibt: *„Doch zeugen das Postulat der unbeugsamen Verfolgung polnischer Interessen und der Abkehr vom Konzept der strategischen Partnerschaft mit Deutschland zu Gunsten einer Taktik der „wechselnden Bündnisse“ sowie die eher „europarealistische“ (oder gar europaskeptische) Einstellung gegenüber der Integration von dieser sich vollziehenden Wende.“*²⁶⁵ In diesem Kontext steht eine zu vertiefende polnisch-deutsche Zusammenarbeit mit den neuen Konzepten Warschaws, v.a. der starken Interessenorientierung sowie der Abneigung gegen die ständige Koalitionsbildungs- und die EU-Integrationsprozesse, nicht im Einklang.

Hinzu kommt eine Unfähigkeit, Koalition mit Deutschland oder gar anderen EU-Staaten zwecks Forcierung eigener Interessen auf der EU-Bühne zu bilden. Agnieszka Cianciara verweist dabei, dass die Regierung PIS wegen ihrer Kompromisslosigkeit keinen Partner für die polnische Ostpolitik finden konnte, wobei nur Litauen als eine einzige Ausnahme galt. Hier beruft sich Cianciara dabei auf direkte Schlussfolgerungen der damaligen Außenministerin Polens Anna Fotyga: *„Consequently, cooperation with other member states is a priori rather difficult.“*²⁶⁶

Beruhend auf den dargestellten Policies haben die Nationalkonservativen, wie angesprochen, bestimmte Konfliktlinien zwischen Warschau und Berlin definiert, die das gegenseitige prozedurale Verhältnis in den Jahren 2005-2007 geprägt haben. Ireneusz Bril, der Vorsitzende der polnischen Stiftung „Amicus Europae“, fasst dabei folgende Entwicklungen zusammen: *„Die Hauptsachen der Auseinandersetzung bilden: die künftige Vision der Europäischen Union (These über die föderalen Ziele Deutschlands versus das von der PIS propagierte Modell „Europa der Vaterländer“) sowie deren sozial-wirtschaftliche Charakter*

²⁶⁵ Buras, Piotr. Gelingt Europa gemeinsam? Polens Europapolitik und die deutsche EU-Ratspräsidentschaft. Zentrum für Internationale Beziehungen. Konrad-Adenauer-Stiftung, Warschau, Mai 2007, S.5

²⁶⁶ Cianciara, Agnieszka K. (2008). ‘Eastern Partnership’ – opening a new chapter of Polish Eastern policy and the European Neighbourhood Policy? Analyses & Opinions. The Institute of Public Affairs. No.4, June 2008, Warsaw, abrufbar unter: <http://isp.org.pl/files/8679201040703671001213792577.pdf>, letzter Zugriff: 10.01.2012, S.9

*(Renationalisierung der Politiken versus Solidarität) als auch die Strategie der Beziehungen zu Russland sowie das Verhältnis zur Geschichte, insbesondere zum Zweiten Weltkrieg.*²⁶⁷

4.2.2. Realpolitische Entwicklungen hinsichtlich der ostpolitischen Zusammenarbeit:

Davon ausgehend wurden diese unter der Regierung Kaczyńskis verschärften Trennlinien konfrontative deutschlandpolitischen Entwicklungen vorangetrieben, die sich weiters in den EU-Rahmen einsetzen ließen und die bilateralen Beziehungen hinsichtlich jeweiliger EU-Politiken weitgehend determinierten. Daraus resultierten also die Entwicklung eines Misstrauens gegenüber dem Westnachbarn und die Verstärkung des Konfliktpotentials im Hinblick auf die gemeinsame Ostpolitikgestaltung, wobei es, wie gesagt, v.a. die bi- und multilateralen ostpolitischen Beziehungen zu Deutschland sowie die Integrationspolitiken während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 zu forschen sind.

Der erstgenannte Faktor bezieht sich also, wie gesagt, auf ein grosses Misstrauen Warschaws gegenüber der Politik Berlins, das nach 2005 sowohl seitens der Regierung als auch des Präsidenten offensichtlich geäußert wurde und in den oben präsentierten Polities zum Ausdruck kam. Das fehlende Vertrauen Polens zu Deutschland während v.a. der PIS-Regierungsperiode weist seine realpolitischen prozeduralen Aspekte auf, wobei es deren Relevanz hinsichtlich der Mitgestaltung der Ostpolitik zu vermerken ist.

Einerseits lässt sich das polnische Misstrauen in der von der PIS geführten Geschichtspolitik und einer davon gezogenen skeptischen Einstellungen gegenüber der heutigen Entwicklungen in Deutschland begründen. Buras schreibt dabei über „...*das übermäßige Gewicht, das Fragen und Angelegenheiten zugemessen wird, die mit der Vergangenheit verbunden sind, und das Misstrauen gegenüber Veränderungen, die sich in Deutschland vollziehen.*“²⁶⁸

²⁶⁷ Brill, Ireneusz. Dylematy i perspektywy stosunków polsko-niemieckich. In: Internetportal <http://www.stosunkimiedzynarodowe.info/>, 25.01.2010, abrufbar unter: http://stosunkimiedzynarodowe.info/artukul,587,Dylematy_i_perspektywy_stosunkow_polsko?niemieckich, letzter Zugriff 18.01.2012, eigene Übersetzung aus dem Polnischen

²⁶⁸ Buras, Piotr. Gelingt Europa gemeinsam? Polens Europapolitik und die deutsche EU-Ratspräsidentschaft. Zentrum für Internationale Beziehungen. Konrad-Adenauer-Stiftung, Warschau, Mai 2007, S.41

Zu dieser Betrachtungsweise des Westnachbarn kommen aber auch die realpolitischen Entwicklungen, die von unterschiedlichen Interessenwidersprüchen zeugten und die bisherigen polnisch-deutschen Beziehungen im Rahmen der EU belasteten, wie etwa die Haushaltsverhandlungen, transatlantische Beziehungen oder die erwähnten Russlandpolitiken, wobei Buras auf die Tatsache verweist, dass eine Vielzahl von polnischen Politikern und Kommentatoren der deutschen Seite eine Schuld für den Stand der voneinander abweichenden Positionen Warschaus und Berlins zuschreibt. Diese Kritik bezieht sich primär auf die Vorwürfe, dass Deutschland seine Beziehungen zu Polen als zweitrangig betrachtet, wobei solche Einstellung, abgesehen von deren Recht, die Zusammenarbeit stärker beeinträchtigt als die Interessenwidersprüche selbst. *„Das fehlende Vertrauen zu Deutschland sowie die ihm zugeschriebene Unfähigkeit bzw. sein Unwille, Polen als gleichberechtigten Partner zu behandeln, mit dessen Standpunkt und Interessen man sich auseinander setzen muss, ist mit Sicherheit die schwerwiegendste Ursache der gegenwärtigen Krise in den gegenseitigen Beziehungen. Dieses Problem ist zweifellos gewichtiger als die tatsächlichen Interessendivergenzen...“*²⁶⁹

In diesem Zusammenhang betont Kai-Olaf Lang, dass der analysierte Aspekt in der Ostpolitik und auf deren wichtigsten Konfliktlinie, nämlich in Beziehungen zu Russland, besonders ausgeprägt war. *„Nach dem Wahlsieg der Kaczyński-Brüder im Herbst 2005 ist in der polnischen Regierungspolitik ein ausgeprägtes Misstrauen gegenüber Deutschland sichtbar, das die deutsch-polnische Kooperation in zahlreichen Bereichen und erst recht auf einem so sensitiven Feld wie den Beziehungen zu Osteuropa und Russland verkompliziert.“*²⁷⁰

Wie es in diesem und dem vorigen Kapitel gezeigt wurde, sind die beiden Seiten, sowohl Polen als auch Deutschland, für deren voneinander abweichenden Positionierung und wachsenden Interessenunterschiede in bestimmten Bereichen verantwortlich. Mit dieser Analyse war es jedoch zu zeigen, dass das Misstrauen Polens gegenüber Deutschlands, das einerseits durch die Geschichtspolitik und andererseits durch einseitige Verschiebung der Verantwortung in Richtung Berlin, eine Chance darauf reduziert hat, dass Polen und Deutschland sich für eine gemeinsame Ostpolitik einsetzen und somit gemeinsam zu einem

²⁶⁹ Buras, Piotr. Gelingt Europa gemeinsam? Polens Europapolitik und die deutsche EU-Ratspräsidentschaft. Zentrum für Internationale Beziehungen. Konrad-Adenauer-Stiftung, Warschau, Mai 2007, S.40

²⁷⁰ Lang, Kai-Olaf. Polen, Deutschland und die EU-Ostpolitik: Spannungsfelder und Kooperationspotentiale. In: Jäger, Thomas; Dylla, Daria W. (2008). Deutschland und Polen. Die europäische und internationale Politik. VS Verlag für Sozialwissenschaften, 1. Auflage, Wiesbaden, S.132

Motor der EU-Ostpolitik werden, wovon auch die zwei folgenden zu analysierenden Aspekte zeugen sollen.

Dieser Faktor lässt sich nämlich von dem zweiten zu analysierenden Aspekt der ostpolitischen Kooperation, nämlich den bi- und multilateralen Beziehungen zu Deutschland im Kontext der gemeinsamen EU-Politikgestaltung, nicht abtrennen, wobei es hier eine bedeutsame Stagnation und, so Buras, „...das Einfrieren des politischen Dialogs und eine Eskalation der Schuldzuweisungen...“²⁷¹ aufzuweisen ist.

Dies geht nämlich zum einen auf das geringe Kooperationspotential, welches aus den Interessenwidersprüchen und der konfrontativen PIS-Politik resultiert, und zum anderen auf die unter den Nationalkonservativen propagierte Auffassung zurück, dass der Rückgang an gemeinsamen Interessenbereichen eine Einschränkung der bilateralen Zusammenarbeitspotentiale und tatsächlichen Kontakte bewirkt. „Auf polnischer Seite handelt es sich hierbei um die Neigung, nach dem Prinzip zu handeln: „Je mehr Interessenunterschiede, desto weniger Kontakte mit Deutschland.““²⁷²

Erstens ist hier die Relevanz der Abkühlung der gegenseitigen bilateralen Beziehungen zu betonen. Buras bewertet diesen Sachverhalt kritisch, indem er die Polens Kooperation mit Deutschland einerseits als ein erfolgreiches Mittel und andererseits als eine Notwendigkeit für die Durchsetzung der polnischen außenpolitischen Ziele bezeichnet. „Deutschland auf internationaler Bühne zu meiden, ist im Fall Polens weder möglich noch ratsam. Die Mehrheit der polnischen Ziele in der Außenpolitik lässt sich am leichtesten im Zusammenwirken mit Deutschland erreichen, und die Verwirklichung eigener von ihnen (Ostpolitik) ist ohne seine Zustimmung gänzlich unmöglich.“²⁷³ Daraus ist es schlusszufolgern, dass die erfolgreiche Forcierung der polnischen ostpolitischen Vorschläge eine effiziente Kooperation mit Berlin erfordert. Diese Anmerkung bestätigt, dass die nationalkonservative Vorgehensweise die Chance Polens, sein eigenes ostpolitisches Konzept durchzusetzen, vermindern lässt.

²⁷¹ Buras, Piotr. Gelingt Europa gemeinsam? Polens Europapolitik und die deutsche EU-Ratspräsidentschaft. Zentrum für Internationale Beziehungen. Konrad-Adenauer-Stiftung, Warschau, Mai 2007, S.41

²⁷² Buras, Piotr. Gelingt Europa gemeinsam? Polens Europapolitik und die deutsche EU-Ratspräsidentschaft. Zentrum für Internationale Beziehungen. Konrad-Adenauer-Stiftung, Warschau, Mai 2007, S.41

²⁷³ Buras, Piotr. Gelingt Europa gemeinsam? Polens Europapolitik und die deutsche EU-Ratspräsidentschaft. Zentrum für Internationale Beziehungen. Konrad-Adenauer-Stiftung, Warschau, Mai 2007, S.41

Zweitens ist es auf die in der vorigen PIS-Analyse besprochene Abschaffung der trilateralen Konsultationen zwischen Warschau, Berlin und Paris im Rahmen des Weimarer Dreiecks zu verweisen. Oben habe ich die Bedeutung von dieser Initiative hinsichtlich der stärkeren EU-Position Polens und deren Aufwertung gegenüber der zwei grössten EU-Partner betont. Hier ist es wiederum auf die Relevanz des Weimarer Dreiecks in Bezug auf die EU-ostpolische Zusammenarbeit selbst zu verweisen, wobei Cornelius Ochmann suggeriert, dass die Zusammenarbeit im Rahmen des Weimarer Dreiecks „...einer Koordinierung der Europapolitik der drei EU-Staaten dienen...“²⁷⁴ und die EU-Ostpolitik als eine Herausforderung betrachten kann. Vielmehr ist es auf diesen Sachverhalt in der unten anzuführenden Analyse der im Rahmen der ÖP vertieften Kooperationsentwicklungen zwischen Polen, Deutschland und Frankreich, aber auch den ÖP-Adressaten und Russland zu verweisen, wobei Ochmann eine besondere Bedeutung der besprochenen bisher trilateralen Ebene unterstreicht.²⁷⁵ Ähnlicherweise schreibt Ireneusz Bril einer verstärkten Formel des Weimarer Dreiecks eine besondere Rolle in der Vertiefung der polnisch-deutschen Kooperation zwecks der Verstärkung der Polens Position in Europa zu.²⁷⁶

Drittens ist es dabei auf die Relevanz der bilateralen Kooperationskrise hinsichtlich der Position der gesamten EU gegenüber der Drittstaaten, hier der osteuropäischen Region, zu verweisen. Ausgehend von der Annahme, dass die EU über eine unvergleichbar stärkere politische Kapazität als Polen allein verfügt und dass Ausarbeitung eines gemeinsamen europäischen den polnischen Prinzipien möglichst stark entsprechenden Ansatzes in einem selbstverständlichen Interesse Warschaus liegt, ist die Verschärfung der Trennlinien in den Beziehungen zu Deutschland negativ zu bewerten. Diesen Sachverhalt nimmt Lang wahr, indem er einen Bedarf an polnisch-deutsche russlandpolitische Zusammenarbeit zwecks Verstärkung der gesamten Ostpolitik betont: „Polen muss dabei anerkennen, dass der

²⁷⁴ Ochmann, Cornelius. Östliche Partnerschaft – Perspektiven einer europäischen Ostpolitik. In: Polen-Analysen, Nr.72/10, 15.06.2010. Deutsches Polen-Institut, Forschungsstelle Osteuropa, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., abrufbar unter: <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen72.pdf>, letzter Zugriff: 4.01.2012, S.4

²⁷⁵ Ochmann, Cornelius. Östliche Partnerschaft – Perspektiven einer europäischen Ostpolitik. In: Polen-Analysen, Nr.72/10, 15.06.2010. Deutsches Polen-Institut, Forschungsstelle Osteuropa, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., abrufbar unter: <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen72.pdf>, letzter Zugriff: 4.01.2012, S.4

²⁷⁶ Bril, Ireneusz. Dylematy i perspektywy stosunków polsko-niemieckich. In: Internetportal <http://www.stosunkimiedzynarodowe.info/>, 25.01.2010, abrufbar unter: http://stosunkimiedzynarodowe.info/artukul,587,Dylematy_i_perspektywy_stosunkow_polsko?niemieckich, letzter Zugriff 18.01.2012

brachiale „Export“ bilateraler Probleme mit Russland auf die EU-Ebene zur Schwächung eines gemeinsamen Ansatzes der Union führen kann.“²⁷⁷ Damit möchte ich jedoch nicht suggerieren, dass Polen alle deutschen Ziele zustimmen und somit mögliche Interessenwidersprüche verschweigen muss, sondern dass es eine möglichst tiefe Kooperation mit Deutschland anstreben soll, statt eine Konfrontationspolitik zu pflegen, weil die Verstärkung einer einheitlichen EU-Stimme in den ostpolitischen Fragen das Durchsetzen der polnischen Interessen erleichtern könnte.

Der dritte relevante Aspekt, den die Analyse der nationalkonservativen Deutschlandpolitiken umfassen sollte, bezieht sich wiederum auf die ostpolitischen Entwicklungen während der deutschen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 und besonders auf den Berlins Vorschlag zur so genannten ENP Plus. Es ist nicht schwierig, dabei von einer Feststellung auszugehen, dass die von der Regierung PIS definierte Bedrohung der deutschen im Zuge der EU-Integrationsprozesse anzustrebenden Übermacht in Europa die Entwicklung eines polnisch-deutschen ostpolitischen Kooperationspotentials auf der EU-Ebene natürlicherweise nicht vorantreiben ließ. Kai-Olaf Lang formuliert dabei die Auffassung, dass sich die Nationalkonservativen für eine polnisch-deutsche Ostpolitikgestaltung zwecks Errichtung eines „einheitlichen“ ostpolitischen EU-Ansatzes nicht eingesetzt haben, wobei *„...die deutsch-polnische Koordination zum Thema „Osten“ auch während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft keine Durchschlagskraft entwickelte.“* Davon ausgehend scheiterte die Chance, während des deutschen Ratsvorsitzes ein gemeinsames EU-ostpolitisches Konzept mitzugestalten und dabei zu einer Treibkraft der EU zu werden.

Dies ist in der Entwicklung des deutschen Vorschlags zur angesprochenen ENP Plus zu bestätigen. Kai-Olaf Lang verweist dabei auf eine von der deutschen Seite fortzusetzende Art Dreiklang im Rahmen der EU-Ostbeziehungen, der, neben der Vertiefung der EU-Russland-Beziehungen und Implementierung einer neuen Zentralasienstrategie, genauso die Aufwertung

²⁷⁷ Lang, Kai-Olaf. Polen, Deutschland und die EU-Ostpolitik: Spannungsfelder und Kooperationspotentiale. In: Jäger, Thomas; Dylla, Daria W. (2008). Deutschland und Polen. Die europäische und internationale Politik. VS Verlag für Sozialwissenschaften, 1. Auflage, Wiesbaden, S.135

der ENP-Ostdimension vorsah.²⁷⁸ Ausführlicher setzt sich wiederum Piotr Buras mit dem deutschen ENP-Vorschlag als der zweiten Säule der Deutschlands Ostpolitik auseinander und er verwies dabei auf dessen Prinzip der, allgemein gesagt, politischen, rechtlichen und finanziellen Aufwertung der östlichen Dimension.²⁷⁹

Hingegen betont Lang, dass sofern Polen an die Aufwertung der ENP-Ostdimension besonders interessiert war und im Vorfeld des deutschen Ratsvorsitzes einen Vorschlag zur Vertiefung der ENP selbst formulierte, verweigerte sich Warschau der Unterstützung für die deutsche Idee. *„Auch wenn derlei Gedanken in den allgemeinen Prozess einfließen, der schließlich zum von den Staats- und Regierungschefs indossierten Fortschrittsbericht zur ENP führte, fehlte es den polnischen Vorstößen an der Abstützung durch einen engen und schwungvollen politischen Dialog mit der deutschen Ratspräsidentschaft.“*²⁸⁰

Es ist von dieser Entwicklung schlusszufolgern, dass die Polens Verweigerung, den deutschen Vorschlag zu unterstützen, sich nicht in der Einstellung zu dem Konzept selbst, sondern vielmehr in der Wahrnehmung seines Initiativautors zu begründen lässt. Um dies wenigstens teilweise nachweisen zu können, sind die drei folgenden Argumente anzuführen, die die Widersprüchlichkeit des Konzepts ENP Plus und der Polens ostpolitischen Prinzipien bzw. Interessen ausschließen lassen und vielmehr von einem guten Kooperationspotential in diesen Bereich zeugen.

Erstens hat die von mir oben durchgeführte Analyse der polnisch-deutschen ostpolitischen Kooperationspotentiale eine weitgehende Übereinstimmung zwischen Warschau und Berlin im Bereich der ENP aufgewiesen.

Zweitens analysiert Piotr Buras, wie gesagt, die einzelnen Inhalte des deutschen Vorschlags der ENP Plus selbst und er kommt dabei zur Schlussfolgerung, dass diese mit den polnischen Interessen, ausgenommen der mehrmals besprochenen Forcierung der Mitgliedschaftsperspektive, im Einklang stehen. *„Deutsche Postulate in diesem Bereich (ENP*

²⁷⁸ Lang, Kai-Olaf. Polen, Deutschland und die EU-Ostpolitik: Spannungsfelder und Kooperationspotentiale. In: Jäger, Thomas; Dylla, Daria W. (2008). Deutschland und Polen. Die europäische und internationale Politik. VS Verlag für Sozialwissenschaften, 1. Auflage, Wiesbaden, S.132-133

²⁷⁹ Buras, Piotr. Gelingt Europa gemeinsam? Polens Europapolitik und die deutsche EU-Ratspräsidentschaft. Zentrum für Internationale Beziehungen. Konrad-Adenauer-Stiftung, Warschau, Mai 2007, S.27-28

²⁸⁰ Lang, Kai-Olaf. Polen, Deutschland und die EU-Ostpolitik: Spannungsfelder und Kooperationspotentiale. In: Jäger, Thomas; Dylla, Daria W. (2008). Deutschland und Polen. Die europäische und internationale Politik. VS Verlag für Sozialwissenschaften, 1. Auflage, Wiesbaden, S.133

Plus) (...) kommen den polnischen Erwartungen entgegen und bilden eine sehr gute Ebene für die Zusammenarbeit.“²⁸¹

Drittens verweist Buras auf die Relevanz der Polens Unterstützung für den deutschen Vorschlag, wobei die Forcierung eines gemeinsamen den polnischen Prinzipien zu grossem Ausmaß entsprechenden ostpolitischen Konzepts nicht nur die Kooperation mit Deutschland selbst entwickelt, aber v.a. den deutschen russlandpolitischen Ansatz gewissermaßen neutralisieren lässt. *„Die aktive Beteiligung Deutschlands hat bei diesen Angelegenheiten für Polen Schlüsselbedeutung. Es handelt sich nicht nur darum, einen wichtigen Verbündeten zu gewinnen, sondern auch darum, ein gewisses Gleichgewicht in der deutschen Ostpolitik wiederherzustellen, die aus Warschauer Perspektive zu einseitig auf Moskau ausgerichtet ist.*“²⁸² Dies geht wiederum auf die von mir gestellte These hinsichtlich der Ausbalancierung der deutschen Ostpolitik im Kontext der gemeinsamen EU-Mitgliedschaft.

Vielmehr interpretierte Cianciara in ihrer Analyse für das Institute of Public Affairs, dass die Absage an den Vorschlag der ENP Plus, indem die polnische Seite einen mit ihren Prinzipien einstimmenden Entwurf abgelehnt haben, in dem vorrangigen deutschlandkritischen Policy der Regierung PIS zu erklären ist. *„Due to its hostile attitude towards cooperation with Germany, the PiS government easily dismissed the German presidency as not attaching enough importance to the Eastern Dimension of the ENP. It neglected the project of the ‘ENP Plus’ at the heart of the ‘Neue Ostpolitik, which was the main goal of the Presidency, next the revival of the Commission Treaty. The PiS government did not support the initiative, despite the fact that it was more favourable to the East in terms of funds redistribution than the final Commission proposal of a ‘strengthened ENP’.*“²⁸³

²⁸¹ Buras, Piotr. Gelingt Europa gemeinsam? Polens Europapolitik und die deutsche EU-Ratspräsidentschaft. Zentrum für Internationale Beziehungen. Konrad-Adenauer-Stiftung, Warschau, Mai 2007, S.35

²⁸² Buras, Piotr. Gelingt Europa gemeinsam? Polens Europapolitik und die deutsche EU-Ratspräsidentschaft. Zentrum für Internationale Beziehungen. Konrad-Adenauer-Stiftung, Warschau, Mai 2007, S.36

²⁸³ Cianciara, Agnieszka K. (2008). ‘Eastern Partnership’ – opening a new chapter of Polish Eastern policy and the European Neighbourhood Policy? Analyses & Opinions. The Institute of Public Affairs. No.4, June 2008, Warsaw, abrufbar unter: <http://isp.org.pl/files/8679201040703671001213792577.pdf>, letzter Zugriff: 10.01.2012, S.9

4.3. Entwicklungen unter der PO-Regierung – auf dem Wege zum Tandem?

Meine weitere Analyse sollte die Entwicklung und gegenseitige Standpunkte mit einschließen, die im Zuge der liberal-konservativen Regierung PO zustande kamen und kommen, wobei es einerseits die Kooperation zwischen Warschau und Berlin im Rahmen der ÖP und andererseits die intensivierete Zusammenarbeit hinsichtlich des russlandpolitischen Ansatzes mit einzuschließen ist, um auf diese Weise die Position Polens gegenüber Deutschland im Rahmen der gesamten EU-Ostpolitik zu zeigen.

4.3.1. Polen, Deutschland und die ÖP:

Hierbei ist es wichtig, erstens, die polnisch-deutschen ostpolitischen Verhältnisse im Kontext der Östlichen Partnerschaft zu forschen und damit der Frage nachzugehen, inwieweit dieses von Polen durchgesetzte EU-Politikkonzept von Deutschland zugestimmt wird sowie inwieweit die beiden Staaten in dessen Rahmen zusammenarbeiten. Das Aufweisen von einer weitgehenden polnisch-deutschen Interessengemeinschaft als auch Zusammenarbeit in diesem Bereich sollte die These bestätigen, dass Polen auf diese Weise einerseits einen grossen Verbündeten hat, der die polnische EU-Durchsetzungskraft vergrössern lässt und dass es zweiterseits sein ostpolitisches ukraineeorientiertes Konzept gegenüber der deutschen stärker russlandorientierten Vision im Rahmen der EU ausbalanciert.

Es ist hier von der bereits begründeten These auszugehen, dass die EU-freundliche Vorgehensweise unter Ministerpräsident Donald Tusk eine erfolgreiche Durchsetzung des polnischen ÖP-Projekts auf der EU-Ebene determiniert hat. Die von der Regierung PO geführte deutschlandoffene Politik bildet wiederum eine Grundlage, die polnisch-deutsche Zusammenarbeit im Rahmen von dieser neuen EU-Ostpolitik voranzutreiben und somit deren Implementierungseffizienz steigen lassen. Das Aufweisen von den Polens deutschlandpolitischen Entwicklungen nach 2007 sollte im Zuge der Analyse der Zusammenarbeitsfortschritten gleichzeitig erfolgen.

Es sind jedoch zuerst die gemeinsamen inhaltlichen Standpunkte oder Einstellungen zu dem Konzept der ÖP zu analysieren, um somit auf die Kooperationspotentiale in diesem

Bereich zu verweisen. Zweitens sollen es wiederum die prozeduralen polnisch-deutschen Entwicklungen im Rahmen der ÖP angenähert werden, die eine gemeinsame Orientierung und tatsächliche Kooperation der beiden Staaten in diesem Bereich bestätigen sollten.

4.3.1.1. ÖP-Policies

Inhaltlich unterstützt Deutschland das ÖP-Konzept in einigen wesentlichen Aspekten. Hier ist es von dem allgemeinen Faktor der ENP-Trennung in ihre Süd- und Ostdimension auszugehen. Es muss dabei zwar an Erinnerung gebracht werden, dass Polen im Zuge des Polens EU-Beitritts sowie der nationalkonservativen Regierungsperiode seine grösste Kritik an die Definierung der EU-Ostpolitik im ENP-Rahmen gerichtet hat und kein Interesse bzw. Unterstützung für die Südpolitik afwies, während Deutschland sich kontinuierlich gegen die strukturelle Trennung der ENP aussprach und an die beiden Dimension orientiert war.²⁸⁴

Gegenwärtig setzen sich die beiden Staaten für eine Gleichgewichtspolitik. Die neue PO-Regierung hat sich nämlich, wie bereits analysiert, für die Unterstützung der UfM eine Unterstützung der südeuropäischen EU-Staaten für die ÖP gesichert. Außerdem hat Warschau eine umfassende Trennung der Nachbarschaftsinstrumente, trotz ursprünglicher Ungewissheiten, nicht befürwortet, weil diese eine EU-nachbarschaftspolitische Koalition mit den an den Süden interessierten EU-Staaten abschaffen und somit die Position der an die ÖP-orientierten Akteure bei den EU-Haushaltsverhandlungen schwächen würde.²⁸⁵

Deutschland argumentiert dabei seine Orientierung an die Süddimension ähnlicherweise. *„Deutschland setzten – und setzen sich weiterhin – der Trennung der Europäischen Nachbarschaftspolitik wider, es ist nämlich bewusst, dass die im Süden Europas gelegen Staaten nur dann Osten unterstützen werden, wenn die ENP-Süddimension von den restlichen Staaten unterstützt wird.“*²⁸⁶ Darüber hinaus erinnert Agnieszka Łada in seiner Analyse für das

²⁸⁴ Łada, Agnieszka. Stanowisko Niemiec wobec Partnerstwa Wschodniego. In: Łada, Agnieszka. Stanowisko Niemiec wobec Partnerstwa Wschodniego. In: Kaca, Elżbieta; Łada, Agnieszka (2011). Razem czy osobno? Partnerstwo Wschodnie w polityce Polski i Niemiec. Instytut Spraw Publicznych, Warszawa, abrufbar unter: <http://www.isp.org.pl/uploads/pdf/1628383635.pdf>, letzter Zugriff: 10.01.2012, S.33

²⁸⁵ Kaca, Elżbieta. Stanowisko Polski wobec Partnerstwa Wschodniego. In: Kaca, Elżbieta; Łada, Agnieszka (2011). Razem czy osobno? Partnerstwo Wschodnie w polityce Polski i Niemiec. Instytut Spraw Publicznych, Warszawa, abrufbar unter: <http://www.isp.org.pl/uploads/pdf/1628383635.pdf>, letzter Zugriff: 10.01.2012, S.20

²⁸⁶ Łada, Agnieszka. Stanowisko Niemiec wobec Partnerstwa Wschodniego. In: Łada, Agnieszka. Stanowisko Niemiec wobec Partnerstwa Wschodniego. In: Kaca, Elżbieta; Łada, Agnieszka (2011). Razem czy osobno? Partnerstwo Wschodnie w polityce Polski i Niemiec. Instytut Spraw Publicznych, Warszawa, abrufbar unter:

Institute of Public Affairs daran, dass der Sarkozys Vorschlag zur UfM mit keinem Enthusiasmus von Berlin angenommen wurde.²⁸⁷ Dies sollte also die Tatsache bestätigen, dass Berlin seine Gleichgewichtspolitik zwischen Süd und Ost v.a. im ostpolitischen Interesse führt.

Von diesem Vergleich ist es festzustellen, dass die beiden Staaten keine strukturelle Trennung der ENP heute forcieren wollen und stattdessen gegenseitige Unterstützung des Südens und Ostens erwarten, was ihr pragmatisches Interesse an die ENP-Süddimension und die Gleichgewichtspolitik determiniert sowie gemeinsames Ziel in diesem Bereich bestätigt.

In diesem Kontext muss es aber auch darauf verwiesen werden, dass Polen und Deutschland eine starke Diversifizierung zwischen den ENP-Adressaten befürworten, wobei diese sowohl auf der Linie Ost-Süd als auch zwischen den einzelnen Adressaten erfolgen sollte.

Zum einen weist Deutschland sein besonderes Interesse an die Aufwertung der Ostpolitik gegenüber dem Süden, wobei der bereits angesprochene Vorschlag zur ENP Plus die deutsche ostpolitische und dem Süd-Lobby gegenüber zu stellende Orientierung äußerte sowie auch, so Łada, seine politische Unterstützung für die ÖP determinierte.²⁸⁸ In diesem Zusammenhang wurde Deutschland gewissermaßen zu einem „natürlichen“ Befürworter der polnischen Idee.

Zum zweiten setzte sich Deutschland, ähnlich zu Polen, für eine innere Diversifizierung der ÖP-Adressaten, indem die Aktionspläne, Abkommen und andere Maßnahmen individuelle Entwicklungsfortschritte und -merkmale jeweiligen Staates berücksichtigen müssen. Die beiden Staaten betonen dabei die grossen Entwicklungsunterschiede zwischen den osteuropäischen Staaten und sie argumentieren ihren Standpunkt darin, dass die

<http://www.isp.org.pl/uploads/pdf/1628383635.pdf>, letzter Zugriff: 10.01.2012, S.33, eigene Übersetzung aus dem Polnischen

²⁸⁷ Łada, Agnieszka. Stanowisko Niemiec wobec Partnerstwa Wschodniego. In: Łada, Agnieszka. Stanowisko Niemiec wobec Partnerstwa Wschodniego. In: Kaca, Elżbieta; Łada, Agnieszka (2011). Razem czy osobno? Partnerstwo Wschodnie w polityce Polski i Niemiec. Instytut Spraw Publicznych, Warszawa, abrufbar unter: <http://www.isp.org.pl/uploads/pdf/1628383635.pdf>, letzter Zugriff: 10.01.2012, S.28

²⁸⁸ Łada, Agnieszka. Stanowisko Niemiec wobec Partnerstwa Wschodniego. In: Łada, Agnieszka. Stanowisko Niemiec wobec Partnerstwa Wschodniego. In: Kaca, Elżbieta; Łada, Agnieszka (2011). Razem czy osobno? Partnerstwo Wschodnie w polityce Polski i Niemiec. Instytut Spraw Publicznych, Warszawa, abrufbar unter: <http://www.isp.org.pl/uploads/pdf/1628383635.pdf>, letzter Zugriff: 10.01.2012, S.28

Kooperationsvertiefung mit jeweiligem ÖP-Adressat nur mit starkem Rücksicht auf seine individuellen Ambitionen und Reformen effizient erfolgen kann.²⁸⁹

Drittens können Polen und Deutschland im politisch-rechtlichen Rahmen der ÖP zusammenarbeiten, indem sie die von der Kommission vorgesehene Vertiefung der Abkommensgrundlage, v.a. für die Ukraine, befürworten. Einerseits ist es dabei zu betonen, dass soweit Berlin, im Vergleich zu Warschau, die Ausarbeitung des Assoziierungsabkommens für Kiew von dessen innenpolitischen Entwicklungen stärker abhängig macht, unterstützen die beiden Staaten diesen Prozess im Allgemeinen. Andererseits setzen sich Polen und Deutschland für die Ratifizierung des Freihandelsabkommens mit dem betroffenen Ostnachbar gleichermaßen intensiv, wobei die ISP-Analyse auch die deutsche Forcierung zu diesem Thema im Europäischen Parlament anspricht.²⁹⁰

Viertens bleiben Warschau und Berlin im Bereich der Finanzierung der ÖP-Projekten in grossem Ausmaß einig. Deutschland hat, wie gesagt, eine Erhöhung der finanziellen Mittel für die ENP-Ostdimension während seiner Ratspräsidentschaft 2007 forciert und es spricht sich für stärkere Finanzierung der ÖP selbst. Die ISP-Analyse betont dabei, dass die beiden Staaten sowohl eine gemeinsame Einstellung zu dem aktuellen Sachverhalt haben als auch sich für ähnliche Politics setzten. *„Deutschland stimmt Polen zu, dass die Einteilung der [finanziellen] Mittel in der ENP – ein Drittel für die Ost- und zwei Drittel für die Südnachbarstaaten – nicht gänzlich befriedigend ist. Warschau und Berlin sprechen hier mit einer Stimme gegenüber der EU-Südstaaten. Die beiden Staaten sind gleichzeitig bewusst, dass Verschiebungen jetzt eher unmöglich sind, sie rechnen also darauf, dass diese Einteilung zuungunsten der Östlichen Partnerschaft nicht verändert wird.“*²⁹¹

²⁸⁹ Łada, Agnieszka. Stanowisko Niemiec wobec Partnerstwa Wschodniego. In: Łada, Agnieszka. Stanowisko Niemiec wobec Partnerstwa Wschodniego. In: Kaca, Elżbieta; Łada, Agnieszka (2011). Razem czy osobno? Partnerstwo Wschodnie w polityce Polski i Niemiec. Instytut Spraw Publicznych, Warszawa, abrufbar unter: <http://www.isp.org.pl/uploads/pdf/1628383635.pdf>, letzter Zugriff: 10.01.2012, S.33

²⁹⁰ Łada, Agnieszka. Stanowisko Niemiec wobec Partnerstwa Wschodniego. In: Łada, Agnieszka. Stanowisko Niemiec wobec Partnerstwa Wschodniego. In: Kaca, Elżbieta; Łada, Agnieszka (2011). Razem czy osobno? Partnerstwo Wschodnie w polityce Polski i Niemiec. Instytut Spraw Publicznych, Warszawa, abrufbar unter: <http://www.isp.org.pl/uploads/pdf/1628383635.pdf>, letzter Zugriff: 10.01.2012, S.33

²⁹¹ Łada, Agnieszka. Stanowisko Niemiec wobec Partnerstwa Wschodniego. In: Łada, Agnieszka. Stanowisko Niemiec wobec Partnerstwa Wschodniego. In: Kaca, Elżbieta; Łada, Agnieszka (2011). Razem czy osobno?

Darüber ist es in diesem Kontext die polnische Idee zur Errichtung des Europäischen Fonds für Demokratie²⁹² zu berühren. Soweit sich Deutschland auf finanzielle Unterstützung der demokratischen Entwicklungen im Osten seitens eigener politischen Stiftungen sowie im Rahmen der deutschen Entwicklungshilfe vielmehr konzentriert und in diesem Kontext den Vorschlag Warschaws nicht befürwortet, sollte es, so Łada, diesem nicht widersprechen.²⁹³

Das Aufweisen der gemeinsamen Standpunkte zu den Inhalten und Annahmen der ÖP-Entwicklungsprozesse bestätigt also ein grosses Kooperationspotential zwischen Polen und Deutschland in diesem Bereich. Es lässt sich davon schlussfolgern, dass die beiden Staaten im Rahmen dieses polnischen ostpolitischen Vorschlags erfolgreich zusammenarbeiten können.

4.3.1.2. Prozedurale Aspekte der ÖP-Zusammenarbeit:

Die These zur polnisch-deutschen Kooperation im Rahmen der ÖP sollte in der Analyse der prozeduralen Politikaspekte weiter argumentiert werden, die von der Deutschlands Unterstützung für den polnischen Projekt zeugen. Es ist aber dabei der Sachverhalt zu berücksichtigen, dass die bisherige noch sehr kurz dauernde Implementierung der ÖP vielmehr auf „working level“ erfolgt und noch keinen der wesentlichsten ÖP-Punkte durchsetzen ließ. In diesem Zusammenhang beschränkt sich die Analyse der realpolitischen Dimensionen der polnisch-deutschen Zusammenarbeit eher auf das Aufweisen der verbalen Unterstützung seitens deutscher Politiker sowie seiner Teilnahmen an den bisher wichtigsten ÖP-Ereignissen.

Erstens betont das Raport des Polish Institute of International Affairs zur ÖP-Inauguration mehrmalige Unterstützung für den polnisch-schwedischen Vorschlag seitens der Bundeskanzlerin Merkel sowie des Außenministers Steinmeier, und es führt zur Bestätigung

Partnerstwo Wschodnie w polityce Polski i Niemiec. Instytut Spraw Publicznych, Warszawa, abrufbar unter: <http://www.isp.org.pl/uploads/pdf/1628383635.pdf>, letzter Zugriff: 10.01.2012, S.34-35

²⁹² Bosacki, Marcin. Verabschiedung der Erklärung über die Einrichtung des Europäischen Fonds für Demokratie. Internetportal der polnischen EU-Ratspräsidentschaft. Außenministerium der Republik Polen, 16.12.2011, abrufbar unter: <http://pl2011.eu/de/content/verabschiedung-der-erklarung-ueber-die-einrichtung-des-europaeischen-fonds-fuer-demokratie>, letzter Zugriff: 10.01.2012

²⁹³ Łada, Agnieszka. Stanowisko Niemiec wobec Partnerstwa Wschodniego. In: Łada, Agnieszka. Stanowisko Niemiec wobec Partnerstwa Wschodniego. In: Kaca, Elżbieta; Łada, Agnieszka (2011). Razem czy osobno? Partnerstwo Wschodnie w polityce Polski i Niemiec. Instytut Spraw Publicznych, Warszawa, abrufbar unter: <http://www.isp.org.pl/uploads/pdf/1628383635.pdf>, letzter Zugriff: 10.01.2012, S.36

einige Reden der beiden Spitzenpolitiker an, die 2008, also noch vor der offiziellen Ausrufung des Konzepts, in Polen und Berlin gehalten wurden.²⁹⁴

Zweitens verweist Cornelius Ochmann in seiner Analyse für die Bertelsmann Stiftung auf die Tatsache, dass die ÖP die grösste Unterstützung aus dem Bundeskanzleramt und von der Bundeskanzlerin selbst erhielt. Dies kam während der Merkels Teilnahme an dem ÖP-Gründungsgipfel in Prag zum Ausdruck, wobei Deutschland als der einzige Staat von den wichtigsten EU-Akteuren auf der Staats- und Regierungsebene höchstpersönlich vertreten war.²⁹⁵ In seiner anderen ÖP-Analyse fasst Ochmann dies wie folgt zusammen: *„Die Bundeskanzlerin selbst, die als einzige Vertreterin der europäischen „Schwergewichte“ beim Prager Gipfel im Mai 2009 anwesend war, gab dem polnisch-schwedischen Vorschlag ihre volle Unterstützung.“*²⁹⁶ Es sind dabei die folgenden Worte von Angela Merkel nach Ochmann anzuführen: *„Die Östliche Partnerschaft ist ein Projekt, das dem Frieden, der Entwicklung und dem Austausch dient.“*²⁹⁷

Des Weiteren, bestätigte die Bundeskanzlerin Merkel ihre Unterstützung für die polnische Idee während der gemeinsamen polnisch-deutschen Regierungskonsultationen in Warschau am 21.06.2011, die zum 20. Jahrestag der Unterzeichnung des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit stattfanden. Gabriele Lesser führt für die deutsche Tageszeitung TAZ die Worte von Merkel direkt an: *„Wir wissen, wie wichtig für Polen die östliche Partnerschaft ist, also die Beziehungen zu den an die EU angrenzenden Nachbarn im*

²⁹⁴ Wojna, Beata; Gniazdowski, Mateusz (Hrsg.) (2009). Eastern Partnership: The Opening Report. Reports Eastern Partnership. The Polish Institute of International Affairs. Warsaw, April 2009, abrufbar unter: <http://www.pism.pl/index/?id=ccce2fab7336b8bc8362d115dec2d5a2>, letzter Zugriff: 4.01.2012, S.29

²⁹⁵ Ochmann, Cornelius (2010). Die Zukunft der östlichen Partnerschaft aus deutscher Sicht. Bertelsmann Stiftung, Gütersloh, abrufbar unter: http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_31394_31395_2.pdf, ;letzter Zugriff: 3.01.2012, S.8

²⁹⁶ Ochmann, Cornelius. Östliche Partnerschaft – Perspektiven einer europäischen Ostpolitik. In: Polen-Analysen, Nr.72/10, 15.06.2010. Deutsches Polen-Institut, Forschungsstelle Osteuropa, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., abrufbar unter: <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen72.pdf>, letzter Zugriff: 4.01.2012, S.3

²⁹⁷ Ochmann, Cornelius. Östliche Partnerschaft – Perspektiven einer europäischen Ostpolitik. In: Polen-Analysen, Nr.72/10, 15.06.2010. Deutsches Polen-Institut, Forschungsstelle Osteuropa, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., abrufbar unter: <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen72.pdf>, letzter Zugriff: 4.01.2012, S.3

*Osten. Wir werden alles tun, um dieses Projekt Polens zu einem Erfolg werden zu lassen.*²⁹⁸
In der gemeinsamen Erklärung der beiden Regierungen selbst wurde eine enge Kooperation zwischen Polen und Deutschland im Rahmen der ENP und der ÖP betont.²⁹⁹

Viertens zeugen die Entwicklungen während der polnischen Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2011 und v.a. während dem Warschauer ÖP-Gipfel davon, dass Berlin sein besonderes Interesse an das polnische Konzept artikuliert. Soweit alle EU-Staaten, außer Italien und Zypern, auf der Staats- und Regierungsebene an dem Gipfel vertreten waren, wurde das zweitgrößte EU-Land, nämlich Frankreich, von seinem Premierminister Francois Fillon und nicht, wie erwünscht, von Präsident Nicolas Sarkozy repräsentiert.³⁰⁰ In diesem Kontext ist die Anwesenheit von Angela Merkel umso stärker zu betonen.

Darüber hinaus verweist Agnieszka Łada in ihrer Analyse für das Institute of Public Affairs auf informelle Stimmen, nach welcher der Termin des ÖP-Gipfels von dem Vorschlag von Herman Van Rompuy abweichen und den persönlichen Anwesenheitsmöglichkeiten der Bundeskanzlerin angepasst würde, was, so Łada, sowohl die grosse Bedeutung der ÖP für Deutschland als auch eine gute Zusammenarbeit zwischen Warschau und Berlin in diesem Bereich bestätige.³⁰¹

Die oben dargestellten Beispiele zeugen einerseits von ähnlichen Standpunkten zwischen Polen und Deutschland zu den wichtigsten Inhalten der ÖP und andererseits von einer starken Unterstützung der deutschen Spitzenpolitiker für deren bisherige Implementierung, was sowohl in den Reden zu diesem Thema als auch persönlichen Teilnahmen an den bisher wichtigsten

²⁹⁸ Lesser, Gabriele. Viva Polonia. TAZ, 22.06.2011, abrufbar unter: <http://www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=in&dig=2011%2F06%2F22%2Fa0052&cHash=981367bf4d>, letzter Zugriff: 20.01.2012

²⁹⁹ Gemeinsame Erklärung der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen zum 20. Jahrestag der Unterzeichnung des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit. Deutsche Botschaft Warschau, 21.06.2011, abrufbar unter: http://www.warschau.diplo.de/contentblob/3198110/Daten/1384734/GemeinsameErklrung_dl.pdf, letzter Zugriff: 20.01.2012

³⁰⁰ Na szczycie Partnerstwa Wschodniego Merkel, Barroso; zabraknie Sarkozy. Polnische Presseagentur PAP, 28.09.2011, abrufbar unter: http://www.europarlament.pap.pl/palio/html.run?_Instance=cms_ep.pap.pl&_PageID=1&_menuId=17&_nrDep=28849&_Checksum=900300955, letzter Zugriff: 20.01.2012

³⁰¹ Łada, Agnieszka. Stanowisko Niemiec wobec Partnerstwa Wschodniego. In: Kaca, Elżbieta; Łada, Agnieszka (2011). Razem czy osobno? Partnerstwo Wschodnie w polityce Polski i Niemiec. Instytut Spraw Publicznych, Warszawa, abrufbar unter: <http://www.isp.org.pl/uploads/pdf/1628383635.pdf>, letzter Zugriff: 10.01.2012, S.27

ÖP-Ereignissen zu bestätigen ist. Dadurch lässt sich die Schlussfolgerung ziehen, dass Deutschland zum grössten und somit wichtigsten EU-Befürworter für das von Polen vorbereitete Konzept wird, was seine Durchsetzungskraft auf der EU-Ebene wesentlich erheben soll. Außerdem lässt die Aufwertung der besprochenen EU-Politik ihre Position gegenüber der „strategischen“ EU-Beziehungen zu Russland, die von Polen häufig negativ gesehen werden, wenigstens zum Teil auf der EU-Agenda ausbalancieren.

4.3.2. Polen, Deutschland und der russische Ansatz

Zweitens ist die polnisch-deutsche ostpolitische Zusammenarbeit hinsichtlich des grössten oben definierten Konfliktpotentials, nämlich der unterschiedlichen Russlandwahrnehmung, zu analysieren. Mit Aufweisen der Annäherungsprozesse zwischen den russischen Ansätzen in Polen und Deutschland und der Intensivierung der gemeinsamen ostpolitischen Kooperation sollte es wiederum die These zu den Bemühungen, eine polnisch-deutsche Treibkraft auf der EU-Ebene zu errichten, nachgewiesen werden. Auf diese Weise strebt Polen das Ziel an, die EU-Russlandpolitik mit dem Staat mitzugestalten, der in diesen Entwicklungen traditionell eine Vorreiterrolle spielt, und somit eine gewisse Kontrolle über diesen mit den polnischen Prioritäten nicht gänzlich übereinstimmenden ostpolitischen Bereich auszuüben

In diesem Zusammenhang sollte die folgende Forschung von dem Rücksicht auf die gegenseitigen russlandpolitischen Entwicklungen in Polen und Deutschland ausgehen, die von einer gewissen Annäherung der beiden Standpunkte zeugen. Hier ist es einerseits auf den Kontext der Verfolgung eines freundlicheren Kurses nicht nur gegenüber Deutschland, aber auch gegenüber Russland unter Tusk zu verweisen, der sich auf diese Weise der deutschen russlandpolitischen Perzeption annähert. Andererseits sind es wiederum analoge Schritte seitens der Bundeskanzlerin Merkel und v.a. des Außenministers Westerwelle zu zeigen, die die deutsche Russlandwahrnehmung relativieren und sich der polnischen Vision annähern lassen.

Diese Annäherung ist zwar gering und die gegenseitigen Prinzipien bleiben eher unverändert oder zumindest ähnlich, jedoch ist dieser Prozess bemerkenswert. Dessen Aufweisen sollte nämlich eine Grundlage für die Ausarbeitung eines grösseren

Kooperationspotentials, oder, präziser gesagt, für die Einschränkung der Konfliktlinien zwischen Warschau und Berlin im Bereich Russlandpolitik darstellen.

In der Analyse der ÖP-Vorbereitung habe ich schon einen Normalisierungskurs Polens dargestellt, wobei es v.a. die Blockade des EU-Verhandlungsmandats für das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit Russland aufgehoben, die bilateralen Treffen auf der Höchstebene vorangetrieben und im Allgemeinen die Russlandwahrnehmung in Warschau entschärft wurde und zwar mit dem Ziel, u.a. eine stärkere Unterstützung für die Polens Politik seitens der EU-Partner zu gewinnen. Auf diese Weise wurde also ein Zugeständnis gegenüber der deutschen russlandpolitischen Erwartungen auch gemacht.

Soweit diese Politik oben ausführlicher analysiert wurde, sind es hier die deutschen Entwicklungen in diesem Bereich zu skizzieren, welche wiederum der polnischen russlandpolitischen Orientierung näher gestellt werden können und die angesprochene gegenseitige Annäherung der beiden Positionen bestätigen sollen.

Cornelius Ochmann geht dabei von Feststellung eines gemeinsamen polnisch-deutschen Interesse an den Osten, wobei er Polen, neben Deutschland, eine Schlüsselrolle in der Gestaltung der EU-Ostpolitik, darunter auch der Russlandpolitik, im Hinblick auf seine inhaltliche Kompetenz, staatliche Ressourcen sowie bestehenden Konsens in der politischen Elite zuschreibt und in diesem Kontext diesen Staat als der wichtigste ostpolitische Partner Deutschlands definiert.³⁰²

Als eine zweite Ursache sind die die Ostpolitik Deutschlands am stärksten prägenden Wirtschaftsaspekte zu betonen. Es ist in dieser Analyse erstens darauf zu verweisen, dass die Wirtschaftskrise den deutschen Export nach Russland zurückgehen ließ. *„Angesichts des schrumpfenden Exports nach Russland reduzierte sich der Druck der exportierenden Wirtschaft auf die Regierung, gute Beziehungen nach Russland aufrechtzuerhalten.“*³⁰³

³⁰² Ochmann, Cornelius. Östliche Partnerschaft – Perspektiven einer europäischen Ostpolitik. In: Polen-Analysen, Nr.72/10, 15.06.2010. Deutsches Polen-Institut, Forschungsstelle Osteuropa, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., abrufbar unter: <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen72.pdf>, letzter Zugriff: 4.01.2012, S.3

³⁰³ Ochmann, Cornelius. Östliche Partnerschaft – Perspektiven einer europäischen Ostpolitik. In: Polen-Analysen, Nr.72/10, 15.06.2010. Deutsches Polen-Institut, Forschungsstelle Osteuropa, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., abrufbar unter: <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen72.pdf>, letzter Zugriff: 4.01.2012, S.4

Zweitens betont Ochmann die Tatsache, dass „...im vergangenen Jahr [2009] der deutsch-polnische Warenaustausch (Exporte und Importe) höher war als der deutsch-russische Handel.“³⁰⁴

In diesem Zusammenhang ist es von einer stärkeren Berücksichtigung der polnischen Einstellungen und Politiken und einer gewissen Änderung der deutschen Russlandwahrnehmung zu sprechen, welche schon mit dem Amtsantritt von Angela Merkel 2005 angestoßen und mit der Übernahme des Außenministeriums von Guido Westerwelle 2009 weiter entwickelt wurde. Unten sind die folgenden kurzen Beispiele anzuführen.

Zum einen verweist Andrzej Turkowski, der Analytiker im Carnegie Moscow Center, auf die Entwicklungen unter Bundeskanzlerin Merkel, der von der ehemaligen DDR kommenden „Ossi“, die an Angelegenheiten der Menschenrechte und Demokratieentwicklungen sensibilisiert bleibt und andere Einstellung zu den Verhältnissen mit Russland als ihr Vorgänger, Gerhard Schröder, mit sich präsentiert.

Ochmann betont hier v.a. den Antritt von Angela Merkel in Tiflis nach Beendigung der militärischen Auseinandersetzung zwischen Russland und Georgien im August 2008.³⁰⁵ Mehr dazu schreibt die „Süddeutsche Zeitung“, indem sie die Merkels Forderung nach möglichst schnellen Rückzug der russischen Truppen und Ankündigung der Heranführung Georgiens an die NATO betonte.³⁰⁶

Darüber hinaus schreibt Turkowski über Ablehnung des russischen Vorschlags zur Abschaffung der Visa während der Gespräche des deutschen Staatspräsidenten Christian Wulff mit Präsident Russlands Dmitri Medwedew, wobei Wulff weitere Entwicklungen in diesem Bereich von Demokratie- und Freiheitsreformen in Russland abhängig machte.³⁰⁷

³⁰⁴ Ochmann, Cornelius. Östliche Partnerschaft – Perspektiven einer europäischen Ostpolitik. In: Polen-Analysen, Nr.72/10, 15.06.2010. Deutsches Polen-Institut, Forschungsstelle Osteuropa, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., abrufbar unter: <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen72.pdf>, letzter Zugriff: 4.01.2012, S.4

³⁰⁵ Ochmann, Cornelius. Östliche Partnerschaft – Perspektiven einer europäischen Ostpolitik. In: Polen-Analysen, Nr.72/10, 15.06.2010. Deutsches Polen-Institut, Forschungsstelle Osteuropa, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., abrufbar unter: <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen72.pdf>, letzter Zugriff: 4.01.2012, S.3

³⁰⁶ Merkel für Nato-Mitgliedschaft Georgiens. Süddeutsche Zeitung, 17.08.2008, abrufbar unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/besuch-in-tiflis-merkel-fuer-nato-mitgliedschaft-georgiens-1.590728>, letzter Zugriff: 20.01.2012

³⁰⁷ Turkowski, Andrzej. The Polish-German Tandem. The Carnegie Moscow Center, 17.11.2011, abrufbar unter: <http://carnegie.ru/publications/?fa=46059>, letzter Zugriff: 21.01.2012

Zum zweiten, soweit der russlandpolitische Ansatz zu einer entscheidenden Hürde in der polnisch-deutschen ostpolitischen Kooperation unter Außenminister Steinmeier war, wovon meine oben angeführte Analyse der polnischen SLD-Regierungsperiode zeugt (siehe Kapitel ???), trug der Wechsel im deutschen Auswärtigen Amt nach der Bundestagswahl im September 2009 zur weiteren von Merkel angestossenen Relativierung der deutschen Russlandwahrnehmung und gegenseitigen polnisch-deutschen Annäherung in diesem Bereich bei. Ochmann deutet dabei auf weitere Vertiefung der ostpolitischen Kooperation zwischen den beiden Staaten nach dem Amtsantritt von Guido Westerwelle hin, der von Anfang an seine starke Orientierung an Polen äußerte und seine erste Auslandsreise nach Warschau führte.³⁰⁸

Im Kontext der beiden parallelen Entwicklungen, wobei sowohl Polen einen Normalisierungskurs gegenüber Moskau verfolgte als auch Deutschland mehr Skepsis gegenüber Russland aufwies, haben sich die Unterschiede in diesem Bereich gewissermaßen vermindern lassen. Darauf basierend kann es unten eine russlandpolitische Kooperation zwischen Warschau und Berlin dargestellt werden, die die ostpolitische Zusammenarbeit hinsichtlich der neuen Republiken mit der Ukraine ergänzte und das ganze intensivierte.

In der Auseinandersetzung mit der intensivierten ostpolitischen Zusammenarbeit spielen die Kontakte zwischen Außenministern Sikorski und Westerwelle eine vorrangige Rolle. Hier ist es wieder auf eine ausführliche Analyse von Turkowski zurückzugehen. Der Analytiker verweist dabei, erstens, auf eine gemeinsame Reise der beiden Politiker nach Kaliningrad und dortiges erstmaliges trilaterales Treffen mit dem russischen Außenminister Sergej Lawrow am 21. Mai 2011. Hier ist es v.a. auf eine Relevanz dieses Ereignisses hinsichtlich des polnisch-deutschen Anstoßes zur EU-Ostpolitikgestaltung aufmerksam zu machen. *„Symbolically, Sikorski and Westerwelle traveled to Kaliningrad together. The Polish politician came forward with a constructive proposal to extend forthcoming visa-free local border traffic to the whole territory of the Russian exclave. This would require an agreement from the other EU members,*

³⁰⁸ Ochmann, Cornelius. Östliche Partnerschaft – Perspektiven einer europäischen Ostpolitik. In: Polen-Analysen, Nr.72/10, 15.06.2010. Deutsches Polen-Institut, Forschungsstelle Osteuropa, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., abrufbar unter: <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen72.pdf>, letzter Zugriff: 4.01.2012, S.3

as the existing regulations mention visa-free travel only a 50-kilometer zone.”³⁰⁹ Die Polnische Presseagentur berichtete dabei in der Tageszeitung “Gazeta Wyborcza”, dass der deutsche Außenminister seine Unterstützung für die Initiative des polnischen Amtskollegen zu den neuen Grenzverkehrsregelungen bei der Europäischen Kommission sicherte.³¹⁰

Zweitens ist es auf einen gemeinsamen Brief von Sikorski und Westerwelle an die Hohe Repräsentantin der GASP Catherine Ashton zu verweisen, der eine einheitliche EU-Strategie gegenüber Russland am 17.11.2011 focierte.³¹¹ Turkowski bewertet dieses Ereignis im Hinblick auf die polnisch-deutsche EU-bezogene Kooperation wie folgt: „*While hard to imagine just a few years ago, the joint penning of the letter represents a milestone in the two countries’ common policy towards Moscow. (...) Close cooperation between Warsaw and Berlin would bring the EU nearer to a more coherent and thus more effective policy towards Russia...*”³¹² Mit Rücksicht auf einen zusätzlichen Sachverhalt, dass der Brief nicht nur an die EU-Außenministerin Ashton, aber auch an Vertreter aller EU-Staaten zusätzlich gesendet war, ist es dabei von den polnisch-deutschen Bemühungen zu sprechen, gemeinsam die EU-Russlandpolitik voranzutreiben und diese somit zu gestalten.

Drittens kann es über Intensivierung der ÖP-bezogenen Politik auch gesprochen werden, wobei Turkowski auf eine gemeinsame Reise der beiden Außenminister nach Belarus auch zurückgeht, „...*offering closer cooperation between Brussels and Minsk if President Alexander Lukashenko could guarantee free elections, allowing another Eastern European country to become a part of the Polish-German combined effort to shape the EU’s Eastern Policy.*”³¹³

³⁰⁹ Turkowski, Andrzej. The Polish-German Tandem. The Carnegie Moscow Center, 17.11.2011, abrufbar unter: <http://carnegie.ru/publications/?fa=46059>, letzter Zugriff: 21.01.2012

³¹⁰ W Kaliningradzie Sikorski, Westerwelle i Ławrow krytykują Białoruś. Gazeta Wyborcza, 21.05.2011, abrufbar unter: http://wyborcza.pl/1,75477,9640852,W_Kaliningradzie_Sikorski__Westerwelle_i_Lawrow_krytykuja.html, letzter Zugriff: 20.01.2012

³¹¹ Perspektywa stosunków strategicznych UE-Rosja. In: Lachowski, Zdzisław (Hauptred.) et al. Tygodnik BBN. Przegląd informacji o bezpieczeństwie narodowym wraz z komentarzem. Nr. 59, 10-17.11.2011, abrufbar unter: www.bbn.gov.pl/download.php?s=1&id=8631, letzter Zugriff: 20.01.2012, S.4

³¹² Turkowski, Andrzej. The Polish-German Tandem. The Carnegie Moscow Center, 17.11.2011, abrufbar unter: <http://carnegie.ru/publications/?fa=46059>, letzter Zugriff: 21.01.2012

³¹³ Turkowski, Andrzej. The Polish-German Tandem. The Carnegie Moscow Center, 17.11.2011, abrufbar unter: <http://carnegie.ru/publications/?fa=46059>, letzter Zugriff: 21.01.2012

Dieses Zitat verweist ganz klar auf die gemeinsamen polnisch-deutschen Bestrebungen, die EU-Politik gegenüber der Ostnachbarstaaten voranzutreiben.

4.3.3. Weimarer Dreieck und Osten

In die Forschung der gemeinsamen intensivierten Ostpolitikgestaltung lässt sich darüber hinaus die Analyse der Aktivität des Weimarer Dreiecks miteinschließen. Es ist dabei daran zu erinnern, dass diese Initiative nach der Stagnation unter der Regierung PIS im Zuge der unter Sikorski und Westerwelle intensivierten ostpolitischen Zusammenarbeit reaktiviert wurde. *„Während des [ersten] Besuches [von Westerwelle in Warschau] wurde die Wiederbelebung des Weimarer Dreiecks vereinbart...“*³¹⁴

Soweit es oben seine Bedeutung hinsichtlich der polnischen Positionierung in der EU und gegenüber der zwei grössten EU-Staaten im Allgemeinen dargestellt wurde, ist sie jetzt im Kontext des Polens stärkeren Einflusses auf deutsche Ostpolitik und auf die Mitgestaltung der EU-Ostbeziehungen zu zeigen. Zur Begründung von dieser These sollten die folgenden Beispiele der neuen Konzepte „Weimarer Dreieck +“ unten angeführt werden, die diese Ebene um intensiviertere Kontakte mit Osten ergänzen lassen.

Erstens spricht Ochmann das Außenministertreffen in Bonn am 27.04.2010 an, wobei es zum einen neue Ideen zur Stärkung der EU angeführt, zum zweiten die bestehenden Herausforderungen für die EU-Ostpolitik weiter entwickelt³¹⁵, aber auch die Kooperation mit der Ukraine selbst vorangetrieben wurde. An diesem Treffen hat nämlich der ukrainische Außenminister Konstantin Hryschtschenko als Gast teilgenommen. *„Außenminister Westerwelle begrüßte übereinstimmend mit seinem polnischen Amtskollegen den offiziell bekundeten Willen der neuen ukrainischen Führung, an den europäischen Werten und dem*

³¹⁴ Ochmann, Cornelius. Östliche Partnerschaft – Perspektiven einer europäischen Ostpolitik. In: Polen-Analysen, Nr.72/10, 15.06.2010. Deutsches Polen-Institut, Forschungsstelle Osteuropa, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., abrufbar unter: <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen72.pdf>, letzter Zugriff: 4.01.2012, S.4

³¹⁵ Ochmann, Cornelius (2010). Die Zukunft der östlichen Partnerschaft aus deutscher Sicht. Bertelsmann Stiftung, Gütersloh, abrufbar unter: http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_31394_31395_2.pdf; letzter Zugriff: 3.01.2012, S.10

Annäherungskurs in Richtung EU festzuhalten, und sagte weitere Unterstützung bei der Umsetzung der ehrgeizigen ukrainischen Reformagenda...“³¹⁶

Zweitens fand das trilaterale Außenministertreffen in Paris am 23.06.2010 statt, an welchem wiederum der russische Außenminister Serger Lawrow teilnahm. Wie es der Pressesprecher des polnischen Außenministeriums Piotr Paszkowski berichtete, haben die Politiker die Beziehungen EU-Russland näher besprochen.³¹⁷

Das dritte Beispiel umfasst das Außenministertreffen des Weimarer Dreiecks in Bydgoszcz, Polen, wo diese trilaterale Begegnung um Teilnahme des moldawischen Außenministers Iurie Leancă und um Gespräche über Vertiefung der Kooperation EU-Moldawien ergänzt wurde.³¹⁸

Soweit die oben durchgeführte Analyse die Bewertungen der polnischen Politikwissenschaftler und Politiker wie Aleksander Smolar, Piotr Maciej Kaczyński oder Bronisław Geremek mit eingeschlossen hat, ist es hier auf die Auseinandersetzung von Cornelius Ochmann zu einer besonderen Bedeutung des Weimarer Dreiecks im Hinblick auf die effektive EU-Ostpolitikgestaltung seitens Polens, Deutschlands und Frankreichs zu verwiesen, indem diese Initiative „...*einer Koordinierung der Europapolitik der drei EU-Staaten dienen soll. Als neue Herausforderung des Weimarer Dreiecks gilt die europäische Ostpolitik.*“³¹⁹

Der besprochenen Initiative wird auch von Marek Ziółkowski ihre ostpolitische, und besonders ukrainepolitische Relevanz wie folgt zugeschrieben: „Die Weimarer Zusammenarbeit gibt die Möglichkeit zur Vertiefung der strategischen polnisch-deutsch-

³¹⁶ Ochmann, Cornelius. Östliche Partnerschaft – Perspektiven einer europäischen Ostpolitik. In: Polen-Analysen, Nr.72/10, 15.06.2010. Deutsches Polen-Institut, Forschungsstelle Osteuropa, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., abrufbar unter: <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen72.pdf>, letzter Zugriff: 4.01.2012, S.4

³¹⁷ Paszkowski, Piotr. Udział Ministra Radosława Sikorskiego w spotkaniu Trójkąta Weimarskiego i Rosji. Ministerstwo Spraw Zagranicznych Rzeczypospolitej Polskiej, 23.06.2010, abrufbar unter: <http://www.msz.gov.pl/Udzial,Ministra,Radoslawa,Sikorskiego,w,spotkaniu,Trojkat,Weimarskiego,i,Rosji,36600.html>, letzter Zugriff: 21.01.2012

³¹⁸ Bosacki, Marcin. Spotkanie Ministrów Spraw Zagranicznych Trójkąta Weimarskiego. Ministerstwo Spraw Zagranicznych Rzeczypospolitej Polskiej, 20.05.2011, abrufbar unter: <http://www.msz.gov.pl/Spotkanie,Ministrow,Spraw,Zagranicznych,Trojkat,Weimarskiego,43213.html>, letzter Zugriff: 21.01.2012

³¹⁹ Ochmann, Cornelius. Östliche Partnerschaft – Perspektiven einer europäischen Ostpolitik. In: Polen-Analysen, Nr.72/10, 15.06.2010. Deutsches Polen-Institut, Forschungsstelle Osteuropa, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., abrufbar unter: <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen72.pdf>, letzter Zugriff: 4.01.2012, S.4

französischen Beziehungen und kann auch dadurch die Entwicklung konkreter Formen der Anbindungen der Nachbarn Polens, insbesondere der Ukraine, an den europäischen Dialog und Markt fördern.“³²⁰

Die These zur Relevanz des Weimarer Dreiecks für die Teilnahme Polens, in diesem Fall v.a. des Außenministers Sikorski, an der Gestaltung der EU-Außenpolitiken ist sowohl in der Tatsache, dass diese multilaterale Ebene im Zuge der Intensivierung der Polens Ostpolitikgestaltung im Rahmen der EU unter der Regierung PO reaktiviert wurde als auch anhand oben der präsentierten Beispiele der realpolitischen Entwicklungen.

5. Fazit:

Es lässt sich von dieser Analyse schlussfolgern, dass Polen und Deutschland die Trennlinien reduziert, einen gemeinsamen Standpunkt weitgehend ausgearbeitet und ein Tandem im Bereich der Ostpolitik geschaffen haben. Soweit dieses seine ostpolitische Vision auf der europäischen Agenda erfolgreich forciert, was gerade jetzt bestreben wird, werden die beiden Staaten zu einer EU-ostpolitischen Treibkraft.

Es ist zweifellos dabei das Ziel seitens Polens zu verfolgen, seine ostpolitische Durchsetzungskraft im Rahmen der EU durch enge Kooperation mit dem grössten EU-Staat wesentlich zu erhöhen. Erreicht das polnisch-deutsche Tandem sein Ziel, dann verstärkt Polen seine Position im Rahmen der neu zu betriebenen und von ihm mitzugestalteten EU-Ostpolitik. Auf diese Weise will Polen einen starken Einfluss auf die EU-Ostpolitik ausüben und diese nach eigener Prinzipien mitgestalten, indem es v.a. eine von Warschau erwünschte Aufmerksamkeit der EU auf die Ukraine und die anderen ÖP-Adressaten gelenkt, aber auch Stabilisierung Russlands gepflegt wird. „*Poland is keen to use German resources to back its vision for the EU's Eastern neighborhood, which includes a more active policy on the "new Eastern Europe" countries, possibly through the Eastern Partnership program. Warsaw would like to see the EU seriously engaged in the integration process with the EaP states.*“³²¹

³²⁰ Ziółkowski, Marek. Neue Quellen der polnischen Ostpolitik. In: Bingen, Dieter; Wóycicki, Kazimierz (Hrsg.) (2002). Deutschland-Polen-Osteuropa. Deutsche und polnische Vorüberlegungen zu einer gemeinsamen Ostpolitik der erweiterten Europäischen Union. Veröffentlichungen des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt. Band 16. Harrassowitz Verlag, Wiesbaden, S.307

³²¹ Turkowski, Andrzej. The Polish-German Tandem. The Carnegie Moscow Center, 17.11.2011, abrufbar unter: <http://carnegie.ru/publications/?fa=46059>, letzter Zugriff: 21.01.2012

Darüber hinaus sollte damit die oben gestellte These bestätigt werden, dass Polen durch seine enge Kooperation mit Deutschland und gemeinsame Mitgestaltung der Russlandpolitik auch eine gewisse Kontrolle über diese von Warschau häufig negativ betrachteten Politikentwicklungen ausüben will. Dies lässt sich an die bereits besprochene Theorie anknüpfen, dass die gemeinsame EU-Integration Polens und Deutschlands dem ersteren Akteur eine Möglichkeit anbietet, durch Zugehörigkeit zur gleichen Organisation stärker zu kooperieren und das deutsche Bedrohungspotential zu neutralisieren.

IV. Zusammenfassung

Das Hauptziel der folgenden Zusammenfassung ist, die zentrale Forschungsfrage zu beantworten und die zentrale Kausalthese von meiner Diplomarbeit nachzuweisen. Dies sollte durch Beantwortung einzelner im jeweiligen Kapitel gestellten Fragen und durch Bestätigung der einzelnen im Zuge des Forschungsprozesses gestellten Thesen erfolgen. Gleichzeitig ist auch die Erklärungskraft der Theorie des Intergouvernementalismus für meine Analyse zu bestätigen.

Ukrainepolitik:

Erstens hat die Analyse der polnischen ostpolitischen Schulen auf eine besondere, strategische Bedeutung der Stabilisierung des osteuropäischen Raums für die politische Positionierung Polens unter Einschluss deren Sicherheits- und Unabhängigkeitsfrage verwiesen. Hier ist die geopolitische Strategie zu verfolgen, eventuelle imperialistischen Tendenzen zu vermeiden und Bedrohungspotentiale zu vermindern, wobei die Ukraine zu einem determinierenden Faktor des gefürchteten Imperialismus wird und somit eine Schlüsselrolle in den polnischen ostpolitischen Interessen spielt. Außerdem sollte die Stabilisierung der Ukraine die bilateralen umfassenden und interdisziplinären Verhältnisse intensivieren lassen.

Diese Stabilisierung wird in den Westannäherungsprozessen, dh. v.a. weiterer Demokratisierung und Vertiefung der Kooperation mit westeuropäischen politischen Strukturen definiert. Die EU bietet dabei ein alternativloses Instrumentarium.

Sofern Polen der EU beigetreten ist, ist es ein neuer Handlungsspielraum für die von Polen erwünschten Prozesse entstanden. Erstens wurde die Ukraine zu einem EU-Direktnachbarn, was deren Definierung in den EU-nachbarschaftspolitischen Rahmen bewirkte und deren Westannäherungsprozesse vorantreiben ließ. Zweitens erhielt Polen eine Chance, als ein vollberechtigter EU-Mitgliedstaat die neu zu entwickelnde EU-Ukrainepolitik zugunsten seiner Interessen mit zu gestalten.

Diese neue Situation bestätigt also den ersten Teil von meiner These, dass die EU-Mitgliedschaft Polens selbst eine Möglichkeit für den betroffenen Staat schaffte, sein oberstes ostpolitisches Ziel, welches seine internationale politische Position weitgehend determinieren sollte, effektiver verfolgen konnte.

Meine weitere Analyse der zur Zeit der EU-Osterweiterung entwickelten Ausgangssituation hat die Defizite formulieren lassen, die von einer Unstimmigkeit der EU-Ukrainepolitik mit dem polnischen Konzept der „östlichen Dimension“ zeugten.

Hier ist es v.a. die Eingliederung der Ukrainepolitik in die ENP und somit deren Gleichstellung mit den außereuropäischen EU-Nachbarn in Nordafrika und Nahem Osten an die grösste Kritik gestossen, wobei diese Nachbarschaftspolitik eine Mitgliedschaftsperspektive ausschloss. Polen plädierte hingegen für Definierung einer Beitrittsoption für die Ukraine, welche als ein effektivstes außenpolitisches reformanreizendes Mittel angesehen wird.

Zum anderen wurde die schwache Position der Ukrainepolitik und im weiteren Sinne der Ostdimension innerhalb der gesamten ENP unter Kritik gestellt. Diese These konnte wiederum anhand einer Vergleichsanalyse mit der gegenüber gestellten Süddimension nachgewiesen werden. Die Ostpolitik verfügte dabei über schwächeres politisches Instrumentarium im Vergleich zum bereits implementierten Barcelona-Prozess, über schwächere Rechtsbasis der Partnerschafts- und Kooperationsabkommen im Vergleich zu den im Süden angebotenen bzw. ratifizierten Freihandels- und Asozierungsabkommen sowie über viel geringere finanziellen Mittel als diese, die für die Südpolitik gewidmet wurden.

Davon ausgehend habe ich eine umfassende Forschung der jeweiligen Staatsregierungspolitiken in den Jahren 2004-2011 durchgeführt und dabei die inhaltlichen und

prozeduralen Entwicklungen analysiert, die die polnische Ukrainepolitik im Kontext der EU stagnieren bzw. aufwerten lassen sollten. Soweit die linksliberale, EU-freundliche Regierung SLD schon nach eineinhalbem Jahr der Polens EU-Vollintegration ihre Macht verloren hat und sich nur in den Kontext der „oranzen Revolution“ stellen lässt, ist es vielmehr die Regierung der nationalkonservativen, EU-skeptischen PIS und der liberal-konservativen EU-orientierten PO weitergehend zu vergleichen.

Einerseits zeichnete sich die Regierungspolitik PIS mit einer fundamentalen Abkehr von bisherigen außenpolitischen Konzepten Polens aus und charakterisierte sich mit einer starken nationalen Interessenorientierung, weitgehenden Abneigung gegen die EU-Integrationsprozesse und starken Nachbarländerkritik. Diese Inhalte wurden auch in den bestimmten analysierten Prozessen umgesetzt, indem Polen erstens eine Skepsis gegenüber der Integrationsideen geäußerte und beispielsweise eine Alternativentwicklung zur energiepolitischen GASP-Integration chancenlos zu forcieren versuchte. Somit verschob sich Warschau an Rande der Integrationsprozesse in den für Polen wichtigsten Politikbereichen. Zweitens hat die PIS-Regierung die Rolle der ständigen Koalitionsbildungsprozesse vermindern lassen, indem sie das Weimarer Dreieck abschaffte und der Visegrád-Gruppe weniger Bedeutung zuschrieb. Besonders im ersten Fall ließ sie ihre Einflussmöglichkeiten auf die gemeinsamen EU-Politikgestaltungsprozesse mit den grössten EU-Staaten verringern. Zum dritten haben die Nationalkonservativen die bilateralen Beziehungen zu den Nachbarstaaten verschärft, indem sie sich v.a. mit einer starken Deutschlandkritik charakterisierte, aber auch die Verhältnisse zu Russland oder der Mittelmeerregion verschlechtern lassen, was nicht ohne Bedeutung für ein mangelndes Verständnis und fehlende Unterstützung unter den restlichen EU-Staaten für Polens Politiken blieb. Als einziger Kooperationspartner wurde nur noch Litauen damals definiert. In diesem Zusammenhang konnte Polen keine bedeutsame Befürwortung für seine Ukrainepolitik auf der EU-Ebene gewinnen, wobei es sich auf eine bilaterale Ebene zwischen Warschau und Kiew einschränken musste. Auch hier hatten die PIS-Regierungsverteter ihre Ukrainepolitik von den inneren Politikentwicklungen in der Ukraine primär gemacht, wodurch es die Ukrainepolitik Polens unter den Nationalkonservativen eine grosse Stagnation aufwies.

Andererseits lässt sich die Regierung PO mit einer wesentlichen Wende in der Außen- und EU-Politik Polens, einer grossen EU-Orientierung und Normalisierung der Beziehungen zu den

Drittstaaten charakterisieren. Dies wurde wiederum durch eine Analyse der einzelnen Entwicklungen im Kontext der Ausarbeitung des neuen EU-ostpolitischen Vorschlags, nämlich der Östlichen Partnerschaft, bestätigt. Die Liberal-konservativen haben zum einen eine grosse Koalition unter den mittel- und osteuropäischen Staaten gebaut, welche eine weitgehende Interessengemeinschaft mit Polen in diesem Bereich aufweisen. Zum zweiten hat die PO-Regierung um eine Unterstützung für seinen Projekt unter den westeuropäischen Staaten plädiert. Hier war das mangelnde oder geringe Interesse an die EU-Ostpolitik als auch starke und vorrangige ostpolitische Orientierung der Westeuropäer an Russland ausschlaggebend. In diesem Kontext musste Polen seine EU-Partner zu seinem Konzept überzeugen, wobei es eine pragmatische, sachbezogene und glaubwürdige Politik zu führen hatte. Erstens hat Warschau die Verstärkung der EU-Südpolitik und die Errichtung der von Frankreich plädierten UfM befürwortet und sich dadurch eine Unterstützung für seine Ostpolitik unter den an die Südpolitik orientierten EU-Staaten gesichert. Zweitens hat die PO-Regierung eine offene Politik gegenüber Russland betrieben. Dabei sollte Polen sein russophobes Bild aufgeben und die westeuropäischen Partner, die in deren Ostpolitiken primär an Russland orientiert sind, zum Projekt der ÖP überzeugen. Dies war auch im Hinblick auf starke Betonung der EU-Gleichgewichtspolitik zwischen der ENP-Ostdimension und der „strategischen Partnerschaft“ mit Russland seitens der EU-Organe sehr relevant. Zum anderen sollte die neue Russlandpolitik dem Ziel dienen, das Konzept „Russia first“ im Kontext der neu zu forcierenden ÖP effektiver einzudämmen versuchen, indem Polen als ein rational agierender Staat an seine Glaubwürdigkeit gewinnen musste. Des Weiteren hat Polen seinen ÖP-Projekt gemeinsam mit Schweden initiiert, wobei der „alte“ und mehr erfahrene EU-Staat weitere Glaubwürdigkeit und Sachbezogenheit dem polnischen Konzept zuschreiben sollte. Schließlich, hat Polen um angemessene Vorstellung seines Projekts auf der EU-Ebene, vor den supranationalen Organen, der Öffentlichkeit, Lobbyisten etc. gekümmert.

Diese Aspekte haben dazu beigetragen, dass das Konzept der Östlichen Partnerschaft auf der EU-Ebene angenommen wurde und zur Zeit implementiert wird. Meine Analyse der einzelnen Errungenschaften, die mit der Analyse der Ausgangssituation zu vergleichen war, hat bestätigt, dass soweit die wichtigsten Postulate nicht erfüllt wurden, hat die ÖP einen wesentlich verstärkten über die ENP hinaus reichenden EU-Rahmen für weitere Westannäherungsprozesse der Ukraine geschaffen, also eine effektivere Verfolgung der

wichtigsten polnischen ostpolitischen Interessen ermöglicht. Hier wird die Finanzierung dieses Ostpolitik gegenüber dem Süden aufgewertet. Außerdem bleibt die Ratifizierung des Freihandels- und Assoziierungsabkommens eine offene Frage, wobei deren Chancen im Zuge der ÖP-Implementierung viel grösser als vorher sind. Darüber hinaus besteht eine grössere, sogar wenn immer nur noch theoretische Chance darauf, eine Mitgliedschaftsperspektive auszuarbeiten. Diese kann jedoch nur mit Politik der kleinen Schritte im Zuge weiterer, tieferer Implementierung der ÖP erfolgen. Auch hier steigen also Möglichkeit für einen Fortschritt.

Es wird mit dieser Analyse der zweite Teil von meiner Diplomarbeit bestätigt, dass die EU-freundlichen politischen Vorgehensweisen eine stärkere Durchsetzungskraft Polens auf der EU-Ebene bewirkt und somit die internationale Position Polens aufwerten lässt.

Deutschlandpolitik:

Zweitens hat die deutschlandpolitische Theorieforschung auf eine bis zu einem gewissen Grad strategische Relevanz der gemeinsamen EU-Mitgliedschaft auch verwiesen. Soweit das direkte Bedrohungspotential seitens Deutschlands durch polnische und deutsche Zugehörigkeit zu gleichen internationalen Organisationen nicht mehr zum Ausdruck kommt, sollte die EU einen Kooperationsrahmen schaffen, in welchem Polen einerseits die deutsche politische Stärke zwecks Verstärkung seiner eigenen EU-Durchsetzungskraft ausnutzen und andererseits die deutsche Politik zwecks deren Kontrolle und gewisser Neutralisierung beeinflussen kann.

Diese Theorieansätze sollten am Beispiel der bereits analysierten für Polen strategischen ostpolitischen Entwicklungen begründet werden. Hier habe ich von Analyse der polnisch-deutschen ostpolitischen Interessenkonstellation ausgegangen. Es wurde damit einerseits gezeigt, dass Polen und Deutschland gemeinsames Interesse an Stabilisierung Osteuropas aufweisen, was sich im Hinblick auf einzelne realpolitischen Zielsetzungen ähnlicherweise begründen lässt. Andererseits waren aber bestimmte bedeutsamen Unterschiede zu erkennen. In Bezug auf die Ukraine selbst ist nämlich die polnische Politik der „Mission“, die auf die besprochenen historisch verankerten strategischen Theorien zurückreicht, der deutschen „Realpolitik“ gegenüber zu stellen, die wiederum auf Wirtschaftsgewinne beruht. Vielmehr trägt die unterschiedliche Wahrnehmung Russland zu einem entscheidenden Konfliktpotential

bei, welches sich auch auf die zweitrangige Rolle der deutschen Ukrainepolitik im Kontext der Ostbeziehungen als Ganzes bezieht.

Davon ausgehend war es wichtig, die einzelnen Regierungspolitiken in Polen im Hinblick auf die Kooperations- und Konfliktpotentiale zu analysieren und dabei nach Erklärungskraft der polnischen deutschlandpolitischen Theorien zu suchen. Mit der Analyse der SLD-Regierung wurde bestätigt, dass einerseits Warschau und Berlin im Rahmen der Ukrainepolitik und besonders im Kontext der „oranigen Revolution“ effektiv zusammenarbeiten und sich gegenseitig ergänzen konnten. Dies bezog sich auf das gemeinsame Interesse der innenpolitischen Stabilisierung der Ukraine, wobei die beiden Staaten deren jeweiliges Glaubwürdigkeitspotential gegenüber verschiedenen Adressaten der Ostpolitik, und zwar im Fall Polens gegenüber der Ukraine und im Fall Deutschlands gegenüber Russland zugunsten effizienter Zusammenarbeit ausnutzten. Andererseits hat die unterschiedliche Russlandwahrnehmung sowieso zu einer Stagnation in der gemeinsamen Ostpolitikgestaltung schon einige Monate nach den Kiewer Ereignissen beigetragen.

Die Nationalkonservativen haben wiederum diese Stagnation vertiefen lassen. Die Analyse der PIS-Deutschlandpolitik war in den Kontext der vorigen PIS-Forschung einzustellen und um die neue Deutschlandwahrnehmung zu ergänzen. Der Polens Westnachbar wurde damals v.a. als ein Staat betrachtet, dessen Interessen mit den polnischen überhaupt nicht im Einklang standen und der polnischen Staatsräson gar bedrohten. Außerdem sollte Deutschland seine Übermacht im Rahmen der EU anstreben, was die polnische Abneigung gegen die Integrationsvertiefungsprozesse bewirkte. Diese Aspekte ließen sich dabei mit dem drittgenanten EU- und außenpolitischen Konzept der besonders starken nationalen Interessenorientierung unter der PIS-Regierung verbinden. Davon resultierte ein starkes Misstrauen Warschaus gegenüber Berlin, welches die Kooperationspotential einschränken ließ und von weiteren prozeduralen Entwicklungen gefolgt wurde, wie v.a. die Ablehnung des deutschen mit den polnischen Prinzipien weitgehend einstimmenden Vorschlags der ENP Plus sowie die Abschaffung des Weimarer Dreiecks, deren Relevanz im Kontext der EU-Ostpolitik nun zu zeigen war.

Demgegenüber hat die Analyse der deutschlandpolitischen Entwicklungen unter den Liberal-konservativen aufgewiesen, dass Polen und Deutschland in den ostpolitischen Fragen

gemeinsam zusammenarbeiten können. Vor allem ist dies am Beispiel der schon vorher analysierten Östlichen Partnerschaft zu zeigen, wobei ich die bisherige enge Kooperation zwischen Warschau und Berlin v.a. durch Aufweisen der inhaltlichen Interessengemeinsamkeiten der ÖP sowie der Unterstützung der deutschen Führungskräfte mit Angela Merker an deren Spitze bestätigt habe.

Darüber hinaus wurde nachgewiesen, dass der russlandpolitische Ansatz in Bezug auf gemeinsame Ostpolitikgestaltung entscheidend war. Die Annäherung der beiden Staaten lässt sich nämlich einerseits in einer offenen PO-Deutschland- aber auch Russlandpolitik begründen und andererseits einer offenen Polenpolitik und v.a. in der Relativierung der Russlandpolitik in Berlin selbst interpretieren, wobei sich die beiden russlandpolitischen Konzepte Polens und Deutschlands einander angenähert haben. In diesem Zusammenhang wurde es eine Zusammenarbeit zwischen Warschau und Berlin, v.a. den Außenministern Sikorski und Westerwelle entwickelt, die eine gemeinsame Stellungnahme hinsichtlich der gesamten EU-Ostpolitik, sowohl der ENP-Ostdimension als auch der Russlandpolitik herausarbeiten ließ. Dies begründen sowohl die inhaltlichen Aspekte, wie z.B. der gemeinsame Brief an die EU-Außenministern Ashton, als auch die prozeduralen Entwicklungen, wie etwa die Intensivierung der Zusammenarbeit im Rahmen des Weimarer Dreiecks. Davon ausgehend stehen die beiden Staaten vor einer Chance, gemeinsam zu einem EU-ostpolitischen Motor zu werden. Soweit dies verwirklicht wird, sollte die Erklärungskapazität der Polens deutschlandpolitischen Theoriekonzepte bekräftigt werden, indem Polen durch enge Kooperation mit Deutschland einerseits seine Durchsetzungskraft auf der EU-Ebene verstärken und die nach seinen Prinzipien weitgehend orientierte Ostpolitik noch effektiver forcieren kann und andererseits die deutsche Politik v.a. im Bereich des russlandpolitischen Ansatzes gewissermaßen zu kontrollieren und zu neutralisieren imstande ist.

Mit dieser Analyse wurde die zentrale These von meiner Arbeit noch einmal bestätigt, wobei ich gezeigt habe, dass die EU einerseits die Stärkung der internationalen politischen Position Polens ermöglicht, indem sie einen angemessenen Rahmen für die Kooperation mit seinem Westnachbarn schafft. Andererseits können die EU-freundlichen Kräfte in Polen diese Chance am besten ausnutzen, indem sie sowohl im Rahmen der früher vorbereiteten ÖP-Initiative zusammenarbeiten als auch zur gegenseitigen Annäherung der russlandpolitischen Ansätze beitragen können. Im zweiten Fall ist es eine gemeinsame polnisch-deutsche

Ostpolitik herauszuarbeiten, die durch deren Transfer an die EU-Bühne eine gemeinsame EU-Treibkraft entwickeln und die Aufwertung der polnischen Position gegenüber Deutschland selbst und auf der EU-Bühne bewirken lässt.

Darüber hinaus sollte es schlussgefolgert werden, dass der Intergouvernementalismus als eine erklärende Integrationstheorie für meine Forschung gilt. Hier ist es v.a. auf deren klassischen Ansatz zu verweisen, nach welchem Staaten als dominierende Akteure sind, deren Verhalten durch ihre Traditionen, Politikstile, geopolitischen Interessen etc. bestimmt wird. Das Aufweisen der Einflüsse der polnischen ostpolitischen und deutschlandpolitischen Theorien, v.a. aber der ersteren, auf die bestimmten oben präsentierten Interessen und deren Verfolgung auf der EU-Bühne als auch die Analyse der Interessenverfolgung seitens Polens auf dem internationalen Umfeld, mit Einschluss seiner Versuche, die anderen EU-Staaten und die supranationalen Strukturen im Zuge der EU-Integration zu beeinflussen, wird also durch diesen Ansatz weitgehend erklärt.

Umso mehr erklärt der liberale Intergouvernementalismus die anerkannten Gewinne, die Polen im Bereich der internationalen Politik im Zuge der EU-Integration zu erzielen hat. Des Weiteren, sollte die Analyse der einzelnen Staatsregierungspolitiken und deren jeweiligen voneinander abweichenden Policies und Politics, die verschiedene Gesellschafts- und Interessengruppen widerspiegelt haben, auf den zweiten intergouvernementalistischen Ansatz zurückgehen.

Quellenverzeichnis

Bielecki, Tomasz. Szczyt UE-Ukraina: twarda odmowa z powodu Tymoszenko. In: Gazeta Wyborcza, 19.12.2011, abrufbar unter: http://wyborcza.pl/1,75477,10844787,Szczyt_UE_Ukraina__twarda_odmowa_z_powodu_Tymoszenko.html, letzter Zugriff: 15.01.2012

Bischof, Burkhard. Demokratische Penetration. Reflexionen zur polnischen Ostpolitik. In: Merli, Franz; Wagner, Gerhard (Hrsg.) (2006). Das neue Polen in Europa. Politik, Recht, Wirtschaft, Gesellschaft. Studienverlag, Innsbruck, Wien, Bozen

Bosacki, Marcin. Spotkanie Ministrów Spraw Zagranicznych Trójkąta Weimarskiego. Ministerstwo Spraw Zagranicznych Rzeczypospolitej Polskiej, 20.05.2011, abrufbar unter: <http://www.msz.gov.pl/Spotkanie,Ministrow,Spraw,Zagranicznych,Trojkata,Weimarskiego,43213.html>, letzter Zugriff: 21.01.2012

Bosacki, Marcin. Verabschiedung der Erklärung über die Einrichtung des Europäischen Fonds für Demokratie. Internetportal der polnischen EU-Ratspräsidentschaft. Außenministerium der Republik Polen, 16.12.2011, abrufbar unter: <http://pl2011.eu/de/content/verabschiedung-der-erklarung-ueber-die-einrichtung-des-europaeischen-fonds-fuer-demokratie>, letzter Zugriff: 10.01.2012

Bril, Ireneusz. Dylematy i perspektywy stosunków polsko-niemieckich. In: Internetportal <http://www.stosunkimiedzynarodowe.info/>, 25.01.2010, abrufbar unter: http://stosunkimiedzynarodowe.info/artykul,587,Dylematy_i_perspektywy_stosunkow_polsko_niemieckich, letzter Zugriff 18.01.2012

Buras, Piotr. Gelingt Europa gemeinsam? Polens Europapolitik und die deutsche EU-Ratspräsidentschaft. Zentrum für Internationale Beziehungen. Konrad-Adenauer-Stiftung, Warschau, Mai 2007

Cholewa, Michał (2009). Multilateralne wymiary Europejskiej Polityki Sąsiedztwa. Portal Spraw Zagranicznych psz.pl, abrufbar unter: <http://www.psz.pl/Michal-Cholewa-Multilateralne-wymiary-Europejskiej-Polityki-Sasiedztwa>, letzter Zugriff: 23.12.2011

Cianciara, Agnieszka K. (2008). 'Eastern Partnership' – opening a new chapter of Polish Eastern policy and the European Neighbourhood Policy? Analyses & Opinions. The Institute of Public Affairs. No.4, June 2008, Warsaw, abrufbar unter: <http://isp.org.pl/files/8679201040703671001213792577.pdf>, letzter Zugriff: 10.01.2012

Communication from the Commission to the Council and the European Parliament. Wider Europe – Neighbourhood: A New Framework for Relations with our Eastern and Southern Neighbours. Brussels, 11.3.2003, COM(2003) 104 final, abrufbar unter: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/com03_104_en.pdf, letzter Zugriff: 29.12.2011

Communication from the Commission. European Neighbourhood Policy. Strategy Paper. Brussels, 12.5.2004, COM(2004) 373 final, abrufbar unter: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/strategy/strategy_paper_en.pdf, letzter Zugriff: 29.12.2011

Communication from the Commission to the European Parliament and the Council. Eastern Partnership. Brussels, 3.12.2008, COM(2008) 823 final, abrufbar unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2008:0823:FIN:EN:PDF>, letzter Zugriff: 11.01.2012

Dębski, Sławomir. „Polityka wschodnia“ – mit i doktryna. In: Polski Przegląd Dyplomatyczny. Polski Instytut Spraw Międzynarodowych (Hrsg.), Nr. 3 (31), 2006, Warszawa

Dębski, Sławomir. Polska-Niemcy. Razem na Wschód. In: Gazeta Wyborcza, 6.08.2008, abrufbar unter: http://wyborcza.pl/1,75515,5559833,Polska___Niemcy___Razem_na_Wschod.html?as=1&startsz=x, letzter Zugriff: 15.01.2012

Eisl, Gerhard. Die Außen-, Sicherheits- und Nachbarschaftspolitik Polens. In: Merli, Franz; Wagner, Gerhard (Hrsg.) (2006). Das neue Polen in Europa. Politik, Recht, Wirtschaft, Gesellschaft. Studienverlag, Innsbruck, Wien, Bozen

Erlar, Gernot. Deutschland und Polen: im Schlusspurt vor der Osterweiterung der EU. In: Die Neue Gesellschaft. Frankfurter Hefte 10/2000, abrufbar unter: <http://www.gernot-erlar.de/cms/upload/Texte/Polen.pdf>, letzter Zugriff: 20.12.2011

Gemeinsame Erklärung der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen zum 20. Jahrestag der Unterzeichnung des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit. Deutsche Botschaft Warschau, 21.06.2011, abrufbar unter: http://www.warschau.diplo.de/contentblob/3198110/Daten/1384734/GemeinsameErklrung_dl.pdf, letzter Zugriff: 20.01.2012

Geremek, Bronisław. Niezbędna ciągłość. In: Ciągłość i zmiana w polskiej polityce zagranicznej. Fundacja im. Stefana Batorego, Warszawa 2006

Government information on the Polish foreign policy presented by the Minister of Foreign Affairs, Prof. Adam Daniel Rotfeld, at the session of the Sejm on the 21st January 2005. Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Poland, abrufbar unter: <http://www.msz.gov.pl/Wystapienie,Ministra,w,jezyku,angielskim,1162.html>, letzter Zugriff: 20.01.2012

Herdina, Andreas. Die Europäische Nachbarschaftspolitik im Rechtsrahmen von EG/EU – Instrument gegenüber Nachbarn in Europa. In: Lankosz, Kazimierz; Müller-Graff, Peter-Christian; Fink, Udo (Hrsg.) (2009). Osteuropäische Nachbarschaft der Europäischen Union. Schriftenreihe des Arbeitskreises Europäische Integration. Band 65. 1 Auflage. Nomos Verlag, Baden-Baden

Ivan Pankevych. Polska polityka wschodnia po 1989 roku: pogląd ze strony Ukrainy. In: Szczepańska, Anna; Walczak, Henryk; Wątor, Adam (Hrsg.) (2008). Polska między wschodem

a zachodem. Materiały konferencji naukowej zorganizowanej przez Instytut Historii i Stosunków Międzynarodowych US i szczeciński oddział Polskiego Towarzystwa Historycznego w Pobierowie, 5-6. października 2007. Tom II. W kręgu polityki zagranicznej. Wyd. Adam Marszałek, Toruń

Jackowska, Katarzyna. Nördliche Dimension und Östliche Partnerschaft. Wie wird eine nationale Initiative zum Gegenstand der europäischen Außenpolitik? Diplomarbeit. Universität Wien, Mai 2010

Joint Statement of the Foreign Ministers of the Visegrad Group Countries and of Bulgaria, Estonia, Lithuania, Latvia, Romania and Sweden, Warsaw, 24 November 2008, abrufbar unter: <http://www.visegradgroup.eu/2008/joint-statement-of-the-110412-4>, letzter Zugriff: 4.01.2012

Kaca, Elżbieta. Obecny stan wdrażanie Partnerstwa Wschodniego. In: Kaca, Elżbieta; Łada, Agnieszka (2011). Razem czy osobno? Partnerstwo Wschodnie w polityce Polski i Niemiec. Instytut Spraw Publicznych, Warszawa, abrufbar unter: <http://www.isp.org.pl/uploads/pdf/1628383635.pdf>, letzter Zugriff: 10.01.2012

Kaca, Elżbieta; Łada, Agnieszka (2011). Partnerstwo Wschodnie w polityce Polski i Niemiec. Instytut Spraw Publicznych, Warszawa, abrufbar unter: <http://www.isp.org.pl/uploads/pdf/1628383635.pdf>, letzter Zugriff: 4.01.2012

Kaczmarek, Marcin. Polska polityka wschodnia na tle polityki wschodniej Unii Europejskiej. Czyli Europa idzie na wschód (po 2005 roku). Monitoring Polskiej Polityki Zagranicznej. Centrum Stosunków Międzynarodowych. Warszawa, abrufbar unter: http://csm.org.pl/fileadmin/files/Biblioteka_CSM/Raporty_i_analizy/2009/Marcin%20Kaczmarek_POLSKA%20POLITYKA%20WSCHODNIA%20NA%20TLE%20POLIT.pdf, letzter Zugriff: 3.01.2012

Kaczyński, Piotr Maciej (2008). Polska polityka zagraniczna w latach 2005-2007: co po konsensie? Instytut Spraw Publicznych, Warszawa

Kałużyńska, Małgorzata; Smyk, Renata; Wiśniewski, Jakub (2009). 5 years of Poland in the European Union. Raport. Department of Analyses and Strategies. The Office of the Committee for European Integration (Hrsg.)

Kapuśniak, Tomasz (2010). The eastern dimension of the European Union's Neighbourhood Policy. Inclusion without membership? Zeszyt 42. Centrum Europejskie Natolin, Warszawa, abrufbar unter: http://www.natolin.edu.pl/pdf/zeszyty/natolin_zeszyt_42.pdf, letzter Zugriff: 23.12.2011

Kerski, Basil. Die polnisch-ukrainischen Beziehungen am Beginn des 21. Jahrhunderts. In: Makarska, Renata; Kerski, Basil (Hrsg.) (2004). Die Ukraine, Polen und Europa. Europäische Identität an der neuen EU-Ostgrenze. Veröffentlichungen der Deutsch-Polnischen Gesellschaft. Bundesverband e.V. Band 3. Fibre Verlag, Osnabrück

Kornat, Marek. Realizm środków, idealizm wizji. O geopolitycznej wizji Jerzego Giedroycia i Juliusza Mieroszewskiego. In: Kłoczkowski, Jan (Hrsg.) et al. (2009). Przekłete miejsce

Europy? Dylematy polskiej geopolityki. Ośrodek Myśli Politycznej. Wyższa Szkoła Europejska im. ks. J. Tischnera, Kraków

Kornat, Marek. Ruch prometejski – ważne doświadczenie polityki zagranicznej II Rzeczypospolitej. In: Nowa Europa Wschodnia. Kolegium Europy Wschodniej im. Jana Nowaka-Jeziorańskiego (Hrsg.), Kraków, Nr.2/2008, abrufbar unter: <http://www.new.org.pl/files/docs/new208.pdf>, letzter Zugriff: 15.12.2011

Kwaśniewski, Aleksander. Nie stać nas na rusofobię. Z prezydentem Aleksandrem Kwaśniewskim rozmawiają Małgorzata Nocuń i Krzysztof Burnetko. In: Nowa Europa Wschodnia. Pismo Spraw Wschodnich. Dwumiesięcznik. Kolegium Europy Wschodniej. Fundacja im. Jana Nowaka-Jeziorańskiego, Wrocław, Nr 3-4 (XVII-XVIII) 2011, maj-sierpień abrufbar unter: http://www.new.org.pl/files/docs/17_2011-05-01_3.pdf, letzter Zugriff: 11.01.2012

Lang, Kai-Olaf. Polen und die Ukraine: Eine strategische Partnerschaft für das neue Europa? In: Makarska, Renata; Kerski, Basil (Hrsg.) (2004). Die Ukraine, Polen und Europa. Europäische Identität an der neuen EU-Ostgrenze. Veröffentlichungen der Deutsch-Polnischen Gesellschaft. Band 3. fibre Verlag, Osnabrück

Lang, Kai-Olaf. Polen und der Osten. Polens Beziehungen zu Rußland, Belarus und der Ukraine im Kontext europäischer Ostpolitik. SWP Aktuell 22. Stiftung Wissenschaft und Politik. Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Berlin, Mai 2005, downloadbar unter: kms1.isn.ethz.ch/.../2005_Poland_D.pdf, letzter Zugriff: 12.01.2012

Lang, Kai-Olaf. Polen, Deutschland und die EU-Ostpolitik: Spannungsfelder und Kooperationspotentiale. In: Jäger, Thomas; Dylla, Daria W. (2008). Deutschland und Polen. Die europäische und internationale Politik. VS Verlag für Sozialwissenschaften, 1. Auflage, Wiesbaden

Lankosz, Kazimierz. Die Partnerschaftsabkommen mit osteuropäischen Nachbarstaaten. In: Lankosz, Kazimierz; Müller-Graff, Peter-Christian; Fink, Udo (Hrsg.) (2009). Osteuropäische Nachbarschaft der Europäischen Union. Schriftenreihe des Arbeitskreises Europäische Integration. Band 65. 1 Auflage. Nomos Verlag, Baden-Baden

Lämmer, Thomas. Die deutsch-polnischen Beziehungen nach 1990. Deutsche Polenpolitik im Spannungsfeld von Vergangenheit, Eigeninteresse und Europäischer Union. In: Hofmann, Dirk; Lämmer, Thomas (2002). Integration als Aufgabe – Polen, Tschechien und Deutschland vor der Osterweiterung der Europäischen Union. Göttingen, abrufbar unter: <http://www.gfps.org/materialien/schriften/schriftenreihe/band-1/kapitel2.pdf>, letzter Zugriff: 20.12.2011

Lesser, Gabriele. Viva Polonia. TAZ, 22.06.2011, abrufbar unter: <http://www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=in&dig=2011%2F06%2F22%2Fa0052&cHash=981367bf4d>, letzter Zugriff: 20.01.2012

Lippert, Barbara (2007). Die EU-Nachbarschaftspolitik in der Diskussion – Konzepte, Reformvorschläge und nationale Positionen. Internationale Politikanalyse. Friedrich-Ebert-

Stiftung, Berlin, abrufbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/id/04736.pdf>, letzter Zugriff: 20.12.2011

Łada, Agnieszka. Stanowisko Niemiec wobec Partnerstwa Wschodniego. In: Łada, Agnieszka. Stanowisko Niemiec wobec Partnerstwa Wschodniego. In: Kaca, Elżbieta; Łada, Agnieszka (2011). Razem czy osobno? Partnerstwo Wschodnie w polityce Polski i Niemiec. Instytut Spraw Publicznych, Warszawa, abrufbar unter: <http://www.isp.org.pl/uploads/pdf/1628383635.pdf>, letzter Zugriff: 10.01.2012

Meister, Stefan; Möller, Almut; Ćwiek-Karpowicz, Jarosław. Deutsche und polnische Ostpolitik: Gemeinsame Ziele. Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V., 1.09.2011, abrufbar unter: <https://dgap.org/de/node/18212>, letzter Zugriff: 4.01.2012

Merkel für Nato-Mitgliedschaft Georgiens. Süddeutsche Zeitung, 17.08.2008, abrufbar unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/besuch-in-tiflis-merkel-fuer-nato-mitgliedschaft-georgiens-1.590728>, letzter Zugriff: 20.01.2012

Minister of the Foreign Affairs, Mr Radosław Sikorski, on the goals of the Poland's foreign policy for 2009, 17.02.2009, abrufbar unter: <http://www.mfa.gov.pl/Minister,of,the,Foreign,Affairs,,Mr,Radoslaw,Sikorski,,on,the,goals,of,the,Poland's,foreign,policy,for,2009,25449.html>, letzter Zugriff: 3.01.2012

Na szczycie Partnerstwa Wschodniego Merkel, Barroso; zabraknie Sarkozy. Polnische Presseagentur PAP, 28.09.2011, abrufbar unter: http://www.europarlament.pap.pl/palio/html.run?_Instance=cms_ep.pap.pl&_PageID=1&_menuId=17&_nrDep=28849&_Checksum=900300955, letzter Zugriff: 20.01.2012

Non-paper with Polish proposals concerning policy towards new Eastern neighbours after EU enlargement. Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Poland, January 2003. In: EU Enlargement and Neighbourhood Policy. Proceedings of the conference held by the Stefan Batory Foundation in co-operation with the Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Poland on 20-21 February 2003 in Warsaw. Stefan Batory Foundation, Warsaw 2003, abrufbar unter: http://www.batory.org.pl/doc/nowi_se.pdf, letzter Zugriff: 28.12.2011

Ochmann, Cornelius. Die polnisch-russischen Beziehungen im Kontext der neuen Ostpolitik der Europäischen Union. In: Polen-Analysen, Nr. 05/07, 16.01.2007. Deutsches Polen-Institut, Forschungsstelle Osteuropa, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., abrufbar unter: <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen05.pdf>, letzter Zugriff: 4.01.2012

Ochmann, Cornelius (2010). Die Zukunft der östlichen Partnerschaft aus deutscher Sicht. Bertelsmann Stiftung, Gütersloh, abrufbar unter: http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_31394_31395_2.pdf, ;letzter Zugriff: 3.01.2012

Ochmann, Cornelius. Östliche Partnerschaft – Perspektiven einer europäischen Ostpolitik. In: Polen-Analysen, Nr.72/10, 15.06.2010. Deutsches Polen-Institut, Forschungsstelle Osteuropa, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., abrufbar unter: <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen72.pdf>, letzter Zugriff: 4.01.2012

Olszański, Tadeusz. Bemerkungen zu den Beziehungen Polen-Ukraine. In: Bingen, Dieter; Wóycicki, Kazimierz (Hrsg.) (2002). Deutschland-Polen-Osteuropa. Deutsche und polnische Vorüberlegungen zu einer gemeinsamen Ostpolitik der erweiterten Europäischen Union. Veröffentlichungen des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt. Band 16. Harrassowitz Verlag, Wiesbaden

Ostaszewski, Piotr (2010). Międzynarodowe stosunki polityczne. Zarys wykładów. Wyd. Książka i Wiedza, Łódź

Partnerstwo Wschodnie. In: Ministerstwo Spraw Zagranicznych Rzeczypospolitej Polskiej, 6.12.2010, abrufbar unter: <http://www.msz.gov.pl/Partnerstwo,Wschodnie,19887.html>, letzter Zugriff: 10.01.2012

Paszkowski, Piotr. Spotkanie Ministrów Spraw Zagranicznych Polski, Francji i Niemiec w formule Trójkąta Weimarskiego - galeria zdjęć. Ministerstwo Spraw Zagranicznych Rzeczypospolitej Polskiej, 17.06.2008, abrufbar unter: <http://www.msz.gov.pl/Spotkanie,Ministrow,Spraw,Zagranicznych,Polski,,Francji,i,Niemiec,w,formule,Trojkat,Weimarskiego,-,galeria,zdjec,18331.html>, letzter Zugriff: 30.12.2011

Paszkowski, Piotr. Udział Ministra Radosława Sikorskiego w spotkaniu Trójkąta Weimarskiego i Rosji. Ministerstwo Spraw Zagranicznych Rzeczypospolitej Polskiej, 23.06.2010, abrufbar unter: <http://www.msz.gov.pl/Udzial,Ministra,Radoslaw,Sikorskiego,w,spotkaniu,Trojkat,Weimarskiego,i,Rosji,36600.html>, letzter Zugriff: 21.01.2012

Perspektywa stosunków strategicznych UE-Rosja. In: Lachowski, Zdzisław (Hauptred.) et al. Tygodnik BBN. Przegląd informacji o bezpieczeństwie narodowym wraz z komentarzem. Nr. 59, 10-17.11.2011, abrufbar unter: www.bbn.gov.pl/download.php?s=1&id=8631, letzter Zugriff: 20.01.2012

Pollak, Johannes (Hrsg.); Slominski, Peter (2006). Das politische System der EU. WUV, Wien

Priesmeyer-Tkocz, Weronika. Polen und die Europäisierung der Ukraine. Die polnische Ukraine-Politik im Kontext der europäischen Integration. Dissertation eingereicht am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin, 2. Juli 2010, abrufbar unter: http://www.diss.fu-berlin.de/diss/servlets/MCRFileNodeServlet/FUDISS_derivate_000000009019/Priesmeyer_Europaeisierung_Ukraine.pdf?hosts=, letzter Zugriff: 20.01.2012

Schröder will in Nizza Anwalt der Beitrittskandidaten sein. In: Financial Times Deutschland, 6.12.2000, abrufbar unter: <http://www.ftd.de/politik/europa/:schroeder-will-in-nizza-anwalt-der-beitrittskandidaten-sein/1062235.html>, letzter Zugriff: 20.12.2011

Senat Rzeczypospolitej Polskiej. Zapis stenograficzny (461). 35. posiedzenie Komisji Spraw Zagranicznych w dniu 23 października 2008 r. VII kadencja, abrufbar unter: <http://ie.senat.gov.pl/k7/kom/ks/2008/035sz.pdf>, letzter Zugriff: 12.01.2012

Smolar, Aleksander. *Polityka zagraniczna Prawa i Sprawiedliwości – próba rzeczywistości*. In: *Ciągłość i zmiana w polskiej polityce zagranicznej*. Fundacja im. Stefana Batorego, Warszawa 2006

Spotkanie Ministra Spraw Zagranicznych Radosława Sikorskiego i Sekretarza Generalnego Unii dla Śródziemnomorza Youssefa Amraniego. Biuro Rzecznika Prasowego. Ministerstwo Spraw Zagranicznych Rzeczypospolitej Polskiej, 20.10.2011, abrufbar unter: <http://www.msz.gov.pl/Spotkanie,Ministra,Spraw,Zagranicznych,Radoslaw,Sikorskiego,i,Sekretarza,Generalnego,Unii,dla,Srodziemnomorza,Youssefa,Amraniego,46168.html>, letzter Zugriff: 4.01.2012

Spotkanie Trójkąta Weimarskiego i Rosji? "Francja chętnie weźmie w nim udział". In: *Gazeta Wyborcza*, 7.02.2011, abrufbar unter: http://wiadomosci.gazeta.pl/wiadomosci/1,114884,9065377,W_Warszawie_rozpoznal_sie_szyt_Trojkat_Weimarskiego.html, letzter Zugriff: 30.12.2011

Strybel, Robert. *Pożegnanie z bronią*. In: *Dziennik Związkowy*. Polish Daily News. Alliance Printers and Publishers, Inc. (Hrsg.), Chicago, 13.02.2007, abrufbar unter: <http://www.dziennikzwiązkowy.com/o-redakcji-dziennika.html>, letzter Zugriff: 9.01.2012

The Eastern Dimension of the European Union. The Polish View. Speech by Włodzimierz Cimoszewicz. Polish Minister of Foreign Affairs. In: *EU Enlargement and Neighbourhood Policy*. Proceedings of the conference held by the Stefan Batory Foundation in co-operation with the Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Poland on 20-21 February 2003 in Warsaw. Stefan Batory Foundation, Warsaw 2003, abrufbar unter: http://www.batory.org.pl/doc/nowi_se.pdf, letzter Zugriff: 28.12.2011

Turkowski, Andrzej. *The Polish-German Tandem*. The Carnegie Moscow Center, 17.11.2011, abrufbar unter: <http://carnegie.ru/publications/?fa=46059>, letzter Zugriff: 21.01.2012

W Kaliningradzie Sikorski, Westerwelle i Ławrow krytykują Białoruś. *Gazeta Wyborcza*, 21.05.2011, abrufbar unter: http://wyborcza.pl/1,75477,9640852,W_Kaliningradzie_Sikorski__Westerwelle_i_Lawrow_krytykuja.html, letzter Zugriff: 20.01.2012

Włudyka, Tadeusz. *Die Europäische Nachbarschaftspolitik – Bemerkungen aus polnischer Sicht*. In: Lankosz, Kazimierz; Müller-Graff, Peter-Christian; Fink, Udo (Hrsg.) (2009). *Osteuropäische Nachbarschaft der Europäischen Union*. Schriftenreihe des Arbeitskreises Europäische Integration. Band 65. 1 Auflage. Nomos Verlag, Baden-Baden

Wojna, Beata; Gniazdowski, Mateusz (Hrsg.) (2009). *Eastern Partnership: The Opening Report*. Reports Eastern Partnership. The Polish Institute of International Affairs. Warsaw, April 2009, abrufbar unter: <http://www.pism.pl/index/?id=ccce2fab7336b8bc8362d115dec2d5a2>, letzter Zugriff: 4.01.2012

Zblewski, Maciej Tomasz. *Welche Faktoren bestimmen die Aussenpolitik Polens in Bezug zur Ukraine? Das polnische Engagement in der ukrainischen Krise 2004*. Diplomarbeit. Universität Wien, 25.04.2006

Ziółkowski, Marek. Neue Quellen der polnischen Ostpolitik. In: Bingen, Dieter; Wóycicki, Kazimierz (Hrsg.) (2002). Deutschland-Polen-Osteuropa. Deutsche und polnische Vorüberlegungen zu einer gemeinsamen Ostpolitik der erweiterten Europäischen Union. Veröffentlichungen des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt. Band 16. Harrassowitz Verlag, Wiesbaden

Żurawski vel Grajewski, Przemysław. Polska polityka wschodnia. In: Żukowski, Tomasz; Kloczkowski, Jacek (Hrsg.) (2010). Rzeczpospolita na arenie międzynarodowej. Idee i praktyczne dylematy polityki zagranicznej. Polskie Wyzwania. Ośrodek Myśli Politycznej, Warszawa-Kraków, abrufbar unter:

<http://www.omp.org.pl/stareomp/index8fe3.html?module=subjects&func=viewpage&pageid=770>, letzter Zugriff: 4.01.2012

Abstract

Diese Diplomarbeit beinhaltet eine Auseinandersetzung mit der internationalen politischen Positionierung Polens im Zuge seiner EU-Mitgliedschaft. Beruhend auf der Erklärungskraft der Theorien des Intergouvernementalismus, wird es dabei die These gestellt, dass die EU-Integration als auch die EU-freundlichen Politikorientierungen in Warschau die Verstärkung der Position Polens auf der internationalen politischen Bühne bewirken, dh. Polen seine obersten außenpolitischen Ziele erfolgreicher verfolgen kann. Die Forschung bezieht sich auf zwei Hauptrichtungen der polnischen Außenpolitik, der östlichen und der westlichen, wobei es eine qualitative Auswahl von den am meisten typischen Fällen, dh. den für Polen wichtigsten Außenpolitikbereichen, erfolgt.

Erstens verweisen die Polens sehr umfangreichen ostpolitischen Schulen auf eine strategische Relevanz der stabilen, demokratischen ukrainischen Staatlichkeit sehr eindeutig, die die politische Position Polens auf der internationalen Bühne, mit besonderer Rücksicht auf die politischen Sicherheitsfragen, weitgehend determiniere. Dieses oberste Ziel der polnischen Ostpolitik, das in der Unterstützung der EU-Annäherungsprozesse der Ukraine vielmehr definiert wird, konnte im Rahmen des im Zuge des EU-Beitritts Polens 2004 neu entstandenen Handlungsspielraums, in dem die Ukraine zu einem direkten EU-Nachbarn wurde, effektiver verfolgt werden. Die neue EU-Ukrainepolitik stieß aber auf eine große Kritik seitens Polens, wobei es bestimmte Defizite zu überwinden waren. Die weitere Analyse hat wiederum darauf hingedeutet, dass einerseits die EU-skeptische stark interessenorientierte Regierungspolitik in Warschau 2005-2007 keinen Fortschritt in diesem Bereich vorantreiben ließ, weil sie der EU-Integrationsidee mit deren ständigen Koalitionsbildungs- und Kompromiss-schaffungsprozessen abgeneigt und mit starker Nachbarländerkritik gekennzeichnet war. Andererseits basierte die EU-orientierte Regierungspolitik 2007-heute auf Konsensus und Koalitionsbildung, einer Gleichgewichtspolitik zwischen der EU-Ost- und –Südpolitik und auch einer offenen Politik gegenüber Russland und sie hat dadurch eine breite Zustimmung für ihren neuen EU-ostpolitischen Vorschlag zur Östlichen Partnerschaft bei den Mitgliedstaaten als auch bei den supranationalen Organisationen gewonnen. Dieses Konzept schließt einen neuen aufgewerteten und über bisherige schwache ENP-Ostdimension hinaus reichenden Rahmen mit ein. Soweit die wichtigsten Postulate bzgl. des Angebots der Mitgliedschaftsperspektive für die Ukraine als

auch der Ratifizierung des Freihandels- und Assoziierungsabkommens bisher nicht erfüllt wurden, bietet die ÖP eine Politik der kleinen Schritte an, wodurch diese Ziele, vor allem das zweite, langfristig erreicht werden können.

Zweitens verweisen die polnischen deutschlandpolitischen Theorien auf den Sachverhalt, dass die EU einen angemessenen Rahmen für die Kooperation Polens mit Deutschland schafft, indem Polen einerseits seine EU-Durchsetzungskraft vergrößern und andererseits die deutschen mit den polnischen Prinzipien nicht einstimmenden Politikansätze kontrollieren und dadurch gewissermaßen neutralisieren kann. Um dies zu begründen, wurde ein Beispiel der bilateralen ostpolitischen Zusammenarbeit auf der EU-Bühne angeführt, wobei Polen und Deutschland ein Kooperationspotential im Bereich der Stabilisierung Osteuropas im Allgemeinen aufweisen, jedoch bedeutsame Konfliktlinien in Hinsicht auf die Russlandpolitik und, davon ausgehend, auf die Ukrainewahrnehmung im gesamten ostpolitischen Kontext ziehen. Der polnischen ukraineorientierten Politik der „Mission“ wird dabei die deutsche russlandorientierte „Realpolitik“ gegenüber gestellt. Soweit dieses Konfliktpotential im Zuge der linksliberalen Regierung bis 2005 zum Ausdruck kam, wurde dieses in den Jahren 2005-2007 von den beiden Seiten noch weiter verstärkt. Die Politik der Nationalkonservativen hat sich dabei nicht nur durch eine Integrationsabneigung aber auch starke Deutschlandkritik gekennzeichnet, wobei es eine große deutsche Bedrohungsgefahr für die polnische Staatsräson definiert und ein großes Misstrauen gegenüber Berlin ausgeprägt wurde. Dies führte wiederum zur realpolitischen bilateralen Abkühlung und zur Ablehnung des deutschen Vorschlags der ENP Plus. Hingegen haben die Liberal-konservativen eine politische Entspannung bewirkt, die von der deutschen Seite auch gefolgt wurde. Hier ist es einerseits von einer tiefen Kooperation im Rahmen des polnischen ÖP-Projekts und andererseits von gegenseitiger Annäherung der russlandpolitischen Positionen zwischen Polen und Deutschland zu sprechen. Davon ausgehend ließen v.a. die Außenministern Sikorski und Westerwelle eine gemeinsame umfassende Ostpolitik, einschließlich der Russlandpolitik, zu großem Grad entwickeln, die sich in den Versuchen widerspiegelt, die EU-Ostpolitik gemeinsam zu gestalten, wobei die beiden Staaten zu einem Motor dieses EU-Politikbereichs werden können. Hier könnte Polen nicht nur seine ostpolitische Durchsetzungskraft dank der deutschen Unterstützung erheben, aber auch die deutsche von den polnischen Interessen weiterhin abweichende Russlandpolitik durch Kooperation mitgestalten und, wenigstens zum Teil, neutralisieren lassen.

Curriculum Vitae

Persönliche Daten:

Name: Czulno
Vorname: Patryk
Geburtsdatum: 25.11.1987
Geburtsort: Rzeszów, Polen
E-mail: pczulno@onet.eu

Ausbildung:

11/2011-01/2012: Forschungsaufenthalt
Universität Warschau
Institut für Politikwissenschaft

09/2010-06/2011: Erasmus-Austauschprogramm
Erasmus Universität Rotterdam
Fakultät für Sozialwissenschaften

10/2006- Diplomstudium Politikwissenschaft
Universität Wien

09/2003-06/2006: allgemein bildendes Lyzeum Nr. 6 in Rzeszów, Polen

Erfahrung:

03/2010-04/2010: Praktikumsstelle
Botschaft der Republik Polen in Wien
Handels- und Investitionsabteilung

11/2009-02/2010: Praktikumsstelle
Polnisches Institut Wien

07/2009-09/2009: Forschungspraktikum
Rzeszów University of Technology
Faculty of Management and Marketing
Department of Enterprise, Management and Ecoinnovation

Publizistische Tätigkeit:

-Jupiter. Klub Polnischer Intellektueller. Wien

-Internetportal <http://www.stosunkimiedzynarodowe.pl/>. Fundacja Promocji Studiów Międzynarodowych (Stiftung für Promotion des internationalen Studiums). Warschau

